



Protokoll

der 13. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Mai 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Raoul I. Furlano (LDP), Pascal Pfister (SP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	5
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741)	5
4.	Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR	7
5.	Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR	9
6.	Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK	14
6.1.	Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK	18
7.	Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR	18
8.	Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo	24



Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[14.05.25 09:00:25]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Rücktritte Gerichtspräsidenten

Liselotte Henz, Präsidentin des Appellationsgerichts, hat fristgerecht ihren Rücktritt per 28. Februar 2026 eingereicht.

Christian Hoenen, Präsident des Appellationsgerichts hat ebenso fristgerecht seinen Rücktritt per 31. Dezember 2026 eingereicht.

Wir danken Liselotte Henz und Christian Hoenen für ihre in diesem Amt geleisteten Dienste und wünschen ihnen alles Gute. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung der Ersatzwahl.

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 46, 49, 50, 51, 52, 58, 60 und 61 werden mündlich beantwortet.

Eine freudige Nachricht

Unser Mitglied Nicola Goepfert ist Vater geworden. Am 13.4.25 ist sein Sohn Levi Dilan Saameli zur Welt gekommen. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Nicola Goepfert ganz herzlich zu diesem freudigen Ereignis und wünsche seinem Sohn und den Eltern einen wundervollen Start.

[Applaus]

Definition Vertrauensperson

Das Ratsbüro hat auf den 1. Februar 2025 das Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität der Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt in Kraft gesetzt. Nun wurde auch die entsprechende Vertrauensperson definiert.

Es ist Mediator und Anwalt Adrien Jaccottet. Sie können diesen bei Bedarf per E-mail kontaktieren. Die entsprechenden Kontaktinformationen sind auf Pixas hinterlegt.

Noch eine Mitteilung zu heute Nachmittag. Da der Check-in bereits früher beginnt, wie ich gehört habe, beenden wir die Sitzung um 16:30 Uhr. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung

Pascal Messerli beantragt Ihnen die dringliche Traktandierung einer Motion. Diese wurde Ihnen ausgeteilt. Falls Sie der dringlichen Traktandierung zustimmen, schlage ich vor, diese nach den Interpellationen zu behandeln. Möchte der Motionär begründen? Er möchte.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe wirklich auch zur Kenntnis genommen, dass diese Motion breit abgestützt ist und dementsprechend nicht mehr sich die Frage stellt, ob sie überwiesen wird, sondern wann sie überwiesen wird. Dafür bedanke ich mich bei allen Fraktionen, welche sich für dieses Anliegen auch ausgesprochen haben. Jetzt stellt sich auch noch die Frage, ob hier Dringlichkeit vorliegt oder nicht, und was so etwas durchgesichert ist aus den einzelnen Fraktionen, dass die Dringlichkeit jetzt nicht mehr gegeben wäre, weil der FC Basel Meister geworden ist. Und dies muss ich an dieser Stelle aus meiner Sicht verneinen, weil das Kaskadenmodell hat ja verschiedene Stufen. Die Stufe 3 ist eine weitere Kurvensperre, die Stufe 4 ist ein Geisterspiel und die Stufe 5 wäre dann eine Forfait-Niederlage. Und die Forfait-Niederlage



und die Wettbewerbsfähigkeit, was selbstverständlich ein gutes Argument ist, um diese Motion zu unterstützen, dass diese nicht gegeben ist, diese ist jetzt vom Tisch, das stimmt, der FC Basel kann nicht mehr eingeholt werden, aber die anderen Stufen des Kaskadenmodells, insbesondere die Kollektivstrafen, sind immer noch auf dem Tisch und der FC Basel ist immer noch auf Bewährung für 5 Spiele. Dementsprechend ist diese Dringlichkeit jetzt immer noch gegeben.

Man hat auch, wenn man Medienberichten glauben möchte, entnommen, dass die KKJPD das Kaskadenmodell auch selbst hinterfragen möchte. Es gibt auch schon eine Motion in Bern, die überwiesen wurde, welche Sektorschliessungen gänzlich verbieten möchte und dementsprechend wäre es jetzt ein gutes Signal und eine gute Stossrichtung des Grossen Rates, wenn wir hier jetzt auch der Regierung aufzeigen würden, was jetzt das kantonale Parlament möchte, damit die Regierung oder die Vertretung unserer Regierung in der KKJPD das über die Saisonpause auch neu überdenken kann und dieses Kaskadenmodell entweder ganz abschafft oder neu erfindet oder wie auch immer, aber sicherlich dann auch merkt, dass diese Form hier keine Zukunft haben wird und deshalb ist diese kurzfristige Traktandierung für heute nach den dringlichen Interpellationen auch richtig und wichtig.

Lassen Sie mich vielleicht noch in einem kurzen Beispiel aufzeigen, weshalb heute diese dringliche Traktandierung durchaus Sinn macht. Ich hoffe es wirklich nicht, aber stellen Sie sich vor, es gibt jetzt nach dem Spiel in Bern nächsten Sonntag, YB-FCB, nochmals eine derartige Schlägerei, 20 gegen 20, verummmt, niemand weiss, wer es ist und dann greift das Kaskadenmodell, weil der FC Basel auf Bewährung ist, die Stufe 4, und dann dürfen 36'000 Zuschauer bei der Pokalübergabe nicht dabei sein. Selbstverständlich sind alle Motionäre gegen Gewalt, aber diese Kollektivstrafe um das 12-fache von 3'000 auf 36'000 rechtfertigt diese Massnahmen nie und nimmer und dementsprechend ist es wichtig, dass wir heute jetzt sagen, wir wollen das nicht und auch heute dieser Dringlichkeit zustimmen. Ich bedanke mich für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat sich gemeldet.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ohne jetzt meinem Vorredner bezüglich der inhaltlichen Ausführungen widersprechen zu wollen, einfach noch eine Ergänzung, unsere Fraktion lehnt die Dringlichkeit mehrheitlich ab. Nicht, weil jetzt irgendwer Meister wird oder nicht Meister wird, sondern einfach, weil es der Fraktion vor allem um staatspolitische Fragen geht und diese aus ihrer Sicht nicht so dringend sind, dass sie jetzt unbedingt geklärt werden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat sich Lisa Mathys gemeldet.

Lisa Mathys (SP): Die SP stimmt der Dringlichkeit zu, dies insbesondere auch deshalb, weil es eben gerade darum geht, eine Grundsatzfrage zu klären und es sehr sinnvoll ist, wenn über die Sommerpause die Zeit genutzt werden kann, bevor die nächste Saison startet. Entsprechend ist es sicher richtig, dies jetzt zu diskutieren und zu klären. Ich mache mir jetzt persönlich auch weniger Sorgen um die Pokalübergabe, sondern mehr wirklich um die Frage der juristischen Grundlagen und auch den ganz grundsätzlichen Entscheid für oder gegen Kollektivstrafen und die Anwendung durch unsere Justizdirektorin. Deshalb stimmt die SP-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Sprechenden zu diesem Traktandum. Wir kommen zur Abstimmung. Es braucht für diese Abstimmung ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 24 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006501, 14.05.25 09:09:03]

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung der Motion Pascal Messerli und Konsorten nach den Interpellationen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht. Somit wird die Motion nach den Interpellationen traktandiert.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine einzige Rede heute und ich möchte die Dringlichkeit betonen. Darum habe ich auch keine Interpellation abgegeben, das erste Mal seit 41 Jahren. Bitte hören Sie genau zu. Ich werde jetzt kurz begründen und dann meinen Antrag stellen. Sie alle sind durch die Medien falsch informiert. Sie erinnern sich, dass am 9. April am Nachmittag die Grossrattribüne nicht öffentlich zugänglich war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was haben Sie für einen konkreten Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe einen Antrag. Es ging damals um einen Amoklauf im Grossen Rat. Es gibt massive Drohungen wegen dem ESC. Ich komme zum Antrag. Sie können meine Sätze auch als persönliche Erklärung sehen. Basel steht im Mittelpunkt der Musikwelt, Täter und Attentäter googeln grosse Anlässe im Internet und schlagen dann zu, das ist bekannt. Unser Parlament ist nicht gesichert, aber der ESC und das wissen auch die Terroristen. Und genau heute ist der gefährlichste Tag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was wollen Sie beantragen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte beantragen, dass die heutige Grossratssitzung wegen unklarer Sicherheitslage sofort abgesagt wird und dass wir erst wieder am Mittwoch, 21. Mai, tagen. Ich werde jetzt nach Hause gehen, weil ich möchte mich hier nicht abschlagen lassen und keine Polizei ist da und das geht nicht. Das wollte ich sagen. Basel steht im Mittelpunkt und es ist die Wahrheit, was ich sage. Ich treffe Staatspräsidenten und Botschaften und ich spreche mit diesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat den Antrag gestellt, die Sitzung abubrechen und für den heutigen Tag abzusagen und erst nächste Woche fortzufahren. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Sitzungsabbruch, NEIN heisst Sitzung weiterführen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006503, 14.05.25 09:12:20]

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung weiter zu führen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten mit der Sitzung weiterfahren mit 88 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.



2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[14.05.25 09:12:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte gemäss Ratsbüro zu genehmigen

3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741)

[14.05.25 09:12:52]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch gutzuheissen.

Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für die Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst.

Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Der Gesuchsteller, 1993 in Basel geboren und schweizerischer Staatsbürger, wuchs mit zwei Brüdern bei seiner Mutter auf. Er absolvierte keine Berufsausbildung, war zeitweise teilzeitbeschäftigt und ist gemäss Verhandlungsprotokoll vom 20. Oktober 2023 arbeitslos und sozialhilfeabhängig. Angaben zu einem begonnenen Studium in Wirtschaftswissenschaften sind widersprüchlich. Nach dem Tatzeitraum 2016 bis 2019 wurde beim Gesuchsteller im Jahre 2020 eine Colitis Ulcerosa diagnostiziert. Im Juli 2023 zusätzlich eine primär sklerosierende Cholangitis. Laut ärztlichem Bericht vom 2. Dezember 2024 leidet er täglich unter schweren unkontrollierbaren Durchfällen mit Stuhlinkontinenz, teils blutig und schmerzhaft, begleitet von Muskelkrämpfen und Myalgien. Die Erkrankungen führen zu erheblichen körperlichen und psychischen Belastungen. Die Cholangitis erhöht zudem das Infektionsrisiko, insbesondere bei unzureichender Hygiene, weshalb eine sorgfältige und regelmässige Reinigung der Umgebung von zentraler Bedeutung ist.

Das relevante Strafurteil. Der Gesuchsteller wurde mit Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt vom 20. Oktober 2023 wegen banden- und gewerbsmässiger Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 29 Monaten verurteilt, davon 23 bedingt bei einer Probezeit von fünf Jahren. Die Strafe wurde als Zusatzstrafe zum Urteil des Kantonsgerichts Basel-Landschaft vom 18. Oktober 2022 ausgesprochen. Zwischen Anfang 2016 und April 2019 war der Gesuchsteller im Raum Basel als Mitglied einer Drogenbande tätig. Er war für die Beschaffung und Verteilung von mindestens 35 kg THC-haltigem Marihuana verantwortlich, rekrutierte Kurierere und koordinierte Bestellungen. Der Gesuchsteller ist mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz, Drohung, Hinderung einer Amtshandlung, Angriff, Verstösse gegen das Waffengesetz sowie das Strassenverkehrsgesetz.

Nun zum Gegenstand der Begründung des Begnadigungsgesuches. Mit Schreiben vom 12. Februar 2025 ersucht der Gesuchsteller um vollständige Begnadigung des unbedingten Strafteils, also die sechs Monate. Er führt seine Verurteilung auf persönliche Fehlentscheidungen und ein negatives Umfeld zurück, zeigt aufrichtige Reue und verweist auf positive Lebensveränderungen. Seine Erkrankungen hätten ihn zu Einsicht und zu einem rechtskonformen Lebenswandel bewegt. Die Referenzperson, ein guter Freund, bestätigt seine Reue und charakterisiert ihn als empathisch und bodenständig. Der Gesuchsteller befindet sich derzeit bei seiner Familie im Ausland, wo er aufgrund seines Gesundheitszustands von seiner Mutter gepflegt wird.

Das Strafgericht hält die ursprüngliche Strafe von 29 Monaten, davon sechs Monate unbedingt, grundsätzlich für angemessen. Aufgrund des Gesundheitszustandes des Gesuchstellers prüft es jedoch alternative Vollzugsformen. Es beantragt primär die Abweisung des Gesuches, eventuell eine Reduktion auf 24 Monaten mit bedingtem Vollzug und eine Probezeit von fünf Jahren.

Nun zu den weiteren Abklärungen aus der Begnadigungskommission. Aus den Vollzugsakten ergibt sich unter anderem, dass der Gesuchsteller mit Gesuch vom 26. Januar 2024 bei der Vollzugsbehörde beantragte, der Vollzug sei aufgrund von Hafterstehungsunfähigkeit in Form der elektronischen Überwachung, Electronic Monitoring genannt, anzuordnen. Nach einem Gutachten des IRM, Institut für Rechtsmedizin, lehnte die Vollzugsbehörde dies ab und ordnete den Strafantritt per 30.



Juli 2024 im Spezialvollzug Gmünden an. Das Appellationsgericht bestätigte die Hafterstehungsfähigkeit unter ausreichender medizinischer Betreuung. Da der Gesuchsteller nicht auffindbar war, wurde die Platzreservation in der Spezialanstalt aufgehoben. Es wird vermutet oder es ist auch bestätigt, dass er sich bei Verwandten in Montenegro aufhält. Die Begnadigungskommission stellte fest, dass die ärztlichen Einschätzungen zum Gesundheitszustand teilweise voneinander abweichen, jedoch Einigkeit über die Diagnose besteht sowie darüber, dass Stress durch Freiheitsentzug zu einer vorübergehenden Verschlechterung der Colitis Ulcerosa mit vermehrten Stuhlentleerungen führen könnte.

Die Begnadigungswürdigkeit des Gesuchstellers. Für die Gewährung der Begnadigung ist die Begnadigungswürdigkeit entscheidend, die sich in der Regel aus einer positiven Zukunftsprognose ergibt. Diese wird anhand von Faktoren wie Charakter, Persönlichkeit, Vorleben, Tatumständen und Verhalten nach der Tat sowie Strafverfahren beurteilt. Positiv wirkt sich aus: Kooperation im Strafverfahren, Zustimmung zum vereinfachten Verfahren, erkennbare Reue und Einsicht, glaubhafte Darstellung, dass die nachträglich diagnostizierten Erkrankungen zu einem Umdenken geführt haben, Bemühungen um ein stabiles rechtskonformes Leben, Distanzierung von schädlichen Einflüssen. Negativ zu würdigen fällt ins Gewicht, dass Vorstrafen vorhanden sind und dass es keine einmaligen Entgleisungen sind, hohe Verschuldung, Entzug des Strafantritts, wenn auch teilweise durch Missverständnisse mit dem Anwalt erklärbar sind.

Die Kommission hat die Begnadigungswürdigkeit kontrovers diskutiert. Eine Minderheit kritisierte fehlende Belege für die vorgebrachten positiven Entwicklungen. Im Ergebnis hat die Bejahung der Begnadigungswürdigkeit mit einer knappen Mehrheit von 4 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung insbesondere deshalb überwogen, weil im Sinne einer allgemeinen Lebenserfahrung davon ausgegangen werden kann, dass schwere Erkrankungen den Blick auf das Leben verändern können und die geschilderten Bemühungen des Gesuchstellers in die richtige Richtung gehen.

Neben der Begnadigungswürdigkeit muss mindestens ein besonderer Begnadigungsgrund vorliegen. Dazu zählen unter anderem der Wegfall des Strafzwecks, kriminalpolitische Überlegungen oder tiefgreifende Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen. Im vorliegenden Fall erkennt die Begnadigungskommission eine Kombination, mehr aus solchen Gründen, nämlich auch Wegfall des Strafzwecks, kriminalpolitische Gründe, aufgrund der chronischen Erkrankung des Gesuchstellers und der damit verbundenen dauernden Betreuungsbedürftigkeit des Gesuchstellers durch seine Familienangehörigen ist fraglich, ob eine Haftstrafe überhaupt noch eine strafende oder resozialisierende Wirkung entfalten kann, veränderte persönliche Verhältnisse, die nach der Tat diagnostizierten Erkrankungen haben zu einer erkennbaren Veränderung in der Lebensführung und Einstellung des Gesuchstellers geführt. Er strebt ein stabiles rechtskonformes Leben in einem neuen sozialen Umfeld an.

Zusammengefasst ist die Begnadigungskommission der Meinung, dass eine Kombination der besonderen Begnadigungsgründe aufgrund der Gnade wegen Wegfalls des Strafzwecks, der Gnade aus Gründen der Kriminalpolitik und der Gnade aufgrund von Veränderung in den persönlichen Verhältnissen vorliegen. In Erwägungen sämtlicher vorgenannter Argumente beschliesst die Begnadigungskommission mit 8 zu 0 Stimmen die teilweise Begnadigung, indem sie den unbedingten Teil der Freiheitsstrafe in der Höhe von sechs Monaten in eine bedingte Freiheitsstrafe umwandelt, mit einer Probezeit von fünf Jahren. Der Gesuchsteller hat bei der Vollzugsbehörde bereits Anträge zu alternativen Vollzugsformen gestellt, welche abgelehnt worden sind. Die Begnadigungskommission berücksichtigt mit ihrem Entscheid die Subsidiarität des Begnadigungsinstituts.

Die Begnadigungskommission stimmt dem Begnadigungsgesuch mit 8 zu 0 Stimmen zu und beantragt dem Grossen Rat, gestützt auf ihre Ausführungen, den Gesuchsteller in dem Sinne zu begnadigen, als die Freiheitsstrafe von 29 Monaten, davon 23 Monate bedingt, auf eine Freiheitsstrafe von 24 Monaten mit bedingtem Vollzug zu reduzieren ist, bei einer Probezeit von fünf Jahren. Die Begnadigungskommission schliesst sich damit dem Eventualbegehren in der Stellungnahme des Strafgerichts Basel-Stadt an. Im Ergebnis wird damit die sechsmonatige unbedingten Freiheitsstrafe in eine bedingte Freiheitsstrafe umgewandelt. Sollte der Gesuchsteller während der vorgesehenen Probezeit ein Vergehen oder Verbrechen begehen, so fällt die Begnadigung dahin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Schlussabstimmung. Mindestens 60 Stimmende müssen hier sein, mindestens 40 Ja-Stimmen für eine Begnadigung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung



79 Ja, 10 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006506, 14.05.25 09:24:30]

Der Grosse Rat beschliesst

der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich der Begnadigungskommission angehängt und der Begnadigung zugestimmt.

4. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[14.05.25 09:24:38, 24.1910.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für die Einreichung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel als teilweise rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sie entscheiden heute über die rechtliche Zulässigkeit dieser Volksinitiative und über das weitere Vorgehen. Zur rechtlichen Zulässigkeit. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt ein Gebäude oder respektive in diesem Fall ein Baurecht käuflich erwirbt. Dieses Baurecht ist heute im Besitz einer privatrechtlichen Gesellschaft, der MCH Group, wo der Kanton ja nur eine Minderheitsbeteiligung hat und entsprechend diese Gesellschaft autonom und selbstständig entscheidet, ob sie dieses Baurecht verkaufen will oder nicht. Aus diesem Grunde und weil dieses Baurecht bis 2051 gilt, im gegenseitigen Einvernehmen könnte man natürlich auch früher aufhören damit, aber bis 2051 hat die privatrechtliche Gesellschaft MCH Group dieses Baurecht und deshalb kann eine Volksinitiative hier das käufliche Erwerben nicht erfüllen. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Teil für ungültig zu erklären. Sie sehen das im Grossratsbeschluss. Der restliche Teil, auch weil es eine unformulierte Initiative ist, soll für gültig erklärt werden. Das zur rechtlichen Zulässigkeit.

Zur inhaltlichen Zulässigkeit. Auslöser, soweit ich weiss, dieser Volksinitiative war eine Kritik an der Hebelschanze, an diesem Bauprojekt für die Universitätsbibliothek. Wenn man das nicht will, da wird ja der Grosse Rat dann noch den Baukredit, also die Ausgabenbewilligungen fürs Bauen sprechen, und auch dieser unterliegt dann dem fakultativen Referendum, das heisst, diejenigen Kräfte und Interessen, die das nicht möchten, die werden die Möglichkeit haben, mit eigentlich dem logischen, sage ich mal, Volksmittel des fakultativen Referendums gegen diese allfällige Ausgabebewilligung des Grossen Rates eine Volksabstimmung auch zu erzwingen und dann kann das Volk über diese Frage abstimmen.

Ob man jetzt die Rundhofhalle 2 nutzen will für Sammlungen von öffentlichen Gütern und nicht mehr für Messen, das ist der andere Punkt. Das möchten wir auch vertieft abklären, aber vieles ist auch schon klar, vor allem bei der heutigen Nutzung. Die Messe, die MCH, die nutzt die Halle 2, wer das sehen möchte, dem empfehle ich jetzt über Auffahrt die Fantasy. Da kommen Zehntausende von Menschen für mehrere Tage nach Basel und die Fantasy funktioniert, sie ist auch jedes Jahr grösser und ist ein Erfolg der MCH und ist auch gut für unsere Hotellerie und uns als Messestandort. Und dann die Art Basel im Juni, die grösste Kunstmesse, die es gibt, die wichtig ist für unsere Stadt, und das wichtigste Gebäude für die Art Basel ist die Rundhofhalle 2. Von dem her, die heutige Nutzung, die ist wichtig für uns als Standort Basel. Die anderen Nutzungen, die vorgeschlagen werden in dieser Initiative, die werden wir vertiefter klären, wo es wirklich Sinn macht in diesem denkmalgeschützten Gebäude, ob das überhaupt machbar ist und möglich ist, hier ein Sammellager einzurichten. Nur so viel, für Staatsarchiv, da bauen wir zurzeit gerade viel Raum im St. Johann und wie gesagt, für die Universitätsbibliothek ist die Hebelschanze angedacht und dort ist dann ein eigener Entscheid möglich und wird folgen oder Sie haben die Entscheidungsmöglichkeit.

Von dem her möchten wir aber diese Nutzungsseite, auch im Vorschlag der Initiative, vertieft überprüfen und wir möchten Sie deshalb bitten, für die materielle inhaltliche Weitbearbeitung diese Volksinitiative dem Regierungsrat zu überweisen und wir



werden dann innerhalb dieser sechs Monaten Ihnen die Empfehlung vorlegen, wie auch inhaltlich mit der Initiative fortgeföhren werden sollte. So viel vom Regierungsrat, also teilweise ungültig erklären, teilweise gültig erklären und Überweisung an den Regierungsrat für das weitere Vorgehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch.

Der Regierungsrat beantragt, den Satzteil in der Initiative «...käuflich erwirbt, ...» zu streichen, da dies rechtlich unzulässig ist. Der Regierungsrat beantragt eine grammatikalische Berichtigung. «Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber, im Rundhofgebäude (Halle 2) der MCH Group ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einrichtet». Die Initiative soll mit dieser Formulierung als rechtlich zulässig erklärt werden.

Wir kommen zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit mit den beantragten Änderungen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006508, 14.05.25 09:30:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Der Text der Initiative, der im Kantonsblatt vom 1. Juni 2024 veröffentlicht wurde, lautet wie folgt:

«Kantonale Volksinitiative «für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)»

Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber der MCH Group, von der MCH Group das nicht mehr benötigte Rundhofgebäude (Halle 2) käuflich erwirbt, um darin ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einzurichten.

Kontaktadresse: Marcel Jegge, Riehenring 19, 4058 Basel»

In der mit 3'126 Unterschriften zustande gekommenen unformulierten kantonalen Volksinitiative «für die Errichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)» **wird der Satzteil «...käuflich erwirbt, ...»**

als **rechtlich unzulässig gestrichen.**

Der übrige Teil der Volksinitiative wird wie folgt grammatikalisch berichtigt:

«Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber der MCH Group, im Rundhofgebäude (Halle 2) der MCH Group ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einrichtet.» und für **rechtlich zulässig erklärt.**

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten zu überweisen.

5. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[14.05.25 09:31:34, 25.0033.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Hier vielleicht nochmal ganz kurz zur Initiative, die wünscht, dass die ehemalige Klybeckinsel, also der Perimeter, der heute gar keine eigentliche Insel mehr ist im Norden von Basel, dass diese als Insel wieder hergestellt wird und begrünt wird.

Ich kann es kurz machen. Die Prüfung durch den rechtlichen Dienst hat ergeben, dass die unformulierte Initiative als rechtlich zulässig anzusehen ist. Inhaltlich gestaltet sich die Ausgangslage aber als relativ komplex. Angefangen bei den Bodenverhältnissen. Ein Grossteil gehört der Einwohnergemeinde der Stadt Basel, die Flächen werden aber von den Schweizerischen Rheinhäfen genutzt. Ein Teil der Flächen gehört zudem der privaten Rhystadt AG, einer der Investorinnen der Arealentwicklung klybeckplus.

Es kommt hinzu, dass das Gebiet in diesem Perimeter auch in engem Zusammenhang mit verschiedenen Projekten steht, so unter anderem mit dem Gegenvorschlag zur Hafeningenieurinitiative, den Sie hier drin beschlossen haben, mit einem Nutzungsmix in diesem Perimeter und wo wir Vorschläge konkret präsentieren werden, wie wir da weiter vorgehen möchten. Es steht aber auch in engem Zusammenhang mit der Arealentwicklung klybeckplus und mit der Verlegung der Hafeningenieurbahn, die einfach wirklich eine grosse Chance auch für die Stadt ist. Last, but not least ist der Perimeter im Moment bereits Teil eines laufenden Beteiligungsverfahrens, nämlich des Stadtteilrichtplans Klybeck-Kleinhüningen, und die Bevölkerung hat über diesen Weg auch Gelegenheit, ihre Wünsche zu diesem Perimeter zu äussern und sich aktiv an den laufenden Planungen zu beteiligen. Weitere Zusammenhänge finden Sie im Schreiben der Regierung, insbesondere im Abschnitt 2.3, und in der Kurzstellungnahme im Abschnitt 5.

Ich glaube, man kann einfach nochmal festhalten, eine Annahme der Initiative hätte weitreichende Folgen für all diese Projekte im Perimeter. Aber nicht nur das, sie würde auch bedeuten, dass wir auf viel Wohnraum verzichten müssten, Wohnraum, den wir auch dringend benötigen hier in Basel. Sie würde hohe Kosten, die wir heute noch nicht beziffern können, mit sich bringen und sie stünde auch in teilweisem Widerspruch zur bisherigen Beschlussfassung des Grossen Rats zum Gegenvorschlag zur Hafeningenieurinitiative. All diese Auswirkungen gilt es nun wirklich sorgfältig abzuschätzen. Wir möchten Ihnen das darlegen, damit sich auch die Stimmbewohner, auch Sie ein Bild davon machen können, was das eben bedeutet.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären und ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich schliesse mich den einführenden Bemerkungen von Regierungsrätin Esther Keller an. Die rechtliche Zulässigkeit möchte die LDP-Fraktion hier nicht diskutieren, aber die Frage, ob man dieses Vorhaben direkt vors Volk schicken sollte oder nicht.



Wie ausgeführt, gibt es bereits diesen Gegenvorschlag zur Hafeniniative, der sehr genau festlegt, was in diesem Perimeter umgesetzt werden soll. Das ist ein Kompromiss, der auch das Parlament mitgetragen hat. Das Ansinnen, die Klybeckinsel als Park auszugestalten und wieder in die Form einer Insel zu bringen, ist bekanntermassen sehr aufwendig, sehr kostenintensiv und steht quer zu den laufenden Planungen. Das grosse Problem und Risiko, das wir hier eingehen, wenn wir diese Initiative nun zunächst prüfen, mal durch die Regierung und dann vielleicht auch noch durch eine grossrätliche Kommission schicken, ist, dass wir extrem viel Zeit verlieren. Zeit, die wir nicht haben, weil die Planung bereits läuft.

Das schlimmste Szenario wäre, wenn eine Initiative dann quasi zur Abstimmung gebracht würde und nebedran schon ein Bebauungsplan ausgearbeitet wurde, der unter dieser Voraussetzung dann in der Schwebe steht. Ich glaube, die Argumente sind derart klar, auch für die Bevölkerung, dass es zumutbar ist, abzuwägen, ob sie diese Initiative unterstützen möchte oder nicht. Ich denke, wir können das Risiko eingehen, hier nicht einen ausführlichen Bericht der Regierung abzuwarten, weil auch viele Argumente bereits auf der Hand liegen oder in der öffentlichen Diskussion sicher durch die Medien auch publiziert werden können.

Darum bitte ich Sie, diese Initiative direkt vors Volk zu bringen und das Volk entscheiden zu lassen, damit wir keine Zeit verlieren, um unbedingt notwendigen Wohnraum und die Planung nicht aufzuhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Bülent Pekerman das Wort.

Bülent Pekerman (GLP): Die grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Klybeckinsel-Initiative zur Berichterstattung entgegenzunehmen. Im Gegensatz zu meinem Vorredner lehnen wir den Antrag, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen, ab, denn aus unserer Sicht sind noch zu viele grundlegende Fragen offen, die zuerst vertieft geprüft werden müssen, und zwar sachlich, transparent und mit klaren Fakten.

Der Regierungsrat macht in seinem kurzen Bericht deutlich, Regierungsrätin Keller hat es auch erwähnt, dass die Umsetzung der Initiative erhebliche finanzielle Folgen hätte. Erwähnt werden die hohen Kosten für den Aushub des alten Rheinarms, die Beseitigung der industriellen Altlasten und allfällige Entschädigungen für materielle Enteignungen, insbesondere im Fall der Parzelle der Rhystadt AG. Diese Kosten können derzeit, das ist schon erwähnt worden, nicht beziffert werden. Auch städtebaulich wären die Auswirkungen einschneidend. Laut Bericht würde bei einer Realisierung der Initiative mehr als die Hälfte der Gesamtfläche am Klybeckquai verloren gehen. Fläche, die laut kantonalem Richtplan für dringend benötigten Wohn- und Arbeitsraum vorgesehen ist. Hier stellt sich die Frage, was bedeutet das für die Stadtentwicklung. Hinzu kommen laufende und bereits weit fortgeschrittene Planungen, etwa im Projekt klybeckplus oder bei der Verlegung der Hafentram. Ein Planungsstopp oder Neustart würde laut Bericht zu jahrelangen Verzögerungen führen. Auch dies muss transparent dargelegt werden und auch diesbezüglich wollen wir kein Risiko eingehen.

Diese Beispiele zeigen, es braucht einen vertieften Bericht, um die technischen, ökologischen, finanziellen und raumplanerischen Auswirkungen der Initiative vollumgänglich zu verstehen. Nur so können wir als Parlament und später die Stimmberechtigten eine verantwortungsvolle Entscheidung fällen. Wir Grünliberalen wollen diese Debatte führen, aber auf der Basis fundierter Informationen. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und die Initiative zur Berichterstattung innert 6 Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP ist sich in diesem Geschäft nicht ganz einig. Zumindest mehrheitlich einig sind wir uns aber beim Vorgehen, dass die Initiative an den Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen werden soll. Die Initiative betrifft den gleichen Perimeter, auf dem die FDP Kleinbasel durch den Vorstoss vom Mark Eichner 2022 einen grosszügigen grünen Park direkt am Rhein, von der Wiese bis zum Hafentram forderte. Dieser Park soll nicht hinter den Häusern, wie es ursprünglich geplant war, sondern direkt am Rhein und eben in einer grosszügigen Fläche realisiert werden, damit die Menschen direkt am Rhein verweilen können. Ich persönlich könnte mir auch vorstellen, dass es auf dieser Klybeckinsel überhaupt keinen zusätzlichen Wohnbau gibt. Das ist aber meine persönliche Meinung, die deckt sich noch nicht mit der ganzen Partei.

Ich denke dann etwas Visionäres, was natürlich auch diese Initiative hat, darum habe ich Sympathien dafür. Ob es dazu am Schluss eine Insel braucht, das weiss ich nicht, darum wollen wir mal schauen, wie sich die Regierung dazu äussert, aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass ein grüner Park da sehr sinnvoll ist und nicht ein Park, ein bisschen Wohnen, ein bisschen was und alles, ein bisschen was, dann haben wir am Schluss gar nichts.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die Initiative spricht aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Bedürfnis an. In Basel generell, aber in Kleinbasel ganz besonders fehlt es an grosszügigen Parkanlagen und Grünflächen. Mit der zunehmenden Hektik im Alltag, der zunehmenden Hitze, wir kennen es alle im Sommer, brauchen wir Erholungsräume, brauchen wir Entspannungsräume, brauchen wir die Möglichkeit, uns in der Natur zu erholen und das möglichst nahe, nicht, dass wir zuerst irgendwohin fahren müssen.

Diese Initiative verspricht einen solchen Erholungsort, wo man sich treffen und sich begegnen kann. Eine naturnahe Klybeckinsel verspricht deshalb den dringend ersehnten Paradigmenwechsel, den wir uns von BastA wünschen. Freiwerdende Areale sollen nicht mehr zwingend möglichst dicht überbaut werden, sondern können auch als Grün- und Freiraum der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Und wirklich auch als Ganzes, es gibt gute Pläne, wir sind da in der Bau- und Raumplanungskommission jeweils intensiv am Diskutieren, wie viel Fläche Grün verbleiben soll, wie viel bebaut werden soll, aber sich einfach mal zu überlegen, warum eigentlich nicht mal ein Park, sondern sogar die ganze Fläche. Hier ist interessant, Daniel Seiler und ich sind uns offenbar hier mal einig, also das muss, glaube ich, sehr mehrheitsfähig sein, diese Idee.

Die Idee ist sehr verführerisch, diese natürliche Insel, die hier wiederhergestellt werden soll, die konkrete Formulierung mit der Umsetzung als Insel und der Aufforstung ist aus unserer Sicht aber nicht wirklich gelungen. Die Situation seit der Aufschüttung des alten Rheinarms, also vor gut 100 Jahren, inzwischen noch etwas mehr als 100 Jahre, die Zeit vergeht schnell, hat sich grundsätzlich verändert. Damals war das Klybeck noch eine mehrheitlich als Weideland genutzte Landwirtschaftsfläche. Es gab ein paar Häuschen, aber nicht wirklich sehr viele. Das Fischerdorf Kleinhüningen existierte schon, aber noch ohne all die Silos aussenrum, also es war wirklich eine ganz andere Situation und vor allem auch für die Natur war die Situation ganz anders. Die biodiversitätsreichen Rheinuferbereiche wurden verbaut, sie wurden befestigt, ein Ersatz für die kiesigen Trockenstandorte hat sich dann auf den Bahnarealen entwickelt, die dann entstanden sind. Wir kennen die ganze Diskussion um das Hafenbecken 3, aber das gleiche trifft auch auf das Klybeckareal zu.

Würde man jetzt den Altrhein wieder ausbuddeln und den Rest der künstlich wieder hergestellten Klybeckinsel aufforsten, entstünde ein schöner Wald, den ich persönlich zwar toll fände, aber diese äusserst wertvollen Trockenstandorte würden verloren gehen und das wäre ein Verlust für die Biodiversität. Für die vielfältigen Pflanzenarten, die es dort gibt, für die Insekten, die dort sind, die sind sehr selten, teilweise sind es sogar mehr oder weniger einzigartigen Standorte, und auch für die Bevölkerung wäre eine Insel nicht wirklich von Vorteil, weil der Zugang zum Grünraum zwangsläufig stark eingeschränkt wäre. Heute kommt man auf zwei Bereichen, also ganz bei der Wiese und beim Hafenkran auf das Areal zu und wir wünschen uns schon lange, dass dieser Bereich wirklich ans Quartier angeschlossen würde. Und wenn man jetzt alles wieder wegbuddelt und dann vielleicht eine, zwei Brücken herstellt, dann ist dann wieder genau das, wo wir jetzt sind, also keine Verbesserung und gar nicht die dringend erwünschte Verbesserung.

Die Initiative verbindet aus unserer Sicht also äusserst Wünschenswertes, wie gesagt, ein Park und ein Ort für die ganze Bevölkerung, mit weniger Sinnvollem, den Graben des Kanals, wodurch Fläche und der Zugang zum Gebiet verloren gingen. Aufgrund dieser Vermischung von Sinnvollem und anderen sind wir von BastA klar für die Überweisung an die Regierung und die Ausarbeitung des Gegenvorschlags.

Nur noch zum ersten Sprecher, Michael Hug, wir haben die Zeit. Ich mag mich erinnern, ich war damals, 2012 war das, glaube ich, in der ersten Begleitgruppe zur Hafen- und Stadtentwicklung, als es über die Bebauung des Klybeckquais ging. Damals sprach man davon, dass man 2019 die ersten Bauten erstellen wird. Wir sind inzwischen sechs Jahre danach und es wird auch morgen nicht passieren. Aktuell geht es um den Stadtteilrichtplan, die Diskussion über den Bebauungsplan wird relativ lange gehen, das kann ich jetzt schon voraussehen, je nachdem, wie es herauskommt, gibt es noch ein Referendum, also in den nächsten Jahren wird da nicht gebaut. Also man hat gut Zeit, um da noch einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, über diesen abzustimmen und anzuschauen, wie es weiter geht.

Ich bitte Sie, die rechtliche Zulassung ist eh unbestritten, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Auch die SP-Fraktion ist für die Überweisung an den Regierungsrat. Ich kann mich hier kurzhalten, es wurde schon vieles gesagt. Für uns ist ganz wichtig, dass hier eine sorgfältige Berichterstattung stattfinden kann, damit eben auch die Details beurteilt werden können. Für uns ist klar, dieses Areal ist kein unbeschriebenes Blatt. Es gibt nicht nur bereits die Planung, die vorangegangen ist, sondern es gibt auch bereits eine andere Initiative, die Hafeninitiative, für die wir



einen Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, hinter dem wir nach wie vor stehen, bei dem ebenfalls grosszügiges Grün, 50 Prozent der Arealfläche soll Grün werden, dahinter stehen wir weiterhin.

Und zuletzt ist für uns auch wichtig, dass mit der Berichterstattung des Regierungsrats und der Beratung im Grossen Rat dann auch eine Empfehlung mit der Abstimmung ausgesprochen werden könnte, wie sich der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rates zu dieser Initiative positioniert. Das scheint uns hier doch auch wesentlich, weil eben schon so viel auf diesem Areal am Laufen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Auch ich kann mich kurzhalten. Wir denken ebenfalls, dass es die Berichterstattung und mehr Informationen noch braucht, denn es ist eine auf den ersten Blick sehr coole Idee. Man denkt, das ist sympathisch, Aufforstung, eine Insel, das klingt super und das hat man auch gemerkt, weil es auch in der Zeitung dann entsprechend auf Anklang gestossen ist und berichtet wurde. Und genau deshalb ist es auch wichtig, dass hier noch Informationen zusammengetragen werden und der Regierungsrat hier ordentlich berichtet, weil wir ja eben gehört haben, dass es doch einige Punkte gibt, die auch dagegensprechen und da muss man schon das nochmal vertieft und genauer anschauen. Wohnen, Arbeiten, Freiräume, die ganze Planung, das muss einfach zusammenspielen und gerade deshalb braucht es jetzt mehr Informationen, weshalb wir ebenfalls uns dafür aussprechen, dass die Initiative zur Berichterstattung überwiesen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP das Wort hat Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir von der Fraktion Mitte-EVP, wir können uns jetzt bei diesem Fall durchaus vorstellen, dass wir mal diese Initiative direkt dem Volk zur Beurteilung und zur Abstimmung vorlegen, ohne dass wir hier einen Gegenvorschlag ausarbeiten, dass wir wieder verschiedene Sachen thematisieren. Die Forderung ist wie klar und manchmal kann man einfach die Forderung sehr demokratisch an der Urne, ohne unser Zutun, entscheiden und zutrauen, dass die Bevölkerung dann eine richtige Entscheidung trifft. Darum sind wir dafür, diese Initiative direkt dem Volk zu unterbreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte Debatte. Ich kann gut verstehen, dass es hier auch Stimmen gibt, die sagen, die Auswirkungen, die wären relativ klar, der Gegenstand ist klar, wir können darüber direkt befinden. Ich denke, dennoch darf man die Sache nicht unterschätzen. Wie wir gehört haben, das Anliegen grundsätzlich, mehr Natur, mehr Grünfläche, hat auch grosse Sympathien, gerade in diesem Gebiet, wo das umliegende Quartier doch sehr dicht ist. Also ich glaube da, die Sympathie darf man nicht unterschätzen und auf der anderen Seite sind eben diese ganz konkreten Auswirkungen, die ich Ihnen benannt habe, die wir aber noch nicht beispielsweise beziffern können oder noch nicht in der ganzen Auswirkung jetzt in dieser Schnelle abschätzen konnten.

Wenn der Regierungsrat nicht berichten kann, dann ist einfach das Problem, dass wir keine Abstimmungsempfehlung geben können und das, glaube ich, wäre wirklich eine Herausforderung dann in der Abstimmung und ich denke, hier lohnt es sich, Sorgfalt vor Tempo diese Auswirkungen anzuschauen. Es ist so, es sind ja auch unsere Planungen in diesem Perimeter. Glauben Sie mir, der Kanton hat grösstes Interesse daran, diese Berichterstattung so rasch, zwar sorgfältig, aber so rasch wie möglich zu machen, um sich eben auch ein Bild zu verschaffen, weil auch unsere Planungen da mit drinhängen und wir haben grösstes Interesse, dass es da in dieser Frage auch dann einen Entscheid gibt.

Vielleicht auch noch kurz, es bedeutet auch nicht, dass es unbedingt einen Gegenvorschlag geben muss. Wir möchten einfach die Einschätzungen geben können und es kann sein, dass wir dann sagen, wir verzichten auf einen Gegenvorschlag und Sie darum bitten, es auch zu tun, aber wie gesagt, hier den Weg der Berichterstattung zu überspringen und direkt an die Bevölkerung, das schätzen wir von Seiten Regierungsrat als kritisch ein.

Deshalb bitten wir Sie sehr, diese Initiative, wie gesagt, für zulässig zu erklären und sie dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006511, 14.05.25 09:53:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'388 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative «Für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Kly- beckinsel-Volksinitiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Initiative rechtlich zulässig erklärt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Die Fraktionen LDP und Mitte-EVP beantragen, die Initiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. a (IRG) sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Berichterstattung an den Regierungsrat, NEIN heisst die Initiative direkt vors Volk ohne Gegenvorschlag und ohne Empfehlung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006513, 14.05.25 09:54:33]

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen.



6. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK

[14.05.25 09:54:39, 23.1726.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt die Rückweisung an den Regierungsrat.

Die Präsidentin Raffaella Hanauer hat das Wort.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ursprünglich beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat eine finanzielle Beteiligung des Kantons in der Höhe von 5,1 Millionen Franken für den Aufbau und Betrieb einer gemeinsamen Mobility as a Service-Plattform mit den Städten Bern und Zürich. Der Betrag sollte aus dem Mobilitätsfonds finanziert werden. Konkret handelte es sich primär um die Entwicklung einer App. Dazu hat der Regierungsrat einen Koordinationsvertrag mit den beiden Partnerstädten und drei Transportunternehmungen beschlossen. Im Vertrag sind ebenfalls Bestrebungen enthalten, um neben der App auch ein gemeinsames Branding sowie Standards und Grundsätze für Mobilitätshubs zu erarbeiten.

Mobility as a Service ist ein Überbegriff für ein Nutzenden orientiertes Mobilitätsangebot, welches diverse umweltfreundliche Mobilitätsformen vereint. Bestandteil von MaaS ist unter anderem ein vereinfachtes Auswählen und Bezahlen von Mobilitätsangeboten durch eine gemeinsame Plattform und ein gemeinsames Bezahl- und Tarifsysteem. Auch Angebote im öffentlichen Raum, in denen die verschiedenen Angebote der umweltfreundlichen Mobilitätsarten klar erkenntlich und erlebbar werden, gehört zu MaaS. So zum Beispiel Mobilitätshubs, Erkenntlichkeiten dieser Hubs sowie der Schnittstellen der verschiedenen Anbieter untereinander mittels einheitlicher Kommunikation. Auch die Integration von Tarifen, beispielsweise einem ÖV-Billett mit anschliessendem Sharing-Velo-Zugang, ist Teil von MaaS.

Dieses Geschäft wurde am 6. März im letzten Jahr der UVEK überwiesen. Die UVEK hat sich an drei Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Ein erstes Mal im Frühling letzten Jahres, danach erst wieder zu Beginn des laufenden Jahres. Da sich die Ausgangslage seit der Publikation des Ratschlags allerdings wesentlich verändert hat, beantragt die UVEK dem Grossen Rat, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Nun kurz, wie es dazu kam: Kurz nach Beginn der Beratung wurde die UVEK von der zuständigen Regierungsrätin informiert, dass es möglich wäre, dass das Projekt abgebrochen werden muss. Kurz darauf war dies auch tatsächlich der Fall. Der Projektabbruch wurde mittels Medienmitteilung der drei Städte kommuniziert und Grund waren die erwartbaren Gesamtkosten, die plötzlich deutlich höher ausfallen würden als zuerst gedacht. Anstelle von rund 18 Millionen Franken musste man nun mit eher 30 Millionen Franken rechnen und dies hätte für Basel rund 3 Millionen Mehrausgaben bedeutet. Daraufhin hat die UVEK die Beratung des Geschäftes sistiert erstmal und während dieser Zeit hat das BVD die neue Ausgangslage analysiert und mögliche Szenarien für den weiteren Geschäftsverlauf und die ursprünglichen Anliegen des Regierungsrates ausgearbeitet.

Die UVEK hat das Geschäft dann Anfang dieses Jahres wieder aufgegriffen. Dabei wurde der UVEK erläutert, dass nun eher ein mehrschichtiges agiles Programm angedacht sei und dies bestünde aus physischen Elementen, wie diesen Mobilitätshubs entsprechend einheitlichen Signalisationen, es könnten auch Tarif-Bundles entwickelt werden und dazu auch Grundlagen geschaffen werden, die bestehenden Angebote im Kanton könnten multimodaler werden, Sharing könnte grenzüberschreitender werden und langfristige Kooperationen mit der nationalen Ebene und anderen Städten könnten weiterhin angestrebt werden. Trotz der Beendigung des Projekts einer gemeinsamen digitalen Plattform wird die Zusammenarbeit zwischen den Städten so auch fortgesetzt, zum Beispiel im Bereich der Ausschilderung von Mobilitätshubs.

Die Kommission hat daraufhin das weitere Vorgehen diskutiert und liess sich mögliche Szenarien aufzeigen. Die UVEK bedauert, dass keine gemeinsame digitale Plattform zustande kommt. Sie kann den Entscheid aufgrund der Erhöhung der ohnehin schon teuren Kosten jedoch nachvollziehen. Die UVEK spricht sich gleichzeitig dafür aus, dass alle Elemente von Mobility as a Service weiterverfolgt werden. Nach der nicht mehr weiter verfolgten eigenen App wünscht die Kommission sich, dass eine Integration in eine bestehende App, vor allem die der SBB angestrebt wird. Der UVEK ist vor allem wichtig, dass es sozusagen einen Schlüssel für die umweltfreundlichen Mobilitätsformen in Zukunft geben kann und sieht dabei in der SBB-App und vor allem dem Swisspass grosse Potenziale. Die UVEK hält den Swisspass für am geeignetsten für einen solchen MaaS-Passepartout.

Die UVEK hat bezüglich des weiteren Vorgehens mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung sich dazu entschieden, dem Grossen Rat, Ihnen heute zu beantragen, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen. Den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend einer gemeinsamen Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote beantragt die UVEK stehen zu lassen. Dabei soll dieses Anliegen weiterverfolgt werden. Die Rückweisung ist nicht als Signal zu verstehen, die Arbeiten einzustellen, im Gegenteil, die UVEK verweist auf den nun noch nicht erfüllten Anzug Fuhrer und auf weitere hängige Vorstösse, die ebenfalls Elemente von MaaS behandeln. Zudem verweist die UVEK



auf die im Umweltschutzgesetz verankerte Bevorzugung der umweltfreundlichen und flächeneffizienten Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten und auf die Klima- und Mobilitätsstrategie des Regierungsrates. An den bestehenden politischen Aufträgen ändert sich mit der Rückweisung dieses Ratschlags nichts. Mit der Rückweisung verbunden formuliert die UVEK einstimmig den Auftrag an die Regierung, am Ziel einer besseren Verknüpfung aller umweltfreundlichen Mobilitätsformen festzuhalten und alle Puzzleteile weiter zu verfolgen.

Ein kleiner Teil der Kommission hat sich dafür ausgesprochen, den Ratschlag in der Kommission zu behalten, anstatt ihn zurückzuweisen. Die Arbeiten des BVD sollten so in der Kommission in ihrer Konkretisierung begleitet werden und über den Kommissionsbericht sollte ein Umsetzungsvorschlag gemacht werden mittels einer angepassten Ausgabenbewilligung. Das wichtigste Argument für dieses Vorgehen waren zeitliche Aspekte. Eventuell hätten so einzelne Aspekte schneller umgesetzt werden können als mit der nun beantragten Rückweisung.

Die UVEK ist sich bewusst, dass aufgrund der Rückweisung etwas Zeit verloren gehen wird, denn für neue Massnahmen müssen wiederum Mittel beim Mobilitätsfonds beantragt werden, Ratschläge verfasst und politische Beschlüsse gefällt werden. Deshalb ist mit der Rückweisung auch der Wunsch verbunden, dass der Grosse Rat möglichst bald einen angepassten Vorschlag zur Umsetzung der fünf Puzzleteile diskutieren kann. Nicht ausgeschlossen ist für die UVEK auch, dass diese Teile nicht in einem gebündelten Geschäft, sondern auf mehrere Geschäfte verteilt werden. Physische und virtuelle Elemente sollten zwar zusammen gedacht werden, im Sinne einer Beschleunigung kann sich die UVEK jedoch auch vorstellen, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzkompetenz allenfalls auch bereits Dinge umsetzt, bevor ein nächster umfassender Ratschlag vorliegt. Dazu bestehen ja die politischen Aufträge auch weiterhin.

Entsprechend beantragt die UVEK die Rückweisung des Ratschlags und den Anzug Fuhrer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es von der Kommissionspräsidentin gehört, die Ausgangslage hat sich seit dem Moment, indem wir das Geschäft überwiesen haben, ziemlich geändert. Die Ausschreibung ergab eben, dass eine solche App viel teurer geworden wäre und deshalb habe ich mich gemeinsam mit den Städten Bern und Zürich dazu entschieden, das Projekt, konkret die App, gar nicht erst zu starten. Wir haben das per Medienmitteilung vor rund einem Jahr öffentlich kommuniziert. Ich bin deshalb sehr dankbar, wenn Sie den Bericht zurück an den Regierungsrat überweisen, damit wir die Zielsetzung respektive die Elemente anpassen können. Die App wird es in dieser umfassenden Form nicht geben, aber dank des Projekts ist wirklich eine gute Zusammenarbeit zwischen den Städten zum Thema Mobility as a Service entstanden. Wir tauschen Erfahrungen aus und lernen voneinander und gewisse Projekte, wie einheitliche Sharing-Stationen, werden weiterverfolgt.

Diese Zusammenarbeit ist wirklich diesem Projekt zu verdanken und ist für uns wirklich ein grosser Gewinn. Diese Zusammenarbeit möchten wir deshalb fortführen und Ihnen Vorschläge machen, wie wir als Kanton auch ohne diese umfassende App-Entwicklung im Bereich Sharing vorwärts machen können. Denn nach wie vor ist das Teilen von Fahrzeugen für die Städte ein wichtiger Hebel, wie wir den Flächenbedarf des Verkehrs reduzieren können. Und die Förderung von Sharing ist auch ihrerseits Teil von mehreren Vorstössen, es ist gefordert und politisch breit unterstützt. Sie ist übrigens auch Teil der Mobilitätsstrategie des Kantons, also auch von der Regierung so verabschiedet. Der Auftrag, der bleibt also bestehen, wenn auch in anderer Form.

Ich möchte der UVEK wirklich danken für den konstruktiven Austausch, auch aufgrund dieser neuen Ausgangslage und die Hinweise zur weiteren Stossrichtung, die für uns sehr hilfreich sind. Das Zurückweisen gibt uns die Chance, Ihnen neue Vorschläge ohne App oder mit einer, ich sage mal, schmaleren Variante einer App zu unterbreiten und diese Chance werden wir sehr gerne nutzen. In dem Sinne sind wir auch einverstanden damit, den Anzug Raphael Fuhrer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Ich spreche im Namen der SP und wir unterstützen die Rückweisung dieses Ratschlags. Nicht, weil wir das Ziel grundsätzlich in Frage stellen, sondern weil der Weg dorthin neu gedacht werden muss. Der vorliegende Ratschlag basiert auf einem Projekt, das nicht mehr existiert. Die geplante gemeinsame App mit Zürich und Bern ist vom Tisch. Statt der ursprünglich kalkulierten 18 Millionen hätte die Umsetzung fast 30 Millionen Franken gekostet und wir haben uns schon etwas gewundert, wie gross die Diskrepanz zwischen der ersten Marktbefragung und den tatsächlichen Offerten ausgefallen ist. Aber ein Festhalten an diesem Ratschlag wäre eine Zweckentfremdung der ursprünglich beantragten Mittel. Die Kommissionsmehrheit hat deshalb folgerichtig entschieden, zurück auf Staat.



Die Idee von Mobility as a Service bleibt sinnvoll, aber sie muss auf einer aktuellen realistischen Grundlage weiterverfolgt und ziemlich sicher auch deutlich kleiner gedacht werden mit neuen Ratschlägen, die nicht mehr um eine App-Lösung herum gebaut sind und die sich andernorts als teuer und im Nutzen begrenzt erwiesen hat. Ich habe gerade vorletzte Woche in Berlin die verkümmerten und schlecht unterhaltenen Jelbi Mobilitätsstationen gesehen. Nur rund 7 Prozent nutzen dort die Jelbi-App, wenn ich richtig informiert bin, und trotzdem wird sie immer wieder als Vorbild genannt. Wenn ich aber mir selbst oder anderen Reisenden über die Schulter blicke und auf den Bildschirm, dann sehe ich dort viel häufiger Google Maps als die Jelbi-App und diese App findet ebenfalls schnelle Verbindungen und das erst noch kostenlos.

Und dann noch ein letzter Punkt, den wir im bisherigen Ratschlag etwas vermisst haben. Was wir uns von den künftigen Vorlagen ausdrücklich wünschen, das wäre eine klare Zielgruppenstrategie. Bisher blieb offen, wer genau angesprochen werden soll. Mal war von Gelegenheitsnutzenden die Rede, mal von Familien oder auch von Geschäftsreisenden. Aus unserer Sicht liegt der Zweck solcher MaaS-Angebote aber klar darin, mehr Menschen zu ermöglichen, auf ein eigenes Auto zu verzichten und dafür braucht es eine Strategie, die sich an den konkreten Bedürfnissen dieser Zielgruppen orientiert.

Ich bitte Sie deshalb, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen und den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen sind überzeugt, dass die Klima- und die Mobilitätsstrategie des Regierungsrates die richtige ist. Es gilt, die umweltfreundliche Mobilität zu stärken und die Nutzung von geteilten Fahrzeugen zu erhöhen. Ausserdem ist im Umweltschutzgesetz die Bevorzugung der umweltfreundlichen und flächeneffizienten Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten klar verankert.

Nicht immer weiss man im Voraus, ob ein Projekt ein Erfolg oder ein Misserfolg wird. Hier haben nicht voraussehbare Faktoren dazu geführt, dass wir die Zurückweisung des Ratschlages an den Regierungsrat unterstützen und den Anzug von Raphael Fuhrer stehen lassen möchten. Wir freuen uns, wenn der Grosse Rat möglichst bald einen angepassten Vorschlag zur Umsetzung der fünf im Ratschlag erklärten Puzzleteile diskutieren kann. Es ist für uns in Ordnung, wenn diese Teile nicht in einem Geschäft gebündelt, sondern auf mehrere Geschäfte aufgeteilt werden. Denn wir sind der Ansicht, wie auch im Bericht vermerkt, physische und virtuelle Elemente müssen zwar zusammen gedacht werden, wir würden es jedoch begrüßen, wenn im Sinne einer Beschleunigung auch einzelne Elemente vom Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzkompetenz allenfalls bereits umgesetzt werden könnten. Dies vielleicht schon bevor ein nächster umfassender Ratschlag vorliegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Grünen hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Diese Idee einer schweizweiten Mobilitätsplattform, das war sicher im Grundsatz eine sehr gute Idee und wäre es eigentlich immer noch, aber es sieht so aus, als muss man die wirklich anpassen und sie muss auch neu gedacht werden und auf dieses Resultat kamen auch die Leute der UVEK.

Wollen wir die Klimaziele in gegebener Frist erreichen und für mehr Biodiversität in den Siedlungsräumen sorgen, so führt kein Weg an der Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt vorbei. Damit dies geschehen kann, benötigen wir aber zugegebenermassen attraktive Alternativen. Gut miteinander verbundene und umweltfreundliche alternative Verkehrsmittel können den Ausstieg aus dem motorisierten Individualverkehr sicher erleichtern und damit einen wichtigen Beitrag für eine lebensfreundliche Stadt Basel leisten. Auf dieser Basis hier geschieht auch der Gedanke einer MaaS und das ist für mich immer noch eigentlich der Grundsatz, vor dem man diese Arbeit machen muss.

Damit dann die Menschen dieses Angebot nutzen können, muss einfach eine Erreichbarkeit gewährleistet sein und dazu benötigt es die entsprechende Sichtbarkeit des Angebots, sowohl auf den Medienplattformen als auch in den Mobilitätshubs in den verschiedenen Quartieren. Der Anzug von Raphael Fuhrer fordert nicht in erster Linie eine allumfassende App, sondern vor allem eine Entwicklung einheitlicher Regeln und Standards, beispielsweise zu Preispolitik, Signalisation, Abdeckung und der jeweiligen Nutzungsweise von umweltfreundlichen Sharing-Angeboten. Eine eigene, isolierte Lösung soll so verhindert werden und die Nutzungsmöglichkeiten sollte eben nicht an den Stadtgrenzen enden, sondern es soll über die Stadtgrenzen hinaus gedacht werden und das wurde auch gemacht und so haben wir das auch sehr begrüsst, dass die Regierung auch die Zusammenarbeit mit anderen Städten vorwärtsgetrieben hat, und wir begrüßen es auch, dass sie diese Allianzen auch in Zukunft weiterführen wollen. Das ist sicher ein wichtiger Schritt, um auch dieser Mobilitätsplattform eine sinnvolle Erweiterung zu geben.



Zugegebenermassen ist dieses Projekt sehr komplex und das hat natürlich auch in der Finanzierung dann seinen Ausdruck gefunden. Dennoch sehen wir es als ein wichtiges Instrument an und waren schon bereit, wenn man schaut in der Vergangenheit, auch ganz anderen finanzielle Mittel für vielleicht Dinge auszugeben, die schlussendlich sogar vor dem Volk dann abgeschmettert wurden.

Von Seiten der Grünen besteht weiterhin daher der Wunsch, das Angebot multimodale Tarife, multimodale langfristige Kooperationen, Hubs multimodal und Brands multimodal weiter zu verfolgen. In diesem Bestreben wird offensichtlich, dass für eine digitale Umsetzung auf bestehenden Plattformen diese eigentlich dort aufgebaut werden müssen. Es ist auch klar, dass wir da schon eine sehr gute Plattform haben, wie die SBB-App oder auch, wie Jean-Luc Perret schon gesagt hat, Google Maps, wo man schon sehr gute Dienste bekommt. Also macht es da sicher Sinn, dass man auf diesen Diensten auch aufbaut und nicht jetzt etwas völlig Neues wieder erfindet.

Wir beantragen deshalb, dass man diesen Bericht der UVEK so akzeptiert und dass man den Rahmen, diesen Anzug in diesem Sinn auch stehen lässt und der Regierung den Antrag zurückweist. Wir sind der Meinung, dass das wirklich auch ein Prioritätsprojekt sein sollte und wir sind froh, wenn die Regierung das auch prioritär und schnell an die Hand nimmt und weiterverfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Die FDP unterstützt das Ziel einer vernetzten klimafreundlichen Mobilität ausdrücklich. Basel braucht gute Verkehrslösungen, effizient, umweltfreundlich und grenzüberschreitend, sogar eventuell interkantonal. Aber der Weg dorthin muss auch ökonomisch und ordnungspolitisch sinnvoll sein. Die nun abgebrochene Idee einer staatlich finanzierten MaaS-App zusammen mit Zürich und Bern war aus unserer Sicht von Anfang an fragwürdig. Einerseits, weil sie Millionen aus dem Mobilitätsfonds gebunden hätte, konkret 5,1 Millionen mit Tendenzrichtung 8 Millionen Franken, andererseits, weil sich der Staat dabei als Anbieter einer digitalen Mobilitätsplattform positionieren sollte.

Das ist aus liberaler Sicht ein klarer Fehltritt. Gerade in Basel, einem Kanton mit hoher Innovationskraft, einem starken privatwirtschaftlichen Verkehrssektor und einem komplexen trinationalen Umfeld wäre ein solches staatliches Engagement ein fatales Signal. Sie hätte private Anbieter verdrängt, digitale Innovation ausgebremst, langfristig neue Abhängigkeiten geschaffen. Statt Basel als Technologiestandort zu stärken, wären wir zum staatlich verwalteten App-Betreiber geworden. Wir dürfen den Staat nicht zur Konkurrenz der Privatwirtschaft machen, weder bei Apps noch bei Tarifplattformen. Unsere Aufgabe als Staat ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Offene Schnittstellen, verlässliche Daten, Standards, faire Konditionen, aber nicht Millionen in ein App-Projekt zu investieren, das am Ende auch datenschutzrechtlich heikel ist. Bewegungsprofile von Bürgerinnen und Bürger gehören nicht in die Hoheit der Verwaltung.

Wir haben in Basel schon heute funktionierende Ansätze wie Uber App, FAIRTIQ oder wie mehrfach erwähnt Google. Hier könnten wir als Staat ansetzen mit klugen Partnerschaften statt eigener Infrastruktur und gerade im trinationalen Raum wäre es sinnvoller, bestehende Systeme zu öffnen und zu vernetzen, etwa für ein gemeinsames Check-in, Check-out Deutschland und Frankreich, statt isoliert neue Lösungen zu bauen.

Die Rücküberweisung des Ratschlags ist deshalb der einzig richtige Schritt. Wir brauchen keine App made in Basel-Stadt, wir brauchen Mobilität made for Basel-Stadt. Effizient, offen, digital, aber ohne staatliche Parallelwelt. Setzen wir auf Innovation statt Intervention, auf Partnerschaft anstatt Parallelstruktur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an die Präsidentin der UVEK Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Zuerst möchte ich mich noch im Namen der UVEK bei der zuständigen Regierungsrätin Esther Keller und der Verwaltung für den konstruktiven Austausch bedanken. Wir sind sehr froh, dass ein gemeinsamer Weg gefunden werden konnte. Dann wurde soeben erwähnt, dass die Mobilitätsangebote auch mit Partnern vor allem verfolgt werden sollten. Dies hat die UVEK wirklich intensiv diskutiert und ist, wie gesagt, zum Schluss gekommen, dass vor allem die SBB ein sehr wichtiger Partner wäre, wenn wir nicht eine eigene App machen, sondern uns eben auf Kooperationen berufen und auf bereits Bestehendes.

Dann wurde auch noch die Zielgruppenorientierung erwähnt in den vorherigen Voten. Aus Sicht der Gesamtkommission informiere ich Sie gerne, dass vor dem Projektabbruch die Frage nach der Zielgruppenstrategie in der UVEK mehrfach aufkam. Neben den Kosten und dem Nutzen hätte die UVEK demnach sich auch über die Zielgruppen eine Haltung wohl gebildet und Abklärungen getroffen. Wir haben natürlich aber diese Diskussion abgebrochen und nicht zu Ende geführt, als



wir von dem möglichen Projektabbruch erfahren haben und als das Projekt letztlich dann auch abgebrochen wurde. Es wäre jedoch aus Sicht der UVEK sicherlich sinnvoll, dass dieses Thema in der weiteren Bearbeitung auch adressiert wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht besprochen.

Die UVEK beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006515, 14.05.25 10:20:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Ratschlag dem Regierungsrat zurückgewiesen mit 93 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

6.1. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK

[14.05.25 10:20:27, 20.5060.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend einer gemeinsamen Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote stehen zu lassen.

Die UVEK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug stehen zu lassen

7. Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR

[14.05.25 10:20:48, 24.1753.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsidentin Raffaella Hanauer.



Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich berichte im Namen der UVEK mündlich zu diesem Geschäft. Der Ratschlag zur Projektierung der neuen Margarethenbrücke wurde der UVEK am 2. Februar dieses Jahres überwiesen. Die UVEK hat ihn behandelt an ihren Sitzungen vom 26. Februar, 19. März und 9. April. Unterstützt wurde sie von Mitarbeitenden des BVD und bedankt sich vorweg für kompetente Begleitung. Sie beantragt einstimmig, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Es geht dabei um eine finanzielle Beteiligung des Kantons von 8,9 Millionen Franken an der Projektierung der SBB der neuen Margarethenbrücke. Es werden noch keine Gelder für den Bau beantragt. Die Brücke steht im Eigentum der SBB und befindet sich auch auf deren Boden. Die Brücke ist über 120 Jahre alt und muss erneuert werden. Sie ist in einem schlechten Zustand und hat statische Defizite. Eine neue Brücke bringt viele Vorteile mit sich. Mit dem Neubau würden über den künftigen Perronzugang Margarethen hinweg die Perrons auch von der Margarethenbrücke aus erschlossen werden. Der Perronzugang selbst soll bereits 2035 fertiggestellt werden.

Die Margarethenbrücke und der Perronzugang Margarethen sollen aufeinander abgestimmt werden. Der Perronzugang ist alleiniges Projekt des Bundes und der SBB. Der Bund hat bisher für die Margarethenbrücke noch keine Gelder gesprochen, wohl aber für diesen Perronzugang. Daher sollen die beiden Bauwerke zwar zusammen gedacht, aber als unabhängig stehende Bauwerke realisiert werden. Die SBB kann durch einen Ersatz der Brücke zusammen mit dem Perronzugang Margrethen die Haltepunkte der Züge nach Westen verschieben. Auch die für den Kapazitätsausbau des Bahnhofs SBB notwendige Neuorganisation der südlichen Gleise wird erst durch den Brückenersatz möglich. Für den Kanton wiederum entsteht unter anderem die Chance, die Verkehrsführung auf der wichtigen Verbindungsbrücke zu verbessern. Auch die Möglichkeit, in den Brückenpfeilern Velostationen zu integrieren, ist eine Chance.

Das finale Projekt der letztendlichen Brücke ist noch nicht ausgearbeitet. Zurzeit läuft ein Wettbewerb für ein stimmiges Gesamtbauwerk des Perronzugangs kombiniert mit der Margarethenbrücke. Die Ergebnisse des Studienauftrags werden im ersten Semester dieses Jahres vorliegen. Als Eigentümerin der Brücke ist die SBB im Lead, der Ersatz der Brücke ist demnach ein SBB-Projekt. Das laufende Studienverfahren ist nicht Teil der beantragten Gelder. Die 8,9 Millionen Franken beschreiben die Beteiligung zu 50 Prozent des Kantons an den anschliessenden Projektierungsarbeiten für die Brücke. Diese Arbeiten starten direkt nach dem Studienauftrag in der zweiten Jahreshälfte 2025. Erst danach sollen dann auf Basis eines fertigen Vorprojektes die Realisierungsmittel mit einem zweiten Ratschlag beantragt werden.

Die UVEK hat zu diesem Geschäft mehrere Themen diskutiert. Aufgekommen ist in der Kommission die Frage, ob der Kanton die Brücke nicht in sein Eigentum übernehmen möchte. So wäre er in der Gestaltung der Brücke von der SBB unabhängig und der Unterhalt der Brücke wäre eventuell besser gewährleistet. Der UVEK wurde erläutert, dass es für den Kanton komplizierter wäre, den Unterhalt des Bauwerks und die Überprüfung der Sicherheit der Brücke als Bauwerk zu gewährleisten, wenn sie in seinem Eigentum wäre. Dies, weil die Überprüfung des Bauwerkes stark von den Gleisen zu erfolgen hat und der Kanton daher beim Unterhalt der Brücke sowie auch bei der Sicherstellung, dass diese immer gut unterhalten ist und den Inspektionen jeweils stark von der SBB abhängig wäre, beispielsweise wegen notwendigen Gleissperrungen. Dies kann durch die SBB daher deutlich einfacher gemacht werden. Zudem sei die SBB Eigentümerin von sehr zahlreichen Brückenbauten in der ganzen Schweiz und wisse grundsätzlich, wie diese zu unterhalten sind. Die Probleme bei der Margarethenbrücke, die auch besonders alt ist, eben schon über 120 Jahre, dürften eine Ausnahme gewesen sein und daher wurde dies vom Kanton nicht verfolgt.

Die UVEK hat sich auch Gedanken gemacht über den Zeitplan und die Möglichkeiten der Mitgestaltung des Kantons bei diesem SBB-Projekt. Unbestritten war in der Kommission, dass der Kanton sich an der Projektierung beteiligen soll, da die Margarethenbrücke für den Kanton als Verbindung zwischen dem Gundeli, Bruderholz und dem Kantonsgebiet vor den Gleisen äusserst wichtig ist. Da die SBB die weiteren Projektierungsarbeiten direkt in der zweiten Jahreshälfte starten wird, ist die UVEK der Ansicht, dass der Kanton Basel-Stadt möglichst rasch finanzielle Klarheit über seine Beteiligung schaffen sollte. Solange die Finanzierung nicht entschieden ist, kann der Kanton seine Anliegen zur Ausgestaltung der Brücke auch nicht adäquat bei der SBB einbringen. Hinzu kommt, dass durch rasche finanzielle Klarheit beim Projekt Margarethenbrücke dieses auch besser mit dem Projekt Perronzugang Margarethen koordiniert werden kann. Die Koordination dieser zwei Projekte ist auch im Sinne der UVEK. Aus diesen genannten Gründen hat sich die UVEK für eine effiziente und dennoch fundierte Beratung entschieden und kommt in den Grossen Rat mittels einem mündlichen Bericht, damit das zeitliche Beschlussfassen des Finanzbeitrags nicht diese Arbeiten und diese Synergien aufhält.

Zu Rückfragen hat in der UVEK der noch nicht final ausgehandelte Kostenteiler des Bauprojektes, aber auch der vorliegenden Projektierungskosten geführt. Im Ratschlag ist vorgesehen, die Projektierungskosten erst vorerst je hälftig zu teilen. Ein Ausgleich könnte erfolgen, sobald der Kostenteiler für den Bau bekannt ist. Die Modalitäten dieser Vereinbarung sind in einem Finanzierungsvertrag geregelt. Die UVEK liess sich erklären, weshalb noch kein finaler Kostenteiler zustande gekommen ist. Dies lässt sich gemäss den Abklärungen der UVEK auf zwei Aspekte hauptsächlich zurückführen. Einerseits das Bundesgesetz. Für Kreuzungen von Eisenbahnen und Strassen gilt das Eisenbahngesetz des Bundes. Die relevanten Artikel 25 bis 27 geben allerdings nur Grundsätze vor für Finanzierungsfragen. Die Auslegung dieser Artikel ist in jedem Einzelfall juristisch neu auszulegen. Es geht dabei um eine Auslegung der jeweiligen Vorteile von SBB und Bund sowie vom Kanton. Es gibt jedoch eine Vielzahl solcher Vorteile für beide Parteien und es ist sehr schwierig, diese Vorteile jeweils zu beziffern, dies mitunter auch, weil weder die SBB noch der Kanton einen 1:1 Ersatz der Brücke wünschen.



Zudem ist auch die Margarethenbrücke ein Spezialfall. Im Falle der Margarethenbrücke gibt es historisch keine Anhaltspunkte. Das heute angedachte Projekt ist das dritte existierende Projekt an diesem Ort. Zuerst gab es an dieser Stelle nur eine Strasse und die Brücke lässt sich mit der damaligen Strasse nicht vergleichen. Vor über 100 Jahren wurde dann infolge der Erstellung weiterer Gleisanlagen eine Brücke gebaut. Wie diese damals finanziert wurde, ist jedoch nicht bekannt. Es gibt auch keine vertragliche Regelung für einen Ersatz der Brücke, wie es das oftmals bei anderen Projekten mittels Objektvertrag gibt. Es gibt auch keine Gerichtsurteile, die diesem Fall direkt nahe kommen würden. Erklärt wurde der UVEK, dass der Kostenteiler von 50 zu 50 kein Präjudiz darstelle, sondern vielmehr sicherstellen soll, dass diese Diskussionen um den Kostenteiler, die auf einer sehr fachlich technischen Ebene geführt werden, nicht zu Verzögerungen in der Planung führen. Die UVEK hält diese Ausführungen als nachvollziehbar und ausreichend und ist mit dem Vorgehen deshalb einverstanden.

Die UVEK hat sich in ihrer Beratung auch mit der künftigen Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke befasst. Sie erkennt einen starken Zusammenhang und auch eine Abhängigkeit mit dem ebenfalls der UVEK überwiesenen Ratschlag 2 zur Finanzierung der weiteren Arbeiten zum Bahnknoten und zum Herzstück. Die Brücke soll in ihrem Querschnitt erweitert werden. Die heutige Margarethenbrücke ist 16.5 Meter breit, in Zukunft soll sie maximal 27 Meter breit werden. Die Regierung zeigt im Ratschlag Margarethenbrücke drei mögliche Verkehrsführungsvarianten auf. Diese heissen MIV-voll, MIV-reduziert und MIV-frei. Sie spricht sich für das vorliegende Projekt der Margarethenbrücke bzw. für die weiteren Planungen für MIV-voll aus. Dies bedeutet, dass der MIV in beide Richtungen über die Brücke fahren könnte. Der Querschnitt der Brücke erlaubt jedoch jede der drei Varianten.

Im ebenfalls in der UVEK liegenden Ratschlag 2 zur weiteren Finanzierung der Planungsarbeiten zum Bahnknoten und zum Herzstück beantragt die Regierung, die Studie Stadtraum Bahnhof SBB zur Kenntnis zu nehmen. Im Bericht äussert sie zu dieser Studie den Wunsch, dass die UVEK mit der Stellungnahme zur Kenntnisnahme auch explizit eine Haltung zur Stossrichtung von dieser Studie entwickelt und diese explizit bestätigt oder falls sie die Stossrichtung nicht teilt, Änderungen aufführt. Besagte Studie schlägt vor, zwischen der Markthalle und dem Elsässertor, also gleich neben der Margarethenbrücke, einen neuen Bahnhofplatz, den Markthalenplatz zu schaffen. Für die Umsetzung der in der Studie dargelegten Stossrichtung, welche im Ratschlag 2 behandelt wird, bräuchte es auf der Margarethenbrücke, über die wir jetzt gerade sprechen, den Einrichtungsverkehr für den MIV, was dem Szenario MIV-reduziert entspräche im vorliegenden Ratschlag.

Die UVEK hat sich zum Ziel gesetzt, die Beratung zur Frage dieser Verkehrsführung sowie zu einer Haltung zu den drei Szenarien MIV-voll, -reduziert oder -frei fundiert zu führen. Die Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke will sie zudem nicht isoliert betrachten, sondern auch im Kontext der Weiterentwicklung des Stadtraums Bahnhof SBB und dem allfälligen künftigen Markthalenplatzes. Die UVEK hat sich dazu entschieden, daher erst im Bericht zum Ratschlag 2, Finanzierung der weiteren Arbeiten zum Bahnknoten und Herzstück, Stellung zum Verkehrsführungsszenario auf der Brücke zu nehmen. Dort will die Kommission eine fundierte Stellungnahme zur Kenntnisnahme der Studie Stadtraum Bahnhof SBB erarbeiten und dann ebenfalls zur Verkehrsführung auf der Margarethenbrücke. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, dass der vorgesehene Bau in seinem Querschnitt, wie bereits gesagt, sämtliche Verkehrsführungsvarianten ermöglichen wird. Zudem möchte die UVEK nicht, dass der Kanton Anschluss an das Projekt verliert und in Zusammenhang mit diesem Entscheid hat sich die UVEK von der Verkehrsplanungsabteilung auch versichern lassen, dass die finanzielle Beteiligung, die wir heute sprechen, an den Planungskosten der Margarethenbrücke noch kein Präjudiz für eine Verkehrsführung darstelle.

Nun noch zu den Brückenköpfen und den Velostationen. Die UVEK hat sich auch mit den Velostationen in den Brückenköpfen befasst. Im Umfeld des Bahnhofs fehlen in einem längeren Horizont 2050 bis zu 11'000 Veloabstellplätze bzw. 3'360 sind schon vorhanden, 11'000 beschreiben den eigentlich notwendigen Bedarf an Veloabstellplätze. Dies steht im Ratschlag der Regierung. Deshalb sollen in den beiden Brückenköpfen im Norden und Süden Velostationen integriert werden. Die Velostationen sind auch Teil des laufenden Studienauftrags Margarethenbrücke und Perronzugang. Die UVEK hat sich erkundigt über die angedachte Anzahl dieser Veloabstellplätze. Im südlichen Brückenkopf sind bisher mindestens 400 angedacht, im nördlichen mindestens 270. Die UVEK hat die Auskunft bekommen, dass es Möglichkeiten gäbe, diese Anzahl zu erhöhen. Die UVEK wünscht sich in Anbetracht der hohen und steigenden Nachfrage an Veloabstellplätze und auch in Anbetracht des doch bereits bezifferten sehr grossen Nachfragewertes eine maximale Ausschöpfung des Potenzials. Die UVEK spricht sich klar dafür aus, dass dazu verschiedene Lösungsoptionen geprüft werden sollen, auch solche, die mit höheren Ausgaben verbunden wären. Auch erkundigt hat sich die UVEK über die Zu- und Ausfahrten sowie Perronzugänge von den Velostationen, die angedacht sind. Genaue Details sind noch nicht bekannt, da der Studienauftrag zurzeit läuft und die Planungen ja auch erst weiter konkretisiert werden müssen. Die jetzt schon möglichen Erläuterungen und deren Stossrichtungen empfand die UVEK jedoch als befriedigend.

Auch diskutiert hat die UVEK die Gestaltung des Brückenkopfes im Süden. Die neue Margarethenbrücke wird am Süden höher sein als heute. Die im Brückenkopf liegende Velostation hat gemäss den Abklärungen der UVEK keine Auswirkung auf die Höhe der Brücke und ist auch nicht der Auslöser für die Erhöhung. Die Brücke muss für die Durchfahrt der Züge erhöht werden. Die UVEK hat Rückfragen zum Umgang mit dieser Erhöhung gestellt. Bei den Planungen sei man sich bewusst,



dass eine befriedigende Lösung für den Übergang von der Brücke in den Stadtraum gefunden werden muss. Doch da noch kein konkretes Projekt vorliegt, wurde dieser Punkt in der UVEK nach den Erläuterungen nicht weiterdiskutiert.

Gestützt auf diese Abklärungen und Stellungnahmen und den nun erteilten mündlichen Bericht hat die UVEK beschlossen, dem Beschlussantrag des Regierungsrates mit 12 zu 0 Stimmen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die UVEK-Präsidentin hat es bereits sehr sorgfältig und auch ausführlich dargelegt. Ich bin der Kommission sehr dankbar, dass man hier den Weg gewählt hat einer mündlichen Berichterstattung und so etwas Zeit gewonnen hat, denn es ist wirklich ein wichtiges Geschäft und auch ein wichtiges Zeichen gegenüber dem Bund und den SBB. Denn die Planungen, die laufen schon an und wenn wir jetzt rechtzeitig auch unsere Ansprüche an dieses wichtige Bindeglied zwischen Gundeli und Innenstadt anmelden wollen, dann müssen wir jetzt den Fuss in die Türe halten und in den Planungsprozess mit den beiden Partnern einsteigen.

Wir haben es gehört, die Margarethenbrücke wird künftig auch deutlich mehr als nur eine Brücke sein. Sie wird zum Umsteigehub für den Bahnhof, also direkte Verbindung zwischen der Tramstation und den Gleisen. Aber auch heute wissen wir ja, dass die Brücke sich für Velos nicht besonders eignet, es ist eher unangenehm, hat keinen Velostreifen, auch da gibt es Verbesserungspotential, und eben auch bei den genannten Veloabstellplätzen, die wirklich einfach zu wenige sind in diesem Perimeter. All diese Chancen sollen genutzt werden. Auch richtig ist, es ist vorerst keine Entscheidung, mit welcher Führung des MIV wir hier planen sollen. Dieser Entscheid fällt erst noch. Es geht jetzt wirklich einfach mal um das Geld, um in diese Planungen einzusteigen, wo wir uns alle Optionen diesbezüglich offenhalten.

Deshalb wären wir sehr dankbar und der Regierungsrat bittet Sie, die Gelder hier für diese Planungen zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Laudatio über die Margarethenbrücke, das haben wir gehört, und auch für die LDP ist es natürlich selbstverständlich, dass wir dem Investitionskredit zustimmen. Ich möchte aber heute schon deponieren, dass es zwingend ist, dass der MIV doppelspurig über die Margarethenbrücke geführt wird, wenn wir dann die Diskussion führen im zweiten Schritt, im Moment sind wir ja beim ersten Schritt, Gott sei Dank. Es ist zwingend für den Personenverkehr und aber auch den Wirtschaftsverkehr. Das sind wichtige Stadtteile, die hier miteinander verbunden werden müssen und es ist keine Option, dies nur einspurig zu machen. Einfach schon heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich bin ja neu in der UVEK und habe gedacht, wir werden da nur über eine Brücke sprechen und musste aber sehr schnell feststellen, dass es sich da um eine eierlegende Wollmilchsau handelt, die wir da erwarten. Es sind sehr viele Ansprüche, die an diese Margarethenbrücke gestellt werden, und darunter sind natürlich auch solche, die wirklich wichtig sind und auch grosse Vorteile bringen dann für viele Menschen. Es ist klar, dass diese Brücke, so wie sie jetzt angedacht ist, dass der ÖV und die Trams wirklich eine Station auf dieser Margarethenbrücke haben sollen, dann den Zugang für die Leute auf die Gleise ermöglicht und dass gleichzeitig auch der Veloverkehr sicherer über diese Brücke über die Gleise geführt werden soll. Das sind sicher Vorteile für viele. Das unterstützen wir sicher auch weiterhin, das haben wir gehört von Frau Hanauer vorher, dass die Brückenköpfe dazu genutzt werden sollen, dass auch Velos dort unterkommen sollen und es soll auch die Zugänglichkeit dann zur Meret Oppenheim-Strasse, dass die gut ist, dass dort auch der Verkehr so gut wie möglich fließen kann.

Es sieht auch so aus, dass während den ganzen Bauzeiten diese Brücke ständig auch weiter funktionstüchtig sein soll. Das ist also auch eine Herkulesaufgabe, die hier in diesem Bauprojekt drin ist, was dazu führt, dass auch die ganze Planung dieser Brücke, auch die Koordination mit der SBB zusammen, natürlich sehr sorgfältig gemacht werden muss. Was wir heute an Geldern sprechen, ist eigentlich genau, diese Koordination und diese Projektierung im Detail nachher vorlegen zu können, über die wir dann noch einmal im Rat und in der UVEK beraten können und dann eine Entscheidung bringen. Also hier ist noch nichts vorausgenommen. Es ist keine Entscheidung, die man nicht noch rückgängig machen könnte hier nachher, gerade was dann auch die Führung des motorisierten Individualverkehrs angeht. Es ist aber schon jetzt klar, dass es natürlich beim Bau dann dieser neuen Brücke sicher zu Einschränkungen kommen wird. Es wird Möglichkeiten geben für den



motorisierten Verkehr, über diese Brücke zu kommen, aber es wird sicher schon einmal ein Test sein, wie es dann vielleicht ist, wenn da nicht auf allen Seiten einfach der Zugang über zum Beispiel die Meret Oppenheim-Strasse möglich ist.

Wir stimmen auf jeden Fall diesem Antrag der Projektierungskosten zu und harren gespannt den Plänen, die da kommen, und wir sind auch sehr überzeugt, dass eine sehr kompetente Begleitung dieses Projekt aus dem Departement bis jetzt da war und auch in Zukunft sein wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Es war ein kleiner Schock, als wir vor zwei Jahren erfahren mussten, dass die Margarethenbrücke offensichtlich in einem so schlechten Zustand ist, dass sie per sofort gesperrt werden muss für die Trams, aber auch für Lastwagen, und seither sind teilweise diese Einschränkungen geblieben. Zum Glück konnte die Brücke notdürftig repariert werden, aber ich glaube, es war ein ganz klares Zeichen, dass wir hier vorwärtsmachen müssen, dass die SBB vorwärtsmachen muss zusammen mit dem Kanton, und deshalb sind wir sehr froh, dass nun dieser Ratschlag hier liegt und wir diesen Planungskredit sprechen können.

Wir haben kommissionsintern jetzt auch ein bisschen aufs Gaspedal gedrückt oder auf die Pedale gedrückt, je nachdem, wie man das sehen will, nicht wegen dem Zustand der Brücke, sondern weil es eben sinnvoll ist, diesen Ersatz der Brücke gemeinsam mit dem neuen Perronzugang zu planen. Und weil die SBB da bereits vorgelegt hat, ist es wichtig, dass wir jetzt diese Planungsmittel sprechen, dass diese Verträge noch dieses Jahr mit der SBB abgeschlossen werden können. Weil schlussendlich ist es dann ein Bauwerk, auch wenn es zwei Bauträger sind, die das entwickeln, es wird am Schluss ein Bauwerk sein, bestehend aus dem Ersatz der heutigen Margarethenbrücke und den neuen Perronzugängen.

Es wurde jetzt bereits über das Verkehrsregime gesprochen, ich möchte aber festhalten, dass wir das in der Kommission nicht abschliessend besprochen haben. Ich glaube, wir haben die Grundlagen noch nicht abschliessend, um jetzt sagen zu können, dass eine einspurige Führung nicht in Frage käme. Selbstverständlich kommt diese in Frage, wir müssten da noch weitere Fragen klären und dies prüfen. Wir werden dazu im Rahmen des Ratschlags Finanzierung zur Arbeit am Herzstück und zum Bahnknoten berichten und das in diesem Rahmen auch diskutieren können. Wir wollen jetzt deshalb heute uns nichts dazu äussern, wir haben noch gar nicht die Grundlagen dazu.

Es lohnt sich ein Blick auf den Querschnitt der Brücke, der ist auch dargestellt in den Plänen im Ratschlag des Regierungsrats. Die Zahlen sind eindrücklich, die neue Brücke, Raffaella Hanauer hat es gesagt, ist ca. 27 Meter breit. Hinzu kommt aber dieser Perronzugang und insgesamt sprechen wir von einem Querschnitt von über 43 Metern. Verglichen mit der heute 16 Meter breiten Margarethenbrücke ist das mehr als zweieinhalb Mal so viel Fläche. Wir schaffen also neuen Stadtraum, neuen öffentlichen Raum für alle Verkehrsträger, aber insbesondere auch für zu Fuss Gehende. Wenn wir an andere Brückenbauwerke denken, wie zum Beispiel die Dreirosenbrücke, die ja auch einen sehr grossen Querschnitt hat aufgrund der darunterliegenden Autobahn, dann wissen wir, wie wertvoll dieser öffentliche Raum ist, den wir da schaffen können, und verloren geht nämlich nichts, weil einfach ein bisschen mehr Gleisfläche überbaut wird.

Ein Knackpunkt stellt das Höhenprofil dar. Die neue Brücke wird rund zwei Meter höher liegen müssen als die heutige. Das ist sehr viel und das wird nicht einfach, diese Anschlüsse an die bestehende Siedlungsstruktur und die bestehenden Verkehrswege gut zu lösen. Da sind wir sehr gespannt auf die Lösungsansätze aus dem laufenden Studienauftragsverfahren. Da gilt es sicher insbesondere auf die Meret Oppenheim-Strasse zu achten. Dieser Anschluss muss wirklich gut gelöst werden, da können wir im Moment nicht mehr dazu sagen, aber ich denke, das sind die Planenden daran und wir hoffen, dass es da eine gute Lösung gibt.

Noch ein, zwei Worte zum Provisorium, das nötig ist. Es wird damit gerechnet, dass rund sieben Jahre diese provisorische Brücke befahren und begangen wird. Das ist eine lange Zeit und deshalb ist es auch wichtig, dass dieses Provisorium gut gelöst wird. Hier wird uns im Ratschlag eine Lösung in Aussicht gestellt, die mit zwei separaten Velospuren mit leicht reduzierten Normmassen von je 1.60 Meter auskommt, und wir möchten einfach hier mit Nachdruck sagen, dass es wichtig ist, dass diese Brücke auch sehr velofreundlich ausgestaltet wird. Die provisorische Brücke wird insbesondere auch für die Anbindung des Gundelis an die Innenstadt eine sehr hohe Bedeutung und grosse Wichtigkeit haben.

In diesem Sinne wünschen wir gutes Planen. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte und die SP-Fraktion unterstützt die Zustimmung zu diesem Ratschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Wittlin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.



Daniel Seiler (FDP): Kollegin Hanauer und Kollege Bartha haben gelacht beim Wort Auto. Sie haben jetzt zumindest gesagt, Sie wollen in der UVEK über eine Spur nachdenken. Darf ich Sie fragen, ob die UVEK auch darüber nachdenkt, dass damit die Autos auch beide Spuren in beide Richtungen fahren können in Zukunft?

Stefan Wittlin (SP): Ja, es ist ganz einfach, schauen Sie in den Ratschlag. Es gibt drei Varianten, zwei MIV-Spuren, eine MIV-Spur oder gar keine. Wir werden das vertieft beraten und eine gute Lösung hier vorschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrätin Keller verzichtet. Das Wort geht an Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte gerne noch ein paar Ergänzungen zu den MIV-Szenarien anbringen. Wie ich bereits gesagt habe, schlägt der Regierungsrat MIV-voll als Grundlage für die Projektierung aktuell vor. Gleichzeitig bittet der Regierungsrat mit Kenntnisnahme der Studie Stadtraum Bahnhof SBB um Bestätigung des Szenarios MIV-reduziert. Das heisst, diese Debatte führen wir nicht hier. Die UVEK hat sich dazu entschieden, diese Debatte nicht entlang des Projektes Margarethenbrücke zu diskutieren, sondern entlang ihres Berichtes zur Stellungnahme über die beantragte Kenntnisnahme zur Studie Stadtraum Bahnhof SBB, weil die Regierung dort die UVEK auch direkt dazu gebeten hat, die Stossrichtung explizit zu bestätigen oder Änderungen vorzunehmen. Was die UVEK festgestellt hat, die UVEK sieht, dass auf der Margarethenbrücke alle Szenarien möglich sind. Die UVEK erkennt zahlreiche Abhängigkeiten zum neuen Markthallenplatz, der angedacht ist, und möchte diese miteinbeziehen. Die UVEK hat diese Debatte noch nicht geführt und wird sie im Rahmen des Ratschlags 2 führen.

Dann noch kurz ein paar Feststellungen zur Hilfsbrücke. Die Hilfsbrücke ist zurzeit einspurig angedacht. Die Hilfsbrücke ist äusserst wichtig, hat die UVEK festgestellt, und bei der Hilfsbrücke erkennt die UVEK ebenfalls eine Abhängigkeit zu einem ebenfalls in der UVEK liegenden Ratschlag, nämlich den zu den diversen Gleisquerungen, Über- und Unterführungen und Brücken, den Infrastrukturen Fuss- und Veloverkehr. Die UVEK hält sich vor, sich eventuell in ihrem Bericht zu diesem Ratschlag weiter noch zur Hilfsbrücke zu äussern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006518, 14.05.25 10:53:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Beteiligung an der Projektierung der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für die neue Margarethenbrücke werden Ausgaben von Fr. 8'900'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 94 Ja-Stimmen zugestimmt.

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

[14.05.25 10:53:41, 21.1247.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Das Wort geht an den Präsidenten der Regiokommission, Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die kantonale Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» fordert die Ergänzung der Kantonsverfassung um den § 124a für die Beiträge für die internationale Entwicklungszusammenarbeit in der Höhe zwischen 0,3 und 1 Prozent der direkten kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen.

Zu dieser Initiative hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Die Regiokommission begrüsst das Ansinnen des Regierungsrats, mit dem Gegenvorschlag ein Gesetz für die internationale Zusammenarbeit zu schaffen. Sie vertritt aber hinsichtlich der Höhe des Betrags eine andere Position. Die Regiokommission hat im Rahmen ihrer Beratung sorgfältig den Gegenvorschlag des Regierungsrats überprüft und verschiedene Akteure der internationalen Zusammenarbeit konsultiert. Neben der obligaten Anhörung des Initiativkomitees und des zuständigen Präsidialdepartements begrüsst die Regiokommission eine Vertretung der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit des eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, tauschte sich mit der Stadt Zürich aus, welche ein Gesetz im Sinne der 1 %-Initiative bereits umgesetzt hat und konsultierte die Präsidentin der heutigen baselstädtischen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und eine Vertretung der im Kanton Basel-Stadt tätigen NGO.

Wie bereits erwähnt, begrüsst die Regiokommission, dass der Regierungsrat mit dem Gegenvorschlag die bisher eher fragmenthaft betriebene internationale Zusammenarbeit in einem Gesetz zusammenführt. Bisher umfasst die internationale Zusammenarbeit des Kantons vier Elemente. Einerseits bestanden jährlich Mittel in der Höhe von rund 2 Millionen Franken für Projekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die durch die bereits erwähnte Kommission mittels eingereichte Projektanträge vergeben wurden. Weiter bestehen soziale Kooperationen mit den Städten Abidjan an der Elfenbeinküste, Sahab in Jordanien und weitere Projekte in Rumänien. Zudem werden Stipendien für Personen aus Entwicklungsländern vergeben und Beiträge an die Institutionen Swiss TPH sowie swisspeace.

Gesamthaft summieren sich die bisherigen kantonalen Aufwendungen auf rund 4,3 Millionen Franken. Der Regierungsrat sieht in seinem Gegenvorschlag vor, diese Ausgaben schrittweise bis 2028 auf 8 Millionen jährlich anzuheben. Gemäss Regierungsrat erreicht der Kanton Basel-Stadt damit einen Spitzenwert im Schweizer Vergleich von 43 Franken pro Einwohner und Einwohnerin und wird einzig durch den Kanton Genf mit seiner Vielzahl an internationalen Organisationen übertroffen. Wie einleitend erwähnt, begrüsst die Regiokommission das durch den Regierungsrat vorgelegte Gesetz weitgehend.

Bevor ich zu den zentralen Differenzen die Finanzierung betreffend komme, gehe ich auf einige inhaltliche Überlegungen der Regiokommission ein. Im Austausch mit der DEZA der Stadt Zürich und der Präsidentin der baselstädtischen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit kristallisierte sich heraus, dass eine Professionalisierung der Arbeit der Kommission angezeigt ist. Einerseits wird sich das zu bewältigende Finanzvolumen für die Projekte erheblich erhöhen, sofern Sie dem nachfolgenden Antrag zustimmen. Andererseits bewegt sich die ehrenamtlich arbeitende Kommission bereits heute an ihrer Leistungsgrenze.

Der Regiokommission ist es ein zentrales Anliegen, dass die Kommission weiterhin mit kompetenten Fachpersonen besetzt wird, die Kriterien für deren Auswahl transparent sind und die Entschädigung sich im Rahmen der üblichen kantonalen Entschädigungen für solche Fachkommissionen bewegen. Dazu gehört auch, dass die Kommission durch eine kompetente Stelle innerhalb der Verwaltung fachlich und administrativ unterstützt wird. In Anbetracht der substanziellen Erhöhung der Finanzmittel für die internationale Zusammenarbeit hält es die Regiokommission für angezeigt, dass die Controllingprozesse



ausgebaut werden. In diesem, bei allen guten Absichten, den Risiken bezüglich Korruption und Misswirtschaft ausgesetzten Bereich muss es ein zentrales Anliegen sein, dass ein möglichst grosser Teil der Gelder bei den Endbegünstigten ankommt.

Unter diesem Eindruck hat sich die Regiokommission intensiv mit den Qualitätskriterien auseinandergesetzt. Es ist der Kommission ein Anliegen, dass lokale NGOs bei den Finanzierungsentscheiden zum Zug kommen, die Mittel möglichst effizient eingesetzt werden und bei den Endbegünstigten ankommen. Im Grundsatz herrschte zu diesen Fragen Einigkeit innerhalb der Kommission, wobei es unterschiedliche Ansichten darüber gab, auf welcher Stufe entsprechende Regelungen zu verankern sind. Die Entwicklungszusammenarbeit agiert oftmals in Ländern, die mit Korruption und ähnlichen Verfehlungen konfrontiert sind. Die Regiokommission hat daher mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, den § 3 um Absatz 3 mit «der Regierungsrat kann externe Revisionen veranlassen» zu ergänzen. Die Regiokommission hält es für angezeigt, dass wenn ein Verdacht auf Verstösse gegen Arbeitsrecht und Umweltauflagen sowie der Verdacht auf Unregelmässigkeit bei den Finanzen besteht, eine externe Revision in Auftrag gegeben werden kann. Diese soll nicht nur bei der Mutterorganisation in der Schweiz durchgeführt werden, sondern auch die Organisationen vor Ort umfassen.

Die Regiokommission begrüsst, dass der Regierungsrat in § 3 die zentralen Qualitätskriterien zusammengefasst hat. Ihr ist es ein Anliegen, dass ein möglichst grosser Teil der eingesetzten Mittel ankommt. Entsprechend hält sie fest, dass der Richtwert von 15 Prozent als maximale Kosten für die Administration eingehalten wird. Eine Mehrheit der Kommission lehnt mit 11 zu 1 Stimmen den Antrag ab, den Prozentsatz auf Stufe Gesetz zu verankern. Diese Vorgabe wäre aus Sicht der Kommission zu starr.

Wie angekündigt folgt zum Schluss die alles entscheidende Frage zu den Finanzen. Bevor wir zur Höhe der Rahmenausgabenbewilligung gelangen, möchte ich Sie aber noch mit weniger zentralen Fragen behelligen. Die Regiokommission diskutierte die Periodizität des Beschlusses zur Finanzierung jährlich im Rahmen des Budgets durchzuführen. Einen entsprechenden Antrag lehnte die Kommission mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Damit unterstützt die Regiokommission den Vorschlag des Regierungsrates, periodisch über eine Rahmenausgabenbewilligung zu beschliessen, was im Grundsatz alle vier Jahre bedeutet.

Die Regiokommission einigte sich schliesslich darauf, abweichend vom Regierungsrat auf Stufe Gesetz einen Finanzierungsmechanismus zu verankern. So sollen in normalen Jahren 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Die Regiokommission hält explizit fest, dass es sich dabei um eine Obergrenze handelt und der Regierungsrat in begründeten Fällen den Wert von 0,7 Prozent geringfügig unterschreiten kann. Den Bedenken, dass damit kantonale Ausgaben fix gebunden sind, trägt die Regiokommission dahingehend Rechnung, dass wir als Parlament hier den Betrag mit jeder Rahmenausgangsbewilligung anpassen können. Zu präzisieren gilt es noch, dass die Regiokommission den Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen als Gesamtausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit betrachtet. So werden die verwaltungsinternen, die Kosten für die Kommissionen und für die externen Revisionen dem Richtwert angerechnet. Nicht berücksichtigt sind in diesem Betrag die Soforthilfe und die Beiträge der Gemeinden und der ausgelagerten Betriebe.

Nicht zuletzt sieht die Kommission für finanziell schlechte Jahre eine Ausnahmeklausel vor. Liegt die Nettoschuldenquote nahe am zulässigen Wert oder weisen die letzten drei Rechnungsjahre summiert ein Defizit von 50 Millionen aus, so kann der Richtwert unterschritten werden. Im Sinne einer gewissen Planungssicherheit für die Akteure der internationalen Zusammenarbeit hat die Regiokommission für diesen Fall eine Untergrenze von 0,3 Prozent der kantonalen Steuererträge festgelegt.

Abschliessend möchte ich mich für die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, insbesondere dem Präsidialdepartement bedanken und zu erwähnen ist auch noch, dass das Initiativkomitee im Fall der Annahme des Berichts im ausgeführten Gegenvorschlag, wie er Ihnen heute vorliegt, angekündigt hat, die Initiative zurückzuziehen.

Gestützt auf ihre Ausführungen in Kapitel 5 des Berichts beantragt die Regiokommission dem Grossen Rat mit 9 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung die Annahme der beiden im Bericht formulierten Beschlussentwürfe.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächster Sprecher für den Regierungsrat ist Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die kantonale Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» fordert, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich Beiträge an die internationale Entwicklungszusammenarbeit zwischen 0,3 und 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen leistet. Im Fall einer schlechten Finanzlage könne gemäss der Initiative der jährliche Beitrag tiefer ausfallen.

Der Regierungsrat begrüsst einen Ausbau des bestehenden Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit und hat deshalb das Anliegen der Volksinitiative mit einem Gegenvorschlag aufgegriffen, dem Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung mit der Abkürzung GIZA. Der



Regierungsrat hat dem Grossen Rat bereits am 10. April 2024 dazu berichtet und eine Ausgabenbewilligung über 25 Millionen Franken für die Aufbauphase in den ersten vier Jahren ab Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes beantragt.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats geht dabei von einem umfassenden Begriff der internationalen Zusammenarbeit aus, der nebst der Entwicklungszusammenarbeit auch die Bereiche der humanitären Hilfe, der Friedensförderung und der menschlichen Sicherheit einschliesst. Dies ermöglicht einen ganzheitlichen Ansatz zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung der nachhaltigen Entwicklung und entspricht dem heutigen, dem modernen Verständnis der internationalen Zusammenarbeit auch des Bundes. Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats würde der Kanton die jährlichen Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit von heute rund 4,4 Millionen Franken auf neu 8 Millionen Franken nahezu verdoppeln. Diese Erhöhung, diese substantielle massive Erhöhung ist aus Sicht des Regierungsrats angemessen und leistbar, dies unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Kantons, der bisherigen Erfahrung in der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit sowie auch angesichts der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes für diesen Bereich. Zentral ist zudem, dass gemäss Gegenvorschlag des Regierungsrats der Grosse Rat nach jeder Förderperiode neu bestimmen kann, welche Mittel angemessen erscheinen. Hierzu braucht es klarerweise keine Vorgaben im Gesetz.

Die Regiokommission ist nach Überweisung des Grossen Rates auf den Ratschlag eingetreten, hat diesen eingehend beraten und übernimmt in ihrem Beschlussentwurf grundsätzlich den Gegenvorschlag des Regierungsrats. Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat heute aber Anpassungen, die aus Sicht des Regierungsrates klar zu weit gehen. Dies betrifft einerseits die gesetzliche Verankerung eines prozentualen Richtwerts für die Ausgaben sowie andererseits deren absolute Höhe. Der von der Regiokommission geforderte Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuererträge ist aus Sicht des Regierungsrats im Hinblick auf die kantonale Finanzplanung nicht verantwortbar. Die gesetzliche Verankerung eines fixen prozentualen Richtwerts, also eine direkte Zweckbindung von Steuererträgen, widerspricht den finanzpolitischen Grundsätzen des Kantons, widerspricht auch den Empfehlungen der Kantonalen Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Eine solche Zweckbindung würde den finanzpolitischen Spielraum des Regierungsrats und des Grossen Rates einschränken und die Steuerung des Finanzhaushalts erschweren.

Auch wenn die Regiokommission daran feststellt, dass der Grosse Rat für die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit periodisch eine Rahmenausgabenbewilligung beschliessen soll, ist der Grosse Rat de facto an den Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuererträge gebunden, gibt hier also seine Ausgabenkompetenz auf. Auch die vorgeschlagene Untergrenze von 0,3 Prozent im Falle eines defizitären Finanzhaushalts erachtet der Regierungsrat als problematisch. Die von der Regiokommission beantragten Beiträge an die internationale Zusammenarbeit wären ein Mehrfaches des heutigen Betrags. 0,7 Prozent der Steuererträge entsprechen heute rund 19,5 Millionen Franken pro Jahr.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit aufgrund der Kürzungen der Mittel des Bundes und auch von internationalen Geldgebern vor grossen Herausforderungen steht. Dies hat er mit dem Gegenvorschlag und dem beantragten Ausbau des bestehenden Engagements des Kanton Basel-Stadt auch eindeutig anerkannt und gezeigt. Es gilt hier aber eines klarzustellen, der Kanton kann und soll nicht für den Bund einspringen. Der Kanton kann hier nicht eine Finanzierungslücke des Bundes schliessen und wir wollen das auch gar nicht. Die internationale Zusammenarbeit ist gemäss der Bundesverfassung eindeutig Sache des Bundes. Es kann nicht sein, dass gewisse Kantone und gewisse Gemeinden hier die Sparmassnahmen des Bundes ausgleichen müssen und damit den Bund in dieser Frage auch entlasten.

Der Kanton Basel-Stadt liegt gemäss den aktuellen Zahlen bereits heute mit 22 Franken pro Kopf und Jahr im interkantonalen Vergleich auf dem zweiten Platz, was die internationale Zusammenarbeit betrifft. Die pro Kopf Ausgaben von Kanton und Gemeinden zusammen betragen in Zürich rund 9 Franken, weniger als die Hälfte, in der Waadt knapp 5 Franken, in Bern 3 Franken. Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats würde dieser Betrag auf 43 Franken pro Person und Jahr erhöht, womit Basel alle Kantone weit hinter sich lässt, mehr als das Vierfache als Zürich, mehr als das 12-fache als Bern, wir würden alle Kantone weit hinter uns lassen, ausser Genf, die sind noch etwas höher, wobei dort beträchtliche Beiträge direkt an die dort ansässigen grossen internationalen Organisationen geleistet werden. Das sind grossmehrheitlich strukturelle Beiträge, nicht direkt zu vergleichen mit der Entwicklungszusammenarbeit. Und das, meine Damen und Herren, mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrates, der, wie schon ausgeführt, nahezu eine Verdoppelung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit in Basel-Stadt ermöglichen würde. Der andere Gegenvorschlag der Regiokommission, der auf mehr als eine Vervierfachung hinausläuft, schiesst hier weit über das Ziel hinaus und, ich wiederhole das nochmals, ist finanzpolitisch nicht verantwortbar.

Der Regierungsrat legt Ihnen einen stimmigen, den finanzpolitischen Realitäten der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen angemessenen Gegenvorschlag vor, der Ihnen, der dem Grossen Rat auch in Zukunft die Hoheit über die kantonalen Ausgaben voll überlässt. Der Regierungsrat hält deshalb an seinem Gegenvorschlag fest und beantragt dem Grossen Rat entsprechend den Erlass des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung gemäss dem Bericht und Ratschlag vom 10. April 2024.



Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer, es gibt zwei Zwischenfragen. Werden diese entgegengenommen? Sie werden entgegengenommen. Erste Zwischenfrage ist von Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Herzlichen Dank für die Annahme der Zwischenfrage und ihre Ausführungen. Meine Frage wäre, in der Vernehmlassung haben alle Teilnehmenden sich geäussert, dass der Regierungsvorschlag viel zu wenig weit geht, was die finanzielle Ausstattung für die Entwicklungszusammenarbeit angeht. Warum hat der Regierungsrat trotzdem daran festgehalten, wenn doch alle Teilnehmenden dies wünschen und auch die Initiative das eigentlich auch fordert?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Aufgabe des Regierungsrates ist es, dem Grossen Rat finanzpolitisch angemessene Vorlagen zu unterbreiten, die auch der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen gerecht werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage ist von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Herr Regierungspräsident, wir sind ja nicht nur ein Kanton, wir sind auch eine Stadt. Würde die Redlichkeit nicht gebieten, wenn man vergleicht, nicht nur Vergleiche auf Kantonsebene anzustellen, sondern auch die die städtischen Finanzierungen miteinzubeziehen?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Selbstverständlich und deshalb sind alle Zahlen, die ich Ihnen genannt habe bezüglich der anderen Kantone, namentlich Zürich, Bern und Waadt, sind Vergleiche auf Kantons- und kommunaler Ebene.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte-EVP und GLP. Am 29. April titelte die Basler Zeitung «Schock in der Schweizer Entwicklungshilfe, 100 Millionen weg, 1000 Mitarbeitende entlassen». Gemäss einer ersten Bilanz von Schweizer NGOs nach den Kürzungen der Entwicklungsgelder der Schweiz, einiger anderer europäischer Länder und den USA schrumpfen die Budgets der Schweizer Hilfsorganisationen dieses Jahr um 100 Millionen Franken. Von den Kürzungen seien schätzungsweise 3,7 Millionen Menschen weltweit betroffen. Zudem würde es bei NGOs vor allem im Ausland voraussichtlich zu 1000 Entlassungen kommen. Vor diesem Hintergrund besprechen wir heute die 1 %-Initiative und den Gegenvorschlag.

Vor vier Jahren reichte das Initiativkomitee, in welchem ich Mitglied bin, die 1 %-Initiative ein. Diese fordert, dass der Kanton Basel-Stadt 0,3 bis 1 Prozent der Steuereinnahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Aktuell wenden wir nur 0,08 Prozent dafür auf. Der Regierungsrat beantragte dreimal eine Fristverlängerung, bis er im April 2024 einen Gegenvorschlag präsentierte. Bisher wurden jährlich 4,365 Millionen Franken für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Neu sieht der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag 8 Millionen vor. Dies entspricht nicht einmal dem Minimalbetrag der Initiative. Diese forderte mindestens 0,3 Prozent der Steuereinnahmen, was beim Zeitpunkt der Einreichung der Initiative 8,5 Millionen Franken entsprachen. Es war eigentlich eine gute Sache, dass der Regierungsrat im Sommer 2023 eine Vernehmlassung zum provisorischen Gegenvorschlag durchführte. Allerdings ignorierte er sämtliche Vernehmlassungseingaben in der Ausarbeitung des definitiven Regierungsgegenvorschlags.

Wir danken der Regiokommission, die an ganzen zehn Sitzungen die Initiative beraten und in Diskussion mit dem Initiativkomitee schliesslich einen guten Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Dieser geht weiter als der Regierungsgegenvorschlag und kommt den Forderungen der 1 %-Initiative deutlich näher. Der Finanzierungsmechanismus basierend auf 0,7 Prozent der durchschnittlichen direkten Steuereinnahmen natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre hält den administrativen Aufwand gering und bedeutet Planungssicherheit für die gemeinnützigen Organisationen der internationalen Zusammenarbeit. Wir als Grosser Rat können also alle vier Jahre die Finanzierung mit einer Rahmenausgabenbewilligung genehmigen und allenfalls mit Änderungsanträgen Einfluss nehmen.

Die Regiokommission wählte bewusst die Formulierung «orientiert sich an 0,7 Prozent». Damit wurde festgehalten, dass der Regierungsrat grundsätzlich 0,7 Prozent der Steuererträge vorsehen soll, gleichzeitig aber in begründeten Fällen geringfügig von der Vorgabe abweichen kann. Wir fordern vom Regierungsrat, dass er sich bei der vierjährigen Rahmenausgabenbewilligung grundsätzlich an diese 0,7 Prozent hält und nur in einer finanziell schwierigen Lage den Betrag senkt. Im vorliegenden Gegenvorschlag der Regiokommission ist aber auch eine Ausnahmeklausel drin. Sollte es dem



Kanton zukünftig finanziell schlechter gehen, kann die Rahmenausgabenbewilligung bis auf 0,3 Prozent der Steuereinnahmen gekürzt werden.

Der Regierungsgegentorschlag will auch soziale Kooperationen, wie diejenigen mit Abidjan, Sahab und Rumänien teilweise die Beträge an Institutionen wie das Swiss TPH und swisspeace sowie Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz in das Budget für Entwicklungszusammenarbeit integrieren. Diese inhaltliche Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit macht Sinn. Hingegen hat die Regiokommission abweichend vom Regierungsgegentorschlag die Soforthilfe, also Gelder für aussergewöhnliche humanitäre Notlagen im Ausland, aus den Gesamtausgaben für die internationale Zusammenarbeit rausgenommen. Diese sollen sinnvollerweise wie bisher entweder über den Swisslos-Fonds oder über das Kompetenzkonto des Regierungsrats abgewickelt werden, nötigenfalls auch mit einem Nachtragskredit. Denn würden die Mittel für die nicht vorhersehbaren und entsprechend auch nicht budgetierbaren Soforthilfen über die Rahmenausgabenbewilligung für die internationale Zusammenarbeit finanziert, würden weniger Mittel im betreffenden Jahr für Projekte und Programme zur Verfügung stehen und sich negativ auf die Planungssicherheit der Akteure der internationalen Zusammenarbeit auswirken.

Was gleich bleibt wie bisher, ist, dass eine Expertenkommission alle Gesuche um Förderbeiträge für Projekte und Programme prüft und genehmigt. Die bisher ehrenamtlich tätigen Kommissionsmitglieder werden neu mehr Arbeit haben und deshalb finanziell entschädigt werden. Weiterhin sollen lokale, also Schweizer NGOs, zum Zug kommen, die Mittel möglichst effizient eingesetzt werden und die Hilfe bei den Begünstigten ankommen.

Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab. Dieses Thema wurde in der Regiokommission intensiv diskutiert und wir sind wie die Kommissionsmehrheit der Meinung, dass eine Untergrenze von 0,3 Prozent sinnvoll ist. Diese Untergrenze betrifft die Rahmenausgabenbewilligung und dieses Geld wird nur ausgegeben, wenn auch genügend Projekte und Programme vorliegen, die sich bewerben und die Qualitätskriterien erfüllen.

Wie Sie bereits informiert worden sind, wird das Initiativkomitee die Initiative zurückziehen, wenn der Kommissionsgegentorschlag durch den Grossen Rat ohne Änderungen angenommen wird. Bei der Initiative selber sind wir offen. Ein Teil der Mitte-EVP wird ihr zustimmen, ein anderer Teil lehnt sie ab, weil wir nun einen guten Gegenvorschlag der Regiokommission haben.

Ich bitte Sie nun im Namen der Mitte-EVP und der GLP-Fraktion, den vorliegenden Gegenvorschlag der Regiokommission und die Rahmenausgabenbewilligung für internationale Zusammenarbeit 2026 bis 2029 zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): BastA unterstützt den Gegenvorschlag zur Initiative der Regiokommission und hält ihn wirklich auf weiten Strecken für sehr gelungen. Herr Hochuli hat das jetzt gerade tief und detailliert auseinandergenommen, ich danke das und werde mich da nicht wiederholen.

Ich möchte aber trotzdem nochmal darauf verweisen, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit wirklich weltweit in den letzten Monaten unter dem neurotischen Agieren dieses amerikanischen Präsidenten leidet. Das letzte Beispiel in diesem Bereich ist die USAID-Schliessung. Die Situation ist gerade auch durch diese Schliessung für die vulnerablen Menschen nochmals gravierend verschärft worden. Ich kann Ihnen ein direktes Beispiel geben dazu: Ich bin Präsidentin der Terre des Hommes Schweiz und hier haben wir beispielsweise über 20 Partnerorganisationen vor Ort, die unter dem Wegfall der USAID-Unterstützung sehr betroffen sind und wie das genau aussieht, ist zum Beispiel der Abbruch der HIV-Unterstützung von USAID, der jetzt nicht mehr geleistet werden kann. Der trifft natürlich gerade jene, die in den letzten Jahren gestützt werden konnten und einigermassen stabilisiert ihre Familien unterstützen konnten. Dies heisst natürlich jetzt oder bedeutet für die Situation der Kinder und Jugendlichen, dass die HIV infizierten Eltern nun besonders getroffen werden und dass sie in diesem Sinne wirklich den Boden unter den Füßen entzogen bekommen und die Eltern wahrscheinlich früher verlieren. Das ist so bei dieser Krankheit.

TDH und ihre Organisationen sind intensiv bemüht, alternative Stützen zu finden, auch andere natürlich. Die Schweiz-Unterstützung wurde im letzten Dezember, Sie haben es auch erwähnt, zudem ebenfalls gesenkt und zwingt die Hilfsorganisationen, im laufenden Jahr 10 Prozent der Kürzungen vorzunehmen in ihren Projekten, was auch nicht gerade einfach ist, das kennen Sie auch aus anderen Bereichen.

Wir, die BastA, sehen die 1 %-Initiative als einen wichtigen Schritt, Verantwortung in Krisenzeiten für die von Armut betroffenen und benachteiligten Menschen zu übernehmen. Denn weniger Mittel in der heutigen Zeit heisst auch, auf das Engagement gerade in den Bereichen Menschenrechte und Friedensförderungen in der heutigen Situation zu verzichten. Das sollte uns einiges wert sein, das möchte ich dazu wirklich nochmal in Richtung Regierung sagen. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage würde zudem hier Planungssicherheit geben und wertvolle Zusammenarbeit unterstützen.



Deshalb werden wir für den Gegenbericht stimmen, aber auch die Initiative noch aufrechterhalten, vor allem weil dieser Vorstoss der FDP hier im Raum steht. Der FDP-Vorstoss ist unserer Ansicht nach abzulehnen, dieser würde nur den Rückzug der Initiative verhindern. Ich denke und wir denken, dass der Vorschlag der Regiokommission wirklich interessant ist. Sie haben sich viel Mühe gegeben und breit evaluiert und es sollte nicht verhindert werden, dass dieser jetzt in Umsetzung kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP das Wort hat Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Nicht alles, was wünschbar ist, ist leider machbar. Die LDP lehnt diese Initiative ab. Wir müssen da sorgfältig und pfleglich mit Steuergeldern umgehen. Diese Initiative würde die kantonale Entwicklungshilfe von heute immerhin schon 4,4 Millionen pro Jahr verachtfachen. Auch der Gegenvorschlag der Regiokommission, der 19,5 Millionen für Entwicklungshilfe anwenden will, geht uns viel zu weit. Es ist finanziell schlicht nicht verantwortbar, den heutigen Betrag gemäss Regiokommission zu vervierfachen. Kommt dazu, dass dieser Gegenvorschlag der Regiokommission noch weniger Spielraum zulässt als die Initiative.

Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrates werden künftig 8 Millionen für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, was immer noch eine satte Verdoppelung des heutigen Betrages bedeutet. Das ist für uns vernünftig und massvoll und damit hat der Regierungsrat Augenmass bewiesen. Und als letztes kommt dazu, was schon der Regierungspräsident erwähnt hat, die Entwicklungshilfe ist eindeutig Sache des Bundes und nicht der Kantone. Es kann wirklich nicht sein, dass wir hier die Sparmassnahmen, so traurig das ist, des Bundes einfach ausgleichen.

Die LDP-Fraktion lehnt deshalb diese Initiative und den Gegenvorschlag der Regiokommission ab und unterstützt den massvollen Gegenvorschlag des Regierungsrates. Eventualiter unterstützen wir den Änderungsantrag der FDP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Grüne/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Rund ein Jahr lang hat die Regiokommission dieses Geschäft zur internationalen Zusammenarbeit beraten und das an zehn Sitzungen. Ich gebe zu, aus meiner Sicht wäre eine raschere Behandlung auch wünschenswert gewesen, aber wenn ich das Schlussresultat anschau, denke ich, hat es sich gelohnt, diese Arbeit zu leisten.

Die Regiokommission hat sich von Anfang an ein Ziel gesetzt, wir wollten Ihnen eine kompromissfähige Vorlage präsentieren, auch im Wissen, dass bei einer Annahme der Initiative noch viel Arbeit und Diskussion auf uns zugekommen wäre. Wir haben uns die Zeit jetzt genommen, wir haben viele Hearings gemacht, wir haben mit den Stakeholdern diskutiert, wir haben innerhalb der Kommission auch sehr oft diskutiert. Das ging hin und her, das kann ich Ihnen sagen. Ohne jetzt in die Details zu gehen, kann ich aber auch berichten, dass der Kompromiss zeitweise wirklich auf der Kippe stand. Wir mussten da mehrere Schlaufen fahren und uns wiederfinden in den Diskussionen und schlussendlich hat es doch geklappt und ich bin auch ein wenig stolz darauf, was wir hier geschafft haben. Wenn wir jetzt den «Chrüzlich» anschauen, bin ich ein wenig überrascht ob dem Votum der LDP. Ich sehe da ein Plus beim Gegenvorschlag, aber sei es so, da scheint noch eine gewisse Dynamik in den letzten Tagen entstanden zu sein.

Nun noch jetzt zum Kompromiss selber. Wie es Kompromisse so an sich haben, ist man nie zu 100 Prozent einverstanden und man muss halt etwas drangeben. Trotzdem kann unsere Fraktion Grüne/jgb dem Gegenvorschlag der Kommission vorbehaltlos zustimmen. Denn die Kommission hat den Gegenvorschlag des Regierungsrates deutlich verbessert. Dieser schuf zwar eine wirklich gute gesetzliche Grundlage für die internationale Zusammenarbeit, die wir als Kommission auch quasi unisono so übernehmen. Es fehlt aber, das wurde jetzt schon mehrfach erwähnt, jeglicher Mechanismus zur Bestimmung der Höhe der Beiträge an die IZA und dies, und das wurde auch schon erwähnt, war eigentlich auch die Forderung von allen, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben, dass die massiv erhöht werden gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrates und da wurde einfach nicht darauf gehört, was wir sehr stossend finden.

Mit dem Gegenvorschlag wird nun 0,7 Prozent des Steueraufkommens des Kantons als Richtwert eigentlich eingeführt und wir stehen hinter dieser Zahl, denn damit wird der Initiative unserer Meinung nach wirklich Rechnung getragen, die einen Bereich von 0,3 bis 1 Prozent fordert. Diese Zahl stellt eine substantielle Erhöhung der Gelder von jährlich rund 20 Millionen Franken in Aussicht, um Hilfe und Unterstützung vor Ort zu leisten, wo es nötig ist. Es wurde auch schon von anderen erwähnt, die nun hoffentlich beschlossenen Gelder, die sind auch dringend nötig und Basel-Stadt würde damit der Verantwortung als Kanton mit global operierenden Unternehmen auch besser Geltung geben. Es ist ein wichtiges Signal, dieser Gegenvorschlag, diese Erhöhung dieser Gelder. Sie haben es auch schon gehört, der Bund, der will die Gelder



streichen oder kürzen und die neue Regierung in den USA, Sie wissen es, es ist verheerend für die NGOs, das hat auch schon Brigitta Gerber sehr gut ausgeführt.

Ich möchte hier nochmals betonen, für unsere Fraktion Grüne/jgb sind die 0,7 ein Minimum, das ein wirklich vernetzter Wirtschafts- und Finanzstandort wie Basel-Stadt leisten sollte in die internationale Zusammenarbeit. Wir hätten uns zum Beispiel bei der kürzlichen Diskussion um die Verwendung der zusätzlichen OECD-Steuererlöse auch vorstellen können, dass da noch ein zusätzlicher Fonds für die IZA geschaffen wird und diese Gelder dann zu verwenden. Dies ist ja leider nicht der Fall, das wissen wir alle, und wir werden es auch jetzt am Sonntag sehen, wie dann das Stimmvolk darüber entscheidet.

Das Prinzip, dass alle Aufwendungen der Verwaltung für die Organisation der IZA dann auch noch in das Budget reingenommen wird, das fanden wir jetzt nicht die glorreiche Idee. Wir können das aber im Sinne des Kompromisses mittragen. Ich will nur daran erinnern, kennen Sie sonst ein Beispiel bei den Staatsbeiträgen an Kulturunternehmen zum Beispiel, dass da die Verwaltungsaufwände damit eingerechnet werden? Es ist ein bisschen absurd, aber wie schon gesagt, im Sinne des Kompromisses tragen wir das natürlich mit. Und auch die Verwendung der Mittel, die sollen natürlich effizient verwendet werden und auch dort ankommen, wo sie ankommen sollten, das heisst, bei den Direktbetroffenen. Daher begrüssen wir auch die Formulierung des Regierungsrates in diesem Gesetz, das können wir nahtlos einfach auch so akzeptieren.

Das Misstrauen gegenüber der Lauterkeit der NGO, da haben wir teilweise auch ein bisschen gestaunt, aber ich will da nicht allzu fest die Diskussion der Kommission wiedergeben. Aber natürlich unterstützen wir auch im Sinne des Kommissionskompromisses, dass externe Revisionen möglich sein sollen auf Verdacht hin und stichprobenartig. Wir finden auch, dass der hier gewählte Mechanismus von der Kommission sinnvoll ist.

Der nächste Punkt wurde auch schon erwähnt, die Diskussion, wie gehen wir mit diesem Prozentsatz um, wenn es dem Kanton weniger gut gehen sollte als in der aktuellen Zeit. Wir können die Bedenken da sehr gut nachvollziehen, aber in unserem Sinne, IZA, das ist Investition und gerade in schlechten Zeiten sollte man die Investitionen nicht vergessen, weil Investitionen sind Dinge, die man tut, damit es einem nachher besser geht. Von dem her, 0,3 Prozent ist für uns das absolute Minimum, darum werden wir auch den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Ich möchte auch daran erinnern, wenn die 0,3 weg sind, dann gefährden Sie unter anderem vielleicht auch Gelder, die an das Swiss TPH gehen. Swiss TPH ist eine lokale Organisation. Herr Cramer hat erwähnt, dass ein grosser Teil der Gelder des Kantons Genf an lokale Organisationen geht, das ist in Basel-Stadt nicht 100 Prozent anders. Also viele Gelder werden dann in lokal ansässige NGOs gehen, das sind auch Arbeitsplätze, die hier in der Region bleiben und sinnvoll sind.

Die Fraktion Grüne/jgb stimmt also dem Kompromiss der Regiokommission geschlossen zu. Wir beantragen auch, dass die Initiative, solange sie noch nicht faktisch zurückgezogen ist, wir gehen auch davon aus, sie wird zurückgezogen, es wurde auch schon versprochen, aber falls es doch noch zu einem Referendum kommen sollte, wollen wir trotzdem noch der Initiative die Stange halten. Wie schon erwähnt, werden wir den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und natürlich auch den Änderungsantrag des Regierungsrates ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP das Wort hat Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gesetzesvorschlag des Regierungsrates gut und richtig wäre. Es zeichnet sich aber relativ rasch ab, dass dieser Vorschlag im Parlament keine Chance hat. Wir haben uns deshalb zähneknirschend darauf geeinigt, in der Kommissionsberatung aktiv mitzuwirken. Wir empfehlen Ihnen heute, die Initiative abzulehnen und dem Gesetzesvorschlag zuzustimmen, unter der Bedingung, dass unser Änderungsantrag angenommen wird. Wir diskutieren heute nicht darüber, ob die Entwicklungshilfe notwendig und richtig ist, sondern nur das wie und das wie viel. Was sind unserer Meinung nach die entscheidenden Punkte und Werte in diesem Gesetzesvorschlag?

1. Die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit sollen von heute 4,4 Millionen auf 8 Millionen gemäss Regierungsrat, 19,5 Millionen gemäss Gesetzesvorschlag und 27,9 Millionen gemäss der Initiative gesteigert werden. Wir sind der Meinung, dass bereits eine Verdoppelung des aktuellen Betrages gemäss Antrag Regierungsrat eine beachtliche Steigerung ist. Die bereits gesprochenen wie allenfalls neuen Beiträge für die internationale Zusammenarbeit inklusive der Kosten der eigenen Verwaltung, der externen Revisionen, der KIZ sind integraler Bestandteil des gemäss des neuen Gesetzes festgelegten maximalen Finanzrahmens. Die verfügbaren Mittel sind nach oben und nach unten begrenzt. Wir von der Fraktion FDP wollen aber die Untergrenze ändern und streichen. Ich komme darauf zurück.
2. Mindestens 85 Prozent der gesprochenen Beträge müssen bei den Endbegünstigten ankommen. Auch dazu mehr später.
3. Um die Qualität und die Finanzflüsse überwachen zu können, muss es möglich sein, externe Revisionen anzuordnen.
4. Die Kommission für Internationale Zusammenarbeit hat keine Entscheidungsbefugnis, sondern kann nur Empfehlungen machen. Entschieden wird gemäss der kantonalen Kompetenzordnung. Die KIZ hat aber eine klare Aufsichtspflicht.



Lassen Sie mich auf einzelne Punkte im Detail eingehen. Zurück zu den Finanzen. Das vorgeschlagene Gesetz setzt einen klaren Finanzrahmen, der vorgibt, dass maximal 0,7 der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre budgetiert werden müssen. Darin enthalten sind alle bereits gesprochenen Beiträge für die internationale Zusammenarbeit, auch diejenige an das Tropeninstitut. Aus diesem Budget sind auch sämtliche Kosten des Kantons im Zusammenhang mit dieser Aufgabe zu finanzieren. Im Speziellen sind dies die Kosten für die eigene Verwaltung, wie etwa das eigene Personal, die Kosten für die KIZ und all diejenigen Beiträge für externe Revisionen. Es ist schade, dass die Kommission Beiträge der Gemeinden nicht auch als Bestandteil des Budgetrahmens aufnehmen wollte.

Sollte das Parlament aus eigener Initiative neue Projekte anstossen oder Bestehende ausweiten, dann fallen diese in den gesetzten maximalen Rahmen. Lassen Sie mich ein mögliches Beispiel machen. Sollte der Betrag für das Tropeninstitut von heute einer Million ausgeweitet werden, wird der maximal verfügbare Beitrag für die internationale Zusammenarbeit nicht ausgeweitet, sondern reduziert das verfügbare Budget für die IZA. Das Gesetz hält weiter fest, dass vom vorgegebenen Budgetrahmen abgewichen werden kann, falls der Kanton finanzielle Schwierigkeiten hat. Das Gesetz macht dies abhängig von der Nettoschuldenquote und allfälligen Defiziten.

Gemäss der Kommission sind die 0,7 Prozent Plafond eine Budgetierungspflicht, jedoch nicht eine Ausgabenpflicht. Das Geld wird nur dann ausgegeben, wenn die entsprechenden Projekte die Qualitätsanforderungen und auch die Finanzanforderungen erfüllen. Gleichzeitig wird aber eine Mindestausgabe im Gesetz festgehalten. Es fordert, dass mindestens 0,3 Prozent ausgegeben werden müssen. Diese Verpflichtung per Gesetz könnte dazu führen, dass Gelder an Projekte vergeben werden, welche die Qualitätsanforderung oder die 15 Prozent Admin-Kostengrenze nicht erfüllen. Wir möchten dieses Risiko nicht eingehen. Zudem wird die Kompetenz des Regierungsrates und des Grossen Rates massiv eingeschränkt.

Deshalb unser Änderungsantrag: Mindestens 85 Prozent der Mittel für die Endbegünstigten. Was heisst das? Leider wollte die Kommission nicht, dass die 85 Prozent im Gesetz festgehalten werden, hält aber, wie übrigens der Regierungsrat, fest, dass dies einzuhalten ist und nur in begründeten Ausnahmefällen davon abgewichen werden kann. Was aber heisst das konkret? In jedem Projektvertrag, der die Verwaltung mit einem Partner abschliesst, muss in Zukunft diese Regelung aufgenommen werden. Der Partner und alle seine Subkontrahenten zusammen dürfen nicht mehr als 15 Prozent für die Administration ausgeben. Das heisst, dass auch der Partner seinen Unterkontrahenten vertragliche Vorgaben zu den maximalen Admin-Kosten vorschreiben muss.

Organisationen für die internationale Zusammenarbeit sind genauso wie privatwirtschaftliche Tätigkeiten Problemen wie etwa der Korruption ausgesetzt. Hier unterscheiden sich NGOs und Konzerne nicht. Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass für die NGOs die gleichen Massstäbe angesetzt werden müssen wie für Konzerne. Die Vorgaben der Konzernhaftung sollen auch für die NGOs gelten. Deshalb ist es zwingend, dass externe unabhängige Revisionen die Qualität prüfen und die Finanzflüsse über die ganze Lieferkette durchleuchten können. Dies selbstverständlich nur bei Verdachtsmomenten. Auslöser zu Revisionen, die der Regierungsrat in Auftrag geben wird, können die Verwaltung selbst, die Ombudsstelle, die KIZ oder eine Grossratskommission sein. Auch hier wird die Verwaltung verpflichtet, in ihren Verträgen mit den Partnerfirmen festzuhalten, dass externe Revisionen beim NGO und allen involvierten Subkontrahenten möglich sein müssen und diese nicht verweigert werden können.

Eine Schlussbemerkung. Sollte die Initiative nicht zurückgezogen werden und diese vom Volk angenommen werden, wird sich in diesem Gesetz nur eine einzige Zahl ändern. Der Maximalbetrag wird von 0,7 auf 1 Prozent geändert, alle anderen Paragraphen im Gesetz würden gleichbleiben. Zum Änderungsantrag melde ich mich später noch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Wird diese entgegengenommen? Sie wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Vielen Dank für die Entgegennahme meiner Zwischenfrage. Was ich wirklich nicht ganz verstehe, wie begründen Sie mir Ihren Antrag, den Mindestbeitrag hier zu streichen bei der Entwicklungshilfe und im Gegensatz beim OECD-Standortpaket den da reinzulassen? Das sind doch ganz verschiedene Welten und Beträge.

Erich Bucher (FDP): Wenn ich richtig verstanden habe, stellen Sie in Frage, wieso die 0,3 Untergrenze gestrichen werden soll. Ist das richtig? Sorry, dann jetzt zur Antwort. Die Untergrenze ist eine Ausgabenverpflichtung gemäss Gesetz, die 0,7 sind nur eine Budgetierungsvorgabe. Das ist der wesentliche Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.



Melanie Eberhard (SP): Ich freue mich, dass wir heute über dieses Gesetz reden und ich namens der SP-Fraktion auch darlegen kann, warum wir uns für diesen Gegenvorschlag und auch für die Initiative aussprechen.

Mit diesem Gesetz, über das wir heute reden und auch über die Rahmenausgabenbewilligung, können wir als Kanton einen wichtigen Schritt machen in der internationalen Zusammenarbeit, in der Entwicklungszusammenarbeit und deshalb freue ich mich auch, dass wir nach dieser doch sehr langen und sehr intensiven Beratung in der Regiokommission heute hier an diesem Punkt sind. Wir haben, und das haben wir schon mehrmals gehört, in der Regiokommission sehr intensiv diskutiert. Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, in welchen Teilaspekten wir auch als Kommissionsmitglieder nicht immer ganz einer Meinung waren. Ich freue mich aber, dass wir heute hier über einen Kompromiss reden können und deshalb werde ich nicht mehr auf alle diese einzelnen Details eingehen, weil der Kompromiss, das, was hier heute vorliegt, ist ein wichtiger Beitrag und über den möchte ich jetzt sprechen.

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe sind heute wichtiger denn je, aus sozialen, ökologischen und auch aus politischen Gründen. Weltweit leben hunderte Millionen Menschen in extremer Armut, oft ohne Zugang zu sauberem Wasser, Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung oder zu sicheren Lebensbedingungen. Kriege und Krisen führen dazu, dass mehr Menschen bedroht sind und um ihr Überleben kämpfen müssen. Die aktuellen geopolitischen Spannungen und die Bilder, die uns zurzeit tagtäglich, insbesondere aus Gaza, erreichen, sind kaum aushaltbar. Globale Krisen wie Pandemien treffen den globalen Süden oft am härtesten, genauso wie auch die Auswirkungen des Klimawandels. Die Krisen nehmen also zu, werden stärker und treffen die ärmsten Regionen und Menschen, obwohl diese deutlich geringere Emissionen beispielsweise als die Schweiz verursachen.

Wir können als Basel nun einen wichtigen Beitrag leisten, um dieses Leid hoffentlich zumindest einen Teil zu lindern und wir sollten dies in einer Zeit tun, wo sich, und das haben wir auch schon gehört, Bund, Gemeinden, Städte aus der Verantwortung nehmen und wo USAID eingestellt wird und die internationale Solidarität dadurch schmerzhaft auf die Probe gestellt wird. Das Anliegen der Initiative ist deshalb zurzeit noch wichtiger als zur Sammelphase, weshalb ich mich an dieser Stelle auch nochmal ganz herzlich beim Initiativkomitee bedanken möchte. Und an dieser Stelle auch nochmal herzlichen Dank an die Regiokommissionskolleg*innen, mit denen wir in diesem letzten rund fast einem Jahr so intensiv nun an diesem Gegenvorschlag gearbeitet haben, der eine solide Grundlage für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit des Kantons bildet.

Der Kompromiss vereint verschiedene positive Aspekte und auf einige dieser sehr positiven Aspekte möchte ich nun kurz eingehen. Zum einen, diesen Richtwert von 0,7 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen natürlicher und juristischer Personen. Durch diesen fixen Richtwert wird Verbindlichkeit geschaffen, es wird Planungssicherheit geschaffen, zum einen für die Organisationen, die wissen, in welchem Rahmen sie diese Fördergelder auch beantragen können, und zum anderen aber auch für die ganze Organisation, die IZA-Kommission, die Verwaltung, etc. Die 0,7 Prozent orientieren sich zudem auch an internationalen Vorgaben oder Empfehlungen und wir haben es ebenfalls gehört, Kantone und Städte wie Genf oder Zürich setzen diese bereits um. Die Festlegung der Untergrenze von 0,3 Prozent für den Fall schwieriger finanzieller Lagen des Kantons sorgt ebenfalls für Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Die Ausnahmeklausel stellt zudem sicher, dass der finanziellen Lage im Kanton Rechnung getragen wird.

Wir sehen als SP also auch die Vorteile der aktuellen Regelung und werden folglich auch den Änderungsantrag der FDP ablehnen. Ein weiterer Vorteil ist, dass wir die Rahmenausgabenbewilligung stufenweise vorsehen im vorliegenden Ratschlag. Wir haben da eine stufenweise Erhöhung vorgesehen bis zum Jahr 2029, wo dann eigentlich der Zielwert erreicht wird. Dadurch können wir auch sicherstellen, dass sich der Prozess entwickeln kann, dass sich die Verwaltung, die Kommission, etc. darauf einstellen können und dieser Betrag kontinuierlich erhöht wird.

Gerade noch ein Wort zur IZA-Kommission. Wir haben diese auch angehört im Rahmen der Beratung des Geschäfts und da wurde deutlich, dass es auch wichtig ist, dass die IZA-Kommission mit entsprechenden Ressourcen und Unterstützung ausgestattet wird. Die IZA-Kommission, auf die wird mehr Arbeit zukommen, wenn wir dieses Gesetz dann heute verabschieden, und das ist einfach wichtig, dass dem auch Rechnung getragen wird.

Ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt aus Perspektive der SP ist die Verankerung der humanitären Soforthilfe im Gesetz, aber eben nicht bei den Finanzbeiträgen. Das schafft Planungssicherheit bei den langfristigen Projekten, ermöglicht es aber durch flexible Gefässe, wie beispielsweise den Swisslos-Fonds oder Nachtragskredite, dass auch wichtige Soforthilfe in Zukunft geleistet werden kann.

Die von der Regiokommission erarbeitete Gesetzesvorlage sowie auch die Rahmenausgabenbewilligung bildet einen hart erarbeiteten Kompromiss, den wir als SP-Fraktion begrüssen und sehr gerne mittragen. Der ausgewogene, verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Weg der internationalen Solidarität des Kantons Basel-Stadt wird mit diesem Gesetz gestärkt. Es verbindet klare Zielsetzungen mit operativer Flexibilität und gibt dem Kanton Basel-Stadt ein glaubwürdiges Instrument zur Bekämpfung von globaler Armut und zur Förderung nachhaltiger Entwicklung.



In diesem Sinne empfehle ich Ihnen namens der SP-Fraktion die Annahme der Initiative sowie auch des Gegenvorschlags der Regiokommission und die Ablehnung des Änderungsantrags. Beim Stichtentscheid werden wir uns als SP-Fraktion für den Gegenvorschlag aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich spreche maximal fünf Minuten. Das kann man aber auch Regierungspräsident Cramer verdanken, weil er eigentlich alles schon gesagt hat, weshalb man sowohl die Initiative wie auch sämtliche Gegenvorschläge hier ablehnen sollte.

Die Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Wir geben als Kanton trotzdem noch viel mehr Gelder als alle anderen Kantone und wollen jetzt das auch noch deutlich nochmals erhöhen. Es kann auch nicht die Aufgabe eines Kantons sein, hier für den Bund einzuspringen und es kann erst recht nicht die Aufgabe des Kantons sein, für die Trump-Regierung in Amerika einzuspringen. Meine Damen und Herren, wir sind hier ein kantonales Parlament und die Steuergelder sind auch für die kantonale Wohnbevölkerung anzuwenden. Dementsprechend sind wir nicht der Meinung, dass es hier eine Initiative oder einen Gegenvorschlag benötigt. Wäre hier auch der Regierungsrat konsequent gewesen, hätte auch er auf einen Gegenvorschlag verzichtet. Insgesamt erachten wir aber die Lösung des Regierungsrates als weniger weitgehend und auch der Abänderungsantrag der FDP können wir in einer Eventualabstimmung unterstützen. Wir werden aber am Ende des Tages sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag ablehnen.

Wir haben das schon gesagt, der finanzpolitische Aspekt ist sicherlich auch ein Ding. Was wir aber auch immer wieder in der Vergangenheit kritisiert haben, ist auch diese Vermischung Entwicklungshilfe, soziale Städtepartnerschaft, Städtepartnerschaft, wo geben wir jetzt was, wie viel. Hier hätte man, wenn man schon einen derartigen Mehrbetrag hier auch sprechen möchte, sich überlegen sollen oder müssen, ob wir vielleicht nicht die eine oder andere Städtepartnerschaft als Kompensation dafür dann halt einfach auch streichen und irgendwo dann auch ein Limit gesetzt ist.

Zudem sind wir auch nicht der Meinung, dass wir hier fixe Beträge sowohl in die Verfassung oder in ein Gesetz schreiben sollen. Das finden wir problematisch. Wir sind der Meinung, wir können als Kanton etwas geben, das haben wir ja in den letzten Jahren auch immer wieder gemacht, aber lieber individuell konkret, wie jetzt einfach hier eine fixe Zahl in ein Gesetz oder in eine Verfassung zu schreiben und sich dann diese Beträge deutlich erhöhen.

Es wurde jetzt auch in dieser Debatte das Thema Gaza erwähnt und hier habe ich auch eine sehr skeptische Haltung. Ich meine, es kann doch gar nicht sein, dass wir kantonale Entwicklungshilfe leisten, welche dann unmittelbar in die Bunker der Hamas fließen. Es wurde jetzt auch in diesem Gesetz erwähnt, dass es eine Qualitätskontrolle gibt, aber das hat man viel zu wenig begutachtet, das hat man viel zu wenig kritisch hinterfragt. Hier gibt es viel zu viel Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt, welche in illegale korrupte Regimes fließen und da machen wir als SVP, insbesondere auf der kantonalen politischen Ebene nicht mit, wo es ohnehin nicht unsere zentrale Aufgabe ist. Das ist die Aufgabe des Bundes, hier hat auch der Bund ihre Experten, welche hier ein gutes Qualitätsmanagement vollbringen können, aber wir als Kanton haben diese Aufgabe nicht.

Dementsprechend bleiben wir hier sehr kritisch und lehnen sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag ab. In der Eventualabstimmung stimmen wir der Version des Regierungsrates zu und unterstützen den FDP-Antrag. Die Zwischenfragen nehme ich auch noch an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die erste Zwischenfrage ist von Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Pascal Messerli, weil es jetzt schon mehrfach genannt wurde, ist Ihnen bewusst, dass Herr Trump nach Einreichung der Initiative gewählt worden ist und auch die Kürzung der DEZA-Gelder erst nach Einreichung der Initiative beschlossen worden ist?

Pascal Messerli (SVP): Ja, das ist mir bewusst, aber es wurde auch heute als Argument von anderen Fraktionssprechern verwendet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage ist von Mahir Kabakci.



Mahir Kabakci (SP): Pascal Messerli, die SVP-Leitung sagt sonst immer, man soll vor Ort helfen und jetzt sind Sie auf einmal gegen alles. Was ist jetzt die Lage? Möchten Sie helfen oder gar nicht?

Pascal Messerli (SVP): Wir sind nicht gegen gar nichts, aber die Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes und wir geben auch jetzt als Kanton nicht nichts, sondern wir geben etwas. Wir sind gegen diese Erhöhung, das ist ein grosser Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Zuerst einmal möchte ich meinen ausdrücklichen Dank dem Kommissionspräsidenten, der Gesamtkommission und auch dem Kommissionssekretär zukommen lassen. Wir haben lange und intensiv gerungen. 9 von 13 Kommissionsmitglieder haben dem vorliegenden Beschluss zugestimmt, nur drei haben ihn abgelehnt und ich denke, wir sind auch bei den drei Ablehnenden durchaus auf einige Argumente eingegangen.

Wenn man sagt, dass dieser Gegenvorschlag gleich sei wie die Initiative, so stimmt dies nur bedingt, denn abgesehen davon, dass der Höchstbetrag gesenkt ist, hat dann sicher doch dazu durchgerungen, sehr viele Beträge, die im Zusammenhang mit der globalen Solidarität geleistet werden, solidarische Städtepartnerschaften und anders, in diesen Betrag zu inkludieren. Von dort her gab es da durchaus auch ein erhebliches Entgegenkommen seitens der Linken in der Kommission, das möchte ich auch betonen. Die Hauptbotschaft dieses Kommissionsbeschlusses ist klar, Basel steht zu seiner globalen und humanitären Verantwortung.

Was das Argument anbelangt, die Entwicklungszusammenarbeit sei Sache des Bundes, wenn man dieses Argument so apodiktisch vorträgt, dann muss man sich einfach bewusst sein, dass man mit diesem gleichen Argument auch fordern könnte, und das wäre die logische Forderung, sämtliche Beiträge der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit per sofort abzuschaffen, da es ja Sache des Bundes ist. Das ist eine Frage, die durchaus unterschiedlich betrachtet werden kann. Es ist auch so, dass es verschiedene Kantone gibt oder Städte, die momentan über Erhöhungen nachdenken, im Falle Zürich, die es unter anderem bereits beschlossen haben.

Ich möchte auch an den Kontext erinnern dieser Abstimmung. Die Beträge, über die wir hier sprechen, sind doch verglichen unter anderem mit dem, was wir momentan beim Standortpaket diskutieren, relativ bescheiden. Sie haben eine gewisse Wichtigkeit, aber es ist klar, dass es in dieser Diskussion auch eine grundlegende Kritik gab oder gibt, dass wir unsere globalen humanitären Verantwortung vielleicht etwas zu wenig wahrnehmen. Ich denke, man kann mit einem gewissen Stolz sagen, das macht Basel auch, auch im Rahmen des Gegenvorschlags zum Standortpaket, aber es macht es eben auch durch ein klares Zeichen am heutigen Tag für die Erhöhung der bereitstehenden Mittel.

Dabei ist natürlich klar, dass das Minimum von 0,3, damit man zumindest in schlechten Zeiten diese Entwicklungszusammenarbeit auf Sparflamme weiterführen kann, eine wichtige Mindestgarantie darstellt in vielerlei Beziehung. Eine Mindestgarantie, die für die Initianten unerlässlich ist, die aber auch meiner Partei und ich sage auch mir persönlich definitiv sehr wichtig ist, dass man eine gewisse Bestandesgarantie hat für die Weiterführung der entsprechenden Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung hier. Wir fahren um 14 Uhr fort mit der Behandlung dieses Geschäfts.

Schluss der 13. Sitzung

12:00 Uhr



Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Mai 2025, um 14:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Raoul I. Furlano (LDP), Pascal Pfister (SP), Raffaella Hanauer (GP), Georg Mattmüller (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

8.	Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo	2
12.	Neue Interpellationen.....	9
12.1.	Interpellation Nr. 46 Anina Ineichen betreffend Regierungsratsbeschluss zum Einsatz von M365 für die ICT-Grundversorgung.....	9
12.2.	Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen .	11
12.3.	Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier	11
12.4.	Interpellation Nr. 49 Ismail Mahmoud betreffend warum wendet Basel-Stadt das Kaskadenmodell an, obwohl es dem erweiterten Konkordat nicht beigetreten ist?	12
12.5.	Interpellation Nr. 50 Nicola Goepfert betreffend Finanzierung der Zusatzleistungen des Unispitals aufgrund von Grossereignissen	14
12.6.	Interpellation Nr. 51 Daniel Seiler betreffend Halbwertszeit eines Kompromisses in der Wettsteinallee ...	15
12.7.	Interpellation Nr. 52 Johannes Sieber betreffend die Nutzung der alten Hauptpost als «Haus des Parlaments».....	17
12.8.	Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler.....	17
12.9.	Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier	17
12.10.	Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich?.....	18
12.11.	Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus	18
12.12.	Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück	18
12.13.	Interpellation Nr. 58 Tobias Christ betreffend Meinungsäusserungsfreiheit auch während des ESC	18
12.14.	Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache	19
12.15.	Interpellation Nr. 60 Pascal Messerli betreffend Kunsteisbahn Margarethen	20
12.16.	Interpellation Nr. 61 Johannes Barth betreffend Vorfall rund um die israelische Delegation an der Eröffnungszeremonie des ESC in Basel am 11. Mai 2025	21
40.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells	22



Beginn der 14. Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2025, 14:00 Uhr

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

[14.05.25 14:00:30, 21.1247.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung und habe eine kurze Mitteilung zu machen. Auf der Tribüne begrüsse ich Lernende der allgemeinen Gewerbeschule Basel mit Lehrperson Eva Huber. Es handelt sich um angehende Floristinnen und Laborantinnen. Schön, seid ihr hier auch das Gespräch vom Vorhin hat mir sehr gefallen und toll, befasst ihr euch mit der Politik. Herzlich willkommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit Traktandum Nummer 8. Als erstes haben wir das Votum von Regierungspräsident Conradin Cramer. Die Redner:innenliste ist erschöpft.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich habe mit Aufmerksamkeit der Debatte gelauscht und ich möchte im Wissen darum, dass die meisten von Ihnen ja ihre Meinung möglicherweise schon gemacht haben, in freier Rede einfach noch drei Punkte etwas anders beleuchten, die in der einen oder anderen Form in der Debatte auch aufkamen.

Das eine ist die Frage der Rechtssicherheit für die Beiträge. Hier arbeiten wir im Kanton ja traditionell mit 4- Jahresperioden. Wir tun das bei den Staatsbeitragsempfängern, wir tun das in speziellen Themen auch sonst mit Rahmenkrediten, und damit schaffen wir eben genau Rechtssicherheit, ohne aber dass wir die politischen Rechte einschränken über Gebühr, die Finanzhoheit des Parlaments über Gebühr einschränken, sondern dass es eben die Möglichkeit gibt, nach vier Jahren auch Dinge wieder in Erwägung zu sehen, neu zu beleuchten, neu zu beschliessen. Das ist unser politisches System. Dabei haben wir gezeigt in den letzten Jahrzehnten, um nicht zu sagen Jahrhunderten, dass wir keine Hü-Hott-Politik machen, wie das jetzt jenseits des Ozeans passiert, sondern dass wir in unserem System, das ja keine Regierungswechsel kennt, Kontinuität wahren lassen und nicht von der einen Vierjahresperiode auf die anderen von 100 auf 0 oder umgekehrt gehen. Entsprechend glaube ich, ist es das einzig Sinnvolle, keine strikten Prozentzahlen abhängig von Steuereinnahmen in ein Gesetz zu schreiben. Und es war auch für mich fast ein bisschen paradox von einzelnen von Ihnen zu hören, der Regierungsrat hätte ihnen das vorschlagen sollen, weil doch in der Vernehmlassung viele Leute gefunden haben, dass das gut wäre. Möchten Sie wirklich, dass Ihnen der Regierungsrat eine Beschneidung Ihrer eigenen Kompetenzen vorschlägt? Ich möchte das nicht, ich würde das auch nicht wagen und ich kann Ihnen ankündigen, dass der Regierungsrat das auch in Zukunft nicht tun wird.

Ich finde es etwas irritierend, wie leichtfertig sie bereit sind zu sagen, da möchten wir nicht mehr darüber entscheiden, sondern wir möchten, dass eine fixe Prozentzahl im Gesetz ist. Sie senden damit ein Signal des Misstrauens aus, nicht gegenüber dem Regierungsrat, sondern gegenüber Ihrer Institution, dem Grossen Rat selbst und Ihren Nachfolgerinnen und Nachfolgern. Lassen wir doch das bewährte System, das wir in der Schweiz kennen, lassen wir den Parlamenten die Finanzhoheit. und zur Finanzhoheit gehört halt die Verantwortung, bei Rahmenkrediten alle vier Jahre neu verantwortungsvoll zu entscheiden, ohne eine gesetzliche Krücke, die einen da bindet. Das mehr jetzt aus parlamentarischer, staatspolitischer Sicht.

Zum zweiten Punkt: Ich habe gesagt, es sei finanzpolitisch nicht verantwortbar, diesen Gegenvorschlag der Regiokommission, geschweige denn die Initiative zu unterstützen. Das ist ja ein sehr abstrakter Ausdruck, finanzpolitisch nicht verantwortbar. Es ist übrigens nicht ein persönlicher von mir, sondern die Meinung des Regierungsrats, insbesondere natürlich auch unserer Finanzdirektorin, die ja bekanntlich der Sozialdemokratischen Partei angehört. Finanzpolitisch nicht verantwortbar bedeutet einfach, dass wenn Sie dieses Geld sprechen, es für andere Projekte nicht zur Verfügung stehen wird. Das wurde in der Debatte nirgends explizit so gesagt, es ist aber ein Gesetz der Logik, wenn Geld gebunden ist, dann steht es nicht zur Verfügung für anderes und es ist nicht so, und das zeigt ja auch unsere Finanzplanung, dass der Kuchen einfach unbeschränkt immer grösser wird, sondern wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zeiten mit ständigem Wachstum sich auch einmal wieder wenden und wir uns mindestens auf Kontinuität der Staatsausgaben einstellen müssen, wenn nicht gar auch wieder einmal Massnahmen zu treffen sind, die vielleicht zu einem Rückgang bestimmter Ausgaben



führen. und dann werden wir vielleicht daran denken, dass man keine festen Prozentzahlen ins Gesetz schreiben sollte und das finanzpolitisch verantwortbar eben etwas bedeutet.

Jetzt kann man mir entgegenen, und das würde ich auch ganz respektieren, dass man das in Kauf nimmt und sagt, Entwicklungszusammenarbeit ist so wichtig, wir wollen da einfach deutlich mehr ausgeben, zum Beispiel eben viermal mehr pro Jahr, als wir jetzt tun, damit wir hier einen Fokus legen und wir sind uns bewusst, dass wir dann einen anderen Fokus vielleicht nicht so legen können, wie wir es sonst hätten machen können. Und hier kommt für mich die Frage der Bundeskompetenz ins Spiel. Ich bin nicht überzeugt, dass am Ende netto wirklich mehr Entwicklungshilfe aus der Schweiz heraus resultiert, wenn Sie heute diese Vervierfachung der Beiträge sprechen. Denn, meine Damen und Herren, der Bund ist ja auch nicht blöd, wenn er Statistiken präsentiert. Er macht es gleich wie ich. Ich habe Ihnen die Zahlen von Zürich und Bern und Genf genannt. Ich wurde gefragt, ob ich dann die Gemeinden mitgedacht habe. Ja, natürlich habe ich die mitgerechnet. Der Bund macht es im internationalen Verhältnis genau gleich und wenn es darum geht, was die Schweiz für Entwicklungszusammenarbeit ausgibt, dann nimmt er seine Bundesausgaben und er rechnet die Ausgaben der Kantone und der Gemeinden dazu. Was wir also tun hier, wir entlasten den Bund, wir entlasten die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu einem Teil aus der Verantwortung, bei der DEZA weniger abzuschneiden. Sie können darauf verweisen, dass ja die Kantone, die aus Sicht der Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier sowieso die Reichen sind, da einspringen und im schlimmsten Fall gibt es sogar einen Backlash, dass man im Bund der Meinung ist, jetzt sollen doch die anderen Kantone auch mehr bezahlen und dass man dort, wo die Kompetenz eigentlich angesiedelt ist, beim Bund, eben noch stärkere Einschnitte macht.

Ich werde keine Beweise finden für diese Befürchtung. Aber wer weiss, wie unser politisches System funktioniert, wie die finanziellen Kuhhändler zwischen Kantonen und Bund funktionieren, der, glaube ich, kann diese Befürchtung nicht komplett von der Hand weisen. Und aus all diesen Gründen bitte ich Sie nochmals, dem Gegenvorschlag des Regierungsrats zu folgen, die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit im Kanton Basel-Stadt nahezu zu verdoppeln und damit ein starkes Signal zu setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Es freut mich sehr, dass sie sich jetzt so dezidiert für die parlamentarische Mitsprache und Hoheit über finanzpolitische Entscheide ausgesprochen haben. Ich nehme an, in dem Sinne sind Sie auch nicht für das Standortförderungsgesetz, oder in welchem Verhältnis sehen Sie diese parlamentarische Hoheit über die Vergabe der Gelder?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ja, das Standortförderungsgesetz ist im Lichte der Finanzhoheit der Parlamente keine attraktive Sache, aber wir haben ja diese Steuerreform auch nicht gewollt und müssen adäquat als Schweiz und als Basel darauf reagieren, und das ist der Vorschlag, den Sie beschlossen haben. Sie haben die Kompetenzen des Regierungsrats da auch noch erhöht. Dieser Vorschlag ist eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen durch diese OECD-Steuerreform.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat der Präsident der Regiokommission Niggi Rechsteiner das Wort.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich möchte diese Debatte nicht unnötig verlängern. Aus Sicht der Kommission kann ich auch wenig dazu sagen. Vielen Dank für die engagierten Voten in der Debatte. Es soll natürlich mit dem Gegenvorschlag nicht ein Misstrauen ausgesendet werden, der Kompromiss, der jetzt zustande gekommen ist, ist aufgrund einer Auslegeordnung in einem sehr langen Prozess entstanden und so im Bericht festgehalten worden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 17 des Berichts.

§ 3 Abs. 3: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 3 zu streichen. Der Änderungsantrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir öffnen hierzu die Debatte. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet, Niggi Rechsteiner verzichtet ebenfalls. Dann schreiten wir bereits zur Abstimmung, da sich sonst auch niemand meldet.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006521, 14.05.25 14:11:38]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 6 Abs.1: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, im ersten Satz gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2 zu ändern. Wir eröffnen dazu die Debatte. Auch hierzu möchte sich anscheinend niemand melden. Daher schreiten wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006523, 14.05.25 14:12:48]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir fahren weiter in der Detailberatung.

Abs. 2 bis 4: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 2 bis 4 zu streichen. Zudem beantragt die Fraktion FDP, Abs. 4 zu streichen. Wir öffnen hierzu die Debatte.

Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet, gemeldet hat sich Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich rede hier noch einmal, weil die Antwort auf die Zwischenfrage von Oliver Bolliger von mir vermutlich nicht genügend sauber dokumentiert und dargestellt wurde. Ich möchte deshalb noch kurz wiederholen. Die 0,7 Prozent, die wir jetzt im Gesetz vorschlagen, ist ein Planungsauftrag, ein Budgetierungsauftrag. Damit wird noch kein Geld ausgegeben. Geld wird erst dann ausgegeben, wenn Projekte vorliegen, die die Qualitätsanforderungen auf der einen Seite, und die 15 Prozent maximalen Admin-Kosten abdecken. Nur dann wird Geld ausgegeben.

Bei den 0,3 Prozent ist das genau umgekehrt. Die 0,3 Prozent Minimum sind eine absolute Ausgabepflicht. Das Geld muss ausgegeben werden. Es könnte unter Umständen sogar rechtlich eingeklagt werden. Und deshalb ist es für mich völlig klar, dass wir den Absatz 4 aus dem Gesetzesvorschlag streichen müssen und ich hoffe, dass ich jetzt endlich klar bin und empfehle Ihnen wirklich die Streichung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort für die Kommission hat Niggi Rechsteiner. Er verzichtet. Gemeldet hat sich Oliver Thommen als Einzelsprecher.



Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Zu einem Teil hat Erich Bucher natürlich recht, über das Verhältnis dieser zwei Sätze, aber wir beschliessen hier über eine Rahmenausgabenbewilligung, also das Geld wird nicht ausgegeben, sondern wir beschliessen über die Höhe einer Rahmenausgabenbewilligung, das ist kein Ausgabenbeschluss. Das ist etwas völlig anderes.

Am Schluss könnte es sein, dass sie die 10, 20 Millionen oder wie viel auch immer beschliessen und es wird gar kein Geld fließen, weil niemand diese Rahmenausgabenbewilligung in Anspruch nimmt. Daher ist es eigentlich absurd, diese Diskussion zu führen. Ich finde es ehrlich gesagt auch ein bisschen irritierend, wie irreführend hier der Regierungsrat argumentiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weiter hat sich Bruno Lötscher gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Herr Erich Buch hat natürlich einen sehr interessanten Punkt aufgebracht und auch der Regierungspräsident hat einen interessanten Punkt aufgebracht mit der Frage, ob es sinnvoll ist, solche Zahlen festzulegen oder ob wir dadurch das Parlament entmächtigen.

Ich denke, die Kommission hat hier haushaltrechtlich hochinteressant referiert und macht eigentlich einen Vorschlag, den man aus haushaltrechtlicher Sicht gut finden kann und sollte. Einerseits hat man berücksichtigt, dass hier eine Initiative vorliegt. Diese Initiative hat einen klaren Prozentsatz vorgesehen, und die Kommission hat eine Formulierung gefunden, nicht nur mit dem 0,7, sondern mit ihrer Wortwahl zeigt, dass hier ein Spielraum bestehen kann, der auch ausgenutzt werden könnte. Und es ist halt haushaltrechtlich immer so, dass Budgetbewilligungen noch keine Ausgaben darstellen. Der Regierungsrat ist verpflichtet, im Rahmen seiner Verwaltungstätigkeit Ausgaben nur zu tätigen, wenn entsprechende Projekte vorliegen, wenn Sparmassnahmen eingehalten worden sind, wenn etwas überhaupt auszugeben ist. Und in diesem Rahmen bleibt der Regierungsrat frei und soll er frei bleiben. Es ist aber gleichzeitig eine gewisse Sicherheit gegeben für die Initianten und Initiantinnen, dass der Rahmen grundsätzlich abgesteckt ist. Also der Vorschlag der Kommission ist hier finde ich sehr kreativ und kann auch aus haushaltrechtlicher Sicht unterstützt werden, auch wenn ich ein gewisses Verständnis für Erich Bucher habe mit den 0,3 Prozent. Ich denke aber auch dort ist das Geld noch nicht ausgegeben, wenn keine entsprechenden Projekte vorliegen, muss und kann es nicht ausgegeben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat sich auch noch gemeldet.

David Jenny (FDP): Das war jetzt eine sehr kreative Rechtfertigung einer offensichtlichen Schluderei der Kommission. In Absatz 1 wird von einer Rahmenausgabenbewilligung gesprochen, und das wird so nicht wiederholt in diesem Absatz 4, dort ist von Gesamtausgaben die Rede. Also wenn sauber gearbeitet worden wäre, denn hätte hier auch das Wort Rahmenausgabenbewilligung genannt werden müssen. Bei einem solchen Geschäft einfach zu sagen, das spielt ja überhaupt keine Rolle, finde ich schon einigermassen bedenklich, auch wenn natürlich all das durch das Gesamtwohl der ganzen Welt, die hier zu retten ist, gerechtfertigt ist.

Ich bitte Sie, das zu bedenken, ich bitte auch die Regiokommission, in Zukunft bei finanzpolitischen Angelegenheiten ihre Hausaufgaben besser zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alle weiteren verzichten immer noch auf ein Schlussvotum. Damit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir müssen die Lage kurz prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erich Bucher möchte kurz Stellung nehmen.

Erich Bucher: Ich entschuldige mich für die Verwirrung, die entstanden ist. Die FDP folgt dem Regierungsrat. Der Regierungsrat will alle Absätze streichen. Somit ist unser Antrag sinnlos und ich ziehe ihn zurück.



Balz Herter, Grossratspräsident: Gut, dann fahren wir fort. Nächster Schritt wäre der Antrag Regierungsrat-gegen Antrag Regiokommission.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006525, 14.05.25 14:23:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie folgen auch hier der Kommission mit 64 gegen 31 Stimmen. Wir fahren fort mit der Detailberatung.

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Abstimmung

JA heisst ja zum Gegenvorschlag, NEIN ist ein Verzicht auf einen Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006527, 14.05.25 14:25:14]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'224 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat in einer Sitzung vom 12. Januar 2022 an den Regierungsrat überwiesenen formulierten Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» mit folgendem Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt erhält folgenden neuen

§ 124a Mittelverwendung enthält: (neu) Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit

1 Der Kanton Basel-Stadt gewährt jährlich Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Der Umfang der Beiträge entspricht mindestens 0,3 und höchstens 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen.

2 Wenn der Kanton einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 50 Millionen Franken abgeschlossen haben, können die jährlichen Beiträge tiefer ausfallen.

3 Der Kanton strebt für das Verteilungsverfahren möglichst tiefe Kosten und, wo sinnvoll, eine Koordination mit dem Bund an. Die Vergabe erfolgt an evidenzbasierte Projekte und orientiert sich dazu an der aktuellen wissenschaftlichen Forschung über Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie an den Aspekten der Transparenz und der Ökologie/Nachhaltigkeit. Neben Projektbeiträgen im engen Sinn können auch Mittel für Wirkungsstudien zu diesen Projekten gesprochen werden.



4 Der Kanton berücksichtigt bei der Verteilung Nonprofit Organisationen mit Sitz in der Schweiz und schliesst keine Organisationen aufgrund der Höhe ihrer jährlichen Einnahmen/Ausgaben oder ihrer Existenzdauer aus.»

wird beschlossen:

1. Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) gestützt auf auf §§ 11, 14 Abs. 1 lit. b und 15 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005

§ 1 Gegenstand und Zweck

1 Dieses Gesetz regelt die kantonale Förderung der internationalen Zusammenarbeit zum Zwecke der Armutsbekämpfung und der Stärkung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene.

§ 2 Fördersystem

1 Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit erfolgt durch die Gewährung von Förderbeiträgen an Projekte und Programme, durch soziale Kooperationen und Engagements des Kantons mit ausgewählten Ländern, Regionen oder Städten sowie durch Stipendien für Nachwuchskräfte aus Entwicklungsländern.

2 Bei ausserordentlichen Notlagen kann Soforthilfe geleistet werden.

3 Förderbeiträge für Projekte und Programme im Sinne von Abs. 1 können juristische Personen beantragen, die insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) sie sind als nicht gewinnorientierte Organisation im Bereich der internationalen Zusammenarbeit im Sinne dieses Gesetzes tätig;
- b) sie haben ihren Sitz in der Schweiz.

4 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Leistungen gestützt auf dieses Gesetz.

5 Der Regierungsrat regelt Förderkriterien sowie die Einzelheiten des Verfahrens auf dem Verordnungswege.

§ 3 Qualitätskriterien

1 Die Programme und Projekte sowie die sozialen Kooperationen und Engagements gemäss § 2 Abs. 1 haben anerkannte Qualitätskriterien, die insbesondere eine Beurteilung der Wirkungsorientierung, des effizienten Mitteleinsatzes, der Nachhaltigkeit und der Transparenz zulassen, zu erfüllen.

2 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Nachweiserbringung der zu erfüllenden Qualitätskriterien auf dem Verordnungswege.

3 Der Regierungsrat kann externe Revisionen veranlassen.

§ 4 Zuständigkeit

1 Der Regierungsrat bestimmt das für die Umsetzung und Koordination der internationalen Zusammenarbeit zuständige Departement.

§ 5 Kommission für Internationale Zusammenarbeit

1 Der Regierungsrat wählt eine Kommission für Internationale Zusammenarbeit.

2 Die Kommission berät den Regierungsrat und das zuständige Departement im Rahmen der Förderung gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2. Der Regierungsrat kann Ausnahmen des beratenden Beizugs der Kommission vorsehen.

3 Der Regierungsrat regelt das Wahlverfahren, die Zusammensetzung sowie die konkretisierten Aufgaben der Kommission auf dem Verordnungsweg.

§ 6 Finanzierung

1 Zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit gemäss § 2 Abs. 1 beschliesst der Grosse Rat periodisch eine Rahmenausgabenbewilligung. Der Regierungsrat berichtet dem Grossen Rat über die Verwendung der Rahmenausgabenbewilligung.

2 Die Gesamtausgaben des Kantons für die internationale Zusammenarbeit orientieren sich an 0.7 % der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre und dürfen diesen Betrag aber nicht überschreiten.

3 Der Prozentsatz von 0.7 % kann unterschritten werden, wenn:



a) die Nettoschuldenquote weniger als zwei Promillepunkte unter dem zulässigen Wert gemäss § 4 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012 liegt oder

b) in den letzten drei Rechnungsjahren summiert ein Defizit von über Fr. 50 Mio. resultierte.

4 Die Gesamtausgaben des Kantons für die internationale Zusammenarbeit dürfen in keinem Fall unter 0.3 % der durchschnittlichen direkten Steuererträge natürlicher und juristischer Personen der letzten vier Jahre fallen.

2. Grossratsbeschluss betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die internationale Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt für den Zeitraum von vier Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA).

Zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit gemäss § 2 Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) wird ab Inkrafttreten des Gesetzes (2026 bis 2029) eine Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 47'779'500 (nicht indexiert) zulasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements, Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing, bewilligt.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziffer I. aufgeführten Gegenvorschlag (Gesetz und Grossratsbeschluss) zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Verfassungsänderung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft, sofern im Erlass selbst nicht etwas anderes bestimmt ist. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist der Gegenvorschlag nochmals zu publizieren. Es unterliegt dem fakultativen Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Gegenvorschlag zugestimmt mit 76 gegen 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir fahren fort in der Detailberatung.

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Hier wird ein anderer Antrag gestellt. Tonja Zürcher hat sich gemeldet.

Tonja Zürcher (BastA): Wir beantragen Ja zur Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Toja Zürcher beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung:

JA heisst Empfehlung auf Annahme, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006529, 14.05.25 14:26:51]



Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Annahme

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Annahme der Initiative ausgesprochen. Wir werden nun eine Abstimmung über die Empfehlung der Stichfrage machen.

Abstimmung

Stichfrage:

JA heisst die Zustimmung zum Gegenvorschlag. NEIN heisst die Zustimmung dieser Initiative

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006531,]

Der Grosse Rat beschliesst

in der Stichfrage Zustimmung zum Gegenvorschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 93 Stimmen gegen 2 Stimmen für den Gegenvorschlag entschieden.

12. Neue Interpellationen

[]

12.1. Interpellation Nr. 46 Anina Ineichen betreffend Regierungsratsbeschluss zum Einsatz von M365 für die ICT-Grundversorgung

[14.05.25 14:28:04, 25.5191.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichten. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat bereits mit der Beauftragung des Projekts Connect 365 festgelegt, dass bei der Einführung von M365 Services die Sicherheitsvorgaben des Kantons und die rechtlichen Rahmenbedingungen einzuhalten sind. Es wurden externe Expertisen in den Bereichen Recht, Technologie, Projektleitung und Schulung für Benutzende beigezogen. Diese begleiten die Verwaltung eng. Dazu gehört auch die Datenschutzbeauftragte, welche weiterhin im Prozess involviert ist.

Zu Frage 2: Klare Richtlinien, Schulungen für Nutzende und eine kontinuierliche Überwachung sollen die Einhaltung der Vorgaben sicherstellen.



Zu Frage 3: Die identifizierten Restrisiken sind mögliche negative Auswirkungen wegen unzureichenden Personalressourcen, mangelhafte Steuerungsstrukturen in der kantonalen IT oder fehlerhafte Nutzung. Mit der Nutzung von M365 wird die Abhängigkeit von Microsoft vergrössert, was einen Systemwechsel erschwert. Das Risiko, dass der US-Staat ausserhalb der bestehenden Rechtshilfeverfahren erfolgreich auf die in M365 gespeicherten Daten zugreift, wurde bewertet und als äusserst gering eingeschätzt. Diesen Restrisiken wird mit diversen technischen, organisatorischen und rechtlichen Massnahmen begegnet. Dabei gilt es festzuhalten, dass M365 Sicherheitsmechanismen anbietet, die in der bisherigen lokalen Umgebung nicht umsetzbar waren.

Zu Frage 4: Microsoft darf die Daten ausschliesslich zu den vom Kanton bestimmten Zwecken verarbeiten. Dies ist vertraglich gesichert. Die Verwaltung hat verschiedene Massnahmen zur Sicherstellung der Kontrolle über die Daten ergriffen. Dazu gehören diverse cloudspezifische Sicherheitsmechanismen. Mitarbeitende von Microsoft haben keinen unmittelbaren Zugriff auf Daten ohne explizite Genehmigung und bei einem Zugriff werden umfassende Audit-Protokolle erstellt.

Zu Frage 5: Die Daten werden mehrfach verschlüsselt und entsprechen modernsten Standards zum Schutz vor unbefugten Dritten. Die Verschlüsselung umfasst verschiedene Massnahmen, die sehr komplex und im Rahmen dieser Auskunftserteilung schwierig zu beantworten sind. Gerne wird das Finanzdepartement beziehungsweise ITBS interessierten Kommissionen des Grossen Rates die Technologie detaillierter vorstellen.

Zu Frage 6: Die Kantone und der Bund verfolgen verschiedene Ansätze. Basel-Stadt verfolgt wie andere Kantone einen realistischen Ansatz und möchte die Verantwortung für den Datenschutz nicht auf einzelne Mitarbeitende abwälzen. Eine vollständige Vermeidung der M365-Nutzung für Daten mit erhöhtem Schutzbedarf ist in der Praxis kaum durchsetzbar, insbesondere wenn man die tägliche Kommunikation per E-Mail berücksichtigt. Durch zentrale Steuerung und technische Schutzmassnahmen werden die Risiken minimiert.

Zu Frage 7: Beide Gewalten nutzen derzeit Teilservices des Modern Workplace. Es liegt in deren Zuständigkeit, ob sie den Aufbau und Betrieb eigener Dienstleistungen angehen wollen. Sie sind eingeladen, das Gesamtpaket des Arbeitsplatzangebots von IT BS zu nutzen. Mit den Gerichten wurden bereits Gespräche geführt. Die technologische Weiterentwicklung und die sich permanent verändernde Sicherheitslage verunmöglichen es dem Kanton, den heutigen Zustand einzufrieren.

Zu Frage 8: Mit dem Datenschutzbeauftragten wurde Anfang 2024 ein strukturierter Prozess vereinbart, bei dem die Grundlagendokumente schrittweise erarbeitet und zur Überprüfung an den Datenschutzbeauftragten weitergeleitet wurden. Der inzwischen pensionierte Datenschutzbeauftragte hat im Rahmen des Vorabkonsultationsverfahrens schriftlich Stellung genommen. Der Austausch wurde mit dessen Nachfolge weitergeführt, das heisst, auch sie hat schriftlich Stellung genommen.

Zu Frage 9: Die Stellungnahmen der kantonalen Datenschutzstelle haben für den Regierungsrat einen hohen Stellenwert. Alle Beiträge und Empfehlungen wurden sorgfältig geprüft.

Zu Frage 10: Neben einer breitangelegten Fachexpertise der Verwaltung hat das Projekt Connect 365 auf umfangreiches externes Fachwissen aufgebaut. Dazu zählt beispielsweise die auf Fragen im Zusammenhang mit M365 spezialisierte Kanzlei Vischer.

Zu Frage 11: Gemäss Organisationsgesetz hat der Regierungsrat für eine rechtmässige, leistungsfähige und rationelle Tätigkeit der öffentlichen Dienste zu sorgen und bestimmt in diesem Rahmen die zweckmässige Organisation. Dazu gehört auch der Einsatz von M365.

Zu Frage 12: Das Backup ist in den technischen Konzepten detailliert geplant und soll ausserhalb der Microsoft Cloud stattfinden. Dies sichert den Zugriff auf die in M365 gespeicherten Dokumente und E-Mails.

Zu Frage 13: Es besteht ein Grobkonzept für eine Exitstrategie. Deren Ziel ist es, die rudimentäre Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit zu garantieren, sollte dies notwendig werden.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat hat seinen Entscheid in Kenntnis und unter Berücksichtigung der identifizierten Restrisiken getroffen. Derzeit gibt es keine valablen Alternativen, welche der kantonalen Verwaltung ein effizientes und modernes Arbeiten ermöglichen würden. Die Prüfung von Alternativen und Möglichkeiten, um mittel- und langfristig die Abhängigkeit von Microsoft zu reduzieren, wird weitergeführt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Interpellantin Anina Ineichen. Sie hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Gern nehme ich Stellung. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort. Ich habe den Eindruck, dass das Ausmass dieser Umstellung nicht anerkannt wird. Sie sagen, dass die rechtlichen Grundlagen eingehalten werden. Das mag sein. Ich beurteile die rechtlichen Grundlagen als ungenügend für die Auslagerung der Daten in diesem umfassenden Stil, wie die Auslagerung der Daten vorgesehen ist.

Wichtig ist mir, dass die Verantwortung des Datenschutzes nicht an die einzelnen Mitarbeiter ausgelagert wird und das passiert genau bei M365, weil die einzelnen Mitarbeiter entscheiden müssen, ob ich jetzt etwas vor mir habe, dass das Versenden eines E-Mails erlaubt. Wenn die E-Mail dann in einer amerikanischen Cloud ist, kann ich das Dokument abspeichern oder muss ich es in einem Server, der nicht in der Cloud ist, abspeichern. Diese Klassifizierung der Daten kann ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin nicht einfach ohne weiteres vornehmen. Es braucht gute Schulungen. Sie schreiben nun, dass sie Schulungen machen werden. Trotz allem ist es eine Verschiebung der Verantwortung zu den Mitarbeitern aus meiner Sicht. In der Medienmitteilung hat die Regierung gesagt, sie sei bereit, die Verantwortung für das Restrisiko zu übernehmen. Ich habe dann nachgefragt, was das genau bedeuten soll und ich bin zum Schluss gekommen, dass Sie mir diese Frage nicht beantwortet haben. Ich verstehe nicht genau, wie will die Regierung Verantwortung übernehmen, wenn beispielsweise unsere Steuerdaten oder unsere Sozialhilfedaten erst einmal raus sind, vielleicht nicht in der Öffentlichkeit, aber doch dort, wo sie nicht mehr geschützt sind. Diese Verantwortung zu übernehmen, was bedeutet das? Das kann man gar nicht meines Erachtens, die Verantwortung übernehmen. Und was nützt es, wenn die Daten erst einmal raus sind, wenn noch irgendjemand Verantwortung dafür übernimmt?

Dann habe ich mir auch den Abschnitt zu den Gerichten zu Gemüte geführt. Da mache ich mir wirklich Sorge. Ich interpretiere aus der Antwort, dass die Gerichte nicht ganz einverstanden sind mit dieser Auslagerung, aber wohl mitmachen, weil sie angehängt sind, auch wenn sie sich theoretisch selbst organisieren, lassen sie sich ja dort fremdorganisieren durch die Regierung. Auch dort frage ich mich, wenn die Gerichte Bedenken haben, wurde das genügend ernstgenommen? Gibt es nicht eine andere Lösung? Das Bundesgericht beispielsweise ist schon längst auf Open-source-Produkte umgestiegen und funktioniert meines Erachtens sehr gut. Die Entscheidungen sind auf jeden Fall immer noch vorhanden und kommen fleissig rein.

Was mir auch Sorge macht, ist eine fehlende Exitstrategie. Das ist anachronistisch. Ich sage das jetzt einmal in aller Deutlichkeit. Der Bund ist an einer Exitstrategie, viele andere europäische Länder sind ganz aktiv an einer Exitstrategie, und es braucht eine gute, ausführliche, detaillierte Exitstrategie. Ich freue mich sehr zu hören, dass die Prüfung von Alternativen nicht gänzlich fallengelassen wird. Ich hoffe, dass dieser Abschnitt sehr ernstgenommen wird. Wir müssen immer daran interessiert sein, von diesen US-Produkten unabhängig zu werden. Dies nicht nur aus Datenschutzsicht. Wir haben vorhin jetzt sehr lange über die finanzielle Verantwortung gesprochen und ich glaube auch hier haben wir einen finanziellen Aspekt, den wir viel zu selten angucken. Was kosten uns all diese Lizenzgebühren und könnten wir die nicht sinnbringender investieren in europäische oder Schweizer IT-Firmen? Das wäre es dann auch schon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.2. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen

[14.05.25 14:39:29]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.3. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier

[14.05.25 14:39:44]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.4. Interpellation Nr. 49 Ismail Mahmoud betreffend warum wendet Basel-Stadt das Kaskadenmodell an, obwohl es dem erweiterten Konkordat nicht beigetreten ist?

[14.05.25 14:40:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Ismail Mahmoud (SP): Nur ganz kurz vorab: Ich verstehe, dass es in meinem persönlichen Umfeld und auch in den Medien das Unverständnis gab, nur weil es der FCB sei, gebe es jetzt diesen Aufschrei, und nur weil es das Meisterrennen sei, müssen jetzt da genau hingeschaut werden. Mir ist ganz wichtig, vorab zu betonen, dass es mir grundsätzlich um die Rechtsstaatlichkeit geht. Es geht grundsätzlich um die Frage, ob das wirklich so in Ordnung ist. Kollektivstrafen als Sanktion zu verhängen und dies unter dem Deckmantel der Prävention, finde ich sehr fraglich. Deswegen ist diese Interpellation eingereicht worden und dies möchte ich einfach noch unterstreichen. Ich bin jetzt gespannt auf die Antworten von Regierungsrätin Stephanie Eymann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1: Veranstaltungen auf Privatareal mit hohem erwarteten Zuschaueraufkommen oder zu erwartenden erheblichen Sicherheitsproblemen, die nicht mit den normalen polizeilichen Mitteln bewältigt werden können, sind gemäss § 66 des kantonalen Polizeigesetzes bewilligungspflichtig. Fussballspiele des FC Basel sind deshalb bewilligungspflichtig und werden immer mit Auflagen erteilt.

Massnahmen als Auflagen stützen sich auf die Erfahrungen in der Vergangenheit und setzen dort an, wo die Probleme bestehen. Die Gewalt im Umfeld von Fussballspielen findet fast immer an Matchtagen statt und wird von Gruppen ausgeübt, die sich nach Vereinen organisieren. Nach dem Fussballspiel des FC Zürich gegen den FC Basel am 12. April 2025 erfolgte gegen 23:30 Uhr ein gewalttätiger, organisierter Angriff von eindeutig als FC Basel-Anhänger erkennbaren ungefähr 50 verummten Männern auf etwa 25 offensichtlich überraschte FC Zürich-Anhänger vor dem Stadion Letzigrund. Ein Video zeigt, dass die Gewalttäter organisiert handelten und brutale Attacken gegen teilweise wehrlose am Boden liegende Opfer verübten. Gemäss den Feststellungen der Stadtpolizei Zürich begaben sich die Angreifer nach der Tat zum Bahnhof und bestiegen dann einen Extrazug nach Basel. Der gewalttätige Angriff in Zürich kann somit einer Gruppe von Anhängern des FC Basel zugeordnet werden. Deshalb setzt die getroffene Massnahme, zu der auch eine Bewährungsprobe von fünf Spielen gehört, dort an.

Zu Frage 2: Die vom Interpellanten angeführte Kommunikation ist nie so erfolgt, denn das Hooligan-Konkordat und das Kaskadenmodell stehen nicht in direktem Zusammenhang. Gestützt auf das Hooligan-Konkordat können schweizweit Rayonverbote und Meldeauflagen gegen Gewalttäterinnen und Gewalttäter verhängt werden. Bewilligungsaufgaben von Fussballspielen können in Basel-Stadt hingegen unabhängig vom Hooligan-Konkordat gestützt auf das kantonale Polizeigesetz durch die Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde erlassen werden. Die KKJPD beschliesst schliesslich weder Massnahmen gemäss Hooligan-Konkordat noch bewilligt sie Sportveranstaltungen. Sie besorgt lediglich die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden.

Zu Frage 3: Im Bewilligungsprozess ist es der Bewilligungsbehörde nach Abwägung aller zu berücksichtigenden Faktoren möglich, ein Gesuch nur mit Auflagen zu bewilligen oder abzulehnen. Das Polizeigesetz ermöglicht also auch ohne Kaskadenmodell eine Bewilligung unter Auflagen. So wurde die Muttenzerkurve im April 2023 bereits einmal nach Gewalttaten gesperrt – also noch vor Beschluss des Kaskadenmodells. Die Vorteile des Kaskadenmodells sind die Transparenz des behördlichen Umgangs mit Gewalt im Umfeld von Fussballspielen, mit welcher eine Berechenbarkeit für die Vereine und die Liga einhergeht, sowie das Einverständnis unter den kantonalen Sicherheitsbehörden, wie nach Vorfällen vorgegangen werden soll. Das Kaskadenmodell definiert eine schweizweit einheitliche Richtlinie, an der sich die Bewilligungsbehörden orientieren können.



Zu Frage 4: Die Begründung stützt sich auf das Kaskadenmodell, an dem sich die Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde orientiert. Wie in der Antwort auf die Frage 2 bereits erwähnt, stehen das Hooligan-Konkordat und das Kaskadenmodell nicht in direktem Zusammenhang.

Zu Fragen 5 und 6: Das Kaskadenmodell ist eine Übereinkunft zum Vorgehen bei Gewaltvorfällen und entfaltet keine Rechtswirkungen. Es wurde unter koordinativer Leitung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements und der Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt vertreten den Kanton Basel-Stadt.

Zu Frage 7: Ja, es wurde ein Protokoll erstellt. Dieses kann aber nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt veröffentlicht werden.

Zu Frage 8: Nein. Die Arbeitsgruppe erteilt keine Bewilligungen und verfügt keine Sanktionen, sondern ist das Gremium, in dem sich die Bewilligungsbehörden austauschen. Die Bewilligungen samt Auflagen werden von den zuständigen Bewilligungsbehörden erteilt, die sich auf ihre geltenden gesetzlichen Grundlagen stützen – im vorliegenden Fall also die Kantonspolizei Basel-Stadt und das Polizeigesetz.

Zu Frage 9: Es gibt keine neue Entscheidung. Die Erarbeitung und Einführung des sogenannten Kaskadenmodells fällt auf kantonaler Ebene in die operative Zuständigkeit des Justiz- und Sicherheitsdepartements und wurde nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sondern unter koordinativer Leitung der KKJPD durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. In dieser Arbeitsgruppe treffen sich die Bewilligungsbehörden, um unter anderem das Vorgehen gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen abzusprechen. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden sind Vertreterinnen und Vertreter der KKJPD, der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz sowie der SBB. Das Kaskadenmodell stützt sich – wie zuvor ausgeführt – nicht auf das erweiterte Konkordat.

Zu Frage 10: Nein.

Zu Frage 11: Nein.

Zu Frage 12: Der FC Basel hat via Communiqué angekündigt, die Massnahmen auf rechtlichem Weg anzufechten. Grundsätzlich begrüsst der Regierungsrat eine gerichtliche Überprüfung, weil damit ein Entscheid von unabhängiger Stelle vorliegt.

Zu Frage 13: Der FC Basel wurde am frühen Dienstagmorgen von der Arbeitsgruppe angehört und hat in dieser Sitzung erfahren, in welche Richtung die Diskussion geht. Am frühen Nachmittag desselben Tages hat der Präsident des FC Basel telefonisch Bescheid erhalten, dass seinem Antrag, den Balkon im Sektor D von einer Sperre auszunehmen, stattgegeben wird. Die öffentliche Kommunikation per Medienmitteilung erfolgte am Mittwochmorgen. Es ist allerdings korrekt, dass die Zustellung der Verfügung mit der Bewilligung der Kantonspolizei erst am Mittwochmittag erfolgte. Dies wurde intern nachbesprochen. In einem hoffentlich nicht mehr eintretenden nächsten Fall wird die Verfügung spätestens gleichzeitig versandt.

Zu Frage 14: Einzelpersonen können grundsätzlich bei direkter Betroffenheit in eigenen schutzwürdigen Interessen den Rechtsweg beschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ismail Mahmoud (SP): Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich nehme es vorweg, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Grundsätzlich wird gesagt, diese Massnahme können verhängt werden mit dem Polizeigesetz § 66. Das sei alles möglich, mit diesem Wortlaut. Ich bin immer noch der Auffassung, dass Kollektivstrafen nicht anzuwenden sind, also grundsätzlich in unserem Rechtsstaat, aber auch nicht als präventive Massnahme und der § 66 zielt genau auf das ab. Sind Bedenken zu erwarten, ist ein Sicherheitsproblem zu erwarten, so können Auflagen erteilt werden, nicht eine Kollektivstrafe und eine Sperrung der ganzen Kurve.

Schliesslich ist auch hinsichtlich der Sperrung der ganzen Kurve immer noch fraglich, inwiefern der Zusammenhang wirklich hergestellt werden kann. Klar, es ist erkennbar auf diesem Video, das Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt hat, dass es höchstwahrscheinlich Anhänger des FCB gewesen sind, aber die Sperrung der ganzen Muttenzerkurve – es sind ca. 3'000 Menschen die jeweils ein Jahresabonnement haben, davon betroffen – ist dennoch höchst fraglich.

Es wird gesagt, dass das Kaskadenmodell keine Rechtskraft entfalte im Kanton. Dennoch ist der FCB jetzt auf Bewährung, also es sind genau diese nächsten Schritte, bei denen der FCB aufpassen muss und wie es heute Morgen schon zu hören



war von Pascal Messerli, im schlimmsten Fall könnte das zu einem Geisterspiel führen am letzten Spieltag. Das ist Entfaltung des Kaskadenmodells, ich kann es nicht anders beschreiben.

Es ist schade, dass es damit abgetan wird, dass das Polizeigesetz das alles regelt. Es ist ganz klar gegen den Parlamentswillen, der dem Konkordat nicht beigetreten ist. Es ist eine Übersteuerung, und das finde ich sehr schade. Ich bin sehr froh, dass wir nachher über die Motion Messerli diskutieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.5. Interpellation Nr. 50 Nicola Goepfert betreffend Finanzierung der Zusatzleistungen des Unispitals aufgrund von Grossereignissen

[14.05.25 14:50:46]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Wie jedes Spital mit einem Leistungsauftrag des Kantons ist das Universitätsspital Basel zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung verpflichtet. Für alle Spitäler im Kanton besteht eine Aufnahmepflicht von Personen, die sich im Kanton aufhalten und eine medizinische Notfallbehandlung benötigen.

Im Hinblick auf die kommenden und laufenden Grossveranstaltungen, den Eurovision Song Contest und die UEFA Women's EURO 2025, wurden alle Spitäler im Kanton Basel-Stadt bereits im Sommer 2024 angeschrieben. Sie wurden somit frühzeitig informiert und sensibilisiert, um allfällige Vorbereitungen treffen zu können. Weiter wurden die akutsomatischen Spitäler, die gemäss ihrem Leistungsauftrag über eine Notfallstation verfügen oder eine Permanence für medizinische Notfälle betreiben, in die konkretere Planung der Grossanlässe einbezogen. Dazu gehören in Basel neben dem USB auch das Universitäts-Kinderspital beider Basel, das St. Claraspital, die Merian Iselin Klinik und das Bethesda Spital. Auch das Kantonsspital Baselland ist in die Sicherheitsorganisation mit der Bezeichnung «Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit» (kurz: BORS) für den ESC eingebunden.

Zu Frage 2: Weder das USB noch die weiteren Spitäler, welche die medizinische Versorgung während den kommenden Grossveranstaltungen sicherstellen, erhalten dafür zusätzliche finanzielle Mittel. Bei der seinerzeitigen Fussball-Europameisterschaft 2008 hat sich im Nachgang gezeigt, dass die dazumal zusätzlich gewährten finanziellen Mittel letztendlich nicht benötigt wurden. Die höheren Ausgaben des USB damals für personelle und materielle Ressourcen wurden durch höhere Einnahmen bei höherem Patient:innenaufkommen ausgeglichen.

Auch im Rahmen der diesjährigen Grossveranstaltungen ist mit einer Zunahme der medizinischen Behandlungen zu rechnen. Die Spitäler können diese entsprechend in Rechnung stellen. Die Fallabwicklung ist bei europäischen Patientinnen und Patienten in der Regel unproblematisch. Gestützt auf die Erfahrungen aus dem ESC 2023 in Liverpool und dem ESC 2024 in Malmö ist mit einer Zunahme der medizinischen Behandlungen von 10–15% zu rechnen. Die Verteilung der Patientinnen und Patienten soll via Sanität entsprechend den Aufnahmekapazitäten und dem jeweiligen Behandlungsprofil in alle genannten Spitäler erfolgen.

Zu Frage 3: Bei einem regulären Verlauf der Grossanlässe können die höheren Kosten für zusätzliche Personal- und Materialressourcen grundsätzlich durch höhere Einnahmen bei medizinischen Behandlungen ausgeglichen werden. Die Vorhalteleistungen des USB für den Fall eines unerwünschten Ereignisses mit Massenanfall von Verletzten oder als Dekontaminationsspital des Kantons werden vom Kanton zudem standardmässig als sogenannte gemeinwirtschaftlichen Leistungen finanziert.

Zu Frage 4: Das USB ist über den Kantonalen Krisenstab und die Sicherheitsorganisation BORS sowohl für den ESC als auch für die UEFA Women's Euro 2025 gut eingebunden. So können Problemstellungen und Wünsche aus dem USB und anderen Spitälern frühzeitig berücksichtigt und zusammen mit allen wichtigen Partnern bearbeitet werden. Um ein Überlaufen der Notfallstationen zu verhindern, sollen medizinische Bagatelldfälle bestmöglich abgefangen werden. So ist etwa vorgesehen, dass kleinere Gesundheitsprobleme oder Verletzungen dank Sanitätsposten vor Ort direkt behandelt werden.



Durch die aufgestockten Kapazitäten der Rettung sind zudem der Abtransport und die Verlegung von Patientinnen und Patienten gesichert. So können wieder Behandlungskapazitäten freigemacht werden. Schliesslich erhalten die Spitäler bei sogenannten ABC-Ereignissen, d.h. bei einer Freisetzung von gefährlichen Substanzen, auch zusätzliche Unterstützung vom Militär.

Zu Frage 5: Beim ESC arbeiten die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in der Sicherheitsorganisation BORS direkt zusammen. So soll eine bestmögliche Verteilung von Patientinnen und Patienten auf alle in Frage kommenden Spitäler in der Region sichergestellt und einer Überlastung einzelner Spitäler vorgebeugt werden. Über den Koordinierten Sanitätsdienst des Bundes wurden auch die kantonalen KSD-Verantwortlichen informiert. Für den Fall, dass durch eine drohende Überlastung der Spitalkapazitäten in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ausserkantonale Hospitalisationen notwendig würden, wurden die kantonalen KSD-Verantwortlichen um Kooperation gebeten. Sollte ein stationärer Aufenthalt ausserkantonaler Patientinnen und Patienten notwendig werden, wird ein möglichst direkter Transport in den Herkunftskanton angestrebt.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass auch die Gesundheitseinrichtungen der Nachbarländer informiert wurden. Besuchende aus Deutschland und Frankreich sollen möglichst direkt im Spital des Herkunftslandes behandelt werden. Dieses Vorgehen wird durch die Zusammenarbeit der Sanität Basel mit den jeweiligen deutschen und französischen Rettungsorganisationen unterstützt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank für die Antwort, mit der ich leider trotzdem nicht zufrieden bin.

Hintergrund dieser Interpellation wäre, dass Personen, die selbst im Spital arbeiten, auf mich zugekommen sind, weil dort eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die genannten Grossanlässe besteht. Denn es ist nicht einfach nur eine Frage, ob die Leistungen abgerechnet werden können, sondern vor allem auch, wie das Personal eingeplant werden kann und wie das Personal für diesen Zusatzaufwand entlohnt wird. Denn es ist immer wieder das Gesundheitspersonal, das hinten anstehen muss und alles auffangen muss, was in dieser Gesellschaft läuft, sei es während der Coronakrise, wenn das Gesundheitspersonal das ganze Gesundheitssystem aufrechterhält, dafür aber keinen Bonus erhält.

Beim Standortfördergesetz können alle von finanziellen Leistungen für die Elternzeit profitieren oder die meisten, sehr viele, das Gesundheitspersonal jedoch nicht. Und jetzt auch bei den Grossanlässen wird die Rettung unterstützt, das ist auch richtig so, aber die Spitäler nicht. Und der Vergleich mit Krisen, mit ABC-Ereignissen, Massenanfall von Verletzten, hinkt, denn wie der Regierungsrat selbst sagt, ist es mit einem Anstieg von 10 bis 15 % zu rechnen. und das ist ein grosser Anstieg, der geplant werden muss, nicht nur bei der Rettung, sondern auch beim Personal.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat darum, in Zukunft auch bei Grossanlässen wieder die Spitäler finanziell zu unterstützen, speziell mit Perspektive auf das Personal, und falls dann diese Mittel doch nicht benötigt werden, ist das doch okay, aber es braucht eine gewisse Planungssicherheit und das Personal muss auch entsprechend entlohnt werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.6. Interpellation Nr. 51 Daniel Seiler betreffend Halbwertszeit eines Kompromisses in der Wettsteinallee

[14.05.25 14:58:55]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Daniel Seiler (FDP): Vor 10 Jahren wurde in der Wettsteinallee angekündigt, dass man in einem Perimeter von 300 Metern 20 Parkplätze aufheben wollte. Es gab grossen Widerstand im Quartier, es gab Petitionen, man hat sich gewehrt im Quartier. Die UVEK seinerzeit hat einen Kompromiss ausgearbeitet, zusammen mit der Verwaltung. Am Ende hiess es, wir bauen nur zehn Parkplätze ab und nicht 20.



Im UVEK-Bericht steht, dass man vielleicht später diese zehn Parkplätze abbauen und durch Bäume ersetzen könnte, falls dann irgendwann das Landhof-Parking gebaut würde. Sie wissen es, dass Landhof-Parking wurde nie gebaut, gleichzeitig wurden aber im weiteren Perimeter in der Wettsteinallee gerade im letzten Jahr weitere 32 Parkplätze abgebaut. Die Regierung argumentiert mit der Klimastrategie, sie sagt damit eigentlich, wir wollen Baum für den Parkplatz, das ist genau das, was mit der Volksinitiative Gute Luft abgelehnt wurde. Hier wird der Volkswille einfach ignoriert, jetzt kommt man zehn Jahre später und sagt, dieser Kompromiss sei nicht mehr gültig, wir pflanzen jetzt zehn Bäume und bauen zehn weitere Parkplätze ab. Ich bin gespannt auf die Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Ausgangslage verändert. Das Bewusstsein, dass wir den Stadtraum so gestalten müssen, dass er Schatten spendet, ist gestiegen. Das bedeutet begrünen und entsiegeln. Die «Motion betreffend ein gesundes Stadtklima», die der Grosse Rat 2024 überwiesen hat, also nach dem Entscheid zu den Stadtklimainitiativen, verlangt, dass wir den Baumbestand im Kanton bis ins Jahr 2037 um mindestens 2'000 Bäume erhöhen. Aufgrund dieser veränderten Ausgangslage hat der Kanton das ursprüngliche Projekt wieder an die Hand genommen.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass der Parkierdruck in diesem Quartier hoch ist. Deshalb hat er bereits entschieden, Quartierparkings stärker zu fördern. Abklärungen zur Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee laufen.

Zu Frage 3: Aufgrund des Fernwärmeausbaus lässt sich die Vernichtung von grauer Energie nicht immer verhindern. Umso mehr sollen die Bauarbeiten als Chance genutzt werden, um zeitgleich zu begrünen und zu entsiegeln. Teile der Wettsteinallee zählen zu den Fokusgebieten in der Stadt, die mit besonders hohen Temperaturen zu kämpfen haben und deshalb Handlungsbedarf haben.

Zu Frage 4: Wenn Parkplätze einzig aufgrund einer baulichen Massnahme wegfallen, erfolgt die Publikation nur im Rahmen des Bauvorhabens. Gegenstand eines allfälligen Einspracheverfahrens ist in einem solchen Fall nicht die Parkplatzaufhebung selbst, sondern die bauliche Massnahme. Eine zusätzliche Publikation erfolgt nur dann, wenn das Projekt weitere Verkehrsanordnungen enthält, wie beispielsweise die Einführung einer Einbahnstrasse. In diesem konkreten Fall wurde der Abbau der Parkplätze zusätzlich über eine Medienmitteilung kommuniziert.

Zu Frage 5: Ja, wenn ein Bauvorhaben sowohl bauliche Massnahmen als auch Verkehrsanordnungen mit sich bringt, erfolgt dessen Publikation stets am gleichen Tag. Diese Praxis wird seit Jahren so umgesetzt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin teilweise zufrieden, beziehungsweise ich habe ich da etwas gelernt. Ich werde mich mit den Juristen austauschen müssen bezüglich den Rekursmöglichkeiten.

Zu den Bäumen: Wenn wir diese 2000 Bäume dann in der Stadt pflanzen wollen, so wissen wir von der Velovorzugsroutediskussion, dass wir etwa 300 Kilometer Strassen haben. Wir können auch hier wieder einmal einen Dreisatz machen, wie wir diese 2000 Bäume verteilen können auf diese 300 Kilometer Strassen, wenn wir sie noch unbedingt in eine Strasse bauen wollen, wo wir vor zehn Jahren schon Bäume gepflanzt haben und wo es in Vorgärten auch Bäume gibt.

Aber damit lasse ich Sie jetzt in Ruhe. Und dann reden Sie von laufenden Abklärungen bezüglich dem Parking bei der Schwarzwaldallee. Das ist schön, dass diese Abklärung laufen und wenn Sie jetzt von der Wettsteinallee 20 in diesem Perimeter zu der Schwarzwaldallee laufen möchten, dann haben Sie etwa 15 Minuten. Ob das jetzt wirklich für ältere Personen oder für Familien eine zumutbare Distanz ist für ein Quartierparking, überlasse ich auch den Anwesenden zu beurteilen.

Ich bin teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



12.7. Interpellation Nr. 52 Johannes Sieber betreffend die Nutzung der alten Hauptpost als «Haus des Parlaments»

[14.05.25 15:04:59]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Geplant ist, dass in der ehemaligen Basler Hauptpost an der Rüdengasse 1 die fünf Fachabteilungen des Präsidialdepartements unter einem Dach vereint werden – also die Abteilungen Kultur, Aussenbeziehungen und Standortmarketing, Gleichstellung und Diversität, Kantons- und Stadtentwicklung sowie das Statistische Amt.

Zu Frage 2: Für die geplante Fremdmiete an der Rüdengasse 1 wird eine marktkonforme Miete bezahlt. Diese entspricht den üblichen Rahmenbedingungen für externe Anmietungen des Kantons. Über Details zu Geschäftsmietverträgen werden generell keine Auskünfte erteilt. Die Kosten für die Anmietung der frisch sanierten Flächen an der Rüdengasse 1 liegen in derselben Grössenordnung wie die heutigen gesamthaften Raumkosten für die Standorte Marktplatz 30a, Schneidergasse 7, Münzgasse 16 und Binnerstrasse 6. Durch den Zusammenzug der verschiedenen Dienststellen an einem Ort ist zudem von Synergieeffekten auszugehen.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat hält die Unterbringung von Verwaltungseinheiten an repräsentativen Standorten wie dem Münsterplatz oder der alten Hauptpost dann für angemessen, wenn diese gut erreichbar, zentral gelegen und wirtschaftlich tragbar sind sowie Synergien mit anderen Verwaltungseinheiten ermöglichen. Der Mehrwert gegenüber anderen Standorten liegt in der Verbindung von Bürgernähe und betrieblicher Effizienz. Im konkreten Fall der alten Hauptpost lag zudem keine Konkurrenz zur privaten Nutzung vor. Derzeit übersteigt das Angebot leerer Büroflächen im Kanton Basel-Stadt die Nachfrage. Entscheidungen über Standortverschiebungen basieren stets auf einer Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäss § 8 Finanzhaushaltsgesetz und liegen in der Zuständigkeit des Regierungsrats.

Zu Fragen 4 und 5: Der Grosse Rat bestimmt seine Sitzungsorte in eigener Kompetenz. Gemäss § 1 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates finden die Sitzungen des Grossen Rates im Rathaus oder bei Vorliegen besonderer Umstände an einem anderen Ort statt. Das Ratsbüro und die Kommissionen halten ihre Sitzungen im Rathaus oder an anderen von ihren Präsidien bestimmten geeigneten Sitzungsräumen ab. Die Frage eines «Haus des Parlaments» wurde bei der Evaluation der alten Hauptpost nicht geprüft.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

12.8. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler

[14.05.25 15:07:59, 25.5221.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.9. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier

[14.05.25 15:08:17, 25.5222.01]



Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12.10. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich?

[14.05.25 15:08:33, 25.5224.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.11. Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus

[14.05.25 15:08:53, 25.5225.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

12.12. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück

[14.05.25 15:09:09, 25.5227.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

12.13. Interpellation Nr. 58 Tobias Christ betreffend Meinungsäusserungsfreiheit auch während des ESC

[14.05.25 15:09:31, 25.5228.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zählen zu den tragenden Pfeilern unserer Demokratie. Deshalb gelten während des ESC grundsätzlich die üblichen Regelungen für Kundgebungen. Gleichzeitig bringt ein Anlass dieser Grössenordnung besondere Herausforderungen mit sich, da zahlreiche Orte in der Innenstadt für Veranstaltungen genutzt werden. Dies muss die Kantonspolizei bei der Prüfung von Bewilligungsgesuchen und der notwendigen



Interessensabwägung berücksichtigen. Ist der öffentliche Raum bereits belegt, können aufgrund des zu erwartenden hohen Besucheraufkommens sowie der damit verbundenen erhöhten Sicherheitsanforderungen in der Regel keine parallelen Veranstaltungen und Kundgebungen bewilligt werden.

Im Fall der vorliegend thematisierten Kundgebung kam hinzu, dass die geplante Kundgebung angesichts der aufgeheizten internationalen Lage sowie bekannter Aufrufe zu Störungen mit einem erhöhten Risiko für Eskalationen verbunden war. Die Gesuchstellenden selbst beantragten umfangreichen Polizeischutz, da sie mit möglichen Angriffen aus Gruppen rechneten. Angesichts der ohnehin hohen Einsatzbelastung der Kantonspolizei und der mit dem Grossanlass generell verbundenen grossen Herausforderungen für die Sicherheit hätte ein solcher Schutz am gewünschten Ort und Zeitpunkt kurzfristig nicht gewährleistet werden können.

Zu Frage 2: Die Kantonspolizei nimmt generell keine inhaltliche Bewertung der Kundgebungsanliegen von Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller vor. Der Entscheid, ob eine Kundgebung bewilligt wird oder nicht, basiert stets auf einer sicherheitsbezogenen Lagebeurteilung im konkreten Einzelfall.

Zu Fragen 3 und 4: Die Kantonspolizei hat ihre Abwägung nicht auf eine pauschale Bewertung bestimmter Inhalte gestützt, sondern eine kontextbezogene Risikobeurteilung vorgenommen. Gerade im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ist die emotionale Aufladung hoch, und auch friedlich gemeinte Kundgebungen können zu Eskalationen führen.

Zu Frage 5: Die Leitung der Kantonspolizei hat das Gespräch mit den Gesuchstellenden der nicht bewilligten Standkundgebung gesucht, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Nun kann eine Kundgebung auf dem Münsterplatz ermöglicht und bewilligt werden. Auch mit weiteren Gesuchstellenden ist die Kantonspolizei derzeit im Austausch, um in der stark beanspruchten ESC-Phase Raum und Zeitfenster für bewilligungsfähige Kundgebungen zu finden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tobias Christ (GLP): Erst einmal vorweg: Uns Grünliberalen und mir ging es mit dieser Interpellation keineswegs darum, Misstrauen auszusprechen gegenüber der Regierung und der Polizei, im Gegenteil, wir haben volles Vertrauen und ich nutze auch gerne diese Gelegenheit, um an dieser Stelle der Regierung und den Sicherheitskräften zu danken für die grosse Arbeit, die sie im Moment leisten und so uns allen einen sicheren ESC bis jetzt ermöglicht haben und hoffentlich weiter ermöglichen werden.

Mit der Interpellation geht es mir darum, den Stimmen in der Bevölkerung gerecht zu werden. Es ist eine gewisse Unruhe aufgekommen wegen der Nichtbewilligung der ursprünglich geplanten Standaktion gegen Antisemitismus und dann zum Zusammenhang auch mit den Vorkommnissen am Sonntag hat das noch verstärkt Unruhe gebracht. Ich denke, die Regierung hat jetzt Gelegenheit gehabt, ein Stück weit diese Fragen auszuräumen und wieder für Ruhe zu sorgen. Ich hoffe es zumindest, insbesondere auch die Nachricht jetzt, dass eine Lösung gefunden worden ist an einem anderen Ort. Und es freut mich auch, dass sie bemüht ist, auch für andere berechnete Anliegen und bewilligungsfähige Kundgebungen, wie es genannt worden ist, Lösungen zu finden.

Insofern kann ich gerne sagen, dass ich mit der Beantwortung zufrieden bin und ich wünsche uns allen weiterhin einen sicheren und friedlichen ESC.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.14. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache

[14.05.25 15:15:00, 25.5229.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.



12.15. Interpellation Nr. 60 Pascal Messerli betreffend Kunsteisbahn Margarethen

[14.05.25 15:15:14, 25.5230.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Regierungsrat Atici: sehr geehrte Frau Statthalterin, sehr geehrter Herr Grossratspräsident, geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte. Und wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkung

Die Kunsteisbahn Margarethen muss dringend saniert werden. Die Betriebsbewilligung für die Anlage unterliegt der Störfallverordnung mit periodischen Kontrollen durch die Baselbieter Behörden. Zudem ist der Unterhalt der Anlage sehr teuer. Für den Regierungsrat hat eine Lösung für die Kunsteisbahn deshalb hohe Priorität.

Für die Sanierung der Kunsteisbahn ist es von zentraler Bedeutung, den Bedarf der Eissportvereine zu berücksichtigen. Aber auch die Bedürfnisse der Schulen und der Basler Bevölkerungen in Bezug auf Sport und Bewegung sollen einbezogen werden. Überdies ist es dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, die Klimaziele des Kantons zu berücksichtigen.

Zu den einzelnen Fragen

1. Was ist seit dem Zwischenbericht vom 1. November 2023 (22.5065.03) in Sachen Gesamtsanierung Kunsteisbahn Margarethen von den involvierten Stellen unternommen worden?

Seit dem Zwischenbericht vom 1. November 2023 wurde:

- Erstens eine Vertiefungsstudie zur Sanierung der Kunsteisbahn gemacht. In dieser Studie sind Varianten für das Areal ausgearbeitet worden. Der Rückbau der Anlage wurde ebenfalls geprüft.
- Zweitens wurde eine Standortsuche und Machbarkeitsstudie für eine Eishalle durchgeführt.

Der Regierungsrat wird Ihnen diese Resultate bald in einem Zwischenbericht vorlegen.

2. Ist sich der Regierungsrat – trotz zahlreicher politischer Vorstösse in den letzten Jahren – bewusst, dass die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen absolut prioritär zu behandeln ist?

Der Regierungsrat räumt der Sanierung der Kunsteisbahn hohe Priorität ein. Er hat dazu einen adhoc Regierungsrat-Ausschuss gebildet und sich intensiv im Dreirollenmodell mit der Thematik auseinandergesetzt. Die Resultate und Empfehlungen des Regierungsrates für das weitere Vorgehen werden Sie in dem erwähnten Zwischenbericht finden.

3. Der ESC und die Frauen Fussball EM sind für Basel wichtige Events. Kann der Regierungsrat dennoch dem Eissport in der jetzigen Zeit die nötige Aufmerksamkeit zukommen lassen?

In Basel findet aktuell der Grossanlass ESC statt. Im Juli folgt mit der UEFA Women's Euro der nächste grosse Anlass. Der Regierungsrat ist sehr erfreut über diese Grossanlässe. Die regulären Geschäfte laufen aber selbstverständlich mit unveränderter Priorität weiter.

4. Die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen wird rund 1 Jahr dauern. Das Erstellen einer Eissporthalle eher 5 Jahre. Ist sich der Regierungsrat dieser Zeitachsen bewusst und welche Ausweichmöglichkeiten sieht er in der Zwischenzeit vor?

Der Regierungsrat ist sich der Zeitachsen bewusst. Die zeitliche Abstimmung ist integraler Bestandteil der Projektplanung. Ziel ist es, den Eissport ohne Unterbruch sicherzustellen. Die detaillierte Planung wird im angekündigten Zwischenbericht dargelegt werden.

5. Der Parkplatz zwischen St. Jakobshalle und Parkhaus St. Jakob steht während rund 11 Monaten im Jahr leer. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, auf einem Teil dieses Areals eine Eishalle (oder sogar eine kombinierte Eis- und 50 M Schwimmbhalle) zu erstellen?

Zurzeit laufen Standortsuchen für diverse Sportanlagen, zu denen sich der Regierungsrat aktuell nicht äussern kann. Der Standort St. Jakob-Parkplatz hat sich bisher nicht als geeignet erwiesen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Pascal Messerli (SVP): Ich kann mich als teilweise zufrieden erklären. Warum ich geschwankt habe zwischen teilweise und ganz zufrieden liegt am Wort bald, weil wir wirklich darauf warten. Aber ich nehme hier auch zur Kenntnis, dass der Regierungsrat hier schon etwas gemacht hat seit dem letzten Zwischenbericht von 2023 und dass das Thema auch prioritär behandelt werden soll und behandelt wird.

Ich möchte hier einfach auch noch in Erinnerung rufen, dass ich ja auch schon mal ein Budgetpostulat eingereicht habe bezüglich längerer Hallenöffnungszeiten der St. Jakobhalle, weil einfach diese Eisflächen nötig sind. Der EHC Basel hat zunehmend sportlichen Erfolg. Wir haben erfolgreiche Eiskunstläuferinnen oder zumindest eine aus der Region und dementsprechend denke ich, wird das sowohl im Spitzensport wie auch im Breitensport in den nächsten Jahren sehr nachgefragt sein und dementsprechend sollte man auch dieses Thema prioritär behandeln. Basel braucht mehr Eisflächen, auch selbstverständlich andere Sportflächen, und deshalb freue ich mich, dass der Regierungsrat dieses Thema prioritär behandelt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.16. Interpellation Nr. 61 Johannes Barth betreffend Vorfall rund um die israelische Delegation an der Eröffnungszereemonie des ESC in Basel am 11. Mai 2025

[14.05.25 15:20:29, 25.5231.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Umso mehr bedauert er es, dass es im Rahmen der Eröffnungsfeier des ESC über eine längere Distanz zu einer Begleitung der israelischen Delegation durch eine Protestgruppe kam. Er kann nachvollziehen, dass dieses Vorkommnis bei den Betroffenen wie auch den Zuschauenden Besorgnis und Irritation ausgelöst hat.

Die Reaktion der Polizeikräfte erfolgte nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Gewaltanwendung vorlag, die ein sofortiges polizeiliches Einschreiten rechtlich gerechtfertigt hätte.

Zu Frage 2: Bei der fraglichen Aktion handelte es sich um eine nicht bewilligte Demonstration. Entsprechend konnten im Vorfeld keine Auflagen gemacht werden. Trotz mehrerer Versuche gingen die Organisatorinnen und Organisatoren der Kundgebungen nicht auf die Dialoganfragen der Polizei vor Ort ein. Für die Sicherheitsbehörden war es oberste Priorität, die Sicherheit der Teilnehmenden und Tausenden von Besuchenden zu gewährleisten und nur vereinzelt nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit einzuschreiten, um eine friedliche und geordnete Zeremonie zu ermöglichen.

Zu Frage 3: Die Polizeikräfte befanden sich in einer anspruchsvollen Lage. Einerseits übten die mitgehenden Personen unbestritten Druck auf die israelische Delegation aus. Andererseits hätte ein polizeiliches Einschreiten in der aufgeheizten Situation zu Gegenwehr, Solidarisierungseffekten oder gar einer Eskalation führen können. Dies mit der Folge, dass unerwünschte Begleiterscheinungen für die unzähligen Zuschauerinnen und Zuschauer der Parade nicht hätten ausgeschlossen werden können und der grundsätzlich friedliche Charakter der Veranstaltung überschattet worden wäre.

Die begleitende Polizeipräsenz ermöglichte es, die Situation eng zu überwachen und jederzeit rasch und gezielt einzugreifen. Entsprechend hat die Polizei aktiv eingegriffen, als sich Personen in den Weg des Umzugs stellten. Zudem konnte die Gruppierung durch die Präsenz der Polizeikräfte beim Messeplatz gestoppt werden, was eine ungestörte Durchführung der weiteren Veranstaltung ermöglichte.

Zu Frage 4: Der Vorfall wurde umgehend gemeinsam mit der Delegationsleitung und deren Sicherheitsteam aufgearbeitet. Dabei herrschte Einigkeit, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Delegation bestand. Die Projektorganisation der Host City wie auch die Sicherheitsverantwortlichen standen während wie auch im Anschluss an die Parade in engem Kontakt mit den Delegationsverantwortlichen. Am Folgetag wurde die Delegation bei der Erstattung einer Anzeige unterstützt. Sie bedankte sich ausdrücklich bei Polizei und Projektleitung für die gute Zusammenarbeit.



Zu Frage 5: Ja, mehrere Personen wurden noch vor Ort einer Personenkontrolle unterzogen. Relevante Vorfälle werden an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Zu Frage 6: Bei Grossveranstaltungen im öffentlichen Raum gilt es, sowohl die öffentliche Sicherheit als auch den Schutz der teilnehmenden Delegationen zu gewährleisten und gleichzeitig die persönlichen Freiheiten so wenig wie möglich einzuschränken. Im vorliegenden Fall war der Schutz sämtlicher Delegationsmitglieder zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Die durch den Einsatz gewonnenen Erkenntnisse werden jedoch bei der Planung und Durchführung künftiger Grossanlässe miteinfließen.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat als auch die verantwortlichen Behörden haben sowohl im Vorfeld als auch beim Auftakt des ESC sämtliche Delegationen gleichbehandelt und gleichermassen für ihren Schutz gesorgt. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass einzelne Delegationen – wie etwa die israelische – aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage besondere Schutzbedürfnisse haben. Dies mit dem Ziel, allen Delegationen unabhängig von ihrer Herkunft ein sicheres Umfeld und respektvolle Behandlung zu bieten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Barth (FDP): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort.

Ich stolpere jedoch immer wieder über die gleichen Themen, die natürlich immer bei jedem Polizeieinsatz genommen werden, wie die Grundsatz der Verhältnismässigkeit und der Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Gewaltanwendung vorlag. Nun, wie weit geht das? Es ist auch von meiner Seite nicht Zweck und Idee, die Polizei zu kritisieren. Sie hat einen Superjob gemacht und das muss man sehen, wenn man durch die Stadt läuft, auch interkantonal, die Polizisten, die da sind, sind fantastisch und man fühlt sich sicher und es ist wirklich toll, wie es organisiert ist. Um dies geht es mir hierbei nicht.

Es geht hier um den Punkt, wo es aufhört und wo es anfängt. Weil nur bei Gewalt kann man dann plötzlich sagen, jetzt kann die Polizei einschreiten. Wie ist es möglich, dass dann eben der Zug begleitet wird durch die Demonstranten, die dann aufs Übelste auf die Künstlerinnen und Künstler losgehen, und es ist kein politischer Anlass, es ist ein Musikanlass und das macht die Sache so traurig und das war eigentlich der Grund, warum ich mit der Interpellation darauf hinweisen wollte, dass es bei einer unbewilligten Demonstration doch an der Sache ist, die Leute zu separieren und nicht einfach zuzulassen und zu warten, bis es zu Gewalt kommt.

Natürlich, dies ist sehr schwierig, das ist uns bewusst, aber bei so einem wichtigen Anlass wie dem ESC war es klar, vor allem wenn man die Bilder gesehen hat von Malmö letztes letztes Jahr, dass dies kommen wird. Mich erstaunt, dass dies nicht im Vorfeld besser oder aktiver angegangen wurde. Die Flyer waren da. Es war klar, dass die Demonstration stattfinden wird, und dass ich jetzt Bilder sehen muss von diesem wunderschönen Anlass und ich sehe in jedem zweiten Ecken eine Flagge, die nicht partizipiert am ESC, dann stört mich das. Ich finde es schade und das hätte man vielleicht besser lösen können.

Nun, es ist mir klar, dass man das jetzt angeht und ich finde es toll, vor allem den Satz, dass durch diesen Einsatz gewonnene Kenntnisse wieder in die Planung und Durchführung künftiger Grossanlässe miteinfließen wird. Wir haben einen Grossanlass und wir haben jetzt, heute wie morgen, Israel, die singen werden und dann haben wir das Finale noch und ich hoffe, dass diese Lehren jetzt schon umgesetzt werden können, damit vielleicht ein besseres Bild kommen wird. Denn wir sind stolz auf den ESC, wir sind stolz auf den Anlass und ich hoffe, dass wir dies bestmöglich durchziehen können. Und nochmal grossen Dank an die Polizei, natürlich auch ans Departement, und danke für die Beantwortung der Interpellation.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Motion Pascal Messerli und Consorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells

[14.05.25 15:28:18, 25.5232.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. David Jenny hat sich als Einzelsprecher gemeldet.



David Jenny (FDP): Wir haben ja vorher das Hohelied über die Verhältnismässigkeit gehört bei der Beantwortung der Interpellation. Ich glaube im Wesentlichen geht es schon darum, ob dieses Kaskadenmodell verhältnismässig ist oder nicht und vor allem auch in der Anwendung. Dieser Fall, der jetzt in Basel die Anwendung des Kaskadenmodells ausgelöst hat, zeigt schon gewisse Problematiken. Ich bin der erste, der diesen Vorfall in Zürich verurteilt, aber erstens war er in Zürich, zweitens abseits des eigentlichen Fussballbetriebs, und hier eine irgendwie geartete Verantwortung rechtlicher Natur des Veranstalters der folgenden Fussballmatche in Basel zu konstruieren, ist meines Erachtens doch eher gewagt. Die Rechtsgrundlage ist eben dieser § 66 in unserem Polizeigesetz. Es braucht für Veranstaltungen über 20'000 Personen auf Privatgrund eine Bewilligung, unter 20'000, wenn gewisse Voraussetzungen da sind. Um diese Bewilligung muss der FCB regelmässig ersuchen. Es ist auch klar, dass gewisse Auflagen mit solchen Bewilligungen zu verbinden sind, aber ich glaube schlussendlich ist es wahrscheinlich eine Polizeibewilligung, man hat Anspruch darauf, dass bewilligt wird. Und aus Sicht der Polizei geht es ja immer um die Zukunft, ist eine Auflage geeignet, tauglich, damit diese Veranstaltung durchgeführt werden kann. Und eine Auflage, die mit dem Verhalten ausserhalb des Verantwortungsbereichs eines Fussballclubs begründet wird und diese Auflage dann wirklich dazu beitragen kann, die Sicherheit zu erhöhen und nicht eher kontraproduktiv ist, das ist eine legitime Frage. Daher zeigt sich, dass dieses Modell nicht ganz durchdacht ist.

Wenn es einen Vorfall gab im Stadion in der Verantwortung des FCB und man dann sagt, es bestehe eine Gefahr, dass sich das wiederholt und dass das eine taugliche, angemessene, milde möglich Massnahme sei, dann ist es so richtig. Aber ich bezweifle, ob es eine gesetzliche Grundlage gibt, um diesen Automatismus der sich steigenden Strafen in Gang zu setzen aufgrund dieses Vorfalles.

Und dann vielleicht noch einen Ausblick. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass diese Enteignung der Boni-Ansprüche von CS-Bankern keine rechtliche Grundlage hatte. Ich meine, hier wurden dann auch die Ansprüche einzelner Privatpersonen, aufgrund eines schon erworbenen Billetts das Stadium zu betreten, enteignet, und die meisten von denen waren ja wirklich nicht daran beteiligt. Ich weiss nicht, ob es da die Auflage ist, dass der FCB da entschädigen muss oder ob dann der Kanton da vollumfänglich entschädigen muss. Also wir sehen ein bisschen diese Absurdität. Ich will das Sicherheitsproblem nicht klein reden, aber dass die Übernahme dieses Kaskadenmodells, das irgendwo in einer Arbeitsgruppe ausgeheckt wurde, nicht der Weisheit letzter Schluss war, hat sich anhand dieses Vorfalles gezeigt und ich bitte daher, hier auch zu überweisen. Die Verbindlichkeit tritt erst bei der zweiten Überweisung ein, aber es ist ein Fingerzeig, dass das wirklich ein Schnellschuss war, diese Kaskade von Massnahmen hier loszutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich sehe es anders als David Jenny und ich sehe es leider auch anders als mein Parteipräsident Pascal Messerli. Ich bitte Sie, diese Motion nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Ich bin schon ein bisschen erstaunt – und wenn ich die Rednerliste anschau, habe ich das Gefühl, wird es nicht viele weitere Sprechende geben, die es wie ich sehen -, wie hier drinnen sogleich die rotblaue Brille angezogen wird, wenn es um den FC Basel geht.

Ich bin auch Fussballfan. Ich bin auch Sport interessiert, aber wir sprechen hier über etwas, was ja nicht aus dem Nichts entsteht. David Jenny, es ist ja auch nicht die Stufe 1 des Kaskadenmodells, welches an diesem Tag angewendet worden ist, sondern es ist die Stufe 3, weil es eine Vorgeschichte gibt. Und Sie blenden diese Vorgeschichte heute aus, Sie negieren in Ihren Voten wahrscheinlich auch, dass es natürlich eine verabredete Schlägerei im Kontext eines FC Basel-Spiels war. Diese Schlägerei kam nicht aus dem Nichts, und wenn Sie sich diese Videos einmal anschauen, dann habe ich grosse Zweifel, dass Sie die Tragweite dieses Verbrechens erkennen wollen oder erkennen möchten, und ich finde es schwierig, wenn wir einerseits gerade auch auf bürgerlicher Seite immer sagen, wir erwarten, dass beispielsweise auch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen an Demonstrationen diese Demonstrationen unterbunden werden, wenn wir dann gleichzeitig, wenn es um den Fussball geht, eine andere Anwendungsform von Massnahmen einverlangen.

Das geht für mich nicht auf. Ich habe hier einen Widerspruch mit Pascal Messerli, das weiss er auch. Ich finde, wir müssen konsequent sein. Wenn wir sagen, wenn illegale Demonstrationen uns quasi im öffentlichen Raum tangieren, wenn sich Demonstranten wiederholt daneben benehmen, sind wir auch als bürgerliche Parteien immer die ersten, die sagen, dass es bei künftigen Demonstrationen zu Bewilligungsentzügen kommen muss oder die Polizei muss sehr rasch durchgreifen. Aber nur wenn es dann beim FC Basel so weit ist, dann müssen wir ein Auge zudrücken. Ich finde das nicht richtig.

Ich habe nie behauptet, dass das Kaskadenmodell die idealste Lösung ist, um das Problem in den Griff zu bekommen, aber Sie haben mir im Umkehrschluss auch noch nie belegen können, was es denn für andere Massnahmen geben könnte, um diese Situation in den Griff zu bekommen. Pascal Messerli fordert in seinem Vorstoss ja als weiteren Punkt, dass ein Konzept ausgearbeitet werden soll, wie vermehrt der Dialog mit dem Club und den Fans gesucht und unterstützt wird. Ich sehe nicht, wie dieser Dialog weitergehend noch geführt werden könnte, um solche Situationen zu verhindern. Es ist ja, wie gesagt, auch nicht zum ersten Mal so und es betrifft auch beileibe nicht nur den FC Basel, sondern es betrifft eben auch



andere Fussballvereine in diesem Land. Ich glaube wirklich, deshalb ist es falsch, wenn wir jetzt heute mit dieser Motion auch das Signal aussenden, so wie es auch im Motionstext gefordert wird, dass auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells per sofort zu verzichten sei und generell auf Kollektivstrafen wie die Sperrung einzelner Sektoren oder des ganzen Stadions zu verzichten ist.

Was wollen wir denn sonst machen, Pascal Messerli, wenn es zu solchen Situationen kommt, wie wir sie schon in der Vergangenheit des öfteren erlebt haben? Der Polizei kann doch nicht so stark ins Gesicht gelacht werden, wenn wir wieder solche Situationen haben und wir den Strafverfolgungsbehörden und Polizeibehörden nicht die Möglichkeit geben, eben auch in einer solchen Situation eine Massnahme auszusprechen.

Ich spüre hier eine gewisse Ratlosigkeit, auch vielleicht seitens der Motionäre, denn sie haben mit Ausnahme des Dialogs keine andere Lösung auf den Tisch gebracht. Ich finde die Lösung der Polizei, einmal durchzugreifen sinnvoller, und ich finde schon, dass auch die Fans in diesem Sektor eine gewisse Verantwortung haben und diese Verantwortung eben auch wahrnehmen müssen. Hier zählt für mich eine Kollektivverantwortung. Es ist auch so gewesen, dass nach dieser Ankündigung allenfalls, dass es zu einer Sperrung kommen könnte, ja ganz viele andere Tickets in anderen Sektoren verkauft worden sind. Also die Organisation innerhalb dieses Sektors, der gesperrt wurde, funktioniert so gut, und damit kann ich schon auch sagen, dass die Möglichkeit, dass dieser Sektor auch Einfluss hat darauf, was ausserhalb des Stadions passiert, durchaus gegeben ist. Und deshalb finde ich es richtig, den Behörden weiterhin die Möglichkeit zu geben, in Ausnahme- und Extremfällen zu reagieren. Wenn Sie heute diese Motion überweisen, stellen Sie letztlich einen Blankoscheck aus, dass dies inskünftig nicht mehr möglich sein kann, und das halte ich für ein fatales Signal, und ich bitte Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Jo Vergeat stellt die erste Zwischenfrage.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Sie haben selbst gesagt, es war eine Schlägerei, die absehbar war. Man wusste davon. Wieso greift denn die Strafverfolgung von Gewalttaten nicht ausserhalb eines Stadions?

Joël Thüring (SVP): Wie die Polizei im Einzelfall reagiert, kann ich nicht beurteilen. Es ist einfach so, dass die Organisationen dieser Gewalttaten durchaus auch Einfluss darauf haben, was im Stadion passiert und deshalb ist es auch korrekt, dass man einmal einen Sektor sperrt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli stellt die nächste Zwischenfrage.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, wir hätten nur, wenn es um den FCB geht, eine rotblaue Brille an. Können Sie mir denn drei andere Bereiche nennen, wo es ein derartig vergleichbares Kaskadenmodell gibt?

Joël Thüring (SVP): Also ich erlebe meine Partei, die zufälligerweise auch Ihre ist, schon so, dass wir der Ansicht sind, dass, wenn immer die Gleichen etwas anstellen, beim nächsten Mal diese auch nicht mehr zum Beispiel eine Demonstration durchführen dürfen. Ich bin da relativ stringent in meiner Argumentationskette.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olio Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): In unserer Fraktion wurde dieses Thema wie auch hier im Grossen Rat heiss diskutiert. Eine Minderheit unserer Fraktion sieht es so, – ich erlaube mir, als Einzelsprecher doch für die Fraktion zu sprechen –, dass es eigentlich wenige Alternativen gibt. Es wurde schon ein bisschen gesagt, was wäre die Alternativen zu diesem Kaskadenmodell? Das ist aus deren Sicht nicht klar, sind es mehr Videoüberwachungen, mehr Polizei, was genau ist der Plan. Sie sieht es deshalb auch so, dass das Kaskadenmodell letztendlich ein kleineres Übel ist gegenüber zum Beispiel einer viel stärkeren Polizeipräsenz. Dann sieht es diese Minderheit auch so, dass auch in anderen Bereichen Kollektivstrafen, zum Beispiel auch bei Demonstration, immer wieder gefordert und gewünscht sind, und letztendlich handelt es sich bei diesen Vereinen, die das betrifft, auch um Clubs, die über millionenhohes Budgets verfügen und in dem Sinne auch in der Pflicht wären, hier mehr zu tun.



Ich gehe nicht an FCB-Spiele, das kann ich hier zugeben, es sei denn, sie spielen gegen den Club, den ich gut finde. Die Mehrheit unserer Fraktion sieht es ähnlich wie Vorredner David Jenny. Ich möchte einfach nochmal darauf hinweisen, dass wir staatspolitisch finden, dass das Parlament sich eigentlich zu diesen Massnahmen bereits einmal geäussert hat, und wenn man davon abweichen möchte, dann müsste es eigentlich auch wieder das Parlament sein, das diese Diskussion führt, bevor man etwas entscheidet auch auf Seiten der Regierung. Zweitens der Zweck der Strafe und das Ziel der Strafe ist uns einfach unklar. Wenn Sie diejenigen treffen wollen, die es treffen soll – ich nehme jetzt mal an, das sind die gewaltbereiten Fans -, dann muss man einfach realistisch sein, dass Kollektivmassnahmen diese Person gar nicht interessieren. Sie haben es schon gesagt, die gehen dann in einen anderen Sektor, die sind sowieso irgendwie bei anderen Auswärtsspielen. Das interessiert diese schlichtweg nicht, nicht nur in Basel, das ist ein weltweites Phänomen.

Ist es wirklich Aufgabe derjenigen, die nicht gewalttätig sind, die einfach ein Spiel schauen gehen, die Freude haben, die in der Kurve stehen und die positive Stimmung geniessen wollen, die positive Stimmung geniessen wollen, irgendwelche Leute, die vielleicht noch gewaltbereit sind, darauf hinweisen, was sie zu tun haben? Es ist auch nicht ihre Aufgabe an einer Mahnwache, irgendwelche Leute zurechtzuweisen.

Und schliesslich darf man die Verdrängungseffekte nicht vergessen. Es gibt gewisse Leute, die diese Gewalt suchen. Es sind meistens, wie auch in der Rednerliste, solche männlichen Geschlechts, das nehme ich auf meine Kappe. Und die gehen dann auch irgendwo anders hin, sei es an ein Spiel des EHC Basels, sei es in untere Ligen. Das kennen wir auch aus anderen Ländern. Diese Clubs können dann noch viel weniger machen gegen irgendwelche gewaltbereite Fans und bräuchten noch mehr Unterstützung.

Was die Lösung vielmehr sein müsste – und das sehe ich ein bisschen anders als gewisse Vorredner. Die Gewalt hat abgenommen, sie hat abgenommen, weil es mehr Fanarbeit gibt, ich sehe die Clubs auch in der Pflicht, hier mehr zu leisten, weil bei diesen Personen, die gewaltbereit, muss etwas passieren. Es gibt die Strafverfolgung bei den Straftaten und es muss eine starke Fanarbeit geben, um solches auch zu verhindern.

Eine Mehrheit der Fraktion bittet Sie deshalb, die Motion zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Angesichts Ihrer Ausführungen und des Problems, dass man den einzelnen nicht erkennen oder herausfiltern kann, stelle ich Ihnen jetzt konkret die Frage: Wären Sie denn für das personalisierte Ticket?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ein personalisiertes Tickets gibt es ja schon an gewissen anderen Orten und ich denke, dort haben Sie dann wieder das Problem, dass es Verdrängungseffekte geben kann, dass die Leute dann anderswohin verschwinden. Deswegen wäre ich jetzt eher kritisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Ich und meine Fraktion unterstützen die Überweisung der Motion an den Regierungsrat grossmehrheitlich. Deshalb steht bei uns in der Kreuztabelle auch ein offen. Wir alle in diesem Raum verurteilen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen. Darüber sind wir uns zum Glück einig, und wir alle wissen, diese Gewalt geht von einer kleinen Minderheit aus. Genau deshalb ist es für mich und meine Partei zentral, dass wir in unserer Antwort auf Gewalt differenziert und rechtsstaatlich reagieren. Was wir mit dem so genannten Kaskadenmodell jedoch erleben, ist eine Pauschalbestrafung ganzer Fanblöcke, und das ohne Verfahren, ohne Verteidigung und ohne individuelle Schuldabklärung. Wer friedlich ein Ticket gekauft hat, wird ausgeschlossen, nur weil er oder sie im falschen Sektor steht. Das widerspricht dem liberalen Grundsatz der Eigenverantwortung, einem Grundpfeiler unseres Reststatus.

Wir haben es auch schon gehört zum einigen, die Gegner der Motion argumentieren unter anderem damit, dass ohne Druckmittel wie das Kaskadenmodell der Gewalt nicht wirksam begegnet werden kann, dass Eigenverantwortung im Umfeld von Fussballspielen nicht funktioniert oder dass die Allgemeinheit, Steuerzahler:innen, also wir alle, die Kosten für Sicherheitsmassnahmen trägt, wenn nicht rigoros eingegriffen wird.

Diese Bedenken nehmen wir ernst, doch sie rechtfertigen keine Kollektivstrafen. Denn Kollektivstrafen lösen keine Probleme, sondern schaffen neue Probleme. Sie bestrafen vor allem die Falschen, führen zu Frustration und Solidarisierung mit den Falschtätern und letztlich zu noch mehr Konflikten. Wenn ganze Kurven einfach dicht gemacht werden, dann verändert sich die Fankultur und mit ihr nimmt natürlich auch die Gewalt zu. Hinzu kommt, dass der Vorfall, der die Sanktion ausgelöst hat,



nicht in Basel stattfand, und auch nicht im Stadion, sondern draussen in Zürich. Trotzdem wurde ausgerechnet Basel bestraft. Das ist nicht verhältnismässig, sondern willkürlich in meinen Augen. Zudem ist es juristisch fragwürdig, denn die rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen ist in Basel-Stadt schlicht nicht gegeben.

Wir haben uns im Jahr 2013 ganz bewusst gegen den Beitritt zum verschärften Hooligan-Konkordat entschieden und damit auf Dialog statt Repression gesetzt. Und ja, der Dialog funktioniert, wenn er konsequent geführt wird. Die Swiss Football League hat mit dem Konzept des Good Hosting und gezielten Einzelmassnahmen einen rechtsstaatlichen Weg eingeschlagen, der internationale Anerkennung findet. Studien der Uni Bern bestätigen die Wirksamkeit solcher Strategien. Natürlich reicht Prävention alleine nicht aus. Täter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden, aber individuell, fair und transparent und eben nicht pauschal, ohne Unterscheidung und ohne Verfahren.

Die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates bemisst sich daran, wie wir mit Minderheiten umgehen, auch mit unbequemen. Wenn wir beginnen, das Recht pauschal als Druckmittel anzuwenden, dann verlieren wir etwas, das nur schwer wiederherzustellen ist, nämlich das Vertrauen. Wir unterstützen diese Motion, wie schon gesagt, grossmehrheitlich, weil sie nicht Gewalt verharmlöst, das muss ich betonen, sondern Gerechtigkeit einfordert, weil sie den Rechtsstaat nicht aushöhlt, sondern schützt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Sie wird entgegengenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Wenn ich so an die politische Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren denke, habe ich den Eindruck, dass die GLP die Eigenverantwortung relativ selektiv auslegt. Wie kommt es, dass Sie sie hier so stark betonen?

Bülent Pekerman (GLP): Wir machen Sachpolitik und dementsprechend kann es auch so herauskommen, wie heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Üblicherweise halte ich es so, dass ich nicht so viele persönliche Geschichten erzähle. Heute habe ich mich anders entschieden, weil ich einfach denke, dass es die Logik, der die ergriffene Massnahme folgt, noch einmal sehr schön vor Augen führt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war in Zürich an diesem Spiel, und es war ja dann so, dass sich einige Menschen prügeln ausserhalb des Stadions, nach dem Spiel. Diese Prügelei ist dumm, unnötig, in keiner Weise gutzuheissen, das steht so auch in der Motion. Die Fankurve im Stadion wird dafür in die Mitverantwortung genommen. Das sind irgendwie 3'000-3'500 Personen, unter anderem ich. Ich war vor Ort, mit einem Kind, das etwa so gross ist. Wir haben eine fröhliche Stimmung erlebt dort in dieser Fankurve. Wir haben ein 4:0 gefeiert, drei Mal gab es auch noch ein 5:0, das dann leider einfach nie zählte. Und nach dem Spiel fuhren wir im ersten Extrazug zurück nach Basel, in guter Laune und guter Stimmung, in friedlicher Umgebung. Die verhängte Sperrung des Teils der Mutterzerkurve meinte mich und dieses Kind mit in der Logik. Zur Sinnhaftigkeit oder eben nicht so grossen Sinnhaftigkeit dieser Rolle hat Oliver Thommen in seinem Votum schon einiges gesagt. Aber der Clou ist, ich war gar nicht betroffen, denn ich habe gar keine Jahreskarte. Hingegen kenne ich viele Jahreskartenbesitzer:innen, die das Spiel zu Hause am Fernsehen schauten und die dann in dieser Logik ja eigentlich nicht gemeint waren, aber betroffen waren von der Sperrung.

Langer Rede kurzer Sinn: Kollektivstrafen verfehlen wirklich die Wirkung, die sie eigentlich haben sollten. Kollektivstrafen sind keine geeignete Auflage für eine Bewilligung. Es scheint an der Zeit zu sein, dass wir als Parlament die politische Aussage wiederholen, die wir bereits getätigt haben mit dem Entscheid zum Hooligan-Konkordat, den wir nicht beitragen. Wir sollen hier die Aussage mit Nachdruck wiederholen, dass Basel-Stadt einen anderen Weg gehen will, einen Weg der Prävention und Deeskalation und nicht den Weg der Kollektivstrafen und der Willkür.

Noch dazu, auch das wurde bereits gesagt, müssen wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, die Kollektivstrafe wurde gegen das eigene Stadion erhoben, passiert ist der Vorfall aber ausserhalb eines anderen Stadions. Wenn man sich das noch einmal vor Augen führt, zeigt das, wie solche Massnahmen wirklich nicht sinnhaft sind, und die SP-Fraktion stimmt deshalb der Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.



Tonja Zürcher (BastA): Wir haben es jetzt schon mehrfach und ausführlich gehört, Kollektivstrafen treffen mehrheitlich bis ausschliesslich Unschuldige. Sie widersprechen damit dem Grundprinzip von Strafen in einem Rechtsstaat. Sie sind ungerecht, nicht gerade willkürlich, weil sie nach einer Regel laufen, aber trotzdem sehr unverhältnismässig. Sie bringen nicht nur nichts, sie schaden auch.

Hier möchte ich noch einen weiteren Punkt anbringen: Ungerechte Strafen und unverhältnismässige Strafen bringen auch eine Solidarisierung unter den Betroffenen und sie bringen sie gegen den eben als ungerecht empfundenen beziehungsweise real ungerechten Staatsapparat auf. Das Vertrauen wird geschädigt und wenn man möchte, dass es hier mit einer solchen Kollektivstrafe irgendeine Distanzierung oder ein Wehren gegen die Gewalttätigen gibt, dann erreicht man genau des Gegenteil damit.

Ich denke, wir sind uns grossmehrheitlich einig, Kollektivstrafen sind nicht sinnvoll, abgesehen davon, dass sie rechtsstaatlich nicht zulässig sind. Das gilt aber nicht nur beim FCB, sondern auch bei Demonstrationen, da gebe ich sogar Joël Thüring Recht, und auch im Asylbereich und in weiteren Bereichen, wo sie leider gang und gäbe sind. Wir von BastA setzen uns generell gegen Kollektivstrafen und andere unverhältnismässige Repressionen ein. Wir sind hier nicht für eine Sonderbehandlung des FCB und ich würde mich sehr freuen, wenn das die anderen unterstützenden Personen in diesem Saal auch so sehen würden, hier die Konsequenz zeigen würden, nicht nach einer roten Brille entscheiden würden, sondern nach einem Rechtsstaat und nach einem verhältnismässigen und fairen Staat. Wir unterstützen deshalb diese Motion, und entgegen der Kreuztabelle, wo offen steht, sind wir hier geschlossen für Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Eigentlich ist es ja bedenklich, aber mit Blick auf einzelne Wortmeldungen und auch einzelne Medienkommentare bedarf es offenbar einer Klarstellung darum, warum es in dieser Diskussion eigentlich nicht geht. Es geht nicht darum, ob man solche Gewaltakte gutheisst. Ich kenne niemanden, der solche Gewaltakte gutheisst. Natürlich waren die krass. Es geht auch nicht darum, ob man jetzt den Behörden glaubt, dass das so wie beschrieben stattgefunden hat. Ja, ich glaube den Behörden, dass das so wie beschrieben stattgefunden hat und es gab ja auch einzelne Videoaufnahmen, die publiziert wurden. Und es geht jetzt hier auch nicht um ein widersprüchliches Verhalten im Umgang mit Demonstrationen und den Umgang mit Fussballspielen, weil es gibt sehr wesentliche Unterschiede, auf die ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen kann, aber das erkläre ich Ihnen, lieber Joël Thüring, auch gerne bilateral.

Worum es hier geht, ist, wie wir als Rechtsstaat mit solchen Gewaltvorfällen umgehen und umgehen müssen. Und es gibt einen Punkt, der hier immer zentral im Mittelpunkt steht und das ist die individuelle Verantwortung als elementarer Bestandteil, unabdingbarer Bestandteil eines Rechtsstaates. Und das ist die Antwort, wie man mit solchen Vorfällen umzugehen hat. Man hat individuell festzustellen, wer Verantwortung für einen Vorfall trägt und diese gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zur Rechenschaft ziehen. Sonst sind es dann eben Kollektivstrafen, auch wenn ich weiss, dass sich einzelne gegen diesen Begriff, aber ja, es ist offensichtlich eine Kollektivstrafe. Auch wenn man den Vorfall krass findet, man kann sich nicht von dieser individuellen Verantwortung lösen.

Das ist der Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem Willkürstaat, und ich hoffe, dass das auch Joël Thüring ohne rote Brille so sieht. Und das geht auch an alle diejenigen, die sagen, es gäbe ja keine bessere Lösung, wir müssten das jetzt machen, weil wir keine bessere Antwort darauf hätten. Doch, die individuelle Verantwortung ist die Antwort und es gibt ja auch genügend Beispiele, wo Hooligans strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnten in der Vergangenheit, ja, man hat nicht alle erwischt, das gilt für andere strafrechtliche Gebiete auch leider, aber wenn man identifizieren kann, dann kann man entsprechend zur Rechenschaft ziehen.

Und nun kann man noch lange behaupten, das sei keine Strafe sondern Prävention, so wie das die KKJBD in ihrem Kaskadenmodell beschreibt. Bei allem Respekt, aber diese Aussage ist definitiv völlig absurd, denn Prävention macht man, bevor etwas passiert, wenn man davon ausgeht, dass da jetzt etwas erwartet wird. Aber die Polizei vor Ort sah das offensichtlich nicht kommen, wie sollte dies dann der von dieser Strafe betroffene Gastverein sehen kommen. Diese Frage muss man sich schon stellen. Aber dieser Gastverein, der FC Basel, der ist es, der jetzt auf Bewährung ist. Das ist nochmals ein Begriff, der aus dem Strafrecht kommt.

Und genau aus diesem Grund ist auch der Party-Vergleich der Regierungsrätin etwas schief in der Landschaft. Kann man denn ernsthaft der Meinung sein, dass wenn ich nach Zürich als Gast an eine Party eingeladen werde, verantwortlich bin für das Verhalten der Gäste, wenn sie dann ohne mich nach Hause gehen? Das kann ja niemand ernsthaft finden, denn wenn das so wäre, dann könnte ich und Sie alle auch keine Einladung mehr annehmen, denn diese Verantwortung können wir alle selbstverständlich nicht tragen.



Dann wurde schon einiges gesagt zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Ja man kann sich auf das Polizeigesetz, § 66 abstützen. Aber das befreit die Verwaltung nicht davon, das befreit die Polizei nicht davon, dass diese Anordnungen verhältnismässig sein müssen. Und ein Teil der Verhältnismässigkeitsprüfung ist, ob denn diese Massnahme geeignet ist, hier etwas entgegenzusetzen. Und das ist hier sehr offensichtlich nicht der Fall. Man erreicht eher das Gegenteil, eine Verhärtung der Fronten, als dass man tatsächlich dazu beitragen kann, dass weniger passiert.

Man kann noch anmerken, der Regierungsrat des Kantons Luzern hat erst kürzlich so eine Volksinitiative festgehalten, dass es sie für teilweise ungültig erklärt, weil sie eben einen Automatismus vorsieht, so wie es auch das Kaskadenmodell entsprechend vorsieht.

Und schliesslich noch: Wer trägt jetzt eigentlich die Verantwortung für diesen Entscheid? Die Sicherheitsdirektorin hat bei den Interpellationen gesagt, das haben die Behörden hier in Basel so beschlossen, kommuniziert wurde es jedoch von der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden. Das ist für mich nicht ganz frei von Widerspruch. Wir als Parlament müssen unsere Verantwortung für den Rechtsstaat wahrnehmen. Das ist das meiner Sicht ein klares, ein grobes Foul gegen den Rechtsstaat, für das, es tut mir Leid, gibt es die rote Karte. Deshalb überweisen Sie bitte die Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Frage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben jetzt sich als Verfechter der individuellen Strafe und der individuellen Verantwortung geoutet. Auch an Sie die Frage: Sind Sie demnach für das personalisierte Ticket? Denn dieses würde ja diese individuelle Strafe ermöglichen.

Luca Urgese (FDP): Ich trage im öffentlichen Raum auch kein Namensschild um den Hals. Wenn ich etwas anstelle im öffentlichen Raum, dann muss mich die Polizei identifizieren, damit sie mich sanktionieren kann. Das ist völlig klar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Frage polarisiert und ist hochinteressant, und ich muss sagen, ich möchte nicht in der Haut von Regierungsrätin Stephanie Eymann stecken, denn was man sagen muss, offenbar funktioniert das ja. Also die Androhung von solchen Sperrungen scheint ja zu funktionieren, also scheint das ja der richtige Weg zu sein, dass man da mal sagt, hier in diesem Stadion haben wir offenbar Strukturen, wodurch die Leute sich mehr oder weniger kennen. sehr gut organisiert sind und eigentlich weiss jeder in einem gewissen Sektor, wer da allenfalls möglicherweise sich nicht richtig verhält. Und wie packen wir die?

Wenn ich es das so gesehen habe, dann erinnert mich das an meine Schulzeit. In der Schule hat es das mal gegeben, mehr als einmal, dass irgendjemand einen Blödsinn gemacht hat und dann der Lehrer gesagt hat, so jetzt, so lange wir nicht herausfinden, wer das war, machen alle das oder jenes. Ich habe das sehr ungerecht empfunden. Und ich habe das wieder erlebt im Militär. Dort hat man auch solche Kollektivstrafen, ganze Gruppen oder ganze Züge hat man da in den Unterkünften kollektiv stehenlassen oder sonst irgendwie, bis man zum Resultat gekommen ist, das man gewünscht hat.

Mein Gerechtigkeitsgefühl hat sich da nie gestärkt, sondern ich habe immer den Eindruck gehabt, das geht doch nicht. Und ich muss sagen, das geht wirklich nicht., und es geht nicht in einem Rechtsstaat, wie wir einen haben. Wenn wir strafrechtliche Verantwortungen haben, dann können wir nicht sagen, wir nehmen jetzt alle mit in diese Verantwortung, egal, wer das ist oder was die gemacht haben.

Was ist das eigentlich? Man erwartet, dass die Leute aus der Muttenzer Kurve selber das Recht in die Hand nehmen. Schaut selber zum Rechten, schaut mal, dass das nicht mehr so ist. Also entweder sagen wir, ihr müsst denunzieren oder wir sagen, ihr habt die entsprechende Gewalt anzuwenden und nicht wir als Staat. Wir als Staat haben das Gewaltmonopol anzuwenden. Der Staat darf das nicht delegieren an die Kurve und sagen, so jetzt seid ihr zuständig, denn wir schaffen es nicht. Es ist die Aufgabe der Polizei, diese Täter, ausserhalb des Stadions auf jeden Fall, möglicherweise sogar innerhalb des Stadions, zu fassen, und nicht der Zuschauerinnen und Zuschauer in dieser Kurve. Das können wir nicht verlangen, das dürfen wir nicht verlangen. Da verlassen wir jeglichen rechtsstaatlichen Grundsatz, auch wenn ich Verständnis habe für dieses Bedürfnis, hier Ordnung zu schaffen, denn es ist nicht in Ordnung, was da geschieht, und die Leute sind verrückt und wütend, dass das geschieht. Aber wir können das Problem nicht so lösen.

Vielleicht können wir den Club etwas in Verantwortung nehmen. Ich habe mich sehr geärgert über Herrn Xaka, der auf dem Casino «runterproletet», dass die Zürcher unsere Feinde sind, die es zu schlagen gilt, nicht auf dem Feld, sondern draussen



offenbar auf der Strasse. Das ist grober Unsinn. Und da müssen die Vereine tatsächlich dafür sorgen, dass ihre Spielerinnen und Spieler, vor allem Spieler sind es natürlich, tatsächlich solchen Unsinn nicht erzählen dürfen und sich auch distanzieren von solchen Dingen. Hier hat der Verein eine Verantwortung.

Es ginge aber auch zu weit zu erwarten, dass der Verein dafür sorgen kann, dass ausserhalb des Stadions sich alle Leute richtig benehmen. Stellen Sie sich vor, zwei oder drei von unseren Kollegen in unruhigeren Zeiten würden sich draussen auf dem Marktplatz nach einer Debatte noch kurz den Kopf einschlagen. Das Resultat wäre, dass wir sagen, der nächste Grosse Rat wird gestrichen, gesperrt, Kollektivstrafe, weil da möglicherweise Delikte geschehen in diesem Kreis. Das kann nicht sein, das darf nicht sein.

Und auch das Beispiel mit der Demonstration stimmt nicht. Wer mitmacht an einer Demo, die nicht bewilligt ist, der stellt sich von Anfang an ausserhalb der Rechtsordnung, weil er eben sich nicht richtig verhält. Da ist die Polizeitätigkeit selbstverständlich in Ordnung, wenn man dann etwas unternimmt. Da haben wir die grundsätzlichen Voraussetzungen. Aber wer nichts, wirklich nichts getan hat ausser ein Spiel geschaut hat, den darf man nicht bestrafen und sagen, du darfst das nächste Mal nicht gehen, weil andere sich unrecht verhalten haben. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Luca Urgese (FDP): Kollektivstrafen sind auch in der Armee rechtswidrig. Aber meine Frage ist eine andere. Sie haben behauptet, das Kaskadenmodell würde funktionieren. Nun, das Kaskadenmodell war bekannt und trotzdem kam es zu diesem Vorfall. Wie genau funktioniert das Kaskadenmodell?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Nur so weit, dass in der Zwischenzeit nichts wieder geschehen ist. Aber es funktioniert nicht wirklich. Ich habe das vielleicht nicht klar genug gesagt. Es ist jetzt nichts mehr geschehen, denn das hat einen Moment Angst gemacht, aber es funktioniert als solches nicht, weil auch die Verhältnismässigkeit im Kaskadenmodell selber nicht gegeben ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich bin grundsätzlich Ihrer Meinung, aber ich muss trotzdem etwas fragen. Wenn ich einen Musikclub führe und vor diesem Musikclub meine Gäste Krawall machen auf dem Nachhauseweg, dann schliesst die Behörde meinen Club. Wie ist das jetzt? Das ist ja auch eine Kollektivstrafe.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es kann sein, dass eine Betriebsbewilligung entzogen wird. Dass die Bewilligung nicht erteilt wird, ist im Einzelfall ja durchaus möglich. Das ist vorgesehen im Polizeigesetz § 66. Aber das heisst nicht, dass der einzelne dann nicht ans Spiel gehen darf, das an sich bewilligt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, Kollektivstrafen seien der falsche Weg. Vor zwei Jahren wurde ein Demonstrationzug am 1. Mai für alle angehalten von der Polizei. Waren Sie demnach dort auch der Meinung, dass das falsch war, weil dadurch ja alle kollektiv angehalten und damit betroffen sind?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich glaube nicht, dass das falsch war, weil vorne Vermummte gelaufen sind und die Polizei gesagt hat, wer sich hier trennen will, der soll beim Klosterberg heruntergehen und man hat nur die in eingekesselt, die nicht heruntergegangen sind. Das ist eben wirklich nicht dasselbe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.



Daniel Hettich (LDP): Wir debattieren schon länger, man sieht, es ist ein hoch emotionales Thema. Auch die LDP ist grundsätzlich gegen Kollektivstrafen. Das wird ja nun wirklich schon lange diskutiert. Wir fragen uns aber, wie bekommt man eine Verbesserung gewaltfreie Spiele hin? Sie sind nicht da, um den Frust loszulassen. Wir wünschen uns Sportveranstaltungen, die für alle zugänglich sind und auch ohne Angst besucht werden können. Daher sind wir für Nichtüberweisen der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Regierungsrätin Stephanie Eymann ist mir quasi ans Herz gewachsen. Sie hat den schwersten Job als Politikerin in unserem Kanton. Egal was sie macht, es ist keinem recht. Auch wenn ich gerne Regierungsrat geworden wäre, den Job als Polizeiminister hätte ich nicht angenommen. Es ist der undankbarste Job. Und das muss man einfach einmal berücksichtigen.

Ich bin später gekommen, weil ich mich ferngehalten habe und zwei Interviews gehalten habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Reden Sie zum Thema Kaskadenmodell.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin erst jetzt zum Schluss der Debatte dazugestossen. Ich habe ein paar Redner gehört, aber am Anfang fehlen mir 80% des Stoffs. Aber ich beziehe mich jetzt auf die 20%, denen ich aufmerksam zugehört habe.

Meine Partei wird die Motion ablehnen. Ich werde auch Nein stimmen. Pascal Messerli, Sie schreiben wortwörtlich in Ihrer Motion, juristisch sei die Sache nicht haltbar. Dann muss ich Ihnen sagen, Sie sind ein Jurist und ich habe Hochachtung vor allen Juristen. Aber dann reichen Sie bitte eine Klage ein. Ich möchte Sie bitten, nicht in der Motion zu schreiben, es sei juristisch nicht haltbar. Wenn Sie eine Klage machen würden, dann hätten Sie meine Stimme. Wenn Sie jetzt sagen, Sie würden als Jurist klagen, dann erhalten Sie meine Stimme. Machen Sie bitte Nägel mit Köpfen.

Sie schreiben, das schade dem FCB wirtschaftlich. Der FCB macht Millionen von Gewinn und die haben viel Geld. Ich habe ja darum die Anfrage gemacht, ob der FCB überhaupt Steuern bezahlt. Ich möchte mal wissen, wie viel Steuern die zahlen.

Sehr witzig fand ich die Rede von Bruno Lötscher. Er hat gesagt, diese Kollektivstrafen würden nicht gehen. Aber ich komme noch einmal zurück zu Pascal Messerli. Selbst die Baz war überrascht, dass der das Thema bringt. Wenn ich den Artikel in der Zeitung richtig verstanden habe, wollten die Journalisten sagen, dass das eher ein linkes Thema sei und überhaupt nicht zur SVP passe. Und auch gerade an die Adresse meines Vorredners Joël Thüring: Ich habe es vielleicht falsch verstanden, aber Sie haben sich eingesetzt für die Demonstranten vom 1. Mai 2023. Ich habe es vielleicht falsch verstanden, aber da bin ich natürlich auch überrascht. Also entweder ist man als SVP geradlinig oder nicht, aber man kann sich dann nicht plötzlich einsetzen für die Leute, die eingekesselt worden sind. Die Leute sind zu Recht eingekesselt worden und darum ist Regierungsrätin Stephanie Eymann wiedergewählt worden.

Bruno Lötscher hat gesagt, wenn sich zwei Grossräte nicht verstehen und sich draussen auf dem Marktplatz die Köpfe einschlagen, werde die Grossratssitzung ja auch nicht abgesagt. Das ist ein interessantes Thema, darum nehme ich Bezug darauf. Zwei Grossräte schlagen sich vor dem Rathaus die Köpfe ein. Ich muss einfach sagen, das hat es ja alles schon gegeben, dass sich Grossräte gegenseitig so angehen und es gibt ein Gerichtsurteil dazu. Trotzdem findet der Grosse Rat statt. Aber das kann man natürlich nicht miteinander vermischen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Entschuldigen Sie, wenn ich diese lange Debatte noch verlängere. Aber wenn Joël Thüring Minus sagt und Pascal Messerli jetzt dann gleich Plus sagt, ist es vielleicht nicht unbedeutend, dass ich klare Verhältnisse schaffe dafür, was die SVP-Fraktion betrifft.

Die SVP-Fraktion steht grossmehrheitlich hinter unserem Parteipräsidenten und wird die Motion unterstützen. Natürlich ist das Aufrechterhalten öffentlicher Ordnung ein Primat unserer Politik, und natürlich ist die öffentliche Ordnung nicht aufrecht gehalten, wenn sich zwei Gruppen die Köpfe einschlagen. Aber ebenso wichtiges Prinzip in unserer Politik sind Dinge wie Fairness, wie Nachvollziehbarkeit staatlichen Handels, die Verhältnismässigkeit und vor allem auch das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung. Und diese Argumente überwiegen für uns klar, weshalb wir die Motion unterstützen.



Zwei kleine Bemerkungen muss ich mir jetzt noch erlauben gegenüber dem geschätzten Ratskollegen Bruno Lötscher. Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten, aber wahrscheinlich haben Sie ein paar Jahre vor mir Militärdienst geleistet. Wenn Sie heute im Militär mit Kollektivstrafen etwas tun, damit wird nur einer bestraft, nämlich der, der die Kollektivstrafe verfügt. Und der zweite Punkt: Ich war auf dem Barfi, als Taulant Xhaka sich vergriff. Der Club hat seine Verantwortung wahrgenommen, er hat in aller Deutlichkeit reagiert. Mehr als das kann man nicht verlangen. Taulant Xhaka ist ein erwachsener Mann. Es ist nicht die Aufgabe des Klubs, ihn ins Kistchen zu stecken, aber es ist die Aufgabe des Klubs, sich von den Äusserungen zu distanzieren und disziplinarische Massnahmen zu vollziehen. Das haben sie getan.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist der Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe lange nicht gewusst, ob ich überhaupt etwas sagen soll. Wir haben auf der einen Seite Regierungsrätin Stephanie Eymann, die in dieser Thematik den schwierigsten Job hat von uns allen, sie kann es nur falsch machen, zu viel ist nicht recht, zu wenig ist nicht recht. Natürlich, solange nichts passiert und niemand zu Schaden kommt, hätte man gescheiter weniger gemacht und umgekehrt. Ich glaube, das ist allen hier drin klar und ich hoffe, das ist auch der Bevölkerung klar, dass man das einfach nie vergisst. Im Nachhinein schlau sein ist nicht allzu schwer.

Das zweite, was ich jetzt sehr oft gehört habe, ist, dass das rechtsstaatlich nicht korrekt sei. Das ist nicht mein Thema. Mir geht es vielmehr darum, dass ich da vorne stehe als ehemaliger Sportler in einer Mannschaftsballkampfsportart, wenn man das sagen kann. als Handballer. Da darf man einander auch ordentlich an den Ohren nehmen. Und früher ist dabei nicht allzu viel passiert, das ist jetzt auch ein bisschen anders geworden.

Die Zuschauer sind auch emotional, manchmal vielleicht auch aggressiv. Und wenn man im Berner Oberland ist mit der Kuhglocke, ist es auch recht zu und her gegangen, vor allen Dingen auch nach dem Match ist man dann fast nicht mehr zum Car gekommen. Das war auch ziemlich unangenehm, aber es hatte alles irgendwo eine Grenze. Und ich habe noch nie das Gefühl gehabt, dass in all diesen Sportarten, bei denen ich mir Spiele angesehen habe, irgend jemand wirklich hat Angst haben müssen, dass ihn irgendwelche Wahnsinnigen, die sich nicht mehr spüren, zufällig ein Leiden davongetragen hat. Und das ist mir das Allerwichtigste nebst all diesem juristischen Gerede, das wir da gehört haben, wovon sicher auch vieles stimmt.

Natürlich, ich bin auch gegen eine Kollektivstrafe. Wer ist denn das nicht. Wenn man mich anschaut, weiss man auch, dass ich nicht so ein konformer Typ bin und darum bin ich ganz bestimmt auch dagegen. Aber mir fehlt auch, dass man sich vielleicht auch mal klar von der Vereinsleitung her richtig distanziert. Es ist mir klar, Menschengruppen haben natürlich grossartige Choreografien, sie machen eine unglaubliche Stimmung im Stadion und wenn ein Fussballmatch ohne Stimmung stattfindet, ist er nicht die Hälfte, nicht ein Viertel, vielleicht nur ein Zehntel so lustig und interessant auch für alle anderen Zuschauerinnen und Zuschauer. Und selbstverständlich verstehe ich, dass eine gute Stimmung Einnahmen generiert. Man ist dabei, wir haben jetzt die tollen Fotos gesehen auf dem Barfüsserplatz, auch wenn nicht alle etwas Schlaues von sich gegeben haben. Aber es ist doch eine tolle Stimmung, und das wollen wir doch, wir wollen doch auch an einen Event gehen, wo eine tolle Stimmung ist. Aber wir wollen nicht an einen Event gehen, bei dem wir nicht mehr wissen, ob wir gesund nach Hause kommen, wenn ich mit einem Grosskindern an einen Fussballmatch gehe.

Und darum, ich kann nicht sagen, es sei schlau gewesen, die letzten 20, 30 Jahre einfach ein bisschen zu plaudern auf Augenhöhe mit diesen Fanggruppierungen, da etwas abzumachen. Am Schluss ticken sie aus und am Schluss gibt es wieder Klopfereien und selbstverständlich sind es die wenigsten, die Lust haben auf Verklopfen, und die meisten haben Freude an der Party. Aber immer nur plaudern, und nochmals plaudern und nochmals plaudern und nochmals eine Chance geben – irgendwann müssen wir einmal einen Schritt weitergehen. Und das ist das Kaskadenmodell. Dass es jetzt das Schlauste ist auf dieser Welt, bezweifle ich auch stark. Aber trotzdem ist es wenigstens ein Schritt. Wir probieren mal etwas anderes. Und wenn wir das jetzt kategorisch verbieten wollen, und das dann letztendlich ein Präjudiz schafft für andere Sachen, dann habe ich echt kein Verständnis, dass man hier drin, weit weg von der Szene, auf den Knopf drückt und nachher sagt, in Zukunft geht das nicht mehr.

Eigentlich habe ich etwas aufgeschrieben, das ich habe vortragen wollen. Es ist mir nicht gelungen, ich habe es halt so erzählt. Aber ich hoffe, die Botschaft ist herübergekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Das ergänzt sich jetzt gerade gut, weil ich auf die Wut, die es glaube ich in der Bevölkerung auch gibt auf die Gewaltexzesse, noch kurz habe eingehen wollen. Denn ich glaube, die Wut muss man wahrnehmen, sie findet ausserhalb dieser Szene statt. Das ist eine Berechtigung. Ich finde aber auch, dass insbesondere wir hier drin auch eine



Verantwortung über die Berichterstattung über diese Gewalt haben. Ich bin mit Alex Ebi nicht einig, dass man nicht mit Kindern an ein Fussballspiel im Joggeli gehen kann. Es ist nicht wahnsinnig gefährlich. Es gab auch eine Abnahme, jetzt gibt es wieder einen Aufschwung. Ich glaube, wir haben aber ein Gesamtproblem, ein Gewaltproblem. Und das Gewaltproblem verurteilen wir hier alle, das ist ein Problem.

Ich sage es jetzt auch hier vorne in dieser Stärke, es ist ein Männerproblem. Es gibt eine wahnsinnig krasse Anhäufung von Testosteron in diesen Kurven, wo es sicher auch Frauen hat, aber wo sich eine Stimmung anbahnt. Wir wissen, dass es Hooligans gibt, das ist ihre Kultur, andere zu verprügeln, denen ist der Fussball sogar grundsätzlich fast ein bisschen egal. Es gibt Ultras, die haben in ihrer Kultur genau das, die Gewalt, welche die Emotionen mit sich bringen als Negatives.

Das ist ein Problem, das wir auf keinen Fall lösen mit dem Kaskadenmodell. Ich möchte einfach noch einmal schnell die Absurdität dieses Modells hinweisen. Wenn ich jetzt zum Beispiel Oliver Thommen und seinem Servette Club eins auswischen möchte, dann schnappe ich mir mit ein paar Freunden Servette-Leibchen, obwohl ich vielleicht nicht einmal Fussballfan bin, und gehe mit diesen Servette-Leibchen irgendwo in der Schweiz als vermeintlicher Servette-Fan in die Nähe eines Fussballmatches jemanden verprügeln. Und wenn es eine grössere Gruppe ist, dann kann das in dem Kaskadenmodell greifen. Und das ist für mich so eine Absurdität. Ich anerkenne, dass wir da müssen Schritte machen müssen. Wir haben nun wieder gehört, es sei ein Plaudern. Die Leute, die Fanarbeit leisten, sind in einem Verein hier in Basel, bezahlt zu einem Teil vom FCB, von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum anderen Teil. Das ist wirklich spannend für mich, die Leute arbeiten tagtäglich mit diesen Problematiken, und sie sagen alle, dass das Kaskadenmodell in dieser Form einfach zu einer weiteren Eskalation, zu weiterer Solidarisierung innerhalb, und greift aus meiner Sicht darum nicht. Und dabei geht es mir nicht um eine rosarote Brille, sondern es geht vielmehr um ein ganz grundsätzliches Problem. Auch das Rechtssystem ausserhalb des Stadions muss einfach greifen, und die Polizei dann dort auch die Strafverfolgung aufnehmen kann.

Felix Wehrli (SVP): Ich bin halt einer von denen, die das Kaskadenmodell unterstützen, weil ich weiss, wie viel Gewalt in diesen Köpfen ist.

Sie haben vorher gesagt, dass man ein Leibchen eines anderen Clubs anziehen könne und Krawall machen könne, wobei die anderen dann Schuld seien. Können Sie mir ein Beispiel nennen, wo das passiert ist? Ich kenne nämlich keines.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich muss keine Beispiele nennen. Wie beweist man jemandem, dass er Fan ist oder nicht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Das war eine intensive Debatte. Viel Neues habe ich nicht gehört, ganz ehrlich. Ich freue mich, nachher mit Ihnen mit personalisierten Tickets an den ESC zu gehen. Da ist es nämlich plötzlich wieder in Ordnung. Aber das machen wir.

Ich möchte wenig Emotionen reinbringen. Ich verstehe gewisse Vorbehalte gegenüber dem Kaskadenmodell. Ich bin auch der Meinung, es ist ein Ansatz, es ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, aber ich denke, man muss mal damit anfangen zu anerkennen, dass wir ein Gewaltproblem haben in den Fan-Szenen. Und das ist nicht eine Erfindung von mir. Sie müssen mich nicht das Hauptfeindbild sehen, sondern wir haben das eigentlich im Konsens in der ganzen Schweiz als Thema anerkannt und auch beschlossen, dass wir diese Ausschreitungen nicht mehr tolerieren. Das ist jetzt ein Ansatz mit dieser Kaskade. Aber damit fängt es an.

Ich habe jetzt doch wahrgenommen, dass man sich ein bisschen lächerlich macht. Ja, die Polizei muss halt und sie macht ihren Job nicht. Die muss jetzt einfach einmal identifizieren, und wenn da mit FCB-Leibchen herumgegangen wird, sind es vielleicht sehr Servette-Fans etc. Es ist immer so ein bisschen ein Katz- und Mausspiel. Fakt ist, es läuft hoch organisiert. Man kennt sich in den Szenen. Man geht auch ziemlich oft hoch verummmt so zu solchen Taten. Ich habe wenig Verständnis, wenn man es so ins Lächerliche zieht im Sinne von «Ja, dann hat man sich ein bisschen auf den Kopf geschlagen, auch als Grossräte.» Wir reden von massiven Ausschreitungen. Wir haben zwei Mal diese Kurve gesperrt. Das erste Mal, das habe ich hier erwähnt in der Interpellationsbeantwortung. Da wurde jemand vom Security Personal lebensgefährlich verletzt. Da hat niemand aufgeschrieen von Ihnen, und die Kurve war zu. Und auch jetzt hatten wir nicht einfach nur eine Prügelei, ein paar Ohrfeigen oder irgendwie ein paar Tritte, sondern wir hatten Tritte gegen am Boden liegende Personen. Und was denken Sie? Ich bin Sicherheitsdirektorin. Ich bin doch auch verantwortlich zu schauen, dass wir Lösungen finden, damit sich alle an Fussballspielen, aber auch unabhängig davon sicher fühlen. Ich wende einen Gewaltbegriff an. Mir ist es egal, ob der rotblau daher kommt, ob es häusliche Gewalt ist, oder Demogewalt. Es ist einfach



toxisch, wenn man anfängt, bessere und weniger bessere Gewalt zu unterscheiden und das einer Färbung unterliegt, die in diesem Fall tatsächlich rotblau daherkommt. Damit habe ich Mühe.

Selbstverständlich höre ich das, ich sehe auch, dass ich auf verlorenem Posten kämpfe heute. Aber die Motion geht auch zu weit, wenn wir ehrlich sind. Pascal Messerli, Sie verlangen das sofortige Abschaffen des Kaskadenmodells, sofortiges Abschaffen von Sektorensperren. Es gibt durchaus noch andere Gründe, warum die Polizei je nachdem einen Sektor sperren müsste. Sie beschränken die Kompetenzen der Polizei hier über Gebühr. Das kann ich nicht tolerieren und werde ich auch so nicht tolerieren.

Und das ist das, was mich stört daran. Ich habe bis jetzt auch in dieser Debatte keine konkrete Lösung gehört. Ich höre Dialog, Dialog, Dialog. Das ist auch ein Kaskadenmodell. Pascal Messerli, wir haben Club-Allianzen, wir haben Dialog, das wollen sie auch canceln. Wenn Sie das überweisen, machen wir das auch nicht mehr, dann machen wir ein neues Konzept zum Dialog.

Aber ich erwarte schon auch mal konkrete Lösungsansätze und ein Anerkennen, dass es organisiert daherkommt. Wir reden nicht von einzelnen Tätern, sondern wir haben in jedem Club in der ganzen Schweiz eine Szene, die militant und zum Teil wirklich clanartig organisiert vorgehen. Und das ist doch die Frage: Wollen wir das akzeptieren, sagen, es ist ein liberaler Rechtsstaat, es braucht auch Leute, die ausscheren. Aber da muss ich mir dann in der Konsequenz überlegen, wie viel Polizei brauchen wir dann noch. Meine Polizistinnen und Polizisten wären noch so dankbar, wir hätten da mal kleinere Aufgebote und könnten das einfach in Minne irgendwie vonstatten gehen lassen. Das können wir schon machen, aber dann ist der Konsens hier drin, dass wir kein Problem haben. Dann kann ich auch die Leute irgendwann abziehen.

Und ich denke, diesen Punkt müssen wir diskutieren. Anerkennen wir, dass wir ein Problem haben, dass die Lösungen nicht der Weisheit letzter Schluss sind – das würde ich sogar anerkennen. Aber irgendwo brauchen wir ein gemeinsames Vorgehen. Das wäre mehr als angebracht in diesem Thema, das doch auch viele in der Bevölkerung, die nicht so laut sind, beschäftigt und ängstigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt gesagt, Sie müssen für die Sicherheit im Stadion schauen, dass sich die Menschen sicher fühlen im Stadion. Wie erklären Sie sich dann, dass das Stadion am letzten Spieltag mit 36'000 Zuschauern ausverkauft ist und dass mehrere 100 Kinder sich an jedem Spiel um das Trikot von Xherdan Shaqiri streiten. Sind die alle völlig verunsichert?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe die Frage nicht wirklich verstanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich hätte mir jetzt wirklich auch einmal gewünscht von den Befürwortern des Kaskadenmodells zu hören, was denn der konkrete Erfolg dieses Kaskadenmodells ist. Es ist natürlich schon seit einem Jahr in Kraft und da frage ich mich schon, wurden denn mehr Chaoten strafrechtlich überführt als vorher? Oder erachten Sie die hängige Gästesektorensperre in Sion, die vielleicht ein Jahr nach dem Ereignis vollzogen wird, als das geniale Instrument für unmittelbare Gefahrenbereinigung? Oder finden Sie etwa die Kurvensperre am Ostermontag, bei dem ein durchschnittlicher Familienvater an Ostern kein Ticket mehr für seine Kinder kaufen durfte, währenddessen sich die Kurve organisiert hat, jetzt eine hervorragend gut gelöste Idee? Sie sagen immer, wir haben keine Lösung, aber Sie haben einfach Null Argumente für das völlig schief gelaufene Kaskadenmodell. Und wenn Massnahmen schwachsinnig sind, dann helfen sie auch nicht gegen Gewalt. Und wenn diese Massnahmen nicht gegen Gewalt helfen, dann sind die wirtschaftlichen Einbussen gegen den Club und die Eingriffe in die Wettbewerbsfähigkeit auch nicht vertretbar. Nein, das hat nichts mit der rotblauen Brille zu tun, sondern einfach nur mit der Realität. Ich habe heute kein einziges Argument für das Kaskadenmodell gehört und was es denn konkret bringen soll, wo sich irgendetwas in diesem Jahr verbessert hat. Null, nada. Das ist die Realität.

Ein derartiges Kaskadenmodell gibt es auch in anderen Bereichen nirgends, auch bei Demonstrationen nicht. Und was mich an diesem Kaskadenmodell am meisten stört, ist, dass friedlichen Fans und Clubs wie der FC Basel eine Mitschuld für Straftaten gibt. Das ist rechtlich überall anders völlig abwegig. Kein einziger Veranstalter einer Geburtstagsparty wird bestraft, wenn seine Gäste sich zwei Stunden nach einer Party irgendwo prügeln. Es wurde noch nie ein Teil der Herbstmesse geschlossen, wenn beim Boxkasten oder bei den Putschautos eine Schlägerei geschah. Es wurde noch nie ein Morgenstreich abgesagt, weil es am Morgenstreich eine Schlägerei gab. Weil diese Art von Kausalität völlig lächerlich und



unwürdig ist. Es gibt hier keine Haftung für Veranstalter und für andere Gäste, die überhaupt nichts an einer Schlägerei, mehrere Stunden nach einem Event, etwas dafür können.

Und wenn jetzt jemand sagt, was die Lösung ist, dass wer eine Straftat begeht, die Strafe, das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung auch gelten sollen. Wenn Schläger in Zürich festgenommen worden wären, hätte ich sicherlich keine Motion eingereicht. Es braucht aber keine Spezialregeln nur für Fussballfans. Erstens, es finden immer wieder öffentlich wirksame Strafverfahren im Zusammenhang mit Hooliganismus statt. Es ist nicht so, dass hier niemand auch nur ansatzweise verurteilt wird. Es gibt immer wieder derartige Gerichtsprozesse, zu Recht auch. Und zweitens erwarte ich halt einfach auch, dass man dies mit einer Statistik festlegt, wie hoch die Dunkelziffer ist. Es wird immer argumentiert, die Dunkelziffer bei Fussballspielen, bei Gewalt, sei so hoch. Dann belegen Sie mir das, dass das höher ist als in anderen Bereichen. Ist es höher als beim Menschenhandel, beim Drogenhandel, im Strassenverkehr, bei häuslicher Gewalt, bei Sexualdelikten? Wenn ja, dann belegen Sie das, bevor Sie wieder irgendwelche Massnahmen beschliessen. Fakt ist nämlich, die Statistiken sprechen von einem Rückgang der Fangewalt in den letzten Jahren, auch die Anzahl der Rayonverbote sind zurückgegangen und im 2024 hat die Staatsanwaltschaft kein einziges Strafverfahren im Rahmen von Fussballspielen geführt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Und wenn ich dann lese, Frau Regierungsrätin Eymann, wie Sie auf Prime News schreiben, es sei doch keine Kollektivstrafe, wenn Sie einmal nicht an einen Match gehen können. Ja, dann haben Sie aber die Bedeutung des FCB in dieser Region wirklich nicht verstanden, und ich sage in aller Form, ich möchte mir Fussballspiele nicht vom Staat verbieten lassen. Und da spreche ich es auch für ganz viele andere Menschen, welche mich an diesem Ostermontag angesprochen haben. Die KKJPD im Elfenbeinturm steht hier so deutlich im Abseits wie die Schalke-Spieler beim Champions League-Spiel gegen den FC Basel vor ein paar Jahren. Und heute haben wir als Parlament die Möglichkeit, diesen Fehlentscheid zu korrigieren und ich bedanke mich für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 22 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006551, 14.05.25 16:37:21]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 68 gegen 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ich wünsche allen einen wunderbaren Abend und viel Vergnügen.

Schluss der 14. Sitzung

16:37 Uhr



Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Mai 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Patrick Fischer (SVP), Gabriel Nigon (LDP), Beda Baumgartner (SP).*
Johannes Sieber (GLP),

Verhandlungsgegenstände:

9.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo	3
10.	Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo	5
11.	Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo.....	6
13.	Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten	8
14.	Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage.....	8
15.	Anzug 1 Joël Thüning und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino	12
16.	Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe	19
17.	Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus.....	20
18.	Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne	20
19.	Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen	21
20.	Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung	23
21.	Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern	23
22.	Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau	24
23.	Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR	25
23.1.	Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR	27
24.	Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe?, Schreiben des RR	28
25.	Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR.....	29
26.	Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR	32
27.	Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR.....	33
28.	Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR.....	34



29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel,
Schreiben des RR..... 34



Beginn der 15. Sitzung

Mittwoch, 21. Mai 2025, 09:00 Uhr

9. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo

[21.05.25 09:00:13, 23.5563.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Morgensitzung. Ich habe nur eine Mitteilung zu machen. Ich gratuliere meiner Banknachbarin zum erneuten Erreichen des Schweizermeistertitels im Fechten.

Wir kommen damit zur Traktandenliste. Traktandum 9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 bis 2025. Bericht der Regiokommission. Diese beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich, Ihnen den Bericht der Regiokommission für die vergangene Legislatur 2021 bis 2025 vorzustellen. Dieser stützt sich auf den Bericht, der vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 17. Januar 2024 genehmigt wurde. Im Bericht werden die Aktivitäten der Kommission in den verschiedenen Handlungsfeldern wiedergegeben. Ein wesentlicher Teil der Arbeiten betrifft die Behandlung der ihr zugewiesenen Geschäfte, zusätzlich verfolgt die Kommission grenzüberschreitende Themen wie das Agglomerationsprogramm und die Beziehungen der Schweiz zur EU. Neben dem Austausch mit den involvierten Bardepartementen pflegt sie auch den Austausch mit in diesem Bereich tätigen Institutionen, insbesondere mit dem Verein Agglo Basel sowie dem Verein Regio Basiliensis und mit der interkantonalen Koordinationsstelle IKRP werden enge Kontakte gepflegt. Der Austausch und die Beziehungspflege mit Nachbarn, Kantonen und Gemeinden ist ebenso wichtig wie der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise dem Verein Starke Region Basel. Bei Bedarf bringen die Kommissionsmitglieder Themen in die trinationalen Gremien, Oberrheinrat und Distriktsrat, ein.

Ich gebe Ihnen nun einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten der Kommission in der letzten Legislatur. Näher auf die Inhalte werde ich bei denjenigen Geschäften eingehen, welche nicht bereits im letzten Bericht im Plenum vor rund einem Jahr präsentiert wurden.

In der vergangenen Periode wurden verschiedene Sachvorlagen behandelt. Neben den Geschäften der Entwicklungszusammenarbeit, über die wir am letzten Mittwoch beraten haben, hat die Kommission soziale Städtepartnerschaften und soziales Engagement im Ausland beraten, so auch ein Engagement in Rumänien in Verbindung mit der hiesigen Bettelproblematik.

Seit der letzten Berichterstattung befasste sich die Regiokommission mit folgenden Themen: Mit der Volksinitiative 1% gegen die globale Armut, mit der Entwicklung der Beziehung Schweiz-EU beschäftigt sich die Kommission konstant und nimmt den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der europäischen Union im Dezember 2024 zur Paketlösung erfreut zur Kenntnis. Sie unterstützt den Regierungsrat in seinen Bestrebungen, im Rahmen der Gremienarbeit Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess in der Schweiz zu nehmen. Im Rahmen der bilateralen Treffen wurde mit dem Kanton Jura ein Folgetreffen abgehalten. Zentrales Thema war hierbei die Kooperationen zwischen dem Universitätsspital und dem Hôpital du Jura. Jährlich werden rund 2000 Patienten im USB behandelt und die Zusammenarbeit zwischen Ärzten USB und Spezialisten im jurassischen Kantonsspital laufen sehr gut. Ein weiteres Thema im Austausch mit dem Kanton war wie schon beim vorigen Treffen die Verkehrsverbindung zwischen Basel und Delémont.

Mit der direkten Nachbarschaft fanden auch Gespräche statt. So wurde mit der Saint-Louis Agglomeration vorwiegend über die Entwicklung des Wirtschaftsraums und der einhergehenden Wohnraumentwicklung gesprochen. Die Fahrenden waren selbstverständlich auch ein Thema, wie auch die Pendlerströmen. Verkehrsfragen wurden im November auch mit dem Gemeinderat Allschwil besprochen. Die Gespräche schlossen sich an frühere Austausche an.

Neben der künftigen S Bahnhaltestelle Morgartenring und dem Tram Letten stand die Erschliessung des Bachgraben-Areals im Fokus. Die Regiokommission regt daher an, dass alle politischen Kräfte partnerschaftlich zusammenarbeiten und die Erschliessung des Areals von regionaler nationaler Bedeutung voranzutreiben. Weitere Themen waren der Euro Airport. Seitens des Gemeinderats wird begrüsst, dass sich die Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat des EuroAirports gemeinsam für den Lärmschutz in den sensiblen Nachtstunden einsetzt.



In der Zusammenarbeit in den trinationalen Gremien werden wichtige Informationen ausgetauscht. Aus aktuellem Anlass wurde seitens des Oberrheinrats und des Districtrates angeregt, dass der ESC, leider schon in der Vergangenheit, auch als grenzüberschreitender Anlass lanciert wird und die Oberrheinregion als Tourismusdestination bestärkt werden kann. Das Schweizer Präsidentschaftsjahr im Oberrheinrat wurde durch den Kanton Aargau wahrgenommen und stand unter dem Motto Mehr Nachhaltigkeit im Dreiland und verfolgte das Ziel, die trinationalen Gremien in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser abzustimmen.

Weitere Themen im Oberrheinrat und dessen Kommissionen waren der Gesundheitsraum Oberrhein und die Rettungsdienste, die Mehrsprachigkeit und die Beziehungen zu Europa. Im Districtsrat, dem politischen Beirat des trinationalen Eurodistricts Basel, war das Interregioprojekt Rheinland so wie auch die Sondermülldeponieren im Dreiland wichtige Themen. Darüber hinaus befasste man sich mit dem TB Begegnungsfonds und unterstützte das Anliegen zur Stärkung der Kommunikation zum Klassenbegegnungsfonds sowie die Möglichkeiten von Praktikas in Frankreich im Rahmen der trinationalen Studiengänge an der FHNW. Der Oberrheinrat und der Districtsrat geben mit ihren Jahresberichten die Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab. Weitere Informationen stellen die beiden Gremien jeweils auf ihrer Homepage zur Verfügung.

Sie sehen aus den Ausführungen, dass sich die Regiokommission mit zahlreichen Themen beschafft und die Kommissionsmitglieder auf verschiedenen Ebenen engagiert mitarbeiten. Für weitere Details zu den verschiedenen Themen und den damit verbundenen Aktivitäten wird auf den Bericht verwiesen. Sie können unschwer feststellen, dass die Regiokommission mit zahlreichen Akteur:innen zusammenarbeitet, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen, vom Bericht der Regiokommission über die Jahre 2021 bis 2025 Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Bericht der Regiokommission gibt einen ausgezeichneten Überblick über ihre Tätigkeit in der Legislatur 2021 bis 2025. Ich möchte dafür ausdrücklich danken und auch ein paar Themen aufgreifen.

Stellvertretend möchte ich mich auf das konzentrieren, was wahrscheinlich das wichtigste ist für die weiteren Jahre, nämlich die Beziehungen der Schweiz mit der europäischen Union. Und hier danke ich der Regelkommission ausdrücklich für die Unterstützung des Regierungsrats in der Europafrage. Die Regiokommission hat dem Regierungsrat den Rücken gestärkt und mit eigenen Initiativen den Diskurs in der Schweiz über die Beziehungen Schweiz EU mitzugestalten und dabei auch unsere Nachbarn einzubeziehen.

Für den Regierungsrat ist eine institutionelle Lösung der Zusammenarbeit Schweiz-EU für die Prosperität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Basel unabdingbar. Deshalb hat der Regierungsrat den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die Paketlösung im Dezember 2024 mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und er wird den damit initiierten innenpolitischen Prozess und den öffentlichen Diskurs mitprägen wollen mit einem positiven Narrativ.

Ein erstes Zeichen in diesem Sinne wäre sicher ein ja zur Initiative Zäme in Europa, die der Regierungsrat ja auch zur Annahme empfiehlt. Und darüber hinaus stimmen mich die Signale bezüglich der Forschungszusammenarbeit mit der EU und der Wiederaufnahme der Schweiz als voll assoziiertes Mitglied von Horizon Europe zuversichtlich, dass wir insgesamt auf einem guten, wenn auch weiterhin anspruchsvollen Weg sind.

Der Regierungsrat teilt auch die Einschätzung der Regiokommission zur Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Personenfreizügigkeit für den Kanton Basel-Stadt und unsere ganze Region. Sie bilden eine zentrale Grundlage für einen attraktiven Lebensraum und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Zum einen respektieren wir die Schweiz mit der Personenfreizügigkeit eine der vier europäischen Grundfreiheiten und zum anderen ist die Personenfreizügigkeit gerade am Oberrhein für Basel-Stadt, für die Nordwestschweiz und auch für unsere Partner in Deutschland und Frankreich von zentraler Bedeutung. Wie die Regiokommission zu Recht betont, gehen hier wirtschaftliche Interessen mit unserer kulturellen Verbundenheit im Herzen Europas Hand in Hand. Und diese kulturelle Verbundenheit mit Europa konnten wir ja letzte Woche auch durchaus weithin sichtbar ausdrücken.

Die Präsidentschaft der Oberrheinkommission liegt dieses Jahr bei der Schweiz und damit bei mir als Leiter der Schweizer Delegation. Während meiner Präsidentschaft möchte ich die guten nachbarschaftlichen Beziehungen weiter vertiefen, die gemeinsam beschlossenen Klimaschutzmassnahmen vorantreiben und den Bildungs- und Forschungsstandort Oberrhein stärken. Darüber hinaus sollen Projekte in den Bereichen Verkehr und Raumplanung, Gesundheit und Katastrophenhilfe, Jugendsport und Kultur, die Lebensqualität und das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter stärken. Da alle diese Themen und Projekte keine Selbstläufer sind, dankt der Regierungsrat dem Grossen Rat und besonders der Regiokommission für die Sensibilität, das Verständnis und die konstruktive Zusammenarbeit, die sie in Fragen der grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit in den Berichtsjahren gezeigt hat und hoffentlich auch in der laufenden neuen Legislaturperiode weiterhin zeigen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinen Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Ich komme damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006562, 21.05.25 09:12:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025 wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 gegen eine Stimme.

10. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:12:14, 24.5325.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort für die Kommission hat Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche heute im Namen der Petitionskommission zur Petition P478, die sich für einen sicheren Schulweg und einen direkten Spielplatzzugang im Quartier Lysbüchel Süd einsetzt. Bereits im September 2024 hatte die Kommission dem Grossen Rat beantragt, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen. Diesem Antrag wurde entsprochen und in der Folge hat der Regierungsrat die aufgeworfenen Fragen innerhalb der gesetzlichen Frist umfassend beantwortet. Die Kommission hat diese Stellungnahme an ihrer Sitzung vom 31. März 2025 diskutiert und ihren Bericht entsprechend ergänzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Kommission zunächst für die sehr differenzierte und ausführliche Beantwortung durch den Regierungsrat bedanken. Die Kommission anerkennt, dass auf verschiedene in der Petition angesprochene Punkte bereits reagiert worden ist, etwa durch infrastrukturelle Anpassungen, Verbesserungen in der Kommunikation oder durch gezielte Sofortmassnahmen nach dem tragischen Unfall an der Elsässerstrasse im Sommer 2024. Zentral im zweiten Teil der Behandlung war für uns die Frage, wie die Schulwegsicherheit zukünftig gewährleistet werden kann, nicht nur im bestehenden Kontext, sondern insbesondere auch im Hinblick auch die vielen anstehenden Bauphasen im Gebiet Volta Nord, aber auch allgemein in allen anderen sich stark entwickelnden Arealen dieser Stadt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Bedeutung dieses Themas betont und auch die Einführung von Tempo 30



auf der gesamten Elsässerstrasse als prioritär einstuft. Dass diese Umsetzung an formale Vorgaben gebunden ist, ist nachvollziehbar. Dennoch erwartet die Kommission eine möglichst zügige Umsetzung.

Positiv werten wir zudem, dass die Verwaltung die Abstimmung zwischen Fachstellen, Schulen und Bevölkerung institutionalisiert hat, etwa über die Begleitgruppe, Infoveranstaltungen oder durch das Online-Meldeformular. Die Kommission erachtet es aber als wichtig und möchte betonen, dass diese Rückmeldungen aus der Bevölkerung ernstgenommen und allfällige Massnahmen weiterhin transparent kommuniziert und geprüft werden. Am nächsten dran sind nämlich die Eltern der Kinder, die diese Schulwege zurücklegen und auf ihre Warnungen müssen wir eingehen.

In Bezug auf die temporären Einschränkungen beim Zugang zu Freiräumen nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass Zwischennutzungen geprüft und teilweise bereits realisiert wurden. Auch wenn eine vollständige Öffnung des Pausenplatzes auf dem Schuldach aus baulichen und betrieblichen Gründen nicht möglich ist, ist es aus Sicht der Kommission zentral, dass für die Übergangszeit niederschwellige, sichere und kindgerechte Alternativen im Quartier vorhanden sind und auch gefunden werden.

Zusammenfassend kommt die Kommission zum Schluss, dass die Petition durch die Antwort des Regierungsrats und durch die seither erfolgten Massnahmen inhaltlich aufgenommen wurde und deshalb beantragen wir dem Grossen Rat einstimmig, die Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

11. Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:15:58, 24.5437.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen» fordert eine Verbesserung der Autoparkmöglichkeiten für Anwohnende, für den Detailhandel und das Gewerbe. Der Suchverkehr soll reduziert werden, indem zusätzliche oberirdische Parkplätze mindestens abends und nachts geschaffen und weitere Abbaumassnahmen gestoppt werden. Die Petentschaft appelliert an die kantonalen Behörden, keine weiteren Parkplätze im Kanton zu streichen, sofern keine Alternativen geschaffen werden.

Am 17. Februar hörte die Petitionskommission drei Vertreter der Petentschaft sowie den Leiter des Amts für Mobilität und den Abteilungsleiter Mobilitätsstrategie aus dem BVD an. Während des Hearings wurde einmal mehr offenbar, dass beim Thema Parkplätze unterschiedliche Welten aufeinander prallen. Zudem wurde klar, dass die Wahrnehmung der Parkplatzsituation in Basel sehr unterschiedlich ist. Die Vertreter der Petentschaft beklagten sich im Hearing, dass es im öffentlichen Raum immer weniger Autoparkplätze gebe und dass Anwohnende vor allem abends und in der Nacht grosse Schwierigkeiten hätten, einen Parkplatz zu finden. Sie beriefen sich auf eine Anfrage bei der Verkehrspolizei, die ihnen sagte, dass 5'000 Anwohnerparkkarten mehr verkauft worden seien als Parkplätze in der blauen Zone existieren. Der Kanton verkaufe demnach eine immer teurere Leistung, die er gar nicht erbringt.

Des weiteren verwies die Petentschaft auf einen UVEK-Beschluss, demgemäss 95% der Parkplätze, die oberirdisch abgebaut werden, unterirdisch zu kompensieren seien. Sie betonten, dass ihr Anliegen vor allem zugunsten von einkommensschwächeren Leuten sei, Familien, die sich kein GA leisten können, Menschen mit nicht ÖV kompatiblen Arbeitszeiten oder Arbeitsorten oder Menschen, die ihren Arbeitsalltag mit dem Auto bestreiten. Auch wenn sich in Basel keine politische Mehrheit für ihr Anliegen finden lasse, soll die Petition doch dafür sorgen, dass auch die Bedürfnisse der politischen Minderheit berücksichtigt werden.

Die beiden Vertreter aus dem Amt für Mobilität bestätigten, dass in Basel weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Grund dafür sei die Klimastrategie des Kantons. Damit verbunden sei eine stärkere Begrünung und die Entsiegelung des öffentlichen Raums. Zudem würden die Anforderungen an die Verkehrssicherheit stetig steigen und der Fuss- und Veloverkehr habe einen höheren Platzbedarf. Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes soll gemäss dem Wunsch des



Grossen Rates dazu genutzt werden, um den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern und Flächen zu begrünen und zu entsiegeln. In den letzten acht Jahren seien deshalb 6% der am Tag und 8% der in der Nacht im öffentlichen Raum angebotenen Parkplätze aufgehoben worden. Aktuell gebe es in Basel im öffentlichen Raum rund 25'000 Parkplätze auf einer Fläche von etwa 300'000 m. Gemäss den Vertretern des Amt für Mobilität nehme die Anzahl Parkplätze auf privatem Grund aufgrund neuer Überbauungen und Parkgaragen jedoch zu. Aktuell werden Parkplätze auf privatem Grund auf rund 80'000 geschätzt. Die Summe der privaten und öffentlich zugänglichen Parkplätze zusammen nehme also nicht ab, sondern zu.

Die Verlagerung der Parkierung vom öffentlichen auf private Parzellen werde vom Regierungsrat mit Massnahmen wie Mehrfachnutzungen von Parkplätzen und der Erstellung von Quartierparkings gefördert. Allerdings sei es nicht einfach, Eigentümerinnen und Eigentümer zu motivieren, ihre Einstellhallen für Dritte zugänglich zu machen. Mit der Erhöhung der Parkkartenpreise und mit der Differenzierung nach Fahrzeuglänge soll die Nachfrage reduziert und die von der Petition eigentlich geforderte Verbesserung der Parkiermöglichkeiten für Autos erreicht werden. Es gibt nämlich Autobesitzende, die ihren privaten Parkplatz anderweitig nutzen und ihr Fahrzeug mit Anwohnerparkkarte auf öffentlichem Grund abstellen. Zudem werden auch nur selten genutzte Fahrzeuge auf öffentlichem Grund parkiert. Untersuchungen zeigen, dass mehr als ein Drittel der in Basel auf öffentlichem Grund parkierten Autos innerhalb der jeweils letzten Woche nicht bewegt worden ist. Teurere Anwohnerparkkarten sollen einerseits dazu führen, dass mehr Leute ihr Auto auf privaten Parzellen abstellen und andererseits sollen sie besonders bei wenig Fahrenden den Anreiz erhöhen, ein Carsharing zu nutzen und auf ein eigenes Auto zu verzichten.

Beim von der Petentschaft erwähnten Beschluss der UVEK, demgemäss dem 95% der auf der Oberfläche aufgehobenen Parkplätze durch unterirdische ersetzt werden müssen, handelt es sich gemäss den Vertretern des BVD wohl um ein Missverständnis. Der Grosse Rat habe auf Antrag der UVEK beschlossen, dass Quartierparkings nur erstellt werden dürfen, wenn im Umfeld der Anlage bis zu einer Distanz von rund 500 Metern 95% der neu erstellten Parkplätze im öffentlichen Raum aufgehoben werden. Die Vertreter der Verwaltung verwehrt sich auch gegen die Behauptung der Petentschaft, der Regierungsrat kürze Leistungen. Zudem sei der Preis der Parkkarte gemessen am Wert der beanspruchten Fläche nach wie vor günstig. Die Aussage, dass es mehr Anwohnerparkkarten als verfügbare Parkplätze gibt, ist gemäss den Vertretern der Verwaltung unzutreffend. Seit der Preiserhöhung im 2019 sei die Zahl der permanent signalisierten Parkplätze in der blauen Zone in allen Quartieren höher als jene der verkauften Anwohnerparkkarten. Die Erhöhung der Preise im 2025 habe gemäss einem ersten Trend zu einem weiteren Rückgang der Anwohnerparkkarten um 9% gegenüber dem Vorjahr geführt.

Die von den Vertretern der Verwaltung präsentierten Statistiken wurden von den Vertretern der Petentschaft grundsätzlich angezweifelt. Die Petitionskommission war sich einig, dass angesichts der zahlreichen politischen Entscheide der letzten Jahre die Forderung nach Schaffung zusätzlicher oberirdischer Parkplätze und der Verzicht auf Streichung weiterer Parkplätze ohne gleichwertigen Ersatz unrealistisch und nicht zeitgemäss ist. Gleichzeitig kann die Petitionskommission den Unmut der Menschen nachvollziehen, die trotz Anwohnerparkkarte regelmässig keinen Parkplatz finden. Sie diskutierte deshalb verschiedene Lösungsansätze, wie zum Beispiel eine Sensibilisierung der Autofahrenden im Hinblick auf Parkieren mit möglichst geringem Abstand zu anderen Fahrzeugen oder eine Informationskampagne für Leute, die Autos nur selten nutzen, um ihnen aufzuzeigen, dass Carsharing für sie deutlich günstiger ist. Die Kommission glaubt jedoch nicht wirklich daran, dass sich damit der Parkierdruck im öffentlichen Raum wesentlich reduzieren lässt. Die Steuerung über die Preise der Parkkarten wird deutlich effektiver eingeschätzt, um das Ziel zu erreichen, dass im öffentlichen Raum ohne langes Suchen ein Parkplatz zu finden ist, und zwar ohne die Erhöhung der Anzahl Parkplätze.

Interessant fand die Kommission die Information über die zahlreichen kaum bewegten Autos. Sie diskutierte in der Folge auch über eine mögliche Beschränkung der Parkdauer mit Anwohnerparkkarte. Dies war jedoch nur ein weiterer Ansatz, der in der Kommission besprochen wurde. Grund für die Suche nach Lösungsansätzen war die Feststellung, dass ein Teil der Bevölkerung offenbar das Gefühl hat, man wolle sie mit der an sich politisch breit abgestützten Parkplatzpolitik schikanieren. Diesem Gefühl soll nach Meinung der Petitionskommission entgegengewirkt werden, sei es mit den diskutierten Massnahmen, sei es mit einer proaktiven Kommunikation von Seiten der Verwaltung.

Aus diesen Gründen beantragt die Petitionskommission einstimmig, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



13. Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten

[21.05.25 09:25:48, 25.5145.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

14. Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage

[21.05.25 09:26:15, 25.5146.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion zur Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet Dreirosenanlage ab. Wie die Motionärinnen und Motionäre korrekt feststellen, wurden im Rahmen einer Testplanung verschiedene Optionen zur sozial und stadträumlichen Entwicklung des Gebietsdreirosenanlage im Zusammenhang mit dem Projekt Rheintunnel geprüft. Auch die Schaffung von Provisorien sowie neu öffentlich zugänglichen Flächen und Grünräumen wurde in Aussicht gestellt.

Die FDP-Fraktion anerkennt, dass im Quartier im Bereich Grün- und Freiflächen Verbesserungspotenzial besteht. Auch die Verglasung der Dreirosenbrücke zur Verbesserung des Schallschutzes rheinabwärts ist für die Fraktion richtig. Nach der Ablehnung des Rheintunnels jedoch sämtliche Forderungen aus den geprüften Optionen und Verbesserungsmassnahmen als Motion einzufordern geht aus unserer Sicht deutlich zu weit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Das Klybeck ist auf Platz 3, Matthäus auf Platz 6, nicht bei möglichst vielen Grünflächen, sondern bei möglichst wenig Grünflächen. Interessanterweise macht der Quartieradar in Basel-Stadt die Rangliste danach, wer am wenigsten Grünflächen hat. Also wir sind hier im Bereich der Quartiere, die sehr wenig Grünflächen haben, nur die beiden Altstadtkreise in Klein- und Grossbasel haben weniger Grünflächen als das Klybeck. Das muss man sich mal vorstellen. Das ist schon interessant, dass hier zusätzliche Grünflächen als zu viel des Guten erachtet werden. Interessant ist auch, dass diese beiden Quartiere Quartiere sind, wo die Wohnfläche pro Person sehr klein ist. Also es geht auch hier um Familien, um Kinder, um Jugendliche, die nicht gerade sehr viel Fläche im privaten Umfeld zur Verfügung haben, für die es sehr wichtig ist, den öffentlichen Raum nutzen zu können.

Die Forderungen, die Heidi-Mück jetzt aufstellt, sind alles andere als revolutionär. Die wichtigste davon ist die Grünfläche am Rheinufer, etwas, das ja auch schon von der FDP gefordert wurde, das wir eigentlich auch schon beschlossen haben. Der wichtigste Unterschied, dem diese Motion jetzt macht, ist der Zeitplan. Die Regierung hat gesagt, dass es ihr möglich ist, das umzusetzen vor dem Baubeginn Dreirosenmatte. Das wäre also noch vor etwa 2030. Das heisst, hier kann und muss vorwärts gemacht werden. Wir möchten uns hier nicht mehr auf die nächsten 10, 20, 30 Jahre verträsten, wenn dann vielleicht irgendwann mal etwas Grosses geschieht,

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen, damit hier diese kleinen Verbesserungen für diese Quartiere, die es dringend nötig haben, umgesetzt werden können.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Laetitia-Block.

Laetitia Block (SVP): Auch wir von der SVP unterstützen eigentlich die meisten dieser vorgeschlagenen Massnahmen in dieser Motion. Wir sprechen uns für mehr Grünraum aus in Kleinbasel, für gute Verkehrsverbindungen sprechen wir uns auch aus, auch dass die Freizeithalle erweitert wird, und für eine durchgehende Reinpromenade. Sie sehen, wir sind absolut für diese Massnahmen, auch mehr Duschen sind eine gute Sache. Das sind gute Massnahmen, die man unterstützen könnte.

Nur leider wurde hier auch eine Anti-Auto-Forderung eingebaut. Denn die Verglasung der Autobahn, für die wir uns durchaus aussprechen können, wurde verbunden mit der Reduktion des Tempos auf Tempo 60. Diese braucht es unseres Erachtens gar nicht. Wenn eine Verglasung kommt, haben wir die Lärmreduktion, senken wir schon die Emissionen, und die Wohnqualität für die Anwohnenden steigt hier insgesamt.

Die SVP-Fraktion ist deshalb zum Schluss gekommen, dass sie diese Motion nicht unterstützen kann. Vielleicht auch noch zum Thema E-Mobilität, wodurch der Lärm auch noch reduziert wird auf der Autobahn. Es ist schade, dass diese Forderung hier noch eingebaut wurde, denn ohne diese Forderung hätten wir als Fraktion diese Motion absolut unterstützen können. Aber wir können diese Motion mit einer ideologisch eingebauten Anti-Auto-Forderung nicht unterstützen und sind deshalb zum Schluss gekommen, dass wir diese Motion ablehnen bzw. Sie bitten, diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Vieles muss man nicht mehr sagen, Tonja Zürcher hat schon sehr gut darauf hingewiesen, wo die Problematik liegt bei diesen beiden Stadtteilen, beim mangelnden Freiraum, bei der mangelnden Grünflächen. Ich bin selber Bewohner dieses Gebiets und kann das nur bestätigen. Die Vorschläge kommen ja eigentlich schon von der Verwaltung, vom Regierungsrat, sie sind also umsetzbar und ich kann Ihnen versichern, damals, als es um die Abstimmung gegen den Autobahnausbau in der Schweiz ging, haben die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gesagt, wieso kommt das erst jetzt? Das wären ja sinnvolle Verbesserungsmassnahmen, die dem Quartier schon jetzt zugutekommen könnten. Der Regierungsrat hat ja Vorschläge gemacht, die nicht aus den Wolken gegriffen sind, sondern das sind realistische Vorschläge, und daher kann ich jetzt hier nicht nachvollziehen, wieso es da Opposition dagegen gibt. Vielleicht findet man ein kleines Detail, das einem nicht passt, aber ich denke im Sinne des gesamten Quartiers sollten wir diese Motion wirklich mit grosser Überzeugung überweisen.

Einfach noch ein Wort zu diesen beiden Quartieren Klybeck und Matthäus. Da gibt es viele Probleme. Das wurde letztes Jahr sehr stark in den Medien hochgespült und ich denke, es wäre eine kleine Wertschätzung gegenüber den Bewohnenden in diesen beiden Stadtquartieren, dass man ihnen auch sagen kann, wir sind dafür und wir wollen dafür sorgen, dass das Leben in diesen beiden Quartieren sehr Lebenswert ist.

Also senden wir hier ein Signal an die Bevölkerung der beiden Quartiere Klybeck und Matthäus, indem wir ihre Wohnbedingungen verbessern wollen, und das nicht nur, wenn es darum geht, Stimmung zu machen für eine Abstimmungsvorlage, sondern auch danach, wenn das Projekt, wofür die meisten Quartierbewohnenden sind, nicht umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Der Rheintunnel wurde abgelehnt. Wer hätte es gedacht, meine Damen und Herren, die Basler Regierung jedenfalls nicht. Es wurden viele Versprechen gemacht und der Bevölkerung wurde vieles mitgeteilt, was anders gemacht werden könnte, was man anbieten könnte.

Heute sprechen wir über ein Geschäft, das auf den ersten Blick wie eine Nachwehe zur Rheintunnel-Abstimmung werden mag. Tatsächlich aber geht es um weit mehr. Es geht um konkrete, längst überfällige Verbesserungen für ein dicht besiedeltes Start belastetes Stadtquartier rund um die Dreirosenanlage, aber auch allgemein im Kleinbasel. Es geht um ein Versprechen an die Bevölkerung und letztlich auch um unsere Glaubwürdigkeit als Politik.

Im Zuge des Rheintunnel-Projekts wurde vom Kanton eine Testplanung erarbeitet mit viel Expertise und unter Einbezug der Quartierbevölkerung. Diese Testplanung hat nicht nur gezeigt, wie die Belastungen während der Bauzeit abgefedert werden könnten, sondern auch, welches Potenzial dieses Gebiet hat, unabhängig vom Tunnel. Im Abstimmungskampf hat der Regierungsrat konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt, mehr Grünräume, bessere Fuss- und Veloverbindungen,



attraktive Aufenthaltsorte. All das waren nicht einfach blossе Wahlversprechen. Es waren zugesicherte Massnahmen, und genau diese will die Motion nun verbindlich aufgleisen.

Wir sprechen hier über keine revolutionären Ideen, sondern über pragmatische, realisierbare Projekte. Eine Ersatzgrünfläche am Rheinufer, wo durch die Einkürzung der Hafенbahn neuer Freiraum steht, eine sinnvolle Verbesserung des Schallschutzes auf der Dreirosenbrücke, auch rheinabwärts, wo die Belastung heute besonders hoch ist, eine neue, sichere Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr beim Klybeckrhein, wichtig für Alltagsmobilität und Freizeit gleichermaßen, die Erweiterung der Freizeithalle durch die Umsiedlung der Stadtreinigung, etwas, das direkt Kindern und Jugendlichen zugutekommt und schliesslich die Öffnung der Rheinpromenade bis zum Klybeckquai, ein langer Wunsch im Quartier und zusätzliche Infrastrukturen für die Rheinschwimmerinnen. Diese Vorschläge sind keine Luxuslösungen. Sie sind vernünftig, gut begründet und bringen eine hohe Wirkung bei relativ moderatem Mitteleinsatz. Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserung der Lebensqualität in einem stark beanspruchten Teil unserer Stadt.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, die Motion verlangt ja nicht, dass alles sofort umgesetzt wird. Sie verlangt aber ein klares Bekenntnis zur Umsetzung mit Tempo, mit Verbindlichkeit und mit dem nötigen politischen Willen. Basel hatte gezeigt beim ESC, wenn es will, dann kann es. Und genau mit diesem Tempo muss es dranbleiben, und auch dann, wenn es um Verbesserungen für das Stadtquartier geht. Das ist nicht viel verlangt, im Gegenteil, wir sind es den Menschen im Quartier schuldig, dass wir hier dranbleiben. Und deshalb verstehe ich ehrlich gesagt auch die Argumentation der SVP nicht, wenn man sagt, ja eigentlich sind wir positiv, wir wären dafür, es ist ja gut, aber bei Tempo 60 wird es dann schwierig. Dazu kann ich ja sagen, es ist eine Kann-Formulierung, die Regierung wird das prüfen und dementsprechend zu einem Entscheid kommen.

Aus unserer Sicht ist klar, die Stadtentwicklung darf nicht nur dort stattfinden, wo es Investoren getrieben möglich ist, sondern vor allem dort, wo die Bevölkerung auf öffentliches Engagement angewiesen ist. Das Gebiet um die Dreirosenanlage ist ein Paradebeispiel dafür. Ich bitte Sie daher, unterstützen Sie diese Motion im Sinne einer fairen, nachhaltigen und sozial ausgewogenen Stadtentwicklung und vor allem aber auch im Sinne der politischen Verlässlichkeit gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Quartier. Ich denke, gerade das ist für die Regierung elementar, damit sie auch in Zukunft noch Glaubwürdigkeit hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ihr setzt euch sehr stark ein für die Menschen, die durch den Tunnel seinerzeit mit der Nordtangente schon sehr entlastet wurden. Wie setzt Ihr euch für die Menschen ein, die nach dem Nein weiterhin durch den Ausweichverkehr leiden werden, da wir keine Lösung durch den Tunnel haben.

Mahir Kabakci (SP): Ich spüre bei jeder Frage Ihr Herzblut für dieses Thema, aber da kann ich Ihnen sagen, die Bevölkerung hat entschieden, sie hat das Projekt abgelehnt. Und jetzt ist es im Auftrag der Regierung, eine Lösung zu finden, die für alle, welche in diesen Stadt leben, eine gute Lösung ist, für den Autoverkehr, aber auch für die Menschen, die in diesem Quartier leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): In der Fraktion wurde diese Motion ausführlich diskutiert und es ist nicht ganz einfach, dagegen zu sein, denn es hat sehr viele Massnahmen, die dem Quartier zugutekommen und die wichtig sind, das anerkennen wir. Dennoch, und Sie sehen es in der Kreuztabelle, ist die LDP dagegen, zum einen – und das wurde vom Kollegen der SVP schon gesagt – wollen wir das Tempo hier nicht drosseln. Vorher hat Mahir Kabakci viel vom Tempo gesprochen. Wir wollen nicht ohne Not am Autobahnabschnitt auch noch die Geschwindigkeit senken, wenn man gleichzeitig, und das unterstützen wir sehr, diese Lärmschutzmassnahme macht, indem man die andere Seite einglast. Das war seinerzeit halt schon etwas falsch geplant, dass man das nicht gemacht hat, und die Lebensqualität ist entscheidend davon abhängig, dass der Lärm dort in Griff gebracht wird.

Viele Massnahmen sind grundsätzlich sehr positiv zu beurteilen, aber wir finden hierzu ist keine Motion notwendig. Es gibt sehr viele Planungen, die in diesem Perimeter laufen, und wir wollen diese jetzt mit der Motion nicht auch noch belasten, denn wir wollen, dass es nun rasch vorangeht, und die Verbesserungen sind mehrfach artikuliert worden, die sind bekannt. Ich glaube nicht, dass die Regierung diese Motion braucht, um solche Verbesserungen umzusetzen.



Auch unsere Partei hat sich immer wieder dafür stark eingesetzt, dass es eine Aufwertung in diesem Perimeter gibt. Wir haben auch Ideen eingebracht, wie die Begrünung der Dreirosenbrücke und sind auch sonst sehr offen für verbessernde Massnahmen. Wir haben anrnt das Gefühl, dass die Motion hier auch die laufenden Planungen negativ beeinflussen kann und das wollen wir nicht unterstützen. Deshalb empfehlen wir und wünschen uns hier keine Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Finden Sie diese Haltung nicht ein bisschen paradox, wenn Sie auf der einen Seite sagen, jetzt wo der Rheintunnel abgelehnt wurde gibt es keine Entlastung für die Bevölkerung, die in diesem Stadtteil lebt, aber auf der einen anderen Seite sagen Sie bei der Dreirosenanlage, Sie seien gegen die Reduktion auf Tempo 60, weil das den Verkehr stören würde. Denn dies würde auch eine direkte Entlastung bringen.

Michael Hug (LDP): Durch eine Reduktion des Tempos wird die Belastung einfach noch viel grösser für das Quartier mit dem Suchverkehr usw. Darum muss man da dagegen sein zugunsten einer Entlastung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zum Schluss hat das Wort die Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Zuerst möchte ich mich bei den Gegnerinnen und Gegnern der Motion bedanken, weil sie anerkennen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich denke, das ist schon einmal eine Grundlage, auf der wir aufbauen können, auf der wir diskutieren können. Herzlichen Dank dafür.

Ich möchte gar nicht mehr viel zum Inhalt der Motion sagen. Es wurde wirklich viel schon gesagt, auch dafür herzlichen Dank. Mir war es eine moralische Frage, warum ich diese Motion eingereicht habe. Nämlich schon als bei den zahlreichen Veranstaltungen zum geplanten Rheintunnel die vielen schönen Möglichkeiten gezeigt wurden, wie die Dreirosenmatte und das Gebiet rundherum attraktiver gemacht werden können, fiel nicht nur mir auf, dass es für diese Massnahmen den Rheintunnel eigentlich gar nicht braucht. Die schönen Massnahmen waren die, die im Rahmen einer Testplanung erarbeitet wurden, und die waren ein Verkaufsargument, ganz klar, um der Quartierbevölkerung die zehnjährigen Baustelle auf einer ihrer sehr wenigen Grün- und Freifläche wenigstens ein bisschen schmackhafter zu machen.

Nun wurde der Rheintunnel abgelehnt und es stellt sich schon die Frage, was jetzt mit den vielen Ideen, die erarbeitet wurden, um die heutige Situation rund um die Dreirosenmatte zu verbessern, passieren soll. Da wird es für mich halt ein bisschen moralisch. Sollen die widerständigen Quartierbewohner:innen nun quasi bestraft werden, indem die Verbesserungsmassnahmen nicht oder viel später umgesetzt werden? Das fände ich ziemlich schlimm. Ich finde, es soll vorwärts gehen und deswegen habe ich auch eine Motion eingereicht.

Zudem wurde auch schon ziemlich viel Geld investiert, um diese Testplanungen zu machen. Solche Ideen und Planungen passieren ja nicht gratis. Es wäre ja schade, wenn wir das einfach versanden lassen würden. Und ehrlich gesagt, ich habe gestaunt und mich auch gefreut, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Aber ich mache mir auch keine Illusionen. So wie ich den Regierungsrat in letzter Zeit erlebt habe, wird bei einer Erstüberweisung der Motion ein Bericht kommen, der im besten Fall in schöner Argumentationslinie aufzeigt, dass diese Motion als Anzug weiterbehandelt werden soll. Und das ist wahrscheinlich die Realität, wir werden es sehen.

Ich wollte noch kurz etwas zur Temporeduktion sagen. Ich wusste, dass dieser Punkt in der Forderung ein Triggerpunkt ist, und deshalb habe ich die Formulierung wirklich sehr sorgfältig gewählt. Wenn Sie gelesen haben, was ich geschrieben habe, dann steht, dass die Temporeduktion geprüft werden soll. Die Motion könnte also auch umgesetzt werden, ohne das so zu verwirklichen. Und es war mir wirklich wichtig, dass ich das noch platzieren könnte.

Ich bitte Sie auf auf jeden Fall diese Motion wie vom Regierungsrat gewünscht ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen



Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006567, 21.05.25 09:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 gegen 30 Stimmen bei einer Enthaltung für eine Überweisung entschieden.

15. Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino

[21.05.25 09:48:07, 25.5142.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte noch ganz kurz erklären, warum ich das bestreite. Es ist eigentlich eine traurige Sache. Meine Oma hat den Stammbau abändern müssen, weil ich einen Vorfahren hatte, der Von Israel hiess. Hätte sie den Stammbaum nicht abgeändert, würde es mich vielleicht gar nicht geben. Aber ich habe einen Vorfahren, der hiess 1870 Von Israel, und klarer kann es ja nicht sein. Aber der Stammbaum konnte von meiner Oma abgeändert werden, damit man nicht ins Konzentrationslager musste.

Joël Thüring, Sie schreiben in Ihrem Anzug, den ich bestreiten möchte, dass Theodor Herzl gesagt hat, in Basel habe er den Judenstaat gegründet. Vielleicht wissen Sie es nicht, München wollte den Kongress nicht. Basel war eine Ersatzlösung. Ich habe Angst vor so einer Tafel. Sie wird beschmiert werden. Ich möchte auch nicht, dass wir zu einem Museumsdorf werden. Heute gibt es zwar eine Einladung in die Synagoge, ich weiss nicht, ob das ein Zufall ist, bei der 35 Grossräte dabei sind. Ich gehe nicht, weil ich einfach Angst habe, weil die Synagoge schwer überwacht wird, und ich kann auch daran erinnern an November 2023, an die 15 Männer mit Maschinenpistolen vor dem Rathaus Basel wegen dem Gebet.

Es gibt ein neues jüdisches Museum. Dort gibt es Platz für die Gedenktafel. Und darum bestreite ich den Anzug. Ich darf auch sagen, dass ich halt für Palästina bin. Ich war in Basel und dann in Muttenz. Meine Gymnasiumszeit ist mir, als wäre es gestern gewesen. Ich bin jung geblieben. Und die Gymnasiumszeit hat mich geprägt mit meinen Geschichtslehrern und darum habe ich auch ein linkes Weltbild in mir, ich bin für den Arbeiter. Und das wollte ich noch sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat aber nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gegen die Gedenktafel. Und ich komme zum Schluss. Ich war fest angestellter Redaktor bei der Davoser Zeitung in Graubünden. Sie schreiben von jüdischen Touristen aus aller Welt. Sie können es googeln, es hat grosse Probleme gegeben in Davos mit den jüdischen Touristen. Ich bin gegen diesen Anzug, und ich kann das auch begründet, sachlich. Ich weiss, dass es in vielen Linken innerlich brennt, und ich möchte bitten, dass die Linken hier reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA bestreitet die Überweisung dieses Anzugs und mir ist es wirklich wichtig, dass Sie sich dazu nochmals Gedanken machen. Ich versuche, Ihnen meine Gründe gegen die Beweise darzulegen und hoffe sehr, dass



Sie sich eben nochmals kurz überlegen, ob die jetzige Weltlage und der jetzige Zeitpunkt einen solchen politischen Vorstoss wirklich zulässt.

Der Anzug möchte am Stadtcasino eine Gedenktafel zu Theodor Herzl und seiner Ideologie zur Gründung des Judenstaats im Rahmen des ersten Zionistenkongresses von 1897 für Touristen anbringen lassen. Es geht hier also nicht darum, das Interesse und Bewusstsein der Bevölkerung um eine kritische historische Auseinandersetzung zur Person Herzls, zum Zionistenkongress, zum Antisemitismus und auch nicht zu den im Anschluss der israelischen Staatsgründung entstandenen dramatischen geopolitischen Folgen für die Bevölkerung im Nahen Osten zu wecken und im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Dies wäre ja durchaus sinnvoll. Nein, hier geht es um etwas anderes. Das Datum ist auch nicht zufällig, vor einer Woche wäre die Überweisung des Anzugs exakt am Datum der Staatsgründung Israels vom 14. Mai gewesen, die Ausrufung der Unabhängigkeit 1048 löste einen Krieg in der Region aus, welcher bis heute für alle Menschen, unabhängig ihres Glaubens und ihrer nationalen Zugehörigkeit, einen grossen Einschnitt hinterlassen hat und Generationen übergreifende Traumata entstehen liess. Einen Tag später fand übrigens der Gedenktag für die Vertreibung von rund 700'000 Palästinenserinnen und Palästinenser statt. Es gibt den einen Tag nicht ohne den anderen.

Die geforderte Gedenktafel betrifft neben der Person Herzl auch seine nationalistische Ideologie eines eigenen jüdischen Staats im Nahen Osten. Dass vor rund 125 Jahren diese Idee aufkam, kann politisch durchaus eingeordnet werden, prägte doch der Nationalismus und der Imperialismus die Politik und das Leben der Menschen zu dieser Zeit, ein Nationalismus, der die Menschheit schliesslich in die beiden grauenhaften Weltkriege führte. Die jüdische Bevölkerung war durch den herrschenden Antisemitismus in Europa stark bedroht. Der zionistischen Idee eines eigenen Nationalstaats beispielsweise in Palästina folgte zu dieser Zeit aber trotzdem nur eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung. Herzl jedoch legte den ideologischen Grundstein für den Zionismus und die jüdische Nationalbewegung, auf die sich nun die extreme rechtsnationale Regierung Israels beruft.

Ohne Kritik an der Person Herzl und seiner nationalistischen Ideologie wäre heute eine Gedenktafel undenkbar. Aber nicht nur historische Gründe sprechen dagegen, wer in der aktuellen humanitären Katastrophe in Gaza und in den palästinensischen Gebieten einen solchen Anzug der Regierung überweist – entschuldigen Sie, dass ich hier ein wenig deutlich werde – handelt verantwortungslos und unklug. Meine Damen und Herren, ich muss Sie eigentlich nicht darauf aufmerksam machen, dass die Regierung von Netanjahu seit Wochen keine Hilfsgüter, welche an Grenzen bereitstehen, passieren lässt, die palästinensische Bevölkerung aushungern lässt, überlebensnotwendige medizinische Hilfe blockiert und wieder Angriffe auf die Spitäler und Menschen in Gaza startet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, das hat auch nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Oliver Bolliger (BastA): Ich würde sehr wohl sagen, dass das mit der Gedenktafel zu tun hat, weil diese Idee ist grundsätzlich der falsche Ansatz, umso mehr ist es jetzt der falsche Zeitpunkt, eine solche Gedenktafel am Sommercasino anzubringen. Es ist in keiner Weise gerecht, dies ist aus meiner Sicht auch ein politisch motivierter Vorstoss, und diesen sollen wir nicht überweisen. Ich bitte Sie also, sich zu enthalten oder diesen Anzug abzulehnen.

Ich möchte für den Anzug Furlano noch etwas mitgeben, weil ich dazu nicht mehr sprechen werde und auch nicht bestreiten werde. Diesen Anzug braucht es aus unserer Sicht nicht, nicht weil kein Bedarf besteht, sondern weil die Regierung schon lange eine Taskforce hätte einrichten können. Die gesetzliche Grundlage besteht nämlich schon aufgrund des Anzugs von Pascal Messerli betreffend einen kantonalen Massnahmenplan Bekämpfung Antisemitismus. Und für die inhaltliche Taskforce wird zudem entscheidend sein, nach welcher Antisemitismus-Definition sie sich ausrichten wird und ich mache beliebt, dass sie die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus als Grundlage nehmen wird, damit wir hier einen Schritt weiterkommen.

Also ich bitte Sie nochmals, diesen Anzug zu einer Gedenktafel ohne historische Aufarbeitung dieses Konflikts nicht zu überweisen, einen solchen Vorstoss abzulehnen und politisch klug zu handeln. Und wenn Sie ihn nicht ablehnen können, dann enthalten Sie sich bitte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen, ich bin etwas irritiert aufgrund des ersten Sprechers, dass an diesem Rednerpult solche antisemitischen Auslassungen möglich sind.

Nun zum Anzug: Ist es legitim, Zivilistinnen und Zivilisten aushungern zu lassen? Ist der Einsatz von Phosphor legitim? Ist das Verlegen von Minen legitim? Diese Fragen muss man sich immer wieder stellen. Legal ist es nicht, aber es ist klar, dass



gerade in der heutigen Zeit das Recht leider kaum mehr gilt. Es gilt Auge um Auge, Zahn um Zahn und es gilt nicht, dass, wer einen Menschen tötet, die ganze Menschheit tötet, weil er damit die Würde von uns allen tötet. Das gilt in vielen Kriegen. Es gilt in der Ukraine genauso wie in Palästina, genauso im Sudan. Aus historischen Gründen hat die Situation in Palästina natürlich für uns eine besondere Bedeutung. Aber haben wir hier als Mitglieder des Grossen Rates schon einmal mit einem Regierungsvertreter, einer Regierungsvertreterin der israelischen Regierung gesprochen, haben wir mit einem palästinensischen Bauern gesprochen, der jeden Tag um sein Überleben kämpfen muss? Haben wir mit einer israelischen Friedensaktivistin aus einem Kibbuz gesprochen, haben wir mit einem einfachen Unternehmer oder einer Lehrerin in Gaza gesprochen? Wahrscheinlich die meisten nicht.

Aber ich möchte das hier einfach in aller Deutlichkeit sagen, auch weil sie vom Vorredner so genannt wurde, das spielt für diesen Anzug keine Rolle. Es ist ein Anzug, bei dem es aus meiner Sicht um etwas völlig anderes geht. Es geht um die Figur Theodor Herzl, gestorben 1904. Und wie das mein Vorredner schon gesagt hat, der Zionismus ist und war damals eine Randerscheinung und anders als beim ESC, wo man sich so freut, dass er nach Basel kam, der Kongress kann hierhin, nicht weil Theodor Herzl Basel so toll fand. Er war aus Wien, er lebte in Paris, entschuldigen Sie, aber Basel stand nicht im Zentrum des Interesses, sondern es war einfach der Ort, an dem dieser Kongress durchgeführt werden konnte und wo die Geldgeber, die ihn unterstützten auch die Organisation stemmen konnten. In Wien oder in Paris zum Beispiel war es schlichtweg nicht möglich.

Der Zionismus war damals eine Randerscheinung, die Mehrheit der Jüdinnen und Juden fühlten sich als Schweizer, als Deutsche, als Franzosen, als Jemeniten und Marokkanerinnen und Amerikanerinnen. Es gab diesen Nationalismus noch nicht, es war eine Randerscheinung und eigentlich muss man sagen, es war Theodor Herzls Drama seines Lebens, dass nicht mehr Menschen an seine Idee glaubten, denn dann wären vielleicht mehr Menschen früher nach Israel gegangen oder damals gab es ja noch die Debatte um Uganda etc. So waren viele Menschen jüdischen Glaubens in Europa und fielen dann im Zweiten Weltkrieg dem Holocaust zum Opfer. Theodor Herzl muss deshalb auch aus seiner Zeit gelesen werden. Er muss gelesen werden als das, was er für Basel gebracht hat, warum er in Basel war und wofür er in Basel stand.

Ein Teil der Fraktion wird sich enthalten bei diesem Vorstoss, aus dem einfachen Grund, dass sie sich die Frage stellt, ob das Anbringen einer Plakette überhaupt ein Vorstoss ist. Die Frage danach, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt ist, wurde schon angesprochen und die Frage vor allem, die im Zentrum steht, ob es eine Information oder eine Gedenktafel ist, stellen sich. Aus unserer Sicht müsste es vor allem eine Informationstafel sein, die natürlich jedem offensteht, zum Gedenken anzuregen, aber die Information bringt, im öffentlichen Raum ist. Und ich erlaube mir dann noch auf meinen Nachredner zu verweisen. Wir werden einen Vorstoss einreichen zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, denn ich denke, hier gibt es wirklich noch Bedarf zur Optimierung. Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem Vorstoss wahrscheinlich zustimmen, ein Teil wird sich enthalten.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Vorstoss Furlano sagen, der später kommt. Wir finden, die Motionen Messerli und Weibel, die ja auch überwiesen worden sind, sollen bei der Bearbeitung dieses Vorstosses mitgedacht werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht angenommen. Damit hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Eigentlich wollte Theodor Herzl den ersten Zionistenkongress in München abhalten, aber die dortigen Würdenträger und Rabbiner haben dies aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Dann wollte er nach Zürich. Das passte vor allem den Delegierten aus dem Zarenreich nicht. Sie befürchteten vom dort ansässigen russischen Geheimdienst belästigt zu werden.

Der Herzl Vertraute und spätere SP-Nationalrat David Farbstein schlug daraufhin Basel als Austragungsort vor. Die Basler Regierung, viele Persönlichkeiten, der damalige Rabbiner von Basel und somit auch die jüdische Gemeinden stammen in dem Kongress positiv gegenüber. Sie alle wollten den Kongress hier in unserer humanitären Stadt. Die gute Verkehrsanbindung, das Angebot an Kongressinfrastruktur waren mit ein Grund dafür, dass der erste und weitere zehn Kongresse bis und mit dem Jubiläumskongress 2022 in Basel stattfanden.

Nach der Gründung Israels war dieser Jubiläumskongress der einzige, der nicht in Jerusalem stattfand. Angesichts des weltweit erstarkten Antisemitismus hatte Herzl die Idee, einen Kongress abzuhalten, der zur Gründung eines jüdischen Staates führen sollte. Auslöser für die Zunahme antisemitischer Vorfälle war damals der Dreyfus Prozess in Frankreich. Heute ist es die Reaktion Israels auf die brutalen Terroranschläge der Hamas gegen israelischen Bürger, die nie wirklich verurteilt wurden. Stattdessen sehen wir uns auch in der Schweiz mit antiisraelischer und antisemitischer Propaganda in den sozialen Medien, Schmierereien, Demonstrationen, Mahnwachen und Störungen friedlicher Feste konfrontiert. Leider lassen sich beispielsweise Radio und Fernsehen davon beeinflussen. Sie berichten nicht mehr neutral. Und doch ist gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit eine Gedenktafel für Theodor Herzl mit seiner Idee, einen Staat für Juden zu gründen wichtig, insbesondere wenn man mit der Anbringung einer solchen Tafel ein Zeichen für Frieden und Versöhnung setzt.



An der Universität Basel findet derzeit eine öffentliche Ringvorlesung mit Podiumsdiskussionen zum Israel-Palästinakonflikt statt, die als Friedensimpuls gesehen werden kann. Das ist ein gutes Beispiel, wie auch in Basel das gegenseitige Verständnis gefördert werden kann. Zusammen mit der Anbringung der Tafel wünsche ich mir, dass mehr solche Impulse, gerne auch aus der Politik, gesetzt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Der vorliegende Vorstoss hat bei unserer Fraktion einige Diskussionen ausgelöst. Dabei ging es um den Vorstoss selbst, aber auch um die Frage, wie Geschichte im öffentlichen Raum in Basel präsent ist und sichtbar gemacht werden sollte.

Der Anzugsteller hat nicht Unrecht, angesichts der historischen Bedeutung von Theodor Herzl und des zionistischen Kongress in Basel wäre es angebracht, im öffentlichen Raum darauf aufmerksam zu machen. Das sehen wir uns in der sozialdemokratischen Fraktion alle so. Der Sprechende stand selbst zuletzt vor einem Jahr mit Vertretern des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut vor dem Stadtcasino und hat sich die Frage gestellt, wieso nirgends ein Hinweis auf Herzl und den Zionistenkongress zu sehen ist. Zudem erlauben die heutigen technischen Möglichkeiten mit QR-Codes und anderem auch mit relativ diskreten Mitteln viele Informationen zugänglich zu machen, die gerade auch der Kontextualisierung dienen.

Andererseits gibt es in den Basler Geschichten viele andere geschichtlich sehr bedeutende Ereignisse und Persönlichkeiten, auf die ebenfalls in keiner Art und Weise im öffentlichen Raum hingewiesen wird, weder zum Amerbach-Kabinett und damit die erste öffentliche Kunstsammlung der Welt, weder zum Konzil zu Basel 1431 bis 1449 und die hier erfolgte Papstwahl, weder zum Buchdruck, den Humanismus und Erasmus von Rotterdam, weder zu Johann Rudolf Wettstein und die Unabhängigkeit der Schweiz vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, weder zum Basler Frieden vom 17. April 1795, weder zu den wichtigsten Innovationen der Industriegeschichte unseres Kantons, weder zum Friedenskongress im Basler Münster 1912 noch zur Lage Basels im Zweiten Weltkrieg und die Flüchtlingspolitik gibt es nach meinem Wissen Informations- und Gedenktafeln. Daher erscheint es vielen von uns als sehr selektiv, nur zu Theodor Herzl und den Zionistenkongressen eine Informations- und Gedenktafeln anzubringen.

Dafür gibt es umgekehrt auch Gedenktafeln, bei denen man sich heute fragt, wieso die eigentlich hängen, ob sie wirklich auf Ereignisse verweisen, die historisch so bedeutsam sind. Es braucht aus unserer Sicht ein Gesamtkonzept zum Thema Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Neben qualifizierten Historikerinnen und Archäologen sollte ein Team, das ein solches Konzept erarbeitet, durchaus auch technisch versierte Fachleute zu Themen wie Medialisierung und Digitalisierung sowie pädagogische und touristische Wertsetzungen umfassen. Daher haben wir uns entschlossen, einen weiteren Vorstoss einzureichen, der genau das fordert. Die Einberufung einer solchen Expertengruppe mit einem klaren, zeitlich beschränkten Auftrag. Darüber habe ich mich auch mit meinem Historikerkollegen Oliver Thommen unterhalten und wir werden einen solchen Vorstoss, getragen von unseren beiden Fraktionen, gemeinsam einreichen.

Der Vorstoss von Joël Thüring hat aber auch aus anderen Gründen für Diskussionen bei uns gesorgt. Es stellt sich natürlich die Frage, ob es angesichts der anhaltenden Kriegereignisse und Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen der richtige Zeitpunkt ist, um durch Beschlüsse demonstrativ die historische Verbundenheit unseres Stadtkantons mit der Entstehung des Staates Israels zu betonen. Die Meinung zum Vorstoss von Joël Thüring waren und sind zum jetzigen Teil Punkt daher nicht einheitlich. Viele von uns werden sich enthalten. Diese Enthaltung sollte aber nicht als ein Wegducken verstanden werden. Wir haben sowohl historisch als auch zu den aktuellen Geschehnissen im Nahen Osten eine klare Haltung. Selbstverständlich stehen wir zum Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und anerkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Selbstverständlich sind für uns Menschenrechte unteilbar, sie gelten auch für die palästinensische Bevölkerung. Ebenso hat diese ein Selbstbestimmungsrecht. Die furchtbaren Verbrechen der Hamas rechtfertigen nicht das Ausmass der Zerstörung und die Anzahl der Toten im Gazastreifen.

Theodor Herzl ist nicht für die Handlungen der Regierung Netanjahu verantwortlich und verdient auf jeden Fall eine Informations- und Gedenktafel. Wir plädieren dafür, mit dem zionistischen Erbe unserer Stadt so umzugehen, dass wird zu diesem stehen aber es auch als Auftrag verstehen, im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten den Dialog und die gegenseitige Verständigung zu fördern. Wir stehen jedem Versuch der politischen Instrumentalisierung im Nahostkonflikt und jedem Versuch der Instrumentalisierung des Nahostkonflikts zu innenpolitischen Zwecken sehr skeptisch gegenüber.

Tim Cuénod (SP): Im Sinne der besten humanitären Tradition unseres Landes sollte unser Basler und Schweizer Standpunkt auf der Seite der Verteidigung und Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte liegen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich bin erstaunt, dass der Anzug bestritten wird und ich halte jetzt für die Mitte/EVP-Fraktion ein spontanes Votum. Wir unterstützen das Anliegen, eine Gedenk- oder Informationstafel zur Gründung des Judenstaates zu errichten. Wie das genau aussieht, ist offen. Es geht uns um eine historische Gedenk- oder Infotafel, unabhängig von der Politik der aktuellen Regierung in Israel.

Wenn ich künftig mit Freunden aus Israel durch Basel spaziere, freue ich mich über die neue Gedenk- oder Infotafel. Ich schaue jetzt in die Zukunft. Ich denke etwa an die jüdische Gastfamilie, wo meine Frau und ich am 7. Oktober 2023 waren. Meine Freunde äussern sich kritisch zur aktuellen Regierung, aber unabhängig davon, Basel war bedeutungsvoll für die Gründung von Israel.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, den Anzug zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einordnen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich möchte auch eine persönliche Erklärung abgeben. Endlich wird diskutiert. Oliver Bolliger hat sehr gut geredet zur Weltlage. Auch ich habe im Gymnasium gelernt in Basel. Es muss eine Zwei-Staaten-Lösung geben. Endlich gibt es eine Diskussion. Das freut mich.

Aber jetzt komme ich zu Oliver Thommen. Ich weiss nicht, Oliver Thommen hat mich angesprochen. Ich habe nur gesagt, was stimmt. Ich bin froh, dass ich lebe. Ich bin froh, dass ich hier bin und ich kann Ihnen den Stammbaum meiner deutschen Familie zeigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dieser Tafel nichts zu tun. Das ist ein Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Es hat nichts mit Antisemitismus zu tun, den man mir scheinbar vorgeworfen hat, wenn ich sage, ich habe jüdischen Vorfahren und ich kann das beweisen. Ich möchte nur ein Beispiel bringen, dann bin ich fertig. Anne Frank hat sich versteckt im Haus und meine Grossmutter hat den Stammbaum gefälscht. Das ist die Wahrheit, ich kann Ihnen das zeigen.

Oliver Thommen, sagen Sie mir bitte konkret, was Sie mir vorwerfen, nennen Sie Ross und Reiter, aber kommen Sie nicht mit Vorwürfen, die nicht stimmen. Tim Cuéond hat gut gesprochen. Sie haben richtig erwähnt das Konzil von Basel, der Papst wurde in Basel gewählt. Aber Sie haben vergessen, dass der russische Zar vor 200 Jahren in Basel gelebt hat. Sein Schlafzimmer ist jetzt das Zimmer von Regierungsrat Kaspar Sutter. Tim Cuénod, ich danke Ihnen für Ihre schöne Rede. Sie haben richtig gesagt, wir brauchen ein Gesamtkonzept. Es braucht eine Expertengruppen, sehr gut, ich unterstütze den Anzug, den Sie erwähnt haben. Sie haben auch richtig den Gazastreifen erwähnt. Ich schaue jeden Tag die Schweizer Tagesschau um 19 Uhr 30, und dann sehe ich, was im Gazastreifen passiert, und ich kann einfach nicht mehr verstehen, wie die Menschen leiden. Tim Cuénod, Sie haben gesagt, man müsse sich enthalten, aber das birgt die grosse Gefahr, dass dieser Anzug durchkommt. Ich möchte bitten, wie Eric Weber Nein zu stimmen bei diesem Anzug. Wenn es jetzt zu viele Enthaltungen gibt, wird der Anzug angenommen. Und darüber werden Sie sich noch in zehn Jahren ärgern.

Ich möchte einfach sagen, bleiben Sie sachlich und hören Sie auf mit irgendwelchen Vorwürfen. Ich bin froh, dass ich im Gymnasium war, ich bin froh, dass ich dort über die Zwei-Staaten-Lösung gelernt habe.

Eric Weber (Fraktionslos): Und was ich in Basel in der Schule gelernt habe, darf ich da sagen, und wir haben ja nachher einen Anzug, der ja auch schon von den Vorrednern angesprochen worden ist. Auch dort gibt es spannende Sachen zu sagen. Es ist halt so, Europa wird muslimisch. Ich decke mich damit ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, es reicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.



David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Ich spreche eigentlich nur, weil ich eigentlich eine Zwischenfrage an Tim Cuénod stellen wollte, aber die wäre wahrscheinlich zu lange ausgefallen, zumindest nach meinen Massstäben. Er hat ja hier ein Gesamtkonzept für das Anbringen aller möglichen Tafeln gefordert. Das ist meines Erachtens denkbar, aber es ist doch nur eine Schubladisierung oder Aufhängung dieses Anzuges.

Ich darf daran erinnern, wir haben immer wieder solche Einzelvorstösse behandelt. Wir haben eine Gedenktafel für die Opfer der Hexenverfolgung diskutiert, wahrscheinlich am historisch falschen Ort am Käppelijoch, es war ein Vorstoss von Brigitta Gerber. Ich glaube, dort hat man verschiedene Argumente gehabt, aber auch dort hätte man von einem Gesamtkonzept reden können.

Das Konzil im Haus zur Mücke ist glaube ich allgemein bekannt. Ich glaube, es steht auch etwas ganz Kleines dazu, will es aber nicht nachprüfen. Ich glaube, es mag Argumente gegen die Überweisung dieses Anzuges geben, aber das Argument Gesamtkonzept geht für mich nicht auf. Dann soll man doch ehrlich sagen, jetzt, zu diesem Zeitpunkt, wollen wir diesen Vorstoss nicht. Aber ich glaube, er ist wirklich sehr zurückhaltend und offen formuliert und macht auf die Historie aufmerksam. Und ich glaube, am genauen Text einer solchen Plakette wird noch gefeilt werden, das wird auch nicht von heute auf morgen kommen. Ich hoffe, dass, wenn die endgültige Redaktion dieser Plakette erfolgen wird, sich die Zeiten auch wieder etwas beruhigt haben im Konfliktgebiet. Das hoffen wir alle und in diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion, bei der es ja mehrheitlich gar nicht um die Gedenktafel ging, sondern mehr um einen aktuellen Konflikt und um die Historie dieses aktuellen Konflikts. Ich greife diesen Konflikt in meinem Vorstoss nicht auf und es geht auch nicht um diesen Konflikt. Man kann eine Gedenktafel zu einem historischen Ereignis auch nicht aus meiner Sicht mit einem aktuellen Konflikt verknüpfen. Das wäre gefährlich, denn dann müssten wir wahrscheinlich ganz viele Gedenktafeln, Erinnerungen überall auf der Welt abhängen, weil es immer wieder in einer aktuellen Situation zu einer Kontroverse kommen kann, die eine Gedenktafel oder eine Erinnerungsstätte vielleicht in einen anderen Kontext stellen würde.

Der Vorstoss verlangt konkret nur etwas. Er fordert, dass an die Gründung des Judenstaates im Stadtcasino, von Theodor Herzl erinnert und an dieses Ereignis gedacht wird. Und ich glaube, das ist eine relativ einfache Forderung. Ich schliesse mich da David Jenny an. Ich glaube nicht, dass es für diese Forderung nun, um sie vielleicht nicht heute überweisen zu müssen, eine Expertengruppe braucht, die sich lang und breit darüber Gedanken macht, wo man sonst noch überall in Basel eine Erinnerungskultur etablieren kann. Das soll man machen können. Ich verweigere mich dem nicht, aber das hat mit diesem konkreten Anliegen dieser Gedenkhafen sehr wenig zu tun. Es ist in der Vergangenheit tatsächlich so gewesen, Oliver Thommen, dass wir in diesem hohen Hause auch schon an anderer Stelle Gedenktafeln beschlossen haben. Ihre damalige Fraktionskollegin, Brigitta Gerber, hat ja auch mit ihrem Vorstoss auch die Gedenktafel beim Käppelijoch zur Hexenverfolgung lanciert. Wir haben diese in diesem Hause mehrfach besprochen. Wir haben auch hier unten im Rathaus eine Gedenktafel für die Verdingkinder errichtet. Auch das war möglich. Und ich stolpere jetzt schon ein wenig über diesen Widerstand, weshalb wir ausgerechnet eine Gedenktafel für Theodor Herzl beim Stadtcasino nicht haben möchten, eine historische Achterbahnfahrt machen und dann auch noch auf aktuelle Konflikte hinweisen. Ich finde das aus meiner Sicht für den Vorstoss und für die Idee eigentlich nicht sehr zielführend. Es ist einfach so, ob einem das gefällt oder nicht, dieses Ereignis ist für sehr viele Menschen ein bedeutendes Ereignis. Ich wurde angesprochen von Touristinnen und Touristen, die mir gesagt haben, ja, jetzt hattet ihr ja erst gerade kürzlich auch noch den Zionistenkongress. Es wurde erinnert an die Gründung des Judenstaates in Basel, und wenn wir aber auf diesem Platz, auf dem Barfüsserplatz stehen, der ja auch sonst vielleicht gestalterisch Potenzial hat für die Zukunft, dann liest man davon aber nichts. Und das finde ich meinen solchen historisch doch relevanten Weltereignis durchaus speziell, und darauf hinzuweisen und es vielleicht auch mit einer entsprechenden ergänzenden Information in einen Kontext zu stellen, das finde ich, sind wir doch auch unserer Stadt schuldig. Das sind wir auch den Touristinnen und Touristen schuldig, dass wir daran erinnern. Wir haben eine Erinnerungskultur, ja Tim Cuénod, die wandelt sich, die wandelt sich überall auf der Welt auch immer wieder. Wir sind hier in einem laufenden Prozess, ganz generell. Das ist auch gut so, das ist auch richtig so und ich glaube, für dieses spezifische Ereignis ist es sinnvoll und gerechtfertigt, dass wir dies nun an die Hand nehmen, dem Regierungsrat den Auftrag übermitteln. Wie David Jenny gesagt hat, wird das nicht gleich morgen schon geschehen. Ich würde mich freuen, wenn es nicht allzu lange geht. Der ESC hat ja nun gezeigt, wie schnell die Verwaltung sein kann, wenn es um etwas ganz Tolles geht. Ich wünsche mir diesen Speed auch bei anderen Dingen nun, und vielleicht lässt sich das hier doch auch sehr rasch umsetzen, so dass wir vielleicht schon beim 130 Jahre Jubiläum dann vielleicht schon so weit sind. Ich hoffe nicht, dass es das 150 Jahre Jubiläum dafür benötigt.



Ich bitte Sie aber nun, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Eric Weber, Brigitta Gerber und Tim Cuénod. Sie werden entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Joël Thüring, Sie wissen, ich finde Sie sehr sympathisch. Sind Sie mir jetzt böse, dass ich für Palästina bin?

Joël Thüring (SVP): Die Annahme einer Zwischenfrage bedeutet nicht, dass ich sie beantworten muss. Sie können diese Antwort jetzt interpretieren, wie Sie möchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich möchte eigentlich nur berichtigen, die Gedenktafel ist nicht nur auf Hexen ausgerichtet, sondern es steht klar und deutlich, heute ist dies ein Ort, der uns ermahnt, anderen Menschen ohne Vorurteile zu begegnen und sie nicht auszugrenzen. Haben Sie dies gewusst?

Joël Thüring (SVP): Ja, das habe ich gewusst. Ich habe vielleicht das Wort unter anderem Hexen vergessen zu erwähnen, aber es ist klar, was Sie mit Ihrem Vorstoss damals gemeint haben, ich war im Grossen Rat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Da Sie vorher die historische Bedeutung von Herzl betont und die Wichtigkeit des Gedenkens betont haben, möchte ich wissen, ob Sie mir sagen können, inwiefern die Dreyfusaffäre Herzl direkt bewegt hat, diesen Kongress zu organisieren?

Joël Thüring (SVP): Ich kann Ihnen sagen, dass wenn wir eine Gedenktafel beim Stadtcasino installieren, wir alle diese historischen Elemente berücksichtigen können. Und darum geht es mir. Es geht mir nicht um einzelne Ereignisse hier und heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Ideen, die man der Regierung mitgeben möchte, könnte man auch über eine schriftliche Anfrage einreichen. Warum haben Sie auf dieses Instrument verzichtet?

Joël Thüring (SVP): Weil ich schon mehr als nur eine Frage stellen möchte. Ich möchte konkret eine Herzl Gedenktafel und deshalb ist der Anzug aus meiner Sicht der richtige Weg, so wie es auch Ihre Fraktion immer wieder bei ganz vielen anderen Dingen auch tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen hiermit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 10 Nein, 27 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006569, 21.05.25 10:27:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Stimmen gegen 10 Stimmen bei 27 Enthaltungen.

16. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe

[21.05.25 10:28:07, 25.5143.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber möchte das bestreiten.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte bestreiten und kurz sagen, warum. Das Anliegen ist korrekt. Der Präsident hat es noch nicht gesagt, wenn wir jetzt so schnell weitermachen, gibt es keine Nachmittagssitzung. Aber ich möchte eine Nachmittagssitzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das ist der zweite Ordnungsruf. Bitte strapazieren Sie meine Nerven nicht. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich danke allen Fraktionen, dass sie diesen Anzug unterstützt haben und der Regierung, dass sie ihn entgegennehmen will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006572, 21.05.25 10:29:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 84 Stimmen gegen eine Stimme.



17. Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus

[21.05.25 10:29:57, 25.5147.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

18. Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne

[21.05.25 10:30:12, 25.5148.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte die Regierung begründen? Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keler.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Bei der öffentlichen Nutzung ist eine Gleichbehandlung wichtig. Und wenn eine Nutzung dort nicht stattfinden kann wegen einer anderen öffentlichen Nutzung, dann ist die erste Nutzung eben nicht entschädigungsberechtigt. Gerade bei den Fähren steht das auch in der Konzession, dass sie das dulden müssen und dass dann eben keine Entschädigung möglich ist. Ich denke auch, dass dann die Gebühren auf die Events überwälzt würden, und auch das halte ich gerade aufgrund der angespannten finanziellen Situationen von vielen Sport- und anderen Events eher für schwierig.

Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Nur ganz kurz: Wir haben uns entschieden, trotz Bedenken den Anzug zu unterstützen, aber mit dem Wunsch, dass eine Lösung geprüft werden könnte, die das nicht auf die Veranstaltenden überwälzt. Deswegen tragen wir das mit in der Hoffnung, dass wir entsprechende Antworten bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es haben sich keine Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Remo Gallacchi das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Vorab ein paar Informationen, ich bin Statthalter des Fähri-Vereins. Der Fähri-Verein ist nicht Besitzer der Fähren. Der Verein ist auch nicht zuständig für Betrieb und Unterhalt. Der Verein beschafft eigentlich nur Geld, das er der Fähri-Stiftung übergibt. Die Stiftung ist eigentlich Besitzer und zuständig für Betrieb und Unterhalt. Die Fähren gehören auch nicht dem Kanton. Sie werden auch nicht subventioniert. Also es ist quasi ein privatwirtschaftliches Unternehmen, obwohl man sich die Fähren aus dem Stadtbild nicht wegdenken könnte und sich nicht vorstellen könnte, dass diese jemals abgeschafft würden.

Bei den Fähren gibt es eine spezielle Situation. Regierungsrätin Esther Keller hat gesagt, dass wenn eine Nutzung eine andere Nutzung nicht möglich macht, dann ist das nicht entschädigungswürdig. Bei den Fähren ist das etwas Spezielles. Wenn Sie Baustellen haben, ist sowohl der Zugang zu privaten Häusern und zu den Geschäften immer möglich. Es gibt nach meiner Ansicht keine Nutzung, die eine andere quasi verhindert, wenn es um Geschäfte geht. Ich glaube nicht, dass der Barfüsserplatz irgendwie genutzt wird und dann heisst es, die Beizen dort müssten dichtmachen. Das kommt nicht vor. Es ist wirklich eine ganz spezielle Situation. Die Fähren bekommen quasi den Hinweis, dass der Rhein gesperrt wird und somit können sie ihr Geschäft nicht mehr ausführen. Es wird dann quasi ein Arbeits- respektive Geschäftsausübungsverbot ausgesprochen. Die Fähren haben nicht die Möglichkeit, diesen Einnahmenverlust zu kompensieren. Sie können die Kosten



nicht auf die Kunden abwälzen, weil die Fahrpreise gegeben sind. Andere Nutzer wie die Personenschiffahrtsgesellschaft können natürlich eine Gesamtrechnung machen über das ganze Jahr und die Preise auf die Kunden abwälzen. Bei der Personenschiffahrtsgesellschaft haben die Angestellten immer ihren Lohn, ob sie fahren oder nicht. Bei den Fähren ist es anders. Wenn sie nicht fahren, haben sie keine Einkünfte, die sie für ihren Lebensunterhalt brauchen.

Es ist eine spezielle Situation, ob man das dann quasi über Gebühren macht und die auf die Bewilligungsnehmer überwälzt, darüber kann man sich streiten. Es sind ja auch meistens Vereine, die gemeinnützig sind, ob man das dann denen aufbrummt, das sei einmal dahingestellt. Die andere Möglichkeit wäre, dass der Kanton als Verursacher, indem er sagt, dass das Geschäft nicht ausgeübt werden darf, diese Kosten übernimmt. Das passiert vielleicht vier bis fünf Mal pro Jahr, für einige Stunden. Dieser Betrag ist eigentlich nicht diskussionswürdig. Deshalb habe ich auch einen Anzug gemacht, damit der Regierungsrat zwei Jahre Zeit hat sich zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, diese Fähren zu entschädigen. Hinsichtlich des Resultats bin ich offen. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006575, 21.05.25 10:37:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 49 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen

[21.05.25 10:37:22, 25.5149.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüning.

Joël Thüning (SVP): Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diesen Vorstoss nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Anliegen von Claudio Miozzari halten wir grundsätzlich für sehr richtig. Wir gehen aber auch davon aus, dass eine aktive Sammlungspflege heute schon Teil der Aufgabe und der Arbeit eines Museums ist. Es gibt Sammlungskonzepte. Das wird ja auch im Vorstoss von Claudio Miozzari erwähnt. Wir gehen davon aus, dass diese in den Museen gelebt wird.

Wir könnten uns trotzdem damit einverstanden erklären, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen, haben aber einen ganz spezifischen Grund, weshalb wir das für den jetzigen Moment für nicht zielgerichtet erachten, weil die fünf staatlichen Museen momentan sehr stark ausgelastet sind mit der Provenienzforschung. Diese Aufgabe, das wissen die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission, aber auch Sie im Grossen Rat, ist auch letztlich aufgrund von Forderungen des Parlamentes lanciert worden. Diese Provenienzforschung ist für die Museen eine grosse Arbeit, eine grosse Herausforderung und bindet auch entsprechend Mittel, nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch personelle Ressourcen, und diese nun noch zusätzlich mit Arbeiten oder Aufgaben zu «belasten» halten wir für den falschen Weg. Wir würden uns



wirklich sehr darüber freuen, wenn sich die Museen nun in dieser Phase auf diese Provenienzforschung konzentrieren könnten.

Wir haben gleichzeitig die Situation, dass die Museen ab 2026 in ein neues System des Globalbudgets überführt werden. Auch das wird die Museen in den ersten Jahren stark beschäftigen. Das wird sie belasten und den Museen nun weitere zusätzliche Aufgaben zu übertragen, halten wir jetzt einfach nicht für richtig. Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Selbstverständlich teilen wir aber das Anliegen des Anzugstellenden, und wir erwarten, dass die Museen eine vernünftige, aktive Sammlungspflege leben und auch in diesem Kontext schauen, wie sie ihren Bestand allenfalls erweitern, verändern, verkleinern, was auch immer. Das ist uns ein wichtiges Anliegen, adressiert an die Regierung, an den Vorsteher des Präsidialdepartements. Darüber hinaus aber diesen Anzug jetzt zu überweisen, erachten wir für nicht zielführend, weil wie gesagt der Aufwand bei den Museen heute schon ausserordentlich hoch ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, Joël Thüring hat etwas nicht ganz an der Intention dieses Anzuges verstanden. Es geht nicht darum, die Museen zusätzlich zu belasten, sondern eher zu entlasten von gewissen Sammlungsstücken. Aufgrund der heutigen gesetzlichen Lage sind Sammlungen grundsätzlich unveräusserlich und die Ausnahmen sind ganz eng umschrieben. Hier sind ein paar Beispiele genannt, bei denen es sinnvoll sein könnte, dass man sich von Sammlungsstücken trennen kann. Das braucht unter Umständen eine Änderung vielleicht sogar des Gesetzes, aber sicher der Verordnung. Aber ich glaube, dann wird den Museen einiges leichter gemacht und in diesem Sinne sollte dieser Vorstoss überwiesen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit hat der Anzugsteller Claudio Miozzari das Wort.

Claudio Miozzari (SP): Die staatlichen Museen pflegen Sammlungsgegenstände in ihren Dateien und teilweise auch in ihren Archiven, die seit Jahrzehnten verschollen sind, die schlicht zerfallen sind, die in Kirchen oder offiziellen Gebäuden in anderen Kantonen verbaut sind und entsprechend da besser aufgehoben sind, ganz offensichtlich, oder die dutzendfach vorhanden sind. Das kostet viel Platz, generiert Aufwand, kostet Geld, das verpufft, ohne dem wirklichen Zweck der Sammlung zu entsprechen.

Professionell sammeln heisst auch, Sachen nicht zu sammeln und das heisst auch, Sammlungen ganz vorsichtig zu überprüfen. Und wir sind wirklich sehr vorsichtig im Kanton Basel-Stadt. Das Museumsgesetz setzt massiv hohe Hürden. Um einen Sammlungsgegenstand aus der Sammlung auszuschneiden, auch wenn es ihn nicht mehr gibt, braucht es einen Kommissionsbeschluss des Museums. Es braucht einen Beschluss des Rektorats der Universität und dann braucht es auch noch einen Regierungsratsbeschluss. Wir haben massiv hohe Hürdengesetz, was dazu führt, dass man diese Entsammlungen oder diese Streichungen aus den Datenbanken eher nicht wahrnimmt, weil es ein grosser administrativer Aufwand ist.

Entsprechend sinnvoll scheint mir, diese Aufgabe noch mit einem Programm zu verknüpfen, das hier gefordert wird, dass man das wirklich jetzt einmal durchspielt. Und ich erlaube mir auch zu sagen, dass das relativ gut zusammenpasst, auch mit der Provenienzforschung. Wenn man die Sammlung ansieht und über gewisse Sammlungsbestände auch Nachforschungen unternimmt, dann stösst man immer wieder auf Sachen, die gar nicht mehr da sind, und dann kann man die gleich ausscheiden. Wir haben auch für die Provenienzforschung massiv viel Geld gesprochen. Das Geld für die Provenienzforschung wäre da und es soll nicht zu Lasten der anderen Aufgaben gehen. Was ist ein braver Vorstoss, ich bitte Sie, ihn zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, Nein heisst Nichtüberweisung.



Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006577, 21.05.25 10:44:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 gegen 11 Stimmen.

20. Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung

[21.05.25 10:45:01, 25.5150.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern

[21.05.25 10:45:22, 25.5151.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat sich als Sprecher eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Anzug ist eigentlich sehr aktuell. Wir haben ja jetzt am Wochenende abgestimmt über die Standortförderung und das ist jetzt ein Zufall, dass der Anzug gerade jetzt kommt. Aber trotzdem, fast 40 Prozent haben Nein gesagt und auch ich habe Nein gesagt. Die SP war gespalten.

Ich finde die Drohung nicht nett von gewissen Firmen, dass sie wegziehen würden, wenn sie keine Unterstützung und kein Geld bekommen. Da muss ich sagen, wir weinen ihnen keine Tränen nach. Jetzt ist ja auch die Firma Straumann von Basel-Stadt nach Basel-Landschaft gezogen. Darum habe ich den Anzug gemacht, weil der Mittelstand eigentlich vernachlässigt wird.

Seien wir ehrlich, wer regiert uns? Ich sage, wir werden von der UBS, der Roche und von Novartis regiert. Und ich möchte das nicht. Ich werde irgendwie wie ein Linker, weil ich die grossen Firmen nicht akzeptiere und nicht toll finde, was die da in Basel mit uns machen. Darum habe ich den Anzug gemacht für den Mittelstand, für die kleinen Firmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.



Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006580, 21.05.25 10:48:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 73 gegen 2 Stimmen.

22. Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau

[21.05.25 10:48:52, 25.5152.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das betrifft auch Sie. Wir haben hier viele Kleinunternehmer im Parlament. Es ist einfach für viele Leute zu kompliziert worden, mit den hohen Steuern und mit dem Papierkram, eine Firma zu gründen in Basel. Ich stelle fest, wir haben in Basel nur noch Global Players, auf Deutsch Firmen, die weltweit herkommen und uns hier irgendwie etwas aufsetzen, das wir nicht wollen. Und das muss zu denken geben.

Viele stecken den Kopf in den Sand wegen dieser Bürokratie. Ich weiss, ich habe auch jetzt mit dem Anzug keine Chance, weil ich von der falschen Partei bin. Aber ich würde mich trotzdem freuen, wenn vielleicht zwei Leute meinem Anzug eine Stimme geben, denn ich schreibe ja hier, die Basler Wirtschaft leidet unter einer-Rekord-Bürokratie. Viele Leute sagen mir, sie würden keine Firma mehr gründen, sie hätten nur Sorgen und Ärger mit den Angestellten, mit den Steuern. Und es ist halt ein Problem. Deswegen habe ich den Anzug eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006582, 21.05.25 10:51:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 69 Stimmen ohne Gegenstimme.



23. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 10:52:46, 17.5144.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Barbara Heer für die SP-Fraktion.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, diese zwei Motionen stehen zu lassen mit dem Auftrag an die Regierung, die bestehenden Motionsaufträge umzusetzen, dann auch zusammen mit der Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, die wir ja im April der Regierung zum zweiten Mal als Motion überwiesen haben.

Im Rahmen der acht respektive sechs Jahren wurde eine Schwachstellenanalyse gemacht zur Schulwegsicherheit mit Einbezug von Eltern und Kindern wurde ein Umsetzungskonzept gemacht und dann auch in einem Gesamtpaket konkretisiert verschiedene Massnahmen umgesetzt, insbesondere jene, die als prioritär eingestuft worden sind.

Aus unserer Sicht sind die Grundaufträge der Motion aber bei weitem noch nicht umgesetzt. Es gibt immer noch sehr grossen Verbesserungsbedarf rund um Kindergärten und Schulwege. Insbesondere ist zum Beispiel bei Kindergärten überhaupt nicht erkennbar mit grosszügigen Markierungen, dass hier Kindergärten sind, und aus diesem Grund scheint es uns nicht angebracht, diese zwei Motionen abzuschreiben. Der politische Auftrag muss hier weiterhin mit Nachdruck bestehen bleiben. Aus unserer Sicht geht die Verbesserung der Schulwegsicherheit viel zu langsam vorwärts. Die Verwaltung ist aus unserer Sicht zudem auch ein Stückweit im Blindflug. Die einzigen Statistiken, die wir haben, sind die Unfallstatistiken. Wie aber tatsächlich auch die subjektive Schulwegsicherheit aus Sicht der Eltern und der Kinder sich verbessert, wie die Massnahmen Auswirkungen auf die tatsächliche selbstständige Mobilität der Kinder in der Stadt hat, dazu haben wir keine Daten.

Die Motionsbeantwortung beruht auf einer Analyse von 2020/2021, es hat sich bereits wieder sehr viel verändert in der Stadt, auch Baustellen können eine Situation sehr schnell und sehr stark verschlechtern, wie zum Beispiel im Bereich der Bäumlhofstrasse auch über Jahre hinweg. Also Orte, die einmal mit mittlerer Priorität eingestuft worden sind, können innert kürzester Zeit eigentlich die Kriterien erfüllen, um mit höchster Priorität angegangen zu werden.

Wir bedanken uns und anerkennen auch, dass jetzt doch bei 70 Örtlichkeiten mit hoher Priorität vieles angegangen ist. Wir beobachten aber auch, dass es durchaus bei den Örtlichkeiten mit mittlerer Priorität 67 gibt, bei denen die Polizei zum Schluss gekommen ist, hier gebe es kein objektives Problem und wo keine Massnahmen getroffen worden sind. Und auch bei Örtlichkeiten mit tiefer Priorität ging man einfach generell davon aus, dass hier gar kein Gefährdungsrisiko bestehe, dabei können aber auch in einer verkehrsberuhigten Strasse und auch in einer schwach befahrenen Strasse zum Beispiel wegen Falschparkierung oder wegen Baustellen und so weiter hohe Risiken bestehen.

Uns fehlt auch ein Stückweit Transparenz, welche diese Örtlichkeiten denn jetzt eigentlich sind. Es gibt weiterhin viel zu viele Orte in der Stadt, die von Eltern und Kindern als gefährlich betrachtet werden und dazu eben führen, dass die Mobilität der Kinder in der Stadt eingeschränkt ist. Dabei geht es viel auch um kostengünstige Massnahmen, die sind ja auch zum Teil bereits gemacht worden, könnten aber noch viel mehr gemacht werden, wie eben angepasste Markierungen im Bereich von Strassenverzweigungen, Fussgängerstreifen oder Trottoir zur Verbesserung der Anhaltesichtweiten. Deshalb nein können wir die Motion nicht abschreiben. Aus unserer Sicht bräuchte die Verwaltung dringend mehr Daten. Es braucht regelmässige Befragungen von Schülerinnen und Schülern, wie es Ihnen mit der Verkehrssicherheit geht und es braucht auch eine viel stärkere Einbeziehung von Kindern in die Verkehrsplanung, damit diese Interessen einfach schon viel früher berücksichtigt werden.

Dann noch eine grundlegende Bemerkung: Wenn wir es nicht schaffen, unsere Strassen zu einem sicheren Ort für Kinder zu machen, wie unsicher sind sie dann erst für Menschen mit einer Behinderung, zum Beispiel mit einer starken Sehbeeinträchtigung oder für ältere Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist. Wenn wir unsere Strassen also auf Schulwegsicherheit ausrichten, schaffen wir nicht nur mehr Lebensqualität für Kinder und Familien, sondern generell eine inklusive Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.



Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA beantragt Ihnen, die beiden vorliegenden Motionen stehen zu lassen. Wie die Regierung schlussfolgert, sind die Massnahmen erst weitgehend entschärft und werden noch bis 2026 umgesetzt. Bis dahin wollen wir noch warten und das Geschäft nicht als erfüllt abschreiben, wie das im Text steht.

Die Motionen können mit derjenigen von Tonja Zürcher zusammengefasst werden, das scheint uns richtig. Inhaltlich scheint uns nebst den vielen Argumenten, den guten Argumenten von meiner Vorrednerin Barbara Heer, vor allem auch der Punkt der sich rasch verändernden Verkehrsführung wegen der äusserst regen Bautätigkeit des Kantons nicht genügend berücksichtigt. Ich erinnere an die Fachstudie des Kinderbüros, die genau aufzeigte, wie zum Beispiel Kinder nicht genügend über Umwege informiert werden, weil die Schilder einfach zu hoch angebracht sind. Dies ist weiterhin so. Ich beobachte das täglich und ich möchte, dass Sie auch das Argument, wie es in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführt wird, mehr in Ihren Fokus nehmen. Wir plädieren deshalb für Stehenlassen und Vorwärtsmachen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich möchte jetzt für einmal eine Lanze Brechen für den Regierungsrat. Einmal mehr soll diese Motion stehengelassen werden. Natürlich, inhaltlich ist es überhaupt keine Frage, dass gerade im Umfeld von Schulen und Kindergärten der gesamte Verkehr besondere Vorsicht walten lassen muss. Ich bin fast täglich neben dem Isaak Iseli-Schulhaus und deshalb betone ich, dass der gesamte Verkehr Vorsicht walten lassen muss, nicht nur der verteuerte MIV. Wenn ich sehe, was da zum Teil auf dem Trottoir abgeht, das ist schon hanebüchen. Aber ich schweife ab.

Natürlich sind Kinder, Schüler und Kindergärtner besonders exponiert. Sie sind sich noch nicht ihres Handelns und dessen Konsequenzen bewusst. Nach der Schule ist Spielen angesagt, das ist richtig so und da kümmern sich diese Kinder weniger um den Verkehr. Es stellt sich aber mit der sechsten Debatte zu dieser Motion schon die Frage, wie sinnvoll es jetzt ist, sie noch einmal stehen zu lassen. Überlegen Sie mal, was heisst es denn, stehenlassen? Es bedeutet, dass der Regierungsrat eine Motion nicht nur in der Theorie oder nur in ein paar wenigen Teilen erfüllt hätte. Oder was ganz bedenklich wäre, dass der Regierungsrat mit der Arbeit an einer Motion überhaupt nicht angefangen hätte. Nur davon kann jetzt in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein. Der Regierungsrat hat, wie wir gehört haben, eine Schwachstellenanalyse gemacht, sage und schreibe 70 Örtlichkeiten als hoch prioritär eingestuft, und er legt eine beeindruckende Liste von Massnahmen vor, von welchen eine gute Anzahl per Ende 2024 umgesetzt worden sind, andere werden bis 2026 realisiert.

Der Regierungsrat beurteilt die Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen und Kindergärten heute als hoch. Er hat dokumentiert, dass er die Situation ernst nimmt, also von fehlendem Interesse des Regierungsrates kann hier nicht die Rede sein.

Die SVP ist mit dem Regierungsrat einig, dass die beiden Motionen Wanner und Moesch als erfüllt betrachtet werden können, und wir stellen im weiteren fest, dass bei Regierung und Verwaltung die nötige Sensibilisierung vorhanden ist, dass die verlangte Verkehrssicherheit in diesem Fall also gerade rund um Schulen und Kindergärten auch in Zukunft die nötige Aufmerksamkeit erhält.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die beiden Motionen abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, die beiden Motionen stehen zu lassen. Die Anliegen sind nach wie vor berechtigt. Es wurde vieles erreicht. Es wurde auch bereits ausgeführt, aber es wurde auch vieles noch nicht erreicht. Und ich glaube mit dem Verweis auf weitere hängige Motionen zwei Motionen als erfüllt zu bezeichnen, das kann nicht sein, sondern die Motionen sind noch nicht erfüllt unseres Erachtens.

Es ist wichtig, dass wir die Schulwegsicherheit ernstnehmen. Wir haben einige Vorfälle gehabt. Tempo 30 kann die Sicherheit stärken. Wir müssen uns auch immer wieder bewusst werden, dass viele der Massnahmen, die uns jetzt vorgeführt wurden in der sehr ausführlichen Beantwortung der Motion auf Farbe beruhen. Farben sind eigentlich keine Verkehrsmassnahmen. Hier muss eine ernste Änderung des Paradigma kommen. Es braucht einen Paradigmenwechsel, dass wir schauen, für wen wir die Strassen bauen in unserer Stadt. Ich denke, die Kinder sollten einen grossen Teil der Beantwortung dieser Frage sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Hettich für die LDP.



Daniel Hettich (LDP): Ich mache es kurz. Die LDP unterstützt den Antrag der Regierung für Abschreiben der beiden Motionen. Sie hat aufgezeigt, dass sie das Thema ernstgenommen hat und an vielen Orten umgesetzt hat oder am Umsetzen ist. Bauen ist nicht immer so schnell gemacht, wie man sich wünscht, und die noch fehlenden Projekte sollen ja in den nächsten Jahren erledigt werden. Wir vertrauen darauf und unterstützen den Antrag. Danke, wenn Sie das auch machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist es so, wie wir von einigen der Sprechenden gehört haben. Der Antrag auf Abschreiben der Motion ist weder darauf begründet, dass wir das Thema nicht wichtig finden noch dass wir denken, das sei jetzt erledigt. Im Gegenteil, die Schulwegsicherheit ist eine laufende Aufgabe, der wir uns ständig annehmen. Es ist eine Aufgabe, die jetzt insbesondere gerade mit der regen Bautätigkeit in der Stadt hohe Priorität genießt und es ist auch eine Aufgabe, zu der wir schon andere Motionen mittlerweile hängig haben.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, hier diese Motionen abzuschreiben. Sie sehen, wir haben dieses Thema wirklich sehr ernstgenommen. Wir haben diese Schwachstellenanalyse durchgeführt. Wir haben zahlreiche Massnahmen umgesetzt und Ihnen sehr konkret auch beschrieben, welche Massnahmen wann noch umgesetzt werden. Glauben Sie uns, wir bleiben an diesem Thema dran.

Die Bitte um Abschreiben machen wir deshalb, weil wir im Rahmen anderer Motionen diese Aufträge noch pendent haben und ich denke, deshalb kann man diese Motionen gut abschreiben.. Wir bleiben ohnehin an diesem Thema intensiv dran.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Wanner.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Barbara Herr

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006585, 21.05.25 11:06:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 48 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

23.1. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 11:06:27, 18.5351.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst es erledigt Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heiss stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006587, 21.05.25 11:06:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auch hier entschieden, die Motion stehen zu lassen mit 47 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe?, Schreiben des RR

[21.05.25 11:07:07, 25.5182.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Ich hatte die Regierung gebeten, mir zu sagen, warum sie den vom Gesetzgeber vorgesehenen Mitwirkungsprozess nicht beachte. Die Antwort ist wenig sinnvoll, weil ja wenig und praktisch kein Gestaltungs- respektive Handlungsspielraum bestehe.

Nun, falls Sie das gemacht hätten, dann hätte Ihnen sicher eine Anwohnende schon früh gezeigt, dass die der UVEK vorgelegte Planung mit falschen Bildern bestückt war. Nur der obere Teil Schützenmatte und Brausebad haben Vorgärten und deshalb mehr Platz zwischen den Häuserzeilen. Die Häuser davor sind direkt ans Trottoir gebaut. Auch hätten Sie eventuell frühzeitig mitbekommen, dass da Behindertenwohnheime, Kinderärzte und jugendpsychologische Institutionen an einem schattigen Trottoir liegen, das nun so zurückgebaut wird, dass ein Nebeneinandergehen zu zweit mitten in einem Quartier verhindert wird und so einfach noch gefährlicher ist als heute schon, mit einem Tram, das mit 45 km/h an Ihnen vorbeirauscht und eben im gleichen Abstand, nur mit weniger Trottoir. Auf der anderen Seite, stadtauswärts und auf der sonnigen Seite, ist das nicht so gefährlich, da steht das Tram mehrheitlich im Stau und bewegt sich im Schrittempo. Oder Sie hätten erfahren, dass aus der Burgunderstrasse heute regelmässig Autos ins Tram fahren, weil dieses so schnell und die Stelle so unübersichtlich ist, dass es nun eben noch knapper wird. Aber ja, bisher gab es ja nur Sachschaden.

Sie argumentieren, dass Sie ja nur Werkleitungen, Kanalisationsarbeiten etc. im Untergrund bearbeiten und daher auch keine der Einsprachefristen abwarten müssen. Nun ja, die 6er Linie wurde bereits abmontiert und wird neu gelegt. Kaphaltestellen werden an der Oberfläche gebaut ohne Ausweichmöglichkeiten für Velos. Ja, es ist hier eng, aber eben auch vorgesehen ohne Temporeduktion wie bei anderen Stellen in der Stadt, zum Beispiel an der Missionsstrasse, jetzt gerichtlich durchgesetzt.

Eine Temporeduktion, die notabene ebenso entsprechend Strassennetz-Hierarchie auf 30 km/h vorgesehen werde, da untergeordnete Strassennetze in erster Linie dazu dienen, Quartiere zu erschliessen und den Aufenthalt zu ermöglichen, daher an dieser Strasse nicht nur Tempo 30er-Zone errichtet, sondern sogar Begegnungszonen gebaut werden sollten. Und wir müssen gar nicht bis Ende 2025 und Ende der Baustelle warten. Wir können das jetzt angehen.

Überhaupt wird die Oberfläche wenig, aber eben sehr wohl einschneidend verändert. Auf der stadtauswärts gehenden Seite können neu Velo und Tram nebeneinander fahren, wahrscheinlich bis dann das Tram stehenbleibt und dann zum nächsten Auto, so weit wird es reichen. Man habe aber 40 cm zu wenig Raum für die gesetzliche Breite von 4 Meter 20, weil das im schmalen Strassenschnitt halt fehle, also kein Platz für einen gesetzlichen legitimierte Velostreifen bestünde. Ja warum



wohl? Weil vielleicht das Trottoir stadtauswärts eben auf der anderen Seite 70 cm verbreitert wird, damit Lastwagen nicht parkieren, aber umladen können? Vielleicht deshalb.

A propos Kreativität und Quartiersbefragung - auch der Velogegegenverkehr, der ja heute bereits ausgiebig praktiziert wird, aber halt recht gefährlich ist. Es könnten ja auch Velo-Ampeln auf der Gleislinie angebracht werden, die die Vorfahrt des Trams gewährleisten, aber den Velos sind der Zeit dazwischen die Möglichkeit geben, gemütlich Richtung Stadt zu fahren ohne parkierte Autos wie in der Feierabendstrasse oder der Eulerstrasse.

In der Strassennetz-Hierarchie steht auch noch, Strassen sind hier auf reduzierte Geschwindigkeit ausgelegt. Das heisst ja wohl auch, dass der Zugang 50 Meter davor die Auberg ab Richtung Elisabethen-Garage das Ziel auch beinhaltend ankündigen sollte.

Ich möchte nur noch etwas sagen zum Auberg. Das wollen Sie nicht nehmen, sei da zu hoher Restwert vorhanden. Okay, wir hätten es auch gerne gemacht mit ein paar Grünrabatten, die sind durchaus willkommen, nur eine Rabatte irgendwie zwischen Schützenmattstrasse und Austrasse würde das vielleicht etwas verbessern. Aber das können Sie natürlich nicht wissen, weil Sie ja einen Mitspracheprozess überflüssig finden, obwohl gesetzlich vorgesehen. So schreibt die Regierung dann auch, es gehe einfach nur darum, einen funktionstüchtigen Zustand herzustellen und gewissen gesetzlichen Erfordernissen Genüge zu tun. Ja, so habe ich das Projekt bisher leider auch verstanden. Weder Partizipation noch kantonale Strategien und Gesetze werden berücksichtigt, wie die Klimaschutzstrategie, die Strassennetz-Hierarchie und gerade neu nochmals vom Volk bestätigt die Priorisierung des Veloverkehrs.

Es ist wirklich enttäuschend. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, sie ist wirklich äusserst ungenügend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

25. Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR

[21.05.25 11:13:08, 23.5539.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In der dynamischen Arbeitswelt von heute kommt nicht nur der primären Berufswahl, sondern auch der fortlaufenden Laufbahnentscheidung ein hoher Stellenwert zu. Jugendliche und junge Erwachsene müssen zwingend mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie im Laufe ihrer Karriere eigenverantwortliche und informierte Entscheidungen treffen können. Das kommt nicht nur ihrer individuellen Eingliederung in die Arbeitswelt, sondern letztlich auch der gesamten Wirtschaft zugute.

Wir zeigen in der Beantwortung des Anzugs detailliert auf, wie die Studienberatung an den Gymnasien in unserem Kanton organisiert ist. Das Konzept der Berufsstudien und Laufbahnwahl ist bereits seit längerem fest verankert und es kommt ihm eine wichtige Bedeutung zu. In der Beantwortung der weiteren Entwicklung der gymnasialen Maturität dient das baselstädtische Konzept mit seiner fortlaufenden Begleitung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern über die vier gymnasialen Jahre anderen Kantonen als Vorbild. Die verschiedenen Stellen, allen voran die Studienberatung, die Schulen und die Berufsberatung arbeiten eng und intensiv zusammen, um umfassende Kenntnisse zur Berufs- und Bildungswelt zu vermitteln und an den entscheidenden Stellen individuelle Beratungen anzubieten. Dabei wird selbstredend auch die Wirtschaft einbezogen. Neben der Berufsmesse werden Berufsfelder zum Beispiel auch an Podiumsdiskussionen fassbar gemacht in der Form von Betriebseinblicken oder im Rahmen von Praktika.

Natürlich bleibt die weitere Entwicklung des Konzepts ein ständiger Aufbau. Die Anpassung an neue Gegebenheiten der Arbeitswelt wird nie ganz abgeschlossen sein. Nichts desto trotz bin ich überzeugt, dass wir in Basel ein sehr gut funktionierendes anpassungs- und zukunftsfähiges Modell etabliert haben. Deswegen bitten wir Sie, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet sich hat sich Catherine Alioth als Fraktionssprecherin für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für den informativen und detaillierten Bericht. Das Ziel des Anzugs ist es, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung verbindlicher zu gestalten und als integralen Bestandteil der gymnasialen Ausbildung zu etablieren. Deshalb sollte sich die Beratung über alle vier Jahre erstrecken, damit eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der möglichen Eignungen für Berufsfelder erfolgt.

Aus unserer Sicht fehlen ein paar Aspekte und ich möchte diese hier kurz erläutern. Mit den zwei Dienststellen im Erziehungsdepartement für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und einer Studienberatung an der Universität gibt es im Kanton eine umfassende Angebotsstruktur. Das ist auf der Grafik auf Seite 4 des Berichts sehr gut dargestellt. Ich danke dafür.

Catherine Alioth (LDP): Aus der Grafik und der Antwort des Regierungsrates geht nicht eindeutig hervor, wie eine ganzheitliche Beratung sichergestellt wird. Auch sind die Angebote, die Alternativen zu Studium und Matura aufzeigen, bislang nur in Form einer Infothek vorhanden. Die Einbindung der Wirtschaft in die Beratung, wie in Frage 3 gefordert, erscheint ebenfalls noch ausbaufähig. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen könnte den Schülerinnen und Schülern helfen, besser zu verstehen, welche Qualifikationen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Eine stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung kann auch dazu beitragen, weniger populäre, aber dringend benötigte Berufe attraktiver zu machen. Wenn Schülerinnen und Schüler sehen, welche Karrierechancen und Entwicklungsmöglichkeiten es gibt, sind sie eher bereit, sich für diese zu entscheiden.

Der verstärkte Einbezug der Wirtschaft ist nicht nur als Reaktion auf den Fachkräftemangel zu verstehen, sondern auch als proaktive Massnahme zur nachhaltigen Gestaltung der Arbeitswelt. Dieses Anliegen teilen auch die Handelskammer beider Basel, der Arbeitgeberverband Region Basel und der Gewerbeverband Basel-Stadt. Sie unterstützen den Anzug und wollen ihn stehenlassen, ebenso die SVP und die FDP.

Die bereits bestehenden Angebote zeigen, dass die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung dem Regierungsrat ein grosses Anliegen ist. Aus unserer Sicht könnten die Angebote wie gesagt noch besser aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden. Das würde ihre Wirksamkeit verbessern. Ziel muss es sein, die Studienwahl zu erleichtern und Studienabbrüche zu reduzieren. Daher ist es begrüssenswert und sinnvoll, dass das ED das Konzept der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung überarbeitet und neue Modelle zur Laufbahngestaltungskompetenzen über die verschiedenen Bildungsstufen und Laufbahnphasen integriert. Daher sollte der Grosse Rat über diese Weiterentwicklungen informiert werden. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug zu unterstützen und stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Grossrätinnen und Grossräte bekommen ja immer wieder diese Stellungnahmen der Handelskammer und des Gewerbeverbandes zu unseren Geschäften, die wir hier behandeln. Ich nutze dies oft für meine Voten, um mich auf Gegenargumente vorzubereiten. In diesem Fall ist das aber nicht so. Gerade auch von Seiten der Politik wird ja oft moniert, wir hätten zu viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, es sei alles sehr akademisch hier, wo bleibt denn die Berufsbildung? Und die Berufsbildung ist ja nicht nur ein Thema auf der Sek 1-Stufe. Es gibt verschiedene Gründe, warum sich jemand nach der obligatorischen Schulzeit noch nicht für eine Lehre entscheidet und trotzdem ist der akademische Weg nicht der richtige. Ich gehe mit dem Gewerbeverband einig, dass das Konzept und die Massnahmen, auf die der Regierungsrat aufmerksam macht, die Ziele nicht unbedingt erreicht. Es braucht eine verbindliche Integration, auch auf der Sek 2-Stufe. Das Ziel sollte sein, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in den Gymnasien wirklich verbindlich und wirkungsvoll zu verankern. Wir müssen das Thema Fachkräftemangel auch von Seiten der Ausbildung, von der Berufsbildung, der Schule, von der Schullaufbahn aus sehen.

Und dafür braucht es eine Beratung, die alle Berufswege auch im Gymnasium für akademische wie nicht akademische berät. Der Gewerbeverband schreibt, dass sie klare kantonale Zuständigkeiten und eine systematische Qualitätssicherung wollen, einen konkreten Zeitplan und eine strategische Zielsetzung. Ich gehe da mit dem Gewerbeverband einig. Zurzeit ist es so, dass Angebote, die sich auf ein späteres Studium beziehen, da sind, aber die Alternativen zum Studium und der Matura nur in Form einer Infothek vorhanden sind. Ich weiss, da sind Pläne, aber ich spüre noch keine Verbindlichkeit.

Das Schöne an meinem Amt als Grossrätin ist, dass ich auch die Arbeit in der Kommission habe, und da erhalte ich vertiefte Einblicke in ein Thema und da ändert sich auch manchmal eine Meinung zu einem Thema oder in diesem Fall zu Playern. Ich glaube in diesem Fall, dass es die stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung braucht, um auch die weniger beliebten oder bekannten Berufe attraktiv zu machen. Da ich weiss, dass auch Vertreter der SVP mit mir in dieser



Kommission sitzen und das Thema Berufsbildung ja oft wichtig ist, bin ich etwas erstaunt, dass sie nicht für Stehenlassen sind, die Arbeitgeberverbände, Gewerbeverband und Handelskammer sind ja klar für Stehenlassen.

Ich bin bei unserem jetzigen Vorsteher des ED sehr zuversichtlich, da ihm die Berufsbildung ja wirklich ein grosses Anliegen ist und weiss auch, dass er einiges vorhat in diesem Bereich. Ich plädiere daher, den Anzug stehen zu lassen, um in zwei Jahren darüber informiert zu werden. Ich glaube, Catherine Alioth ist da mit demselben Argument gekommen.

Wie gesagt, die SP ist offen und ich hoffe, meine Fraktionskolleg:innen, die im Moment noch nicht im Raum sind, werden mir folgen. Wir sind übrigens für Stehenlassen, aber nicht offiziell.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte/EVP bittet Sie, dem Regierungsrat zu folgen und diesen Anzug abzuschreiben.

Ich denke, dass man bei dieser Frage eigentlich zwei Stränge mitverfolgen muss. Zum einen gibt es die Schülerinnen und Schüler, die nach Ende der Sekundarstufe 1 noch nicht recht wissen, was sie tun wollen und die dann vielleicht aus ihrer Not heraus ans Gymnasium gehen, und da aber oft auch sehr schnell merken, dass es eigentlich nicht unbedingt der richtige Platz ist. Für diese Schülerinnen und Schüler läuft sehr viel auch sehr direkt für die Berufsberatung und überhaupt nicht für die Studienberatung. Die jetzt zwei Mal genannte Infothek wirkt vielleicht noch wenig, aber da sind Standortgespräche und im Gespräch mit Eltern und Schülerinnen und Schülern, die zum Beispiel schon Mitte des ersten Schuljahres am Gymnasium sehr auf wackeligen Beinen stehen, wird darüber gesprochen, was Alternativen sind. Ich schicke zum Beispiel als Klassenlehrerin diese Eltern und Schüler direkt zur anwesenden Vertreterin des Berufsinformationszentrums, damit sie entweder vor Ort über alternative Möglichkeiten einer Berufslehre sprechen oder einen Termin vereinbaren, um das zu tun.

Das heisst für Schülerinnen und Schüler, die im Laufe ihrer Sek 1-Zeit noch nicht einen Weg in die Berufslehre gefunden haben, wird sehr aktiv auf verschiedene Art und Weise dafür gesorgt, dass sie an die notwendigen Informationen kommen, dass sie dann vielleicht auch Schnupperlehren machen, und das passiert dann auch, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Und dann gibt es die Schülerinnen und Schüler, die am Gymnasium sind und es auch beenden wollen und bei denen es mehr um die Orientierung danach geht. An unserer Schule beispielsweise wäre das in den Profilwochen. Da hat ein Schüler bei mir in einer Informatikfirma gearbeitet, um zu prüfen, ob er nur eine private Begeisterung für diesen Bereich hat oder ob das als Berufsfeld in Frage kommt. Ein anderer Schüler hat ein Praktikum im Biozentrum gemacht und ist zum Schluss gekommen, dass er ganz sicher nicht Biologie studieren möchte und dass der akademische Weg mit Forschung nicht so Seines ist.

Die Schülerinnen und Schüler haben also auch im Laufe der Gymnasialzeit die Möglichkeit, in direkten Kontakt von Berufsfeldern zu kommen und herauszufinden, ob sie ein bestimmtes Studium also ergreifen sollen oder nicht. Und das Ganze ist in Konzepten, einerseits in dem genannten Gesamtkonzept des Kantons schon vorgesehen, aber auch im schulspezifischen Konzept, niedergelegt, wie sie das in ihren verschiedenen Gefässen bewerkstelligen wollen, dass es eben zu solchen Orientierungsmöglichkeiten kommt.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir nicht sinnvoll, den Anzug noch einmal stehen zu lassen, um noch etwas mehr Papier zu produzieren, sondern einfach die Schulen ihre Arbeit machen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In unserer Antwort zeigen wir konkret, wie wir mit diesem Thema unterwegs sind, also mehr Wirtschaft in der Schule durch alle Stufen, mehr Berufsorientierung, mehr Bemühungen auf allen Stufen, von Primarschule bis Gymnasium. Wir nehmen das Thema sehr ernst und die Votant:innen, die dagegen gesprochen haben, die den Anzug unbedingt stehenlassen wollen haben genau Themen erwähnt oder Bereiche oder weitere Bestrebungen, mit denen wir sowieso sehr aktiv unterwegs sind. Daher plädiere ich nochmals dafür, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006590, 21.05.25 11:29:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 72 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR

[21.05.25 11:29:20, 25.5184.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sandra Bothe-Wenk: Die Antwort der Regierung liefert eine sachliche Darstellung der bundesrechtlichen Vorgaben zur gymnasialen Maturitätsform und verweist auf laufende Prozesse im Kanton, insbesondere auf die eingesetzte Arbeitsgruppe. Dennoch, meine Interpellation zielte auf eine bildungspolitische Einordnung, nicht nur auf Strukturfragen. Ich habe eine Einordnung durch den Regierungsrat erwartet und deshalb um eine schriftliche Antwort gebeten, um dafür genügend Zeit einzuräumen.

Seit zwei Jahren befasst sich die Regierung mit der Fremdsprachenstrategie. Eine Haltung auch in Bezug auf Selektion sollte darlegbar sein. Die gestellten Fragen sind zentral im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Bildungs- und Laufbahnwege im Kanton Basel-Stadt. Es geht doch darum, wie wir Bildungswege gestalten, wie wir Selektion begründen und wie wir mit knapper werdenden Personalressourcen in wichtigen Fächern wie Französisch umgehen. Ein Verweis auf eine Arbeitsgruppe reicht nicht aus. Damit wird die Chance verpasst, Orientierung zu geben in einem Thema, das Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen, Ausbildungsbetriebe und abnehmende Hochschulen gleichermaßen betrifft. Ich kann es deshalb vorwegnehmen, ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Zu den Fragen im Detail, Frage 2: Die Aussage der Regierung ist zwar formal korrekt, verkennt aber die Tragweite. Mit der Wahlmöglichkeit verliert Französisch de facto den Status als obligatorisches Maturfach. Das ist sehr wohl relevant. Denn wenn das Fach, das auf tieferen Schulstufen stark gewichtet wird, auf der Sekundarstufe 2 künftig abwählbar werden kann, stellt sich unweigerlich die Frage nach der Verhältnismässigkeit und Stimmigkeit der Selektionskriterien in unserem Bildungssystem.

Hingegen sehe ich ein, dass meine Frage zum Personalbestand im Französischunterricht nicht präzise genug formuliert war. Insbesondere fehlt die Relation zur Gesamtzahl der Lehrpersonen pro Stufe, was eine genaue Einschätzung erschwert. Dennoch hätte man den Kern der Frage erkennen können. Aber auch ohne Vergleichszahlen wird deutlich, ein relevanter Teil des Französischunterrichts wird derzeit von Lehrpersonen ohne fachspezifisches Diplom oder mit noch laufender Ausbildung erteilt, und das in einem Fach, das schulisch stark gewichtet wird, das birgt ein Risiko für die Bildungsqualität und eine potenzielle Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern im Selektionsprozess.

Zur Frage 2 zu den geplanten Massnahmen: Die Frage zielt klar auf den Mangel an Französischlehrpersonen, nicht auf den Mangel allgemein. Das geht aus der Interpellation hervor. Es ist mir unverständlich, dass die Antwort diesen Unterschied ignoriert, keine konkreten Massnahmen zur Gewinnung von Fachpersonal im Fach Französisch nennt. Somit bleibt offen, wie die Regierung dem Problem konkret begegnen will und welche Rolle dabei die PH FHNW spielen könnte.



Was die Frage zur Sprachreihenfolge usw. betrifft, finde ich es nachvollziehbar, dass diese im Rahmen der anstehenden Gesamtüberprüfung der Bildungsstrategie Fremdsprachenerwerb behandelt werden. Entscheidend ist für mich, dass dann die Fragen aber auch konkret und vertieft aufgegriffen werden. Es ist jetzt der richtige Moment für eine ehrliche bildungspolitische Standortbestimmung. Die anhaltende Kritik am Frühfranzösisch, zuletzt formuliert durch Alain Pichard in der NZZ vom 13. Mai macht deutlich, dass weder der Zeitpunkt des Fremdspracheneinstiegs noch die Qualität des Unterrichts als gegeben vorausgesetzt werden dürfen. Eine wirksame Fremdsprachenstrategie entfaltet nur Wirkung, wenn sie als durchgängiges Konzept über alle Schulstufen hinweg gedacht wird, nicht als Abfolge isolierter Einzelentscheide. Dann greifen die Bildungsstufen nicht mehr stimmig ineinander. Deshalb soll die Fremdsprachenstrategie einheitlich über alle Schulstufen hinweg kohärent geplant werden. Ziel dieser Strategie muss die Studierfähigkeit und die Anschlussfähigkeit an Berufslehren in der ganzen Schweiz sein. Also beispielsweise das Erreichen des Sprachniveaus B2 in der zweiten Landessprache bei der Matura. Dieses Bewusstsein wünsche ich mir für die anstehende Beantwortung meines im Interesse einer klaren, zukunftsfähigen Fremdsprachenbildung und auch zur Stärkung der Grundlagefächer in Deutsch und Mathematik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR

[21.05.25 11:34:33, 25.5186.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug: Zunächst möchte ich mich für die Beantwortung bedanken, möchte aber gleichzeitig ein paar Punkte aufbringen, die mir in der Beantwortung noch nicht schlüssig geworden sind.

Die Regierung spricht davon, dass viele potenzielle Interessenten bekannt gewesen wären, die eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht gezogen haben und drei hätten sich danach zurückgezogen und die jetzige Partnerin, der Verein Chateau solaire, wurde dann deshalb ausgewählt. Hier stellt sich die Frage, wie es dazu kam, dass man überhaupt in Kontakt getreten ist mit diesen vier Interessenten. Sind die einfach so direkt von sich aus auf Sie zugekommen oder gab es da eine Information? Es stellt sich mir die Frage darum, weil es vielleicht noch einige andere hätte geben können, die zu diesen Konditionen – das erläutere ich nachher – auch ein Interesse daran gehabt hätten, eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht zu ziehen.

Zwei wesentliche Punkte, die Gebrauchsleihe – das Haus wird also übergeben, ohne dass eine Miete bezahlt werden muss, aber der Verein muss den Unterhalt finanzieren –, das läuft beim FD. Gleichzeitig gab es ein Gesuch um Finanzhilfe beim ED. Das wurde auch in den Medien bekannt, dass über einen Betrag von 300'000 Franken und mehr diese Zwischennutzung mitfinanziert wird. So weit so gut. Was ich jedoch nicht sehen kann, ist ein Programm auf der Homepage, wo diese Leistungsziele, die ja offenbar vereinbart wurden, damit dieser Betrag gesprochen werden konnte, auch umgesetzt werden. Ich bin direkter Anwohner des Sommercasinos und sehe derzeit eigentlich gar keine Nutzung. Es wäre eine super Gelegenheit gewesen während des ESC oder bei der Frauen EM, hier auch für das Quartier etwas anzubieten. Da stelle ich mir wirklich die Frage, ob das Angebot noch besser wird. Ich habe gehört, dass auf dem Instagram-Profil des Sommercasinos immerhin aufgezeigt wurde, dass es ein Public Viewing gibt während der Frauen EM, aber sonst gibt es kein Angebot, das mir bekannt ist, und es wird auch schlecht vermarktet.

Da sehe ich schon ein krasses Missverhältnis zu diesem Betrag über 300'000 Franken, die ein Verein bekommt, der einfach zum Handkuss gekommen ist, diese Zwischennutzung zu übernehmen, Geld bekommt und danach kein wirkliches Programm hat. Es wird zwar in der Antwort ausgeführt, dass es eine Leistungszielüberprüfung gibt. Da bin ich gespannt, denn es steht nicht in der Antwort, inwiefern die Ziele überhaupt ausformuliert wird. Es steht nicht in der Beantwortung, welche Ziele dieser Verein erfüllen muss, was ich unbefriedigend finde.

Positiv erachte ich sicher, dass man auch in Aussicht stellt, dass eine ganzheitliche Evaluation erfolgt und dann verschiedene Nutzungen in Frage kämen. Meine grösste Sorge ist, dass aus der Zwischennutzung dann ein Dauerzustand wird und das Quartier und auch weitere Bevölkerungsteile der Stadt gar nicht profitieren können von der Situation Sommercasino. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das unbedingt im Bereich der Jugendkultur weitergenutzt werden



muss, da gibt es sehr viele Angebote in der Stadt, aber es ist sicher ein Punkt, dies zu diskutieren mit der Quartiersbevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.

Einen Punkt finde ich dennoch speziell, dass der vorige Verein auch hohe Ziele hatte, die er erfüllen musste, gleichzeitig auch Miete bezahlen musste. Es ist eine ungleiche Situation, die jetzigen Nutzenden haben eine Gebrauchsleihe und ein Angebot, das nicht wirklich erkennbar einen Vorteil für die Bevölkerung bringt. Die Situation vorher war insofern besser, dass auch noch Auflagen bestanden haben in Bezug auf eine Buvette und sonstige öffentliche Anlässe.

Darum bin ich mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

28. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR

[21.05.25 11:39:48, 23.5542.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR

[21.05.25 11:40:16, 20.5432.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Harald Friedl hat sich als Fraktionssprecher eingetragen.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist enttäuscht von der Beantwortung des Regierungsrates und beantragt Ihnen deshalb, diesen Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen.

Wir wissen es alle, Feuerwerke tragen erheblich zur Feinstaubbelastung bei und beeinträchtigen Wild- und Haustiere sowie Ruhe suchende Bewohnerinnen und Bewohner massiv. Angesichts der ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wäre es nicht nur legitim, sondern auch geboten, hier klarere Massnahmen zu ergreifen. Dass dies möglich ist, zeigen andere Gemeinden. Davos wird immer wieder als Beispiel gebracht, es zeigt auch, dass es möglich ist und auch rechtlich zulässig ist, tiefgreifende Massnahmen zu verfügen.

In unseren Augen ist eben auch die Prüfung der Alternativen zu diesen Feuerwerken in der Antwort zu wenig genau gemacht worden und es wird sehr schnell abgetan mit Argumenten wie etwa, es sei in einer dicht besiedelten Umgebung nicht möglich, Drohnenshows oder Lasershows durchzuführen. Wir sind uns aber sicher, dass dies möglich ist und wir bitten daher den Regierungsrat darum, dies nochmals eingehender zu prüfen. Ich denke, die Beispiele nehmen europaweit oder weltweit laufend zu, und da kann man sich auch inspirieren lassen.

Dass die jetzige Regelung kein ausgewogener Kompromiss ist, wie das der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, davon kann ich aus eigener Erfahrung sehr gut berichten. Ich weiss nicht, ob der Regierungsrat wahrnimmt, was in wirklich dicht besiedelten Gegenden in dieser Stadt abläuft am 1. August oder am Tag davor. Bereits zwei, drei Tage zuvor werden zu jeder Tages- oder Nachtzeit Knallkörper abgelassen, es hallt in den Hinterhöfen, am Fest des 1. August selber ist eigentlich vor drei Uhr morgens nicht an Schlafen zu denken, wenn man an gewissen Orten wohnt, und es stinkt am Tag darauf dann in weiten Gegenden der Stadt.



Mir ist es selbst auch bewusst, dass sich nicht alle disziplinieren lassen, wenn wir jetzt für einen grösseren Zeitraum das Feuerungsverbot aussprechen. Es werden immer Leute sich über welche Kanäle auch immer mit solchen Knallkörpern versorgen können. Aber wir sind der Meinung, dass es hier eine klarere Kommunikation braucht und eben eine grössere Zeit, dass das eigentlich nicht im Sinne ist unseres Kantons oder der hier wohnenden Bevölkerung und der hier angesiedelten Tiere und Lebewesen. Es ist nämlich eine kleine Minderheit, die auf Kosten der grossen Mehrheit sich hier aufführt, wie wir es eigentlich nicht tolerieren wollen.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug noch mal stehen zu lassen, so dass der Regierungsrat und die Verwaltung nochmal die Möglichkeit haben, in sich zu gehen und tiefer greifende Massnahmen vorzuschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Mir wurde vor wenigen Sekunden unterstellt, dass ich zu einer kleinen Minderheit gehöre. Ja, ich stehe dazu, ich liebe Feuerwerk. Ich bin aber nicht sicher, ob ich tatsächlich in einer kleinen Minderheit bin. Die meisten von Ihnen haben letzte Woche auch, vom ESC-Fieber gepackt in der einen oder anderen Form in der Halle oder im Stadion oder sonstwo, mitgefeiert und einen tollen ESC-Anlass erlebt. Ja, der war voll von Feuerwerk. Man kann diskutieren, ob so viel Feuerwerk überhaupt nötig gewesen wäre, aber warum war er voller Feuerwerk? Weil es die Leute lieben, im Stadion vom Würfel aus, die Leute haben geklatscht, haben gejoht, haben gefilmt, haben Fotos gemacht, 36'000. Jetzt kann man argumentieren 36'000 sind eine Minderheit der Einwohnerinnen und Einwohner von Basel, von mir aus, aber ich glaube auch nicht, dass jeder Feuerwerkfan dieser Stadt ins Stadion gekommen ist wegen dem Feuerwerk, sondern das war ein Bild der Gesellschaft, ein Querschnitt durch die Gesellschaft.

Was hat die Regierung entschieden? Die Regierung hat entschieden, dass man einen Kompromiss macht zwischen den verschiedenen Interessen, und zu diesen Interessen gehören selbstverständlich die Interessen der Haustiereigentümerinnen und -eigentümer, aber auch die Interessen derjenigen, die Feuerwehr lieben. Man hat entschieden, dass man an drei Tagen im Jahr Feuerwerk ablassen darf und an 362 Tagen im Jahr nicht. Wenn jetzt Harald Friedl argumentiert, dass sich die Leute nicht daran halten, muss man das Problem aber anderswo lösen, nicht durch ein generelles Verbot von Feuerwerken oder sonst welche Massnahmen, sondern mittels Durchsetzung bestehenden Rechts. Also hat diese Argumentation hier nichts verloren.

Kommen wir zum Thema zurück. Es geht hier um Alternativen zum Abbrennen von Feuerwerk. Laser wird genannt, Drohnen werden genannt, es gibt sicher noch andere Alternativen. Aus meiner Sicht wird sehr deutlich und auch für mich nachvollziehbar aufgezeigt von der Regierung, warum auch diese Alternativen nicht frei von Problemen sind. Ich weiss nicht, wie viele Drohnen Sie über dem Rhein starten lassen wollen und dann fliegen so und so viele ins Wasser und die Batterien verrotten hier im Wasser. Ist das so viel besser aus Umweltschutzsicht? Dann kommen die ganzen Sicherheitsfragen, wo man die überhaupt ablassen darf, über den Köpfen von Leuten ja sicher nicht, denn wenn eine abstürzt, wollen Sie die ja nicht auf dem Kopf haben. Also da gibt es jede Menge Argumente. Die Regierung zeigt das überzeugend.

Wenn man jetzt das hier stehen lässt, dann kann man damit zwei Absichten verfolgen. Entweder kann man sagen, die Regierung soll nochmals aufzeigen, weshalb diese Alternativen nicht gut sind. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie man da zu neuen Schlüssen kommt. Oder man kann indirekt und sozusagen subkutan fordern, dass einfach ein generelles Feuerwerkverbot kommt. Über ein solches haben wir in der letzten Legislatur abgestimmt und es wurde hier drin in aller Deutlichkeit abgelehnt. Also wenn Sie das wieder bringen wollen, das allgemeine Feuerwerkverbot, ja gut, dann bringen Sie halt wieder so eine Motion und dann wird es vielleicht wieder genau gleich deutlich abgelehnt. Aber wenn Sie mit diesem Anzug und dem Stehenlassen dieses Anzugs dieses Ziel verfolgen wollen, dann bin ich sicher, werden wir in zwei Jahren wieder hier stehen, wieder darüber diskutieren, es wird sich bis dann nichts geändert haben, ausser dass man einfach einen Anzug mehr auf der Tabelle der Verwaltung gelassen hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Die Voten hier vorne, wenn wir so erzählen und unsere Voten halten, sind oft recht biografisch, und so erfahren wir doch einiges voneinander. Von mir erfahren Sie heute, dass ich das Platin Jubiläum der Quen im 2022 verfolgt habe, geschaut habe aus einem persönlichen Grund, aber ich bin ja sehr dankbar, da habe ich auch diese Wahnsinnsasershow gesehen. Das war 2022 und sehe auch, es gibt Alternativen zum Feuerwerk. An Lorenz Amiet: Es muss ja nicht unbedingt über dem Rhein stattfinden.



Die bestehende Regelung orientiert sich primär an der Bewahrung von Tradition, und anstatt aktiv einen Wandel zu Gunsten der öffentlichen Gesundheit, des Tierschutzes und der Umweltqualität voranzutreiben. Irgendwie ist die Dringlichkeit und das Potenzial für zukunftsweisende unverträgliche Lösungen untergegangen in der Antwort der Regierung. Der Bericht anerkennt zwar ja die negativen Auswirkungen von Feuerwerk auf Tier und Umwelt, aber warum ziehen Sie denn keine konsequenten Schlüsse? Wie Sie wissen, trägt Feuerwerk erheblich zur Feinstaubbelastung bei und es beeinträchtigt die Wildtiere und Haustiere massiv. Und wir stehen auch vor einer ökologischen Herausforderung.

Ich finde, dass die Alternativen zum Feuerwerk, zum Beispiel Laser, sehr schnell vom Regierungsrat einfach mal abgetan wurden, und es gibt in diesem Bereich einfach rasante technologische Entwicklungen. Ich habe jetzt von 2022 berichtet. Wir sind jetzt im 2025, who knows, wie es im 2026 aussieht, was es da alles gibt.

Drohnenshows – Lorenz Amiet hat auf die Problematik hingewiesen. Ja, aber auch da entwickelt sich einiges. Die sind international etabliert und können eben auch eine emissionsarme, sichere und eindrückliche Alternative anbieten. Dass Basel als dicht bebaute Stadt für solche Formate sich nicht eignet, ist in meinen Augen einfach eine unbelegte Behauptung. London ist sehr dicht besiedelt, da war einiges möglich. Ich frage mich einfach, wo ist denn der Innovationswille der Regierung? Tradition vor Innovation lese ich, wenn ich die Antwort lese.

Ich bitte Sie zusammen mit den Grünen und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir beraten heute über einen Vorstoss, der angesichts der Herausforderungen unserer Zeit mehr als berechtigt ist und über eine Stellungnahme des Regierungsrates, die leider weder dem Anliegen noch dem Ernst der Lage gerecht wird. Dieser Anzug verlangt nichts Radikales, er verlangt etwas Selbstverständliches, dass wir unsere öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere den Nationalfeiertag, so gestalten, dass sie nicht länger auf dem Rücken der Umwelt, der Tierwelt und von Menschen mit besonderen Empfindlichkeiten ausgetragen werden.

Und was antwortet der Regierungsrat darauf? Mit einer dreissigprozentigen Kürzung des Silvester-Feuerwerkes, wohlgermerkt nicht des 1. August-Feuerwerkes, verbunden mit dem Hinweis, dass dies bereits zu einer Reduktion der Feinstaubbelastung führe. Diese Massnahme ist bestenfalls symbolisch. Noch gravierender ist das, was fehlt, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativen. Der Regierungsrat ignoriert, dass andere Städte in der Schweiz wie international längst vorgemacht haben, wie man festliche Stimmung auch ohne Knall, Rauch und Gift erzeugen kann, mit Drohnenshows, Lichtinstallationen oder musikalischen Inszenierungen. Diese Ideen werden nicht einmal geprüft, keine Machbarkeitsstudie, kein Pilotprojekt, kein Dialog mit der Bevölkerung. Das ist keine zukunftsgerichtete Politik. Das ist Verwaltung im Energiesparmodus.

Es geht hier nicht um ein Verbot aus Prinzip, es geht um Verantwortung, um Lärmschutz, um Tierwohl, um Luftqualität und um ein sichtbares Zeichen des Wandels. Genau deshalb darf dieser Vorstoss nicht abgeschrieben werden. Er verlangt keine sofortige Abschaffung, sondern eine ernsthafte Prüfung, eine politische Weichenstellung für einen 1. August, der unsere Werte widerspiegelt: Rücksicht, Nachhaltigkeit, Innovation. Und wenn wir von Innovation sprechen – gerade letzte Woche hat der Eurovision Song Contest hier in Basel stattgefunden. Eine gigantische Show, die eindrücklich gezeigt hat, wie man mit Lasertechnik und Drohnen eine atemberaubende Inszenierung schaffen kann.

Ich fordere Sie deshalb auf, lassen Sie diesen Vorstoss nochmals stehen, geben wir der Diskussion Raum und zeigen wir der Bevölkerung, dass der ausgerufenen Klimanotstand nicht nur ein Schlagwort ist, sondern ein politischer Auftrag, den wir ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet als Einzelsprecher hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Gestatten Sie mir ganz kurz zum 1. August zu reden. Der 1. August ist arbeitsfrei wegen meiner Partei, der nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat. Wir haben die Initiative gestartet mit diesen 100'000 Unterschriften und haben die Volksabstimmung gewonnen. Noch zwei Sätze: Wegen meiner Partei ist der 1. August arbeitsfrei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit Feuerwerken zu tun.



Eric Weber (Fraktionslos): Danke für den Hinweis. Ich habe einfach sagen wollen, dass ich stolz bin, dass wir diesen Sieg errungen haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir haben es hier mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun, die sich uns immer wieder stellen in den politischen Entscheidungen. Auf der einen Seite gibt es viele Menschen, die Freude haben am Feuerwerk, das mit Emotionen verknüpft ist, das zu ihrer Tradition gehört und zu ihrer Emotionsauslegung und auch bei Ihnen gibt es vermutlich Menschen, die gerne auch ein Feuerwerk sehen und erleben, auch mit dem Übrigen, mit dem Knallen und dem Lärm und was dazu gehört. Und auf der anderen Seite gibt es die Schutzgüter, gibt es den Tierschutz, gibt es den Lärmschutz, gibt es den Feinstaubschutz, den Klimaschutz, die im Widerspruch stehen zu Feuerwerken. Und in diesem Gemengenlage geht es darum, eine Lösung zu finden, die diese Ziele alle zu berücksichtigen versucht und nicht einfach das eine komplett verunmöglicht und das andere über alles andere stellt.

Und das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat hier sich für dieses Vorgehen entschieden hat. Das Feuerwerk soll weiterhin möglich sein. Vielleicht noch aus dem Punkt des Klimaschutzes: Das wurde hier in der Diskussion zwar nicht erwähnt, aber die Hauptemission im Bereich CO₂ geht nicht von den Feuerwerkskörpern aus, sondern von dem ganzen Fest und Zusammenkommen der Menschen, die hier gemeinsam dieses Fest feiern. Dort ist der CO₂-Effekt viel grösser als bei beiden Feuerwerken. Und dieser Teil bleibt bestehen, wenn wir auf Alternativen umstellen, sofern diese gleich erfolgreich sind in Ansinnen von Menschen, die herkommen. Da geht es darum, dass wir weitergehen auf dem Weg, wie die Leute hierherkommen. Das ist dann der Hauptentscheidungsgrund, dass sie dann möglichst auf klimafreundliche Verkehrsträger setzen und nicht auf Fossil angetriebene.

Was hat der Regierungsrat gemacht? Er hat Ihnen vor zwei Jahren bereits berichtet und zwar zum Anzug Esther Keller und zum Anzug Thomas Grossenbacher zum ersten Mal, weshalb Alternativen, was auch gegen die Alternativen spricht. Wenn jetzt also hier vorgebracht wird, dass der Regierungsrat sich nicht dazu äussert: Doch, das hat er, bereits vor zwei Jahren können Sie die Argumente finden, denn auch Alternativen haben negative Auswirkungen. Lasershows sind jetzt aus Sicht der Lichtemissionen auch nicht das Optimale, weil es Vögel und Fledermäuse stört, also auch Alternativen haben ihre negativen Auswirkungen.

Der Regierungsrat hat aber die Zeit des privaten Feuerwerks deutlich verkürzt und hat dargelegt, wie das ist. Es ist noch erlaubt jeweils während sieben Stunden an drei Tagen im Jahr. Das sind dann 21 Stunden jeweils zwischen 18 Uhr und 1 Uhr morgens und das wird auch klar kommuniziert, das ist seit Anfang 2023 in Kraft und das wird auch in Kraft bleiben. Selbstverständlich wird der Regierungsrat auch schauen, ob diese Zeitfenster richtig sind oder ob die verändert werden sollen. Wir schauen auch, wie es eingehalten wird, aber diese Regelung hat zur Klarheit geführt, was nicht heisst, dass jeder Mann und jede Frau sich daran hält, aber zumindest ist es jetzt klar, wann Feuerwerk erlaubt ist und wann nicht und wann die Gesellschaft auch erwartet von allen, dass sie eben auf Feuerwerkabbrennen verzichten.

Diese Gründe, diese Zielkonflikte und die Gewichtung der einzelnen Punkte, der Versuch oder auch der Wunsch des Regierungsrates, diese beiden Ziele auch gemeinsam zu ermöglichen mit Abstrichen auf beiden Seiten führt dazu, dass Ihnen der Regierungsrat beantragt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Harald Friedl und weiteren.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 58 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006595, 21.05.25 11:59:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 58 gegen 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich entschieden, die heutige Nachmittagssitzung abzusagen. Die wenigen Geschäfte rechtfertigen einen Nachmittag nicht. Ich habe noch ein weiteres Thema: Wir haben für die Junisitzung nur sehr wenige Traktanden, unter anderem ein Sachgeschäft, die Tramnetzentwicklung sowie fünf Motionen und sieben Anzüge. Das ist auch etwas wenig für zwei Sitzungstage. Dafür haben wir schon Kenntnis darüber, dass an der Bündelitagssitzung neben den Berichten der Oberaufsichtskommissionen diverse Kommissionsberichte traktandiert werden sollen und wir laufen somit Gefahr, dass wir diese nicht mehr vor der Sommerpause abschliessen können. Entsprechend haben wir einen spezielleren Vorschlag. Am Freitag kommen die folgenden Geschäfte in den Versand: Bericht BRK betreffend Projektierung des neuen Hallenbades am Standort Messeareal, dann der Bericht BRK betreffend kantonale Volksinitiative Erhalt des Musicaltheaters und dann der Bericht des Ratsbüros zum Anzug Tonja Zürcher und Consorten betreffend Vertretung Fraktionen im Ratsbüro. Wir können diese nun dringlich traktandieren und so etwas vorarbeiten. Dafür würden wir diese bereits im Geschäftsverzeichnis und auch in der Kreuztabelle, welche am Freitag verschickt wird, aufführen. Sie müssten am 4. Juni aber nochmals darüber abstimmen mit einem Zweidrittelsmehr, ob wir diese dringliche Traktandierung machen wollen. Falls Sie diese Idee nicht gut finden, können Sie sich bei mir melden oder wir können darüber auch abstimmen, aber ich sehe keine grosse Gegenwehr. Dann werden wir das so entsprechend beantragen, dass wir darüber in der nächsten Sitzung zu Beginn abstimmen und diese Geschäfte dann beraten. Ich bedanke mich herzlich fürs Mitmachen und wünsche einen schönen restlichen Mai.

Schluss der 15. Sitzung

12:01 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:08:42

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	28	0	10	2	7	5	7	6	0	0
Nein	24	0	10	1	8	2	2	0	0	1	0
Ent	3	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	10	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	10	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:11:59

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	28	11	12	9	9	7	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	11	12	9	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	0	0	3	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	11	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
25.5999

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:24:09

Geschäft

Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1741)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	30	8	8	12	7	6	2	6	0	0
Nein	10	0	3	3	0	0	0	4	0	0	0
Ent	6	0	1	1	0	2	1	1	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
24.1910

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:30:37

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	11	11	11	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
25.0033

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:53:11

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	12	11	12	10	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
25.0033

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 09:54:12

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)" - rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	30	0	7	11	2	6	3	6	0	0
Nein	28	0	12	4	0	8	0	4	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	11	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
23.1726

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 10:19:58

Geschäft

Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	12	11	12	10	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	11	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
24.1753

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 10:53:13

Geschäft

Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:11:15

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	10	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	62	29	1	0	12	7	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	11	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:12:25

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	10	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	62	29	1	0	12	7	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	11	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:23:26

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	11	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	64	29	1	0	12	9	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:24:52

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	29	10	2	12	9	7	1	6	0	0
Nein	17	0	1	10	0	0	0	6	0	0	0
Ent	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:26:29

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	29	0	0	12	4	0	0	6	0	0
Nein	43	0	12	12	0	5	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
21.1247

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 14:27:14

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut", Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	12	12	12	10	7	7	4	0	0
Nein	2	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
25.5232

Abstimmungsdatum

14. Mai 2025 16:37:00

Geschäft

Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	28	0	8	9	7	5	5	6	0	0
Nein	22	0	12	3	1	2	2	1	0	1	0
Ent	5	0	0	1	2	1	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	28	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.5563

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 09:11:40

Geschäft

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	26	11	11	12	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	11	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
25.5146

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 09:47:33

Geschäft

Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	30	0	0	12	9	6	0	6	0	0
Nein	30	0	12	10	0	0	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	10	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
25.5142

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:27:29

Geschäft

Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzi-Gedenktafel beim Stadtcasino

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	5	12	11	8	7	5	7	0	0	0
Nein	10	3	0	0	1	0	0	0	5	1	0
Ent	27	22	0	0	3	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	12	7	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.5143

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:29:20

Geschäft

Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	26	12	11	9	9	5	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	12	11	9	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	11	4	0	0	3	1	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
25.5148

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:36:44

Geschäft

Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	11	11	12	10	4	1	0	0	0
Nein	42	30	0	0	0	0	1	5	5	1	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	10	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
25.5149

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:44:27

Geschäft

Anzug 5 Claudio Miozzari und Consorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	29	12	1	10	8	6	7	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	11	10	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	2	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
25.5151

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:48:16

Geschäft

Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nein	73	25	12	9	7	7	5	5	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	75	25	12	9	7	8	5	5	3	1	0
Nicht abgestimmt	19	3	0	2	5	2	1	2	3	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
25.5152

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 10:51:33

Geschäft

Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	69	21	9	9	9	5	5	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	21	9	9	9	5	5	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	25	7	3	2	3	5	1	1	1	1	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
17.5144

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 11:05:50

Geschäft

Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	11	11	0	10	6	7	0	0	0
Nein	48	30	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23.1
18.5351

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 11:06:32

Geschäft

Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	11	11	1	10	6	7	0	0	0
Nein	47	30	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
23.5539

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 11:28:45

Geschäft

Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	2	0	2	0	6	0	0	6	0	0
Nein	72	28	11	9	11	1	6	5	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	11	11	12	7	6	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	0	1	0	0	3	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
20.5432

Abstimmungsdatum

21. Mai 2025 11:58:54

Geschäft

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	34	0	10	10	0	7	0	7	0	0	0
Nein	58	30	0	1	12	2	6	0	6	1	0
Ent	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	6	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform sowie Bericht zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	23.1726.02
2. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)" – rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR		WSU	24.1910.01
3. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR		BVD	25.0033.01
4. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo	PetKo		24.5325.03
5. Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo	PetKo		24.5437.02
6. Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo	RegioKo		23.5563.02
7. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR		FD	24.5278.02
8. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR		JSD	20.5432.03
9. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR		PD	23.5542.03
10. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		WSU	24.5279.02
11. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	20.5474.03
12. Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR		ED	23.5539.02

Überweisung an Kommissionen

13. Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.0315.01
14. Petition P499 «Höhere Kinderabzüge – Jetzt!»	PetKo		25.5190.01
15. Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021-2025 und Schwerpunkte 2025-2029, Bericht des RR	GSK	PD	25.0282.01
16. Ausgabenbericht betreffend Beschaffung von drei Kleinalarmpfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt	JSSK	JSD	25.0488.01
17. Bericht zum Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024	UVEK	WSU	25.0513.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

18. Motionen:

1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze	25.5176.01
2.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte	25.5192.01
3.	Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung	25.5196.01
4.	Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen	25.5202.01
5.	Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)	25.5199.02
19.	Anzüge:	
1.	Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen	25.5175.01
2.	Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II	25.5194.01
3.	Pascal Pfister und Konsorten betreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen	25.5195.01
4.	Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlzugänglichkeit bei Trams	25.5197.01
5.	Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht's den jungen Männern in Basel-Stadt?»	25.5198.01
6.	Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS	25.5201.01
7.	Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine	25.5203.01

Kenntnisnahme

20.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend mehr Entsorgungsmöglichkeiten für ein sauberes Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5271.04
21.	Anzug Claudia Baumgartner und Brigitte Kühne betreffend "Runder Tisch Stadtbienen" (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5086.02
22.	Anzug Peter Bochsler und Konsorten betreffend Fernbuslinien in Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	14.5510.06
23.	Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Kunst im Öffentlichen Raum und Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend "Kunst am Bau" (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	14.5447.05 15.5160.05
24.	Schriftliche Anfrage Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	24.5519.02
25.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Gymnasialreform, Schreiben des RR	ED	24.5548.02
26.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Vorverlegung der Eintrittsprüfung zur Zulassung von Sekundarschüler:innen aus dem E-Zug an die FMS, Schreiben des RR	ED	24.5549.02
27.	Anzug Raffaella Hanauer und Jean-Luc Perret betreffend öffentliche Feuerstellen im Landschaftspark Wiese (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5301.03
28.	Schriftliche Anfrage Mahir Kabakci betreffend Sicherheitsvorkehrungen während öffentlicher Bekanntgaben, Schreiben des RR	PD	24.5494.02
29.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend elektronische Lehrmittel in der nachobligatorischen Schulzeit, Schreiben des RR	ED	25.5011.02
30.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Setzung der Stolpersteine, Schreiben des RR	BVD	25.5027.02

31.	Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend mehr Sitzgelegenheiten an der Basler Riviera - Sanierung Rheinbord (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5125.02
32.	Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5015.04
33.	Eignerstrategie Basler Kantonalbank 2025-2029, Bericht des RR	FD	25.0372.01
34.	Schriftliche Anfrage Beat Braun betreffend Luminator zurück in die Schalterhalle Bahnhof SBB	PD	25.5020.02
35.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend ein nachhaltiger Weihnachtsmarkt mit lokalem Angebot auf dem Petersplatz, Schreiben des RR	PD	25.5037.02
36.	Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend «Aufhebung Velofahrverbot Rebgasse, vom Claraplatz/Greifengasse bis Schafgässlein» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	16.5579.05
37.	Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend «Schaffung eines idyllischen Plätzchens im Kleinbasel» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	17.5229.05
38.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend «öffentlicher Platz für die Jugend» (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	23.5126.02
39.	Schriftliche Anfrage Joël Thüning betreffend Zugänglichkeit zu staatlichen Unterstützungsgeldern und damit verbundene bürokratische Hürden, Schreiben des RR	WSU	25.5026.02
40.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend Entwicklung der Berechnungsgrundlagen und Auswirkungen auf den Mindestlohn im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	25.5030.02
41.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1740)		